Kurt v. Zydowitz

# Glaubensumbruch ein Verhängnis

Teil III

## Geschichte der Deutschen im Osten

Verlag „Mein Standpunkt", 2910 Westerstede 1

Verlag „Mein Standpunkt", 2910 Westerstede 1

1984

ISBN-3-921410-14-2
Copyright: Verlag „Mein Standpunkt", 2910 Westerstede 1
Druck: Friesendruck Zetel

Kurt v. Zydowitz

# Glaubensumbruch ein Verhängnis

## Teil III

## Geschichte der Deutschen im Osten

Verlag „Mein Standpunkt", 2910 Westerstede 1

# Vorwort

In unſerer Geſchichte der Deutſchen ſind wir in Teil II bis zum 13. Jahrhundert gekommen. Gegenſtand der Unterſuchung war der Glaubensumbruch, der in 700 Jahren vom Rhein bis zur Weichſel und Memel durchgeſetzt wurde. Er veränderte das Weſen und die Lebensanſchauung der Menſchen grundlegend. Sie wurden ſeeliſch geſpalten. Das war die Folge des Glaubensumbruchs für den einzelnen Menſchen.

Dieſe Menſchen haben die Geſchichte jener Zeit geſtaltet. Die letzten Jahrhunderte wurden vom Kampf des deutſchen Kaiſertums und des römiſchen Papſttums um die politiſche Vormacht beherrſcht. Wir haben geſehen, daß das Kaiſertum und mit ihm das Deutſchtum in dieſem Ringen unterliegen mußten, weil die Deutſchen Chriſten und damit dem Gegner, dem Papſttum, geiſtig und ſeeliſch untertan waren. Das Kaiſertum wurde entmachtet. Das Reich zerfiel. Das war die politiſche Folge des Glaubensumbruchs.

Das Deutſchtum hatte in dieſen Jahrhunderten aber auch viel gewonnen. Das wird aus der Karte des Reiches für das 13. Jahrhundert erſichtlich. Die Oſtgrenze, noch im 10. Jahrhundert in der Linie Kiel–Lauenburg–Elbe–Saale–Böhmerwald–Adria, war jetzt um Hunderte von Kilometern nach Oſten vorgeſchoben. Das Reich hatte ſich flächenmäßig um das Doppelte vergrößert. Dieſer Landzuwachs war politiſch zunächſt durch Eroberungen, zum anderen größeren Teil durch friedliche Übereinkunft mit einheimiſchen Fürſten erfolgt. Aber ausſchlaggebend dafür, daß das Land deutſch wurde, waren deutſche Menſchen, die in den Oſten gezogen waren und ſich dort niedergelaſſen hatten.

**Dieſe Oſtwanderung der Deutſchen war ein Vorgang von wahrhaft geſchichtlicher Bedeutung, weit wichtiger für unſere Zukunft als alle Kriege des Kaiſertums in Italien. Durch Jahrhunderte war dort viel deutſches Blut gefloſſen, um eine fremde Krone, um Macht und um Land. Es war am Ende umſonſt gefloſſen.**

**Im Oſten dagegen wurde in friedlicher Arbeit ein weiter Raum für Deutſchland gewonnen.**

**Hier wurden Grenzen gezogen, die, anders als im Weſten und Süden, bleibend waren.**

**Hier entſtanden ſpäter, denken wir an Preußen und Öſterreich, Schwerpunkte deutſcher Kraft und deutſchen Geiſtes.**

**Hier hielt das Deutſchtum 700 Jahre, bis zur gewaltſamen Vertreibung nach den beiden Weltkriegen.**

**Und von hier zogen deutſche Menſchen bis in die Neuzeit hinein weiter nach Oſten in die Nachbarländer. Sie haben auch dort am Aufbau und an der Entwicklung mitgewirkt und dabei zäh an ihrer Art feſtgehalten.**

Mehr als Heldentaten oder politiſche Schachzüge einzelner hoher Herren und mehr als laute Schlachten verdienen es dieſe ſtillen Leiſtungen von Bürgern, Handwerkern und vor allem von Bauern, aus dem Dunkel geholt und in das Be-

wußtsein der Deutschen gehoben zu werden. Die deutsche Geschichtsschreibung hat das bisher nur am Rande erwähnt. Es soll Aufgabe dieses Buches sein.

Diese Geschichte der Deutschen im Osten wird bis in die Gegenwart fortgeführt. Sie umfaßt alle Deutschen, sowohl die innerhalb wie die außerhalb der deutschen Grenzen. Dabei wird auch die Geschichte der osteuropäischen Länder behandelt, soweit sie für das Schicksal der dort lebenden Deutschen wichtig war und ist. Dort, unter fremden Menschen und unter nichtdeutschen Machthabern, waren sie noch größeren Gefahren ausgesetzt, waren sie Opfer der Politik.

Politik wird von Menschen gemacht. Die Menschen aber werden in all ihrem Wollen vom Willen gelenkt. Er entspringt nicht allein aus ihrer Natur, sondern kann von außen beeinflußt, geformt, ja sogar bestimmt werden. Ein Geschichtsbuch, das die Aufgabe erfüllen soll, daß Menschen etwas aus der Geschichte lernen, muß also sowohl die naturgegebenen wie auch die fremden Einflüsse anführen und bewerten. Für eine Geschichte der Deutschen muß das von einem deutschen Standpunkt aus geschehen.

Aus solcher Sicht gesehen ergibt sich, daß der Titel **„Glaubensumbruch – ein Verhängnis"** mit Recht beibehalten wird. Zwar waren die Deutschen im Osten wie auch die nichtdeutschen Menschen ihrer neuen Umgebung Christen. Aber die Folgen des Glaubensumbruchs wirkten weiter. Der Bruch in den einzelnen Menschen zwischen ihrer Wesensart und den Forderungen der anerzogenen Religion mußte zwangsläufig bestehen bleiben. Und wie es bei dieser Religion ebenfalls zwangsläufig ist, traten weiter verschiedene Auslegungen auf, die später zur Aufspaltung in verschiedene Kirchen und Sekten führten. Sie bekämpften sich erbittert, natürlich nicht mit ihren Priestern, sondern mit ihren Gläubigen. In den Völkern und zwischen den Völkern kam es zu Spannungen bis zu blutigen Kriegen. Und im Osten wurde Haß gegen die Deutschen gesät, die dort jahrhundertelang mit den anderen Volksgruppen zusammengelebt hatten.

Der Begriff des Glaubensumbruchs kann sogar erweitert werden, denn neben dem Christentum traten und treten andere Heilslehren, Religionen oder Ideologien auf, die ebenfalls Glauben wie blinden Gehorsam fordern und viele Menschen in ihren Bann schlagen. Umgekehrt wurden und werden religiöse und ideologische Streitpunkte von Machtsüchtigen aller Art als Mittel für ihre Zwecke benutzt. In jedem Fall waren und sind solche Bindungen ein Verhängnis für Menschen und Völker. Die Deutschen im Osten waren davon besonders betroffen.

Das Buch soll auch auf diese Kräfte des Unheils hinweisen. Wissen kann davon befreien.

1983 Kurt v. Zydowitz

# Inhalt

**Vorwort** ..... 7

**Inhaltsübersicht** ..... 9

**Einführung** ..... 11
Beurteilung der deutschen Ostwanderung (11) – Ostkolonisation (13) – Vorgang und Leistung (14)

**Die Geschichte der Deutschen im Osten** ..... 17

1. **Deutsche im Donauraum und in Ungarn** ..... 19
Deutsche Einwanderung in die Ostmarken, 6.–10. Jh. (19) – Deutsche Einwanderung nach Ungarn, 11.–13. Jh. (20) – Madjaren gegen Deutsche (22) – Reformation und Gegenreformation, 16. Jh. (23) – Ungarn unter den Habsburgern – Neuer deutscher Zuzug, 17. und 18. Jh. (25) – Lage der Deutschen im 19. Jh. (26) – Madjarisierung der Deutschen, bis 1. Weltkrieg (29) – Entwicklung nach dem 1. Weltkrieg (31) – Die Deutschen nach 1933... (33) – ...und im 2. Weltkrieg (35) – Rücksiedlung der Deutschen aus dem Donauraum (36) – Schicksal der Deutschen nach dem Ende des 2. Weltkrieges (38) – Heutige Lage (40)

2. **Deutsche in Böhmen/Mähren** ..... 43
Geschichtlicher Überblick bis zum 10. Jh. (43) – Deutscher Zuzug bis zum 14. Jh. (45) – Böhmen als Kernland des Reiches (47) – Glaubenskämpfe im 15. Jh. (47) – Die Deutschen in Reformation und Gegenreformation, 16./17. Jh. (51) – Böhmen unter den Habsburgern, 17.–19. Jh. (52) – Schöpfung des Neutschechentums im 19. Jh. im Gegensatz zum Deutschtum (54) – Panslawismus, 19. Jh. (57) – Entwicklung im 20. Jh. (59) – Die Deutschen nach dem 1. Weltkrieg (60) – Ende des Deutschtums in Böhmen (62)

3. **Deutsche im Osten** ..... 65
Besiedlung Ostdeutschlands, 12.–14. Jh. (65) – Ewiger Verzicht des polnischen Königs auf Ostdeutschland, 14. Jh. (68) – Deutsche in Polen, ab 13. Jh. (71) – Einwanderung im 14. Jh. (72) – Beginn der Polonisierung in Polen, 15. Jh. (73) – Polonisierung in Westpreußen und Polen, ab 15. Jh. (74) – Eingliederung Westpreußens und Ermlands in das polnische Reich, 16. Jh. (78) – Neue deutsche Einwanderung seit dem 16. Jh. (79) – Reformation und Gegenreformation, 16./17. Jh. (80) – Katholizismus als Volksreligion in Polen (83) – Verfall Polens, ab 17. Jh. (84) – Weitere Katholisierung und Polonisierung (85) – Teilungen Polens, 18./19. Jh. (89) – Deutsche Auf-

bauarbeit in Westpreußen und Posen (92) – Panslawismus, Nationalismus, Kirche, Freimaurerei, Kommunismus (94) – Weitere Entwicklung im Osten, 19. Jh. (97) – Das Jahr 1848 (100) – Polonisierung in Oberschlesien, ab 1863 (102) – Weitere Polonisierung im preußischen Posen (103) – Der „Kulturkampf", Ende 19. Jh. (104) – Vordringen des Polentums, Ende des 19. Jh. (107) – Entwicklung im 20. Jh. (110) – Lage der Deutschen nach dem 1. Weltkrieg (113) – Zahlen der Deutschen in Polen (117) – Verschärfte Polonisierung (119) – Entwicklung ab 1933 (120) – Deutsch-polnische Spannungen, ab Oktober 1938 (121) – Tage der Entscheidung Ende August 1939 (124) – Krieg (128) – Folgen für die Deutschen (131) – Rücksiedlung der Deutschen (132) – Neue Grenzen im Osten, nach dem 2. Weltkrieg (133) – Verbrechen an Deutschen (135) – Polonisierung nach 1945 (137) – Die Verbrechen in Zahlen (140) – Heutige Lage (142)

4. **Deutsche in den baltischen Ländern** ..... 145

5. **Deutsche in Rußland** ..... 149
Deutsche Einwanderung ab Ende des 18. Jh. (149) – Wandel in der Haltung der Russen (151) – Lage nach dem 1. Weltkrieg (152) – Lage nach dem 2. Weltkrieg (152)

**Schluß** ..... 155

1. **Die Deutschen in den nichtdeutschen Ostländern** ..... 155

2. **Der deutsche Osten** ..... 159
Massenvertreibung und Völkerrecht (159) – Selbstbestimmung und Völkerrecht (162) – Annexion und Völkerrecht (164) – Wege zur Lösung der deutschen Frage (167) – Die Schritte zur Teilung (167) – Der Weg (170) – Vereinigung in Frieden (171) – Aufgaben für die Deutschen (172)

**Schrifttum** ..... 175

**Namensverzeichnis** ..... 179

**Kartenskizzen** ..... 187

# Einführung

## Beurteilung der deutschen Ostwanderung

Die Ostwanderung hat Deutschland geschaffen. Sie hat ihm auch räumlich jene Gestalt gegeben, die wir vom Kartenbild her kennen. Auch die Leistungen deutscher Einwanderer in nichtdeutschen Ostländern sind unbestritten.

Das Urteil über die Ostwanderung als solche ist allerdings verschieden. Aufschlußreich sind dabei die Unterschiede bei Geschichtsschreibern der Bundesrepublik und der DDR. Es kommt eben auf den Standpunkt an.

So heißt es im „Handbuch der Deutschen Geschichte: „Stadt und Ostsiedlung sind die beiden großen Neuleistungen des deutschen Spätmittelalters – Leistungen staatlicher und kirchlicher Gewalten, aber auch der adeligen, bürgerlichen, bäuerlichen Volkskraft selbst. Hier machte sich das Volk selbst auf den Weg, hier macht das Volk, das staatlich nur ungenügend gefaßte Volk, selbst Geschichte und wird in diesen Taten selbst geschichtlich. Mehr als in Zeiten vorher ist deutsche Geschichte des Spätmittelalters eigentliche Geschichte des deutschen Volkes."[1])

Dagegen lesen wir im Buch „Deutsche Geschichte" aus der DDR: „An der Ostexpansion des 12. und 13. Jahrhunderts haben sich zum Unterschied von der des 9. und 10. Jahrhunderts jetzt auch Bauern, Handwerker und Kaufleute beteiligt. Sie versuchten, feudaler Unterdrückung im eigenen Land auf diese Weise zu entweichen, und tatsächlich hat Expansions- und Siedlungsbewegung dazu geführt, daß das Austragen innerer Gegensätze in Deutschland selbst aufgeschoben und verzögert wurde. Die feudale deutsche Ostexpansion war also – wie Leo Stern und Horst Bericke zusammenfassend feststellen, ein Aggressionsakt, der einer Reihe slawischer Stämme die politische Selbständigkeit raubte, andere schwere Opfer kostete, der die deutsch-slawischen Beziehungen für Jahrhunderte vergiftete und der auch die deutsche Geschichte selbst mit schweren Hypotheken belastet hat."[2])

Nach dieser Darstellung wäre die deutsche Ostwanderung eine Folge des Klassenkampfes. Da zeigt sich wieder einmal, in welcher Weise Ideologien die Einstellung von Historikern beeinflussen. Für christliche Geschichtsschreibung haben wir in Teil I und II Beispiele gegeben. Hier ist es die in der DDR herrschende marxistische Lehre, die zu derart „systemgerechter" Beurteilung führt. Sicher wird es zutreffen, daß manche „feudaler Unterdrückung ausweichen" wollten. Das erklärt aber nicht den Umfang und Verlauf dieser Bewegung.

DDR-Schriftsteller haben aber noch eine weitere Auflage, nämlich die „Freundschaft" der DDR zu den slawischen Staaten zu berücksichtigen. Freundschaft

1) Hermann Heimpel: Deutschland im späten Mittelalter, Akademische Verlagsanstalt Athenaion, Konstanz, 1957, S. 6.

2) Joachim Streisand: Deutsche Geschichte in einem Band, 3. Auflage, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin, 1980, S. 25.

heißt auch in der DDR, Wünsche der „Freunde und Verbündeten" bis zur Selbstentäußerung zu erfüllen. Es ist offenbar erwünscht zu behaupten, daß die Deutschen mit ihrer Ostwanderung eine Expansion, sogar eine feudale Expansion mit einer Aggression durchgeführt hätten. Und die Deutschen trügen die Verantwortung für die Vergiftung der deutsch-slawischen Beziehungen. Das paßt im übrigen in die allgemeine Linie, die auch im Westen verfolgt wird und der sich auch westdeutsche Schriftsteller aller Art anschließen. Sie läßt sich in dem Satz zusammenfassen: **Die Deutschen sind an allem schuld!** Auch hier liest man allenthalben von einer Vergewaltigung der „Slawen" durch die Deutschen und von Versuchen gewaltsamer Germanisierung.

Die Meinung aus der DDR gibt erwünschte Gelegenheit zu einer Klarstellung: Hier wird nämlich geschickt Richtiges mit Falschem gemischt. Und es werden sicher nicht zufällig zwei Vorgänge zusammengebracht, die zwar räumlich und zeitlich in Verbindung stehen, dem Wesen nach aber nicht zusammengehören. Denn es hat zwei deutsche Ostbewegungen gegeben, eine kriegerische und eine friedliche. Die erste, die der anderen auch zeitlich voranging, kann in der Tat feudal und auch Aggression genannt werden. Sie war getragen vom Machtwillen weltlicher wie geistlicher deutscher Fürsten. Sie überzogen östliche Nachbarstämme des Reiches jahrhundertelang mit Kriegen und Kreuzzügen, fügten der Bevölkerung schwere Verluste zu und brachten sie unter die Herrschaft des Reiches und Roms. Der Ablauf dieses Geschehens ist in Teil II ausführlich geschildert worden.

Von ganz anderer Art aber war die Ostwanderung deutscher Bauern, Handwerker und Kaufleute. Weder sie noch die Fürsten im Osten, die sie ins Land riefen, dachten an eine deutsche Expansion. Erst recht nicht kann jetzt von einer deutschen Aggression gesprochen werden. Diese Bauern, Handwerker und Bürger zogen gewiß nicht in kriegerischer oder erobernder Absicht nach Osten. Das widerspricht dem Wesen dieser Berufsgruppen, die nur in Frieden leben und arbeiten wollen und auch nur im Frieden leben und arbeiten können. Eben die Geschichte dieser Menschen, einer Geschichte, die sie selbst gemacht haben, deren Opfer sie aber auch geworden sind, soll Gegenstand dieses Buches sein.

Völlig abwegig ist es, die deutsche Ostbewegung als Ursache für eine Vergiftung deutsch-slawischer Beziehungen hinzustellen. Das ist schon deshalb unmöglich, weil die Menschen ostwärts der damaligen Reichsgrenze, die Wenden und Sclavi, mit den Slawen von heute nichts zu tun haben. Das wird heute durch ein umfangreiches Schrifttum belegt (siehe auch den Abschnitt: „Der Osten im 10. Jahrhundert" in Teil II, Glaubensumbruch, und die dort angeführten Quellen).

Doch selbst wenn man die Sclavi von damals und die Slawen von heute gleichsetzt und selbst wenn die damaligen Gebietsänderungen auf Gewalt beruhen sollten, kann die dazwischen liegende Geschichte nicht einfach gestrichen werden. Vor allem können 1000 Jahre später mit einer Behauptung von „historischem Unrecht" nicht, wie geschehen, Gebietsansprüche erhoben werden. Wenn so etwas Schule macht, müßten sich auf der ganzen Erdkugel Folgen unvorstellbaren Aus-

maßes ergeben. Denken wir nur an den Erdteil Amerika. Das einzige Volk, das sich auf noch länger zurückliegende und sogar von seinem Gott festgelegte Besitzrechte beruft, ist das jüdische. Es hat sie mit Hilfe ideologisch mit sich verbundener Führungskräfte in anderen Staaten auch durchgesetzt. Die Folge ist eine Krise, die unauflösbar geworden ist, zu Spannungen und Verwicklungen bis zu Kriegen geführt hat und weiter führen muß. Man kann Geschichte eben nicht auf einen beliebigen Zeitpunkt zurückschrauben, sondern muß schon berücksichtigen, was in der Zwischenzeit geschehen ist.

## Ostkolonisation

Erst recht hütet man sich, jene Aufbauarbeit zu erwähnen, die Deutsche über Jahrhunderte im Osten geleistet haben. Deshalb spricht man auch von der Ostkolonisation. Der Begriff Kolonisation hat heute einen anrüchigen Klang, und das mit Recht, denn jeder denkt dabei zunächst an die Art und Weise, wie die weißen Völker die Welt erobert und sie als Kolonien unter sich aufgeteilt haben. Mit Kolonisation verbindet jeder die Vorstellung von Zwang und Gewalt, von Unterdrückung und Versklavung fremder Menschen sowie von Ausbeutung zum Nutzen der Eroberer.

Für die deutsche Ostkolonisation trifft dies jedoch nicht zu. Hier hat Kolonisation seinen ursprünglichen Sinn, nämlich Urbarmachung, Erschließung und Besiedlung bisher ungenutzten Landes oder ungenutzter Landesteile, Einrichtung von Handel und Wandel und nicht zuletzt die Einführung von neuen besseren Rechten und Freiheiten. Diese Kolonisation brachte also auch der einheimischen Bevölkerung Vorteile. Gewiß blieben zwischen ihr und den zugewanderten Deutschen für geraume Zeit noch Unterschiede bestehen, die auch zu Spannungen führten. So schrieb **Kantzow** noch im 16. Jahrhundert in seiner Chronik von Pommern, daß „der Wenden Name und Geschlecht bei uns so verachtet ist, daß man einen zum Schimpf einen Wenden oder Slawen nennt, welches ein Ding ist (Teil II, S. 46). Anderswo war es sicher auch so.

Dennoch sind die Menschen des deutschen Ostens, Deutsche und Alteingesessene, im Laufe der Jahrhunderte zusammengewachsen. Und mit dem Zusammenwachsen sind überall neue deutsche Stämme entstanden, im Süden die Steiermärker, Kärntner, Ober- und Niederösterreicher, im Norden die Schlesier, Pommern und Preußen, alle mit ihren besonderen Eigenarten, eigenen Mundarten und sogar eigenem Humor.

Deutsche haben aber nicht nur innerhalb Deutschlands Aufbauarbeit geleistet, sondern auch in anderen Ostländern. Denn die deutsche Ostwanderung machte an den Grenzen nicht Halt. Ganz offensichtlich wurden sie gar nicht als Schranken angesehen. So zogen deutsche Menschen genauso wie nach Ostdeutschland auch nach – um die heutigen Namen zu gebrauchen – Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, Polen, Rußland und in die baltischen Länder. Schon damit wird bewiesen, daß

Beschuldigungen wie „Aggression" und „schwere Hypothek" keinerlei Berechtigung haben, denn die Deutschen wurden auch dort gute Untertanen der jeweiligen Fürsten. Sie haben keine Opfer gekostet, sondern Opfer gebracht, Opfer an Schweiß und an Blut. Nicht von ihnen sind die deutsch-slawischen Beziehungen vergiftet worden. Das ist erst später geschehen und von anderen Kräften verursacht worden.

Man macht hier wieder einmal den Fehler, Verhältnisse späterer Zeit auf die damaligen zu übertragen. Damals gab es nämlich noch keine Nationalstaaten, damit auch keine besondere Bindung der Menschen an ein Vaterland und damit keine völkische oder politische Bedeutung von deutsch oder wendisch oder slawisch oder ungarisch. Das geographische Europa war damals vielmehr in zahllose kleinere oder größere weltliche und geistliche Herrschaften aufgeteilt, deren Fürsten zudem laufend wechselten. Insofern bildete Europa die Einheit. Dazu verhalf auch, daß alle Menschen in Europa (außer Rußland und Teilen des Balkan) zur gleichen Kirche gehörten und eine gemeinsame Religion bekannten, das römische Christentum, das ja keine Völker kennt, sondern nur das christliche Volk. Der Begriff „christliches Abendland" hatte damals seine Gültigkeit. Daß Grenzen in diesem Europa kaum eine Rolle spielten, wird durch vieles belegt, im Falle der Ostwanderung auch damit, daß sich auch Menschen aus England, Frankreich und Italien anschlossen, wenn auch in geringerer Zahl als die Deutschen.

## Vorgang und Leistung

Bei den Deutschen waren Angehörige aller Stämme beteiligt, angefangen bei den Grenzstämmen der Sachsen, Franken und Bayern bis zu Friesen, Holländern, Leuten von Rhein und Mosel bis hin nach Schwaben und den Alpenländern. Zu ihnen gehörten Menschen aller Stände. Adlige nahmen Dienst bei fremden Fürsten oder gingen als Begleiter mit, wenn deutsche Fürstentöchter fremde Fürsten heirateten. Deutsche Geistliche erhielten hohe und höchste Kirchenämter. Deutsche Mönche erbauten Klöster. Sie alle, Adlige, Geistliche, Klöster, dazu Ritterorden (Templer, Johanniter, Deutscher Orden) bekamen Land zugewiesen, dessen Nutzung ihren Lebensunterhalt sichern sollte. Neben einheimischen setzten sie zur Bearbeitung auch deutsche Bauern ein. Deutsche Kaufleute richteten an der Küste der Ostsee an allen wichtigen Flußmündungen sowie an günstigen Stellen im Innern, gleich welchem Fürsten das Land unterstand, Handelsniederlassungen ein – denken wir hier an die Hanse und an die ihr angeschlossenen Städte, an der Küste bis Dorpat hinauf und im Innern bis Erfurt, Leipzig, Breslau, Krakau bis nach Nowgorod am Ilmen-See. Solche Plätze brauchten Kaufleute, Händler, Handwerker und Arbeiter. Die Masse der Ostwanderer wurde aber von Bauern, Bergleuten und Handwerkern gestellt, die auch für die kleinen Landstädte, die Mittelpunkte bäuerlicher Siedlungen, gebraucht wurden. Diese Menschen der sogenannten unteren Stände waren es, die das Deutschtum getragen haben und

die, sofern die Siedlungen außerhalb Deutschlands lagen, ihr Deutschtum am längsten erhalten haben. Bei Adligen, Geistlichen und Kaufleuten wurde es schneller aufgegeben.

Welche Lebenskraft der Deutschen insgesamt zeigt sich hier, die rein an Zahl so viele Menschen aufbrachten, in einer Zeit, die an Kriegen nach außen und nach innen nicht arm war und die auch immer wieder Opfer durch Krankheiten und Hunger forderte! Dennoch stieg die Zahl der Deutschen schnell an, von acht Millionen im Jahre 1200 bis auf zwölf bis vierzehn Millionen im Jahre 1350. Das war für jene Zeit eine Übervölkerung.

Welche Kraft steckte aber auch in dem einzelnen Bauern, Bergmann oder Handwerker, der den Zug nach Osten wagte! Das hieß doch, Heimat und Besitz aufzugeben, Hab und Gut auf den Wagen zu packen und mit Frau und Kindern wochenlang, manchmal monatelang durch viele verschiedene Länder zu ziehen, auf unbekannten und unsicheren Wegen in ein fremdes Land. Gewiß, das Ziel war ihnen bekannt. Denn die Beauftragten der Herren, die Siedlungen anlegen wollten, die sogenannten Lokatoren, kannten die Plätze der neuen Städte und Dörfer. Sie hatten die Siedler auch darüber unterrichtet, wie ihr neues Land aussah, welche Aufgaben sie dort erwarteten, und nicht zuletzt, welche Rechte und Freiheiten ihnen zugesichert wurden. Die Lokatoren hatten allen Grund, gut zu arbeiten, denn meist wurden sie selbst als Bürgermeister oder Schulzen Vorsteher dieser neuen Ortschaften. Je besser diese gediehen und aufblühten, um so sicherer und höher waren ihre Einnahmen. Für die Lokatoren war die Gründung eines Dorfes oder einer kleinen Stadt genauso ein Geschäftsunternehmen wie heute die Gründung einer Fabrik. Sie setzten Arbeit und Geld ein, um später davon leben zu können und daran zu verdienen. Sie trugen auch das Risiko. Denn wenn sie die falschen Leute am falschen Platz angesetzt hatten, löste sich die Gemeinschaft zwangsläufig wieder auf, und auch der Lokator hatte verloren. Deshalb war es wichtig, daß für die verschiedenen Gebiete (Wald, Sumpf, Küste, feuchte Niederungen und trockene Höhenlagen) Leute aus entsprechenden Gegenden gefunden wurden. Und es mußten tüchtige Leute sein.

Für die geworbenen Neusiedler blieb vieles unsicher: Wußten sie, ob sich das Land wirklich eignete? Wußten sie, ob die vom Lokator versprochenen Rechte vom neuen Landesherrn wirklich gewährt werden würden? Oft genug wurden sie später eingeschränkt oder unter Druck ganz aufgehoben. So war die Wanderung für jeden einzelnen ein Wagnis. Alle, die es auf sich nahmen, verdienen wegen ihres Mutes und ihrer Tatkraft Bewunderung. Sie verdienen sie umso mehr, da sie sich in neuem Land mit Mühen und Fleiß eine neue Heimat geschaffen haben. In wenigen Geschlechterfolgen gaben diese Familien wieder Menschen ab, die weiter nach Osten zogen und neue deutsche Siedlungen errichteten.

Vorbedingung für jede Siedlung ist Platz. Er war im Osten vorhanden. Die Deutschen konnten mit ihren besseren Geräten (Eisenpflug) und Anbaumethoden (Dreifelderwirtschaft) auch dort arbeiten, wo Land bisher ungenutzt geblieben war.

Leer waren vor allem die Grenzgebiete. Damals waren im Osten die Herrschaftsgebiete der einzelnen Fürsten durch breite unzugängliche Landstreifen (Gebirge, Waldungen, Sümpfe, Ödländereien) voneinander getrennt. Wenn ein Landesherr solche Grenzstreifen besiedelte, brachte das für ihn wirtschaftliche Vorteile und gleichzeitig größere militärische Macht – und war damit Gefahr für den Nachbar. Schon deshalb sah sich dieser gezwungen, auf seiner Seite des Grenzraums dasselbe zu tun, also ebenfalls Siedler anzusetzen. So füllte sich der Osten mit Deutschen.

# Die Geſchichte der Deutſchen im Oſten

## Verlauf der deutſchen Oſtwanderung

Der Zug der Deutſchen nach Oſten erfolgte nicht planmäßig. Er war weder räumlich noch zeitlich zuſammenhängend. Daher müſſen die einzelnen Gebiete getrennt behandelt werden, und das ohne Rückſicht auf die damaligen politiſchen Grenzen des Reiches, die von den Menſchen jener Zeit, wie wir geſehen haben, auch nicht beachtet wurden. Zwangsläufig wird ſogar dem Schickſal der Deutſchen in nichtdeutſchen Ländern des Oſtens mehr Platz eingeräumt werden müſſen. Das iſt ihnen gegenüber auch Verpflichtung, denn wenn vom Deutſchtum im deutſchen Oſten ſchon wenig bekannt iſt – Einſatz und Geſchichte der Deutſchen in anderen Oſtländern ſind völlig vergeſſen. Dabei war ihr Beitrag für die Entwicklung jener Länder ganz entſcheidend, und das möchte man dort heute offenbar nicht mehr wahrhaben.

# Deutſche im Donauraum und in Ungarn

(Kartenſkizze 1)

## Deutſche Einwanderung in die Oſtmarken

Der Zug von Weſt nach Oſt begann im Südoſten, im Donau-Raum. Hierher waren immer wieder aſiatiſche Reitervölker vorgeſtoßen, die Hunnen im 4. und 5. Jahrhundert, die Awaren ſeit dem 6. Jahrhundert. Sie unterjochten die dort anſäſſigen Völkerſchaften und übernahmen die Herrſchaft bis Böhmen und das Oſtalpenland (Karantanien). Immer wieder erhoben ſich die Einwohner, unterſtützt von Franken und Bayern (ſ. Teil II, S. 33, 40–42). Das Land litt unter dauernden Kämpfen, die Zahl der Menſchen ſank. Siedler aus Bayern ſchoben ſich langſam entlang der Donau und in den Seitentälern nach Oſten vor. Im 8. Jahrhundert erbat Boruth, Herzog der Karantanen, erneut vom Bayernherzog Odilo Hilfe gegen die Awaren. Bayern übernahm die Oberhoheit und entſandte Grafen mit Kriegerſcharen. Die bäuerliche Siedlung verſtärkte ſich. Dennoch blieb die Lage wegen der Kriegszüge der Awaren unſicher.

Um dieſe Gefahr endgültig auszuſchalten, führte Karl der Große Ende des 8., Anfang des 9. Jahrhunderts mehrere Feldzüge gegen die Awaren. Sie wurden beſiegt, vertrieben, zum Teil chriſtianiſiert und oſtwärts des Neuſiedler-Sees im Raum Wieſelburg angeſiedelt. Die Awaren ſind aus der Geſchichte verſchwunden. Kaiſer Karl richtete zur Sicherung im Südoſten mehrere Marken ein, die Oſtmark an der Donau bis oſtwärts von Wien, die Mark Kärnten bis zur Drau, die Mark Friaul bis zur Adria. Nach Oſten vorgeſchoben waren die pannoniſchen Marken unter einheimiſchen Fürſten. Herzog Pribina, Sitz in Moosburg weſtlich des Platten-Sees, holte deutſche Bauern in das leere Land. In den deutſchen Marken erhielt auch die Kirche ausgedehnte Ländereien. Das Erzbistum Salzburg und Mönchsorden bauten Kirchen und Klöſter und begründeten zahlreiche Ortſchaften. Derart von weltlicher und geiſtlicher Seite gefördert, verſtärkte ſich das Deutſchtum bis zur Drau und teilweiſe darüber hinaus. Deutſche und Einheimiſche wuchſen zuſammen.

Ende des 9. Jahrhunderts erſchienen neue Feinde aus dem Oſten, die **Madjaren.** Es war die Zeit, als das karolingiſche Reich zerfiel. Die Madjaren ſtießen von Südoſten über die Donau (Laibach) und von Nordoſten über die Karpaten vor. Nicht nur die pannoniſche Mark, der ganze Oſten bis zur Enns ging verloren. Dennoch blieben im Oſtalpenraum die deutſchen Siedlungen im weſentlichen erhalten. Die heidniſchen Madjaren, ein Nomadenvolk ohne einheitliche Führung, kannten noch keine Landwirtſchaft. Sie machten wiederholt gefährliche Vorſtöße nach Weſten in die Gebiete der deutſchen Stämme, der Sachſen, Thüringer und Bayern. Erſt der Sieg Ottos I. i. J. 955 auf dem Lechfeld bei Augsburg machte dem ein Ende. Das Reich konnte ſeine Oberhoheit wieder nach Oſten bis an die

Grenzen der deutschen Ostmarken vorschieben (March–Leitha und südl. davon). Sie wurden und blieben deutsches Land.

## Deutsche Einwanderung nach Ungarn (11.–13. Jh.)

Das Verhältnis zwischen Deutschen und Madjaren (Ungarn) besserte sich, als Fürst Geysa zum Christentum übertrat und seinen Sohn Wajk unter dem Namen Stefan taufen ließ. König Stefan (997–1038) nahm die bayrische Prinzessin Gisela zur Frau. Mit Gisela kamen Ritter und Geistliche ins Land, die aber weniger Träger des Deutschtums als des Christentums waren. Ihnen wurden weite Landstriche um die damalige Hauptstadt Gran zugewiesen. Sie zogen Bauern aus der Heimat nach. Deutsche Bauern wurden auch an der Westgrenze des Landes, also im Raum um den Neusiedler-See (Burgenland, Raum Eisenburg–Ödenburg–Wieselburg) angesetzt.

Die deutsche Kirche wurde zwar von weiterer Arbeit ausgeschlossen, weil Otto III. das Bistum Gran zum selbständigen ungarischen Erzbistum machte. Aber es waren immerhin deutsche Geistliche, die die ungarische Kirche aufbauten, und deutsche Orden, die dort Klöster errichteten. Nur mit deutscher Hilfe konnte sich Stefan gegen seine madjarischen Großen durchsetzen. Von Anfang an bestand ein Gegensatz zwischen den Deutschen, die, auf königlichem Land angesetzt, den Schutz dieses und späterer ungarischer Könige bildeten, und den Großen der Madjaren, die ihre Machtstellung nicht beschnitten sehen wollten. Eben wegen der Vorrechte des Adels gingen die deutschen Adligen und hohen Geistlichen später im Madjarentum auf und wurden seine heftigsten Vorkämpfer gegen das Deutschtum. Ständische Bindungen waren stärker als völkische.

König Geysa II. (1141–1161) holte wiederum deutsche Bauern in sein Land. Zum Schutz gegen Bedrohungen aus dem Süden setzte er sie in Transsylvanien (jenseits des Waldes) auf unbesiedeltem Land, Königsland, nördlich der Südkarpaten an (Raum um Hermannstadt). König Andreas II. (1205–1235) berief i. J. 1211 den Deutschen Orden, dem er noch weiter östlich, im Burzenland, die Sicherung seiner Grenzen anvertraute (Raum um Kronstadt). Der Orden siedelte ebenfalls deutsche Bauern an. Da der Orden sich aber vom König lossagte und sich dem Papst unmittelbar unterstellte, wurde er von Andreas wieder aus dem Lande vertrieben (1225). Die deutsche Besiedlung blieb bestehen. Sie erweiterte sich dann aus eigener Kraft nach Osten und Norden (Klausenburg, Bistritz).

Im Karpatenbogen saßen also überall Deutsche in geschlossenen Siedlungen. Die Siebenbürger Sachsen besaßen Sonderrechte, die sie auch mit Gewalt, manchmal sogar gegen einen König, zu wahren wußten. Trotz aller Stürme, die über dieses Land hinwegfegten – der erste war der Einfall der Mongolen i. J. 1241 mit Verwüstungen, Verschleppungen und Blutopfern – haben sich die Deutschen hier durch die Jahrhunderte gehalten. Sie sind Deutsche geblieben und zugleich treue Bürger des ungarischen, auch des rumänischen Staates, dem sie nach dem

1. und nach dem 2. Weltkrieg zugeſchlagen wurden. Und ſie ſind zugleich Vorpoſten gegen den Oſten wie gegen die Türken geweſen.

Ebenfalls im 12. und 13. Jahrhundert wurden Deutſche, vornehmlich Bergleute, nach dem damaligen Nordungarn (heute Slowakei) gerufen (Raum ſüdlich der Weſtkarpaten, ungariſches Erzgebirge um die Städte Karpfen, Schemnitz, Kremnitz, Landſchaft Hauerland, und Gebiet der Niederen Tatra um die Städte Kaſchau, Leutſchau, Käsmark, Landſchaft Zips). Auch hier entſtand ein rein deutſches Gebiet, reich vor allem durch Bergbau und Handel, mit eigener deutſcher Kultur (Dichtung, Baukunſt, bildende Kunſt). Wie die Siebenbürger Sachſen bildeten auch ſie eine Stütze des ungariſchen Königtums gegen Einfälle heidniſcher Tataren und Kumanen aus dem Oſten und Polen von Norden. Als aber Ladislaus IV. (1272–1290) zum Heidentum übertrat, waren es die Deutſchen in Weſt- und Nordungarn, die das chriſtliche Abendland gegen ihn und ſeine Gefolgsleute verteidigten. Dabei verwüſtete der König ſelbſt deutſche Städte und Dörfer, beſonders in der Landſchaft Zips. Seit jener Zeit beriefen ſich ungariſche Chroniken ſtolz auf die Herkunft der Madjaren von den Hunnen. Der Hunnenkönig Attila wurde zum Helden Ungarns. Damit wurde ein innerer Gegenſatz der Madjaren zum Weſten und damit zum Deutſchtum aufgebaut, der auch in Zukunft immer wieder offen aufbrechen ſollte.

So bildeten damals ſtarke deutſche Siedlungen im Weſten, Norden, Oſten und Südoſten den Schutz Ungarns. Aber auch im Innern ließen ſich Deutſche nieder.

„Die 1241 eingebrochenen Tataren fanden ſchon große deutſche Städte im Innern des Landes, wie z. B. Thomasbrücken und Peſt, welch letzteres in den zeitgenöſſiſchen Chroniken ‚magna et ditissima villa Teutonicorum', d. h. eine große und ſehr reiche deutſche Siedlung genannt wird. Nachher war es Béla IV., der nach dem Rückzug der Tataren zur Förderung der Landesverteidigung feſtungsartige Städte anlegen und weitere deutſche Koloniſten anſiedeln ließ. Damals entſtand auch die Burg Ofen als ‚castrum novi montis Pestiensis', die alsbald zur Landeshauptſtadt heranwuchs. Alle Städte Ungarns hatten eine überwiegend deutſche Bevölkerung, die auch ihr deutſches Stadtrecht mitbrachte."[3])

3) Johann Weidlein: Deutſche Leiſtungen im Karpathenraum und der madjariſche Nationalismus, Leske-Verlag, Darmſtadt, 1954, S. 17.

**Dr. Weidlein** wurde am 25. Oktober 1905 in Murga/Ungarn geboren. Er ging durch madjariſche Schulen und ſtand zunächſt im madjariſchen Lager, war ſogar Mitglied des Eötvös-Kollegiums in Budapeſt, der ungariſchen Ecole Normale Superieur, wo die geiſtigen Führer des Madjarentums ausgebildet wurden. (Madjariſche Emigranten betonen hier ſtets, daß ſie – wenn es der Fall war – Mitglieder dieſes Kollegiums waren, und die Deutſchen übernehmen ehrfurchtsvoll dieſe Mitteilung, ohne zu wiſſen, was ſich dahinter verbirgt. Bei Dr. W. allerdings wird die Mitgliedſchaft verſchwiegen.)

Nach gründlichem Einblick in die Geſchichte Ungarns und in die Geſchichte des Deutſchtums in Ungarn wurde er ſich der Zugehörigkeit zu ſeinem deutſchen Volkstum bewußt und kämpfte ſeit 1929 auf geiſtig-wiſſenſchaftlichem Gebiet für die Rechte der Deutſchen in Ungarn.

(Fortſetzung der Fußnote ſiehe S. 22)

Nach über einem Jahrhundert der Ruhe und innerer Festigung des Deutschtums in Ungarn begann im 15. Jahrhundert eine neue Leidenszeit. Von Süden her drangen die Türken bis zur Donau vor; die Walachei nördlich der Donau gegenüber Siebenbürgen geriet unter türkische Herrschaft. Von hier aus unternahmen die Türken wiederholt verheerende Einfälle nach Siebenbürgen (seit 1420). Trotz schwerer Verluste leisteten die Deutschen den türkischen Heeren fast ein Jahrhundert lang erbitterten Widerstand. Sie konnten sich in ihren befestigten Städten halten, während die Dörfer weithin verwüstet und ihre Bewohner verschleppt wurden.

## Madjaren gegen Deutsche

Die Türken machten aber auch Einfälle in andere Teile des Landes bis nach Kärnten und in die Steiermark. Viele Madjaren entdeckten erneut ihre Verbundenheit zum heidnischen Osten und stellten sich auf die türkische Seite. Mehr noch, haßerfüllt wandten sie sich in blutigen Ausschreitungen gegen ihre deutschen Mitbürger.

„Der Dichter Chiphenwerger, der den Aufstand der Madjaren gegen die Deutschen 1439 in Ofen miterlebte, läßt jene sagen:

‚(si sprachen), wir wollen chainen Deutschen hie haben,
wir wollen se ausz dem Land hie jagn,
wir sein allzeit mit in ser überladen'.

Die Spannungen zwischen Deutschen und Madjaren sind um die Mitte des 15. Jahrhunderts so gewaltig, daß sie sprichwörtlich geworden sind:

'wan das mer on sant wirt vnd der hymel on heyligen vnd der Tewfel on sel, so wirt gefrannt deutsch vnd vungern, pfaffen vnd pawren' (wenn das Meer ohne Sand sein wird und der Himmel ohne Heilige und der Teufel ohne Seele, dann werden die Deutschen und Ungarn, Pfaffen und Bauern befreundet sein),

heißt es in der Sprichwortsammlung des Karmeliters V. Huendler aus dem 15. Jahrhundert. (Vgl. B. v. Pukanszky, Gesch. der deutschen Literatur in Ungarn,

(Fortsetzung der Fußnote 3 von S. 22)

Dr. Weidlein war Gymnasial-Lehrer, Privatdozent an der Universität Debrezin, einziger akademischer Lehrer der Ungarndeutschen, anerkannter Forscher für die Geschichte des Ungarn-Deutschtums und erhielt als solcher 1972 den Ungarndeutschen Kulturpreis.

Dr. Weidlein kennt Ungarn und seine Geschichte also nicht nur aus Büchern, sondern aus eigenem Erleben. Als Historiker stützt er sich auf Werke namhafter ungarischer Geschichtsschreiber und auf Dokumente von madjarischer und volksdeutscher Seite. Seit Jahrzehnten bringt er Schrift auf Schrift und Buch auf Buch heraus, um den Deutschen, auch den Ungarndeutschen, Tatsachen über die Einstellung der Madjaren zu den Deutschen und den anderen Volksgruppen im Lande zu vermitteln. Seine Arbeit richtet sich nicht gegen Ungarn und nicht gegen das madjarische Volk. Sie soll vielmehr dazu dienen, das Verhältnis zwischen Madjaren und Deutschen für die Zukunft zu entkrampfen. Dazu ist vor allem Wahrheit nötig, Wahrheit über die Geschichte Ungarns und auch über jene geistigen wie politischen Einflüsse nationalistischer und rassistischer Vertreter des Madjarentums, die das Zusammenleben der Volksgruppen in Ungarn seit Jahrhunderten bis heute vergiftet haben. Da die Wahrheit aber auch hier vielen Madjaren unbequem ist, hat Dr. Weidlein so manchen Widerstand von Madjaren und madjarisierten Deutschen erfahren müssen.

Budapeſt, 1926, S. 67, ung.)" (Weidlein, a. a. O., S. 25/26). Grund für den Haß war wohl der Wohlſtand der deutſchen Bürger. Im Jahre 1463 ſchrieb ein päpſtlicher Legat, daß außer den deutſchen Städten (140) nichts in Ungarn der Erwähnung wert ſei.

Nach dem entſcheidenden Sieg der Türken über das ungariſch-deutſche Heer bei Mohacs an der Donau i. J. 1526 fühlten ſich die Madjaren von der „deutſchen Fremdherrſchaft" befreit. Faſt ganz Ungarn geriet unter türkiſche Herrſchaft. Nur den Weſten von der Adria an und den Norden konnte der ungariſche König, der Habsburger Ferdinand I. (1526–1564), ab 1531 römiſcher König, Bruder Kaiſer Karls V., behaupten. Es waren alſo in erſter Linie die Deutſchen, die den Reſt Ungarns hielten, und mit deutſcher Hilfe aus dem Reich wurde dieſer Teil durch Burgen und Befeſtigungen verſtärkt. Eine Schrift aus dem Jahre 1558 erwähnt für den Norden: „Das meiſte Land iſt alles Teutſch geweſen, die ganze Zips", und zählt dann alle deutſchen Städte entlang der Nordgrenze zu Polen bis hin nach Siebenbürgen auf. Auch dieſe Deutſchen im Oſten ſtanden zu Ferdinand und kämpften lange gegen den Gegenkönig, den Südſlawen Johann Zapolya (1526–1540), der von den Türken geſtützt wurde. Im Jahre 1544 wurde der Oſten mit Siebenbürgen von Ungarn losgelöſt und vorerſt unter türkiſcher Oberhoheit ſelbſtändig. Ungarn war damit dreigeteilt: Fürſtentum Siebenbürgen, Türkiſch-Ungarn und Habsburgiſch-Ungarn im Weſten bis hinauf zur Zips.

## Reformation und Gegenreformation

Für das Deutſchtum in Ungarn wirkte ſich von nun an der Glaube, das Chriſtentum, verhängnisvoll aus. Denn die Deutſchen waren ja auch Chriſten. Die Reformation im 16. Jahrhundert hatte ſowohl die habsburgiſchen öſterreichiſchen Länder wie auch Ungarn erfaßt. Hier nahmen die Deutſchen das Luthertum an, die Madjaren den Kalvinismus, da das lutheriſche Bekenntnis als „deutſcher Glaube" galt – übrigens wie in Polen. Dadurch entſtand ein weiterer Zwieſpalt zwiſchen Deutſchen und Madjaren.

Noch ſchlimmer aber kam es, als der Habsburger Ferdinand II. (1619 bis 1637), fanatiſcher Katholik, Jeſuitenſchüler, der das Gelübde abgelegt hatte, ſämtliche ketzeriſchen Lehren in ſeinen Landen auszurotten, 1595 als Erzherzog die Herrſchaft in Öſterreich übernahm. Wieder einmal wurde der Glauben zum Keil zwiſchen Deutſchen. Jetzt hieß es nicht mehr Tod oder Taufe, aber Flucht, Tod oder katholiſcher Glaube. Träger der Gegenreformation waren die Jeſuiten. In den Jahren 1598/99 wurden die Menſchen in den habsburgiſchen deutſchen Ländern mit Gewalt zum Katholizismus zurückgezwungen. In gleicher Weiſe wurde auch im habsburgiſchen Teil Ungarns gearbeitet. Vorkämpfer für Rom war hier der Profeſſor Pázmány, Nachkomme eines Ritters Patzmann, der einſt mit Giſela nach Ungarn gekommen war, eines der vielen Beiſpiele dafür, daß auch in Ungarn

Namen nichts über Herkunft und Einstellung aussagen. Unter Zwang wurden die Deutschen in Westungarn zum größten Teil wieder katholisch, viele aber, besonders in den Städten, schlossen sich dem nichtkatholischen Madjaren- und Slowakentum an. Das war eine Madjarisierung über den Glauben. Die Madjarisierung der Stadtbewohner erfolgte auch dadurch, daß die madjarischen Adligen dort vor den Türken Zuflucht suchten und fanden. Sie übernahmen bald die wichtigsten Stellungen in den Städten und konnten von daher Druck auf die Menschen ausüben. Die Siebenbürger mit ihren Sonderrechten blieben lutherisch. Solche Ketzer zu unterstützen, dafür sahen die Habsburger keine Veranlassung. So standen die Deutschen in Ungarn in dreifacher Abwehr: gegen Türken, gegen Madjaren und gegen Glaubenszwang.

Die Türkenkriege dauerten insgesamt rund 300 Jahre. Die Bevölkerung litt schwer. Hunderttausende wurden in die Sklaverei verschleppt. In Türkisch-Ungarn war das Deutschtum fast völlig ausgerottet. Viele madjarische Herren Ostungarns, Stefan Bocskai (1604–1606), Gabriel Báthory (1606 bis 1613), Gabriel Bethlen (1613 [1622]–1629), Georg Rákóczy I. (1629 bis 1648), Georg Rákóczy II. (1648–1660), Franz II. Rákóczi (1704–1711), heute von ungarischer Seite als Freiheitshelden vorgestellt, waren ergebene Diener der Türken, kämpften auch auf ihrer Seite gegen Habsburg und das Reich, gleichzeitig aber auch gegen das Deutschtum in Ungarn, besonders in Siebenbürgen. Die Siebenbürger mußten sich immer wieder in blutigen Kämpfen gegen sie und gegen die Türken wehren. Am Ende waren über 150 Dörfer zerstört. Die Kraft der Siebenbürger reichte nicht mehr, sie neu zu besiedeln. Nichtdeutsche kamen herein, die Geschlossenheit des deutschen Gebietes wurde durchbrochen.

Nach dem Sieg deutscher Heere über die Türken bei Wien i. J. 1683 – beteiligt war auch ein polnisches Heer von 15 000 Mann, unter ihnen zahlreiche Deutsche, unter König Sobieski – begann die Befreiung Ungarns. Sie wurde durch den Sieg des Prinzen Eugen von Savoyen bei Belgrad 1717 gesichert.

„Über den deutschen Anteil an der Befreiung Ungarns schreibt die Ungarische Geschichte von Hóman-Szekfü (Bd. IV, S. 220 ff.) wie folgt: ‚Bei der Befreiung Ungarns opferte das deutsche Volk Hekatomben seiner Söhne in den jahrzehntelangen blutigen Kriegen... und rechtfertigte dadurch jene, die Ungarns Schicksal an Deutschland geknüpft hatten. Damit müssen wir hinsichtlich unserer Vergangenheit und unserer Zukunft im reinen sein... Das große Reich... stellte mit ungeheurer Kraftanstrengung Ungarn wieder her und ermöglichte dadurch die Weiterentwicklung des madjarischen Volkes auf Jahrhunderte.'" (Weidlein, a. a. O., S. 46.)

Diese Tatsachen sind in der späteren ungarischen Geschichtsschreibung seit dem 19. Jahrhundert völlig verschleiert, ja auf den Kopf gestellt worden. Hier sind es die Madjaren, welche die Befreiung vollbracht haben, und den Deutschen werden alle Verwüstungen in Ungarn wie die Verluste an Menschen zugeschoben. So wird es noch heute behauptet, selbst von ungarischen Emigranten. Und so wird noch

heute die Einstellung der Ungarn zu den Deutschen überall und besonders in Ungarn vergiftet.[4])

## Ungarn unter den Habsburgern – neuer deutscher Zuzug (17./18. Jh.)

Nachdem die Türken zurückgeworfen worden waren, wurde Ungarn Teil des Kaiserreichs Österreich. Siebenbürgen und das Banat wurden selbständige österreichische Kronländer.

Eine Neuerschließung und Neubesiedlung des weithin verwüsteten und menschenleeren Ungarn, soweit es türkisch gewesen war, wurde notwendig. „Zu besserer Aufhelfung, Wiedererhebung und Bevölkerung des fast gänzlich zugrunde gerichteten und abgeödeten Erbkönigreichs Hungarn", wie es im „Impopulationspatent" von 1689 des Kaisers Leopold I. (1658–1705) heißt, sollten Menschen herangeführt werden. Sie kamen aus ganz Europa, überwiegend aber aus Deutschland – gemäß dem Willen Kaiser Karls VI. (1711–1740), „die von Einwohnern stark entblößten Lande als eine Vormauer der Christenheit mit deutschen Leuten zu besetzen". Auf dem Landtag 1722 baten auch die ungarischen Adligen, die Grundherren, um deutsche Siedler, Bauern und Handwerker. Es folgten die „Schwabenzüge". Sie gingen in drei großen Wellen vor sich, nach 1722, nach 1763 unter Kaiserin Maria Theresia (1740–1780) und nach 1782 unter Kaiser Joseph II. (seit 1765 Mitregent –1790). Das war die neue deutsche Wanderung in den Südosten.

Deutsche Siedlungsgebiete in Ungarn waren: das Ungarische Mittelgebirge (im Donauknie und um Budapest), die Schwäbische Türkei (südostw. des Platten-Sees westl. der Donau (Fünfkirchen), Slawonien (zwischen Save und Drau [Esseg]), Syrmien (zwischen Save und Donau), Batschka (zwischen Donau und Theiß [Neusatz]), Banat (ostw. der Theiß [Temeschburg]). In harter Arbeit und unter schweren Rückschlägen schufen die Deutschen hier starke Inseln des Deutschtums. Sie leisteten einen entscheidenden Beitrag zum Wiederaufbau Ungarns. An Plänen deutscher Dörfer wird das anschaulich.[5])

Leider dachten die österreichischen Kaiser bis hin zu Maria Theresia weniger deutsch als katholisch. Ihre scharfen Maßnahmen zur Katholisierung trieben viele Deutsche auf die Seite der Madjaren. Vernachlässigt wurde besonders Sieben-

---

4) Vgl. dazu Johann Weidlein: Die deutsche Ungarnforschung, eine kritische Sichtung ungarischer Einflüsse, Selbstverlag, Schorndorf, 1983. Darin besonders den Aufsatz: „Die Banditen des Grafen Zrinyi oder wer hat Ungarn im 16. und 17. Jahrhundert verwüstet?" (S. 11 ff.)

5) Wilfried Krallert: Atlas zur Geschichte der deutschen Ostsiedlung, Velhagen u. Klasing, Bielefeld – Berlin – Hannover, 1958.

Dazu auch Johann Weidlein: Entwicklung der Dorfanlagen im donauschwäbischen Bereich. Mit 106 Kartenfotographien, herausgegeben von der Landsmannschaft der Donauschwaben, Stuttgart, 1965.

bürgen, das der österreichischen Krone unmittelbar unterstand, denn seine Bewohner hielten am lutherischen Bekenntnis fest. Eine – ungewollte – Stärkung des Deutschtums in Siebenbürgen war es, daß evangelische Leute aus Österreich zwangsweise dorthin ausgewiesen wurden. Ebenso wurden im Siebenjährigen Kriege preußische Gefangene dorthin gebracht. Im übrigen lag es dem damaligen Denken der Deutschen fern, dem Volkstum besondere Bedeutung zuzumessen. Zumal den Herrschern ging es allein um die Stellung ihres Hauses. So erkannten auch die Habsburger nicht, welche Stütze ihres Reiches die Deutschen waren und in Zukunft noch mehr werden konnten. In Ungarn versuchten sie trotz aller schlechten Erfahrungen, den Adel auf ihre Seite zu ziehen. In Wien fanden diese Herren immer mehr Gehör als die deutschen Bürger und Bauern. Die Habsburger ließen es weiter zu, daß die madjarischen Grundherren sich gegen die Deutschen stellten. Obwohl jene selbst es gewesen waren, die deutsche Siedler geholt hatten, neideten sie ihnen nun Wohlstand und Freiheiten, weil ihren eigenen Vorrechten damit Grenzen gesetzt wurden. Dennoch war das 18. Jahrhundert unter habsburgischer Herrschaft eine Zeit, in der Ungarn aufblühte, und das nicht zuletzt durch die Arbeit seiner deutschen Mitbürger.

Ungarn blieb weiter ein Vielvölkerstaat. Volkszählungen unter Joseph II. ergaben, daß 1785 von der Gesamtbevölkerung Ungarns von 8 Millionen nur 2,32 Millionen, also 29 %, Madjaren waren. Die Mehrheit von 71 % wurde von Slowenen, Kroaten, Serben, Rumänen, Walachen, Ruthenen, Slowaken und eben Deutschen gebildet. Im Bewußtsein seines absoluten Herrschertums wollte Joseph II. sein Reich zu einem Einheitsstaat machen. Als Mann der Aufklärung wollte er auch die Menschen fördern. Durch sein Toleranzedikt beendete er den unseligen religiösen Streit. Er hob die Steuerfreiheit des ungarischen Grundadels auf und setzte die Leibeigenschaft ihrer Hörigen außer Kraft. Das stieß bei den Herren auf Widerstand. Allgemeine Unruhe aber entstand, als der Kaiser die deutsche Sprache, bisher nur bei Militär und Verwaltung gebraucht, als Amts- und Gerichtssprache an Stelle des Lateinischen einführte. Das war nach Lage der Dinge für Ungarn unbedacht. Diesen „Angriff auf die madjarische Sprache" nutzte der Adel, um die Massen zu offenem Aufstand zu treiben (1784/85). Da an den Grenzen wieder einmal die Türken drohten, nahm Joseph II. auf dem Sterbebett alle Reformen wieder zurück. Aber der Haß war erneut gegen alles Deutsche und gegen die Deutschen in Ungarn gerichtet.

## Lage der Deutschen im 19. Jahrhundert

Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts erwachte in den Menschen Europas ein völkisches Bewußtsein. Hier ergaben sich für das Kaiserreich Österreich, in dessen Grenzen so viele verschiedene Völker lebten, ungeheure Schwierigkeiten. Dasselbe galt in kleinerem Maßstab für Ungarn. Der ungarische Adel, die Führungsschicht,

dachte nicht daran, hier einen Staat der Nationalitäten zu schaffen, in dem jede Volksgruppe nach ihrer Art leben und zum Gedeihen des Ganzen beitragen konnte. Ungarn sollte vielmehr zu einem madjarischen Nationalstaat geformt werden. Das bedeutete Unterdrückung aller nichtmadjarischen Völkerschaften.

Die Bedingungen waren günstig. Wegen der außenpolitisch schwierigen Lage Österreichs (napoleonische Kriege, Spannungen auf dem Balkan, Verschwörungen in Ungarn) war es nach innen nicht handlungsfähig. Franz II. (1792–1835) mußte dem Adel in Ungarn freie Hand lassen. Als Mittel zur Madjarisierung dienten zunächst Wort und Schrift. Alle nichtmadjarischen Völker wurden als minderwertig hingestellt, ihre Vertreter angegriffen, ihre Menschen eingeschüchtert, ihre Rechte beschnitten, ihre Einrichtungen behindert. Die madjarische Sprache sollte über Schule und Kirche im gesamten Land verbreitet werden.

Diese Maßnahmen betrafen nicht mehr nur Hab und Gut und Blut der Deutschen, Verluste, die ein gesundes Volk und eine gesunde Volksgruppe am ehesten ausgleichen kann, sie trafen ein hohes Kulturgut, die Sprache, und damit die Seele. Nur die Siebenbürger in ihrem geschlossenen Siedlungsraum und mit ihren alten Sonderrechten konnten sich davon freihalten. Bei den Deutschen in den anderen Teilen Ungarns mußte sich das alles verheerend auswirken, noch schlimmer, sie wurden politisch und seelisch gespalten. Viele, die sich immer als gute Staatsbürger Ungarns gefühlt hatten, wollten dennoch ihrem Volkstum nach deutsch bleiben. Viele andere aber wollten noch bessere National-Ungarn sein. Und wie es bei Deutschen dann häufig ist, sie legten ihr Deutschtum ab, verleugneten ihre Herkunft, nahmen madjarische Namen an, schrieben madjarisch und wurden leidenschaftliche Vorkämpfer des Madjarentums gegen alles Deutsche. Wieder andere taten es um ihres Vorteils willen oder unter Druck.

Die Zukunft des Deutschtums in Ungarn hing weiter vom Vorgehen der führenden Schicht, des Adels, ab. Dessen Haltung war nicht einheitlich. Viele fühlten sich sehr wohl mit der deutschen Kultur verbunden und sahen auch die politischen Vorteile, die ein Zusammengehen mit Österreich bot. Für die Deutschen in Ungarn aber war allein wichtig, wie die Adligen sich im Innern zum Deutschtum stellten. Hier nutzten sie die Rechte, die sie gegenüber dem Königtum und damit auch gegenüber dem österreichischen Kaiser seit jeher besaßen, um ihre politische und wirtschaftliche Stellung zu erhalten und um das Madjarentum zu fördern.

Graf Stephan Széchenyi (1792–1860), einer der bedeutendsten Männer jener Zeit, befürwortete die Bindung zum Westen. Er tat viel für die Entwicklung Ungarns, trat aber auf der anderen Seite für einen ungarischen Nationalstaat ein, wobei er allerdings Zwang vermeiden wollte. Die Madjarisierung bezeichnete er als heiligste Pflicht jedes Madjaren, erkannte aber nur diejenigen als echte Madjaren an, die es der Herkunft nach waren. Damit schuf er die Idee vom Rasse-Madjarentum. Jeder, der nicht als Außenseiter gelten wollte, bemühte sich nun, dieses nachzuweisen. Auch Deutsche waren dabei. Eine derartige Überspitzung des Rassewahns und ihre Folgen kennen wir aus der eigenen Geschichte.

Sein innenpolitischer Gegenspieler, Ludwig Kossuth (1802–1894), wollte alle Bindungen zu Österreich abbrechen. Er richtete seinen Blick nach Osten. Wieder tauchte die – längst widerlegte – Abstammung der Madjaren von den Hunnen und Mongolen auf. Wieder wurden Attila und Dschingis-Khan als große Vorbilder hingestellt. Die Massen folgten ihm. Seit 1840 gewann er die Oberhand in der ungarischen Politik. 1844 wurde das Madjarische zur Staatssprache erhoben und als Unterrichtssprache in allen Schulen eingeführt. Das heißt, kaum 5 Millionen Madjaren wollten ihre Sprache den 5 Millionen Slawen, 2,5 Millionen Rumänen und den 1,5 Millionen Deutschen mit allen Mitteln, auch mit Gewalt, aufzwingen. Dagegen erhob sich offener Widerstand.

Es kam das Jahr 1848. Österreich wurde durch Revolutionen und Aufstände erschüttert und geschwächt. Die österreichische Regierung – Kaiser Ferdinand I. (1835–1848) war geistesschwach und nicht handlungsfähig – führte in Ungarn Reformen durch (Beseitigung der Unfreiheit der Bauern, des kirchlichen Zehnten, der Steuerfreiheit des Adels) und billigte Ungarn eine eigene Regierung zu. Nur noch die Krone blieb als Verbindung mit Österreich. Dem Königreich Ungarn, das heißt den Madjaren, wurden sogar Siebenbürgen und das Banat (bereits unter Maria Theresia) unterstellt. Anstatt das Deutschtum in diesen Gebieten unmittelbar an das Kaiserhaus zu binden, es selbständig zu halten und zu stärken, wurde es damit dem Madjarentum ausgeliefert. Über Schule und Sprache wurde die Entdeutschung weitergeführt. Den anderen Minderheiten ging es genauso. Nur solch zielstrebiger Madjarisierung ist es zuzuschreiben, daß der Anteil der Madjaren in der Bevölkerung Ungarns in 60 Jahren von 29 v. H. auf 42 v. H. ansteigen konnte.

Kossuth, der maßgebende Mann in der ungarischen Regierung, wollte mehr, nämlich die völlige Lösung von Österreich. Er riß die Massen zum Aufstand hin und trug die ungarische Krone dem russischen Zaren an. Im Innern richtete sich der Haß gegen die Deutschen. Er forderte blutige Opfer. Heute wird Kossuth in Geschichtsbüchern, und nicht nur in ungarischen, als Freiheitskämpfer hingestellt, obwohl weitgehende Freiheit schon vorher zugestanden worden war. „‚So viel Unwahrheiten sind vielleicht über keinen unserer Kriege geschrieben worden von den auf die Leichtgläubigkeit der Leser bauenden Chronisten als gerade über den Freiheitskrieg 1848/49', schreibt Jenö Gyalókay, der beste Kenner der Ereignisse dieser Zeit (in Hadtört. Közl. Jg. 1927, S. 48)" (aus Weidlein, Leistungen..., a. a. O., S. 71). 1849 wurde der Aufstand mit russischer Hilfe niedergeschlagen.

Ungarn wurde wieder stärker in das österreichische Kaiserreich eingegliedert. Heerwesen, Außenpolitik und Finanzen wurden von Wien geleitet. Die Menschen konnten wieder in Ruhe leben. Ungarn wurde neu aufgebaut. Die Madjaren indes blieben unzufrieden. Sie nutzten die Schwäche Österreichs nach dem verlorenen Krieg 1866 zu neuen Forderungen. Kaiser Franz Joseph I. (1848–1916) gab nach, um Ungarn für sein Reich zu halten. 1867 schloß er den sogenannten Aus-

gleich ab. Das Kaiserreich Österreich wurde in die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn umgewandelt. Ungarn gewann die Eigenstaatlichkeit. Mit Wien abzustimmen blieben nur die von den Madjaren so bezeichneten „verfluchten gemeinsamen Angelegenheiten" (Heerwesen, Auswärtiges, Finanzen, soweit sie die erstgenannten Gebiete betrafen). Auf allen anderen Gebieten (innere Verwaltung, Schulwesen) wurde Ungarn selbständig. Die österreichischen (deutschen) Beamten, die den mittelalterlichen Ständestaat Ungarn in einen modernen Staat umgewandelt hatten, mußten das Land verlassen.

## Madjarisierung der Deutschen

Die Madjaren hatten nunmehr die Macht im Lande. Denn durch entsprechende Handhabung sorgten sie dafür, daß die starken Minderheiten im Parlament und in der Regierung nichts zu sagen hatten. 1868 erließ die Regierung zwar ein schön klingendes Gesetz über die „Gleichberechtigung der Nationalitäten", das aber in Wirklichkeit nur die Gleichberechtigung der Nationalitäten außer der madjarischen meinte. Ziel war und blieb die Madjarisierung. Doch sie sollte nicht langsamer und ruhiger Entwicklung überlassen, sondern mit Willkür und unter Druck erzwungen werden. Wichtige Mittel waren Sprache und Schule, um die Kinder durch Schmähung alles Deutschen und durch Verherrlichung des Madjarischen umzuerziehen. (Hierzu auch Weidlein: Das deutsche Schulwesen und das Bild des Deutschen in der Schule, in: Pannonica, S. 400–424.) Das Madjarische sollte Staats- und Amtssprache sein, obwohl in manchen Gebieten ja geschlossene Minderheiten lebten. Und was die Schulen betrifft, so beweisen Zahlen, wie das deutsche Schulwesen abgewürgt wurde.

„Im Jahre 1855 gab es 2400 deutsche Volksschulen,
im Jahre 1869 gab es 1262 deutsche Volksschulen,
im Jahre 1880 gab es 867 deutsche Volksschulen,
im Jahre 1918 gab es 417 deutsche Volksschulen,

aber davon gehörten 254 der siebenbürgisch-sächsischen lutherischen Landeskirche für ihre rund 250 000 Gläubigen, weitere 116 waren im deutschen Burgenland, so daß die rund 1,5 Millionen übrigen Deutschen Ungarns praktisch überhaupt keine deutschen Schulen mehr besaßen. Seit 1907 war man nur noch bestrebt, den Kindern die ungarische Sprache beizubringen, auf die Vermittlung sonstiger Kenntnisse wurde kein besonderer Wert mehr gelegt."[6]) Bis 1882 waren alle deutschen mittleren und höheren Schulen geschlossen.

[6]) Dr. Johann Weidlein, Madjarisierung der Deutschen in Ungarn und in Deutschland, Schorndorf, 1955, S. 19.

Auf den Schulen wurden die Kinder nicht nur ſprachlich, ſondern auch geiſtig geformt.

„Dabei wurden die Kinder der nichtmadjariſchen Eltern nicht nur ſprachlich, ſondern auch geiſtig madjariſiert, indem man in ihnen Minderwertigkeitsvorſtellungen erweckte, ſo daß ſie mit Begeiſterung in das madjariſche Lager hinüberwechſelten. Der Erfolg der Generationen hindurch geführten planmäßigen Madjariſierung war, daß die Verhältniszahl der Madjaren im Laufe eines guten Jahrhunderts trotz der geringen Fruchtbarkeit der madjariſchen Ehen von 29 Prozent im Jahre 1785 auf 51,4 Prozent im Jahre 1910 geſtiegen war. Das erſte Opfer der Aſſimilationspolitik war das deutſche Bürgertum der Städte. Wenn der ungariſche Statiſtiker Martin Schwartner um 1808 noch ſchreiben konnte, alle königlichen Freiſtädte Ungarns hätten mit Ausnahme der Stadt Debrezin deutſche Einwohner, ſo muß feſtgeſtellt werden, daß es im Jahre 1910 in Ungarn – mit Ausnahme der Städte der Siebenbürger Sachſen – keine Stadt mehr gegeben hat, die eine nennenswerte deutſche Bevölkerung aufweiſen konnte. Auch das dörfliche Deutſchtum nahm in gefährlicher Weiſe ab.“[7])

Die Abnahme der Deutſchen in Stadt und Land erfolgte alſo nicht deswegen, weil ſie ausgewandert oder ausgeſtorben waren, ſondern weil ſie ihr Deutſchtum aufgegeben hatten. Äußerlich wurde der Wechſel des Volkstums daran kenntlich, daß die Deutſchen ihre deutſchen Familiennamen aufgaben und madjariſche annahmen. Auch hier lag vielfach offene Nötigung vor, ſo wenn Beamten oder Offizieren eine Namensänderung „höheren Orts“ empfohlen, wenn nicht befohlen wurde.

Die mit allen Mitteln vorangetriebene Madjariſierung kann eigentlich nur mit der Befürchtung erklärt werden, daß die Madjaren, die ſich ja als Staatsvolk fühlten, weder die Fähigkeiten noch die Volkskraft aufbringen würden, den ungariſchen Staat für die Zukunft zu erhalten. Daher dann auch die übermäßige Betonung des Madjarentums und daher der Haß gegen die Deutſchen. Gewiß erkannten viele klarblickende und wahrheitsliebende Ungarn die Leiſtungen an, die die Deutſchen in der Geſchichte, in Wirtſchaft, Wiſſenſchaft, Literatur, Architektur und Kultur für das Land vollbracht hatten. Doch die Oberhand in der politiſchen Führung Ungarns gewannen immer wieder jene, die die Deutſchen als Feinde ſahen und die Feindſchaft gegen alles Deutſche predigten.

„Graf Sándor Teleki, ein Ariſtokrat aus Siebenbürgen, drückte dieſen Gedanken wie folgt aus: ‚Einen Feind haben wir, wie es … der Geier der Taube, die Krätze der Haut, der Grind dem Kopf iſt – unſer Tyrann, unſer Ausbeuter und unſer Verwüſter, der für uns zugleich Laus, Wanze und Phylloxera (Reblaus) iſt, und dieſer Feind iſt der Deutſche‘ (nach Magyar Polgár zitiert bei Waſtian, Ungarns Tauſendjährung, 1898, S. 138).“ (Aus Weidlein, Deutſche Leiſtungen…, a. a. O., S. 81.)

---

7) Dr. Johann Weidlein, Der madjariſche Raſſennationalismus, Schorndorf, 1961, S. 8.

Im ungarischen Landtag, in der Presse und in Schulen wurde diese Einstellung unter Verdrehungen und Verfälschungen der Geschichte verbreitet und die Zugehörigkeit Ungarns zum Osten, sogar zu den Türken beschworen.

Die „Waffenbrüderschaft" zwischen Ungarn und Deutschen im ersten Weltkrieg 1914 bis 1918 übertönte nach außen, daß die Madjarisierung im Innern weitergetrieben wurde.

## Entwicklung nach dem 1. Weltkrieg

Nach der Revolution in Österreich im Oktober 1918 löste sich das Habsburger Kaiserreich auf. Ungarn machte sich selbständig und wurde zum ersten Mal seit 1526 zu einem unabhängigen Staat. Im Süden fielen Bosnien, Kroatien und Slowenien ab. Für die Deutschen diesseits und jenseits der neuen Grenzen kamen wieder einmal schwere Zeiten. Aus Slowenien drangen im Herbst 1918 bewaffnete Haufen in Kärnten und in die Steiermark ein, um hier Landstriche zu besetzen. In Kärnten fanden sich trotz schwieriger Lage Männer aus allen Schichten zu einer Volkswehr zusammen. Sie warfen die Eindringlinge aus dem Land. Die Steiermärker ermannten sich nicht zu bewaffnetem Widerstand. Vielleicht hofften sie im Gefühl ihrer gerechten Sache auf die Einsicht der Sieger des Weltkrieges – allerdings vergeblich. So blieb die Südsteiermark mit der deutschen Stadt Marburg (Maribor) in jugoslawischen Händen.

Im „Friedensvertrag" von St. Germain am 10. 9. 1919 wurde die Aufteilung des früheren Reiches Österreich-Ungarn festgeschrieben. Im Oktober 1919 ergab eine Volksabstimmung in Unterkärnten eine deutsche Mehrheit. Damit blieb dieses Land deutsch, ein Erfolg des tätigen Widerstands von 1918. Im Westen mußte das Kanaltal mit überwiegend deutschen Orten, zum Beispiel Tarvis, an Italien abgetreten werden.

An Jugoslawien fielen zahlreiche überwiegend deutsche Orte in Slowenien, dazu das deutsche Gottscheer Ländchen, das seit dem 14. Jahrhundert von Deutschen besiedelt war, die sich unter schweren Bedingungen bewährt und besonders in den langen Türkenkriegen als unbesiegbarer Stützpunkt der Landschaft Krain behauptet hatten. Zu Jugoslawien kamen weiter große Teile der Donauschwaben (Syrmien, Batschka, West-Banat). Nach 1919 lebten insgesamt rund 600 000 Deutsche in Jugoslawien. Sie gingen trotz aller Schwierigkeiten wieder an die Arbeit und konnten sich besonders in geschlossenen Siedlungsgebieten gut halten.

Ungarn wurde erheblich verkleinert („Trianon-Ungarn" nach dem „Friedensvertrag" von Trianon, 4. II. 1920). Für die Deutschen ergaben sich bedeutsame Änderungen. Ein Teil des deutschen Westungarn kam auf Grund einer Volksabstimmung zu Deutsch-Österreich (Burgenland). Die Volksabstimmung war an sich ein großer Betrug der Weltöffentlichkeit. Denn die Ungarn erreichten es mit Hilfe der Italiener, daß nur in Ödenburg und sechs Nachbardörfern abgestimmt wurde. Ostungarn mit Siebenbürgen wurde Rumänien zugeschlagen, die deutschen Sied-

lungsgebiete im Süden (Banat) wurden zwischen Rumänien und Jugoslawien aufgeteilt. Zu Rumänien waren außerdem die Deutschen im früher österreichischen Buchenland (Bukowina) in den Nordkarpaten, Hauptstadt Czernowitz, und im früher russischen Bessarabien zwischen Dnjestr und Pruth gekommen. Mit den Deutschen in der Dobrudscha südlich der Donaumündungen lebten in Rumänien rund 800 000 Deutsche. Sie schlossen sich zum „Verband der Deutschen in Rumänien" zusammen. Die geistige Führung dieses Deutschtums stellten die Bukowina-Deutschen und die Siebenbürger Sachsen, die ein gut ausgebildetes deutsches Schul- und Lehrerbildungswesen besaßen. Die früheren Ungarndeutschen hatten mehr Freiheiten als unter den Madjaren. Hauptstütze blieben die festverwurzelten Siebenbürger Sachsen, die Germanissimi Germanorum, wie sie auch genannt wurden, die Deutschesten der Deutschen. – In Ungarn verblieben rund 600 000 Deutsche, die in verschiedenen Siedlungsgebieten im Westen und Süden lebten.

Die Trennung Ungarns von Österreich 1918 war von Graf Mihály Károlyi vollzogen worden. Er gab sich als „Bewunderer der neuartigen russischen Demokratie", also der bolschewistischen Diktatur. 1919 übernahm Ungarn unter Béla Kun als einziges Land Europas – außer Bayern in Deutschland – die Staatsform einer Räterepublik. Der „rote Terror" konnte nur mit Hilfe des Auslands (Rumänien) gebrochen werden.

1920 folgte als Staatsoberhaupt der „Reichsverweser" Admiral Nikolaus Horthy. Wie seine Ministerpräsidenten Bethlen, Teleki und Kállay stammte er aus dem Osten Ungarns. Schon von daher waren sie alle gegen die Deutschen in Ungarn eingestellt. Nun begann der „weiße Terror" zur weiteren Sicherung der Herrschaft der Großgrundbesitzer, die seit eh und je den größten Teil von Grund und Boden des Landes in ihren Händen hatten und Neid und Haß der armen und unterdrückten Landbevölkerung auf die deutschen Bauern lenkten, die nur „mit einem Bündel" gekommen wären und den Madjaren das Land weggenommen hätten. Die Deutschen gerieten unter schweren Druck. Die Erziehung der Kinder von den Kindergärten an erfolgte in madjarischer Sprache. Die Madjarisierung der Namen, auch der Orts- und Straßennamen, wurde unter staatlichem Zwang weitergetrieben. Rufe nach Vertreibung aller Deutschen wurden laut. Auf politische Hilfe von außen konnten sie nicht rechnen. Außer schriftlichen und mündlichen Protesten konnten die Regierungen von Deutsch-Österreich und Deutschland schließlich nichts unternehmen, und solche Schritte wurden bei der Ohnmacht beider Länder nicht weiter beachtet.

Vergeblich blieben die rastlosen Bemühungen des Führers der deutschen Volksgruppe in Ungarn, Prof. Jakob Bleyer (1874–1933), ein Name, der nicht vergessen werden sollte, die verbrieften Rechte der Deutschen bei der Regierung durchzusetzen. Gegen ihn standen auch madjarisierte Deutsche, die sich, wie immer bei Überläufern, besonders deutschfeindlich zeigten. Und gegen ihn stand die katholische Kirche.

„Selbſt die Anordnung des Bethlenſchen Schulgeſetzes, daß der Religionsunterricht auf jeden Fall in der Mutterſprache der Schüler zu erteilen ſei, wurde weder von den ſtaatlichen noch von vielen katholiſchen Schulen befolgt. Der Schülergottesdienſt wurde in den meiſten Dörfern in madjariſcher Sprache gehalten; Geiſtliche, die der allgemeinen Tendenz zuwiderhandelten, wurden verfolgt oder aus der deutſchen Paſtoriſation herausgenommen und ihnen jede Betätigung in der deutſchen Bewegung unterſagt. Jakob Bleyer, der ein tiefgläubiger Katholik war, unternahm wohl alles Mögliche, um auf dieſem Gebiet Abhilfe zu ſchaffen, aber ohne Erfolg. Er hatte ſchon recht, wenn er in ſeiner Denkſchrift vom 28. Juni 1930 feſtſtellte, die katholiſche Kirche ſei für das ungarländiſche Deutſchtum in erſter Linie eine Madjariſierungsanſtalt, das Katholiſche komme erſt in zweiter Linie in Betracht.

Wenn wir noch mitteilen, daß Kardinal Serédi Schirmherr des Vereins für Namensmadjariſierung war, daß Kardinal Mindszenty-Pehm zuſammen mit den übrigen Biſchöfen Ungarns jene Deutſchen, die bei der letzten Volkszählung (1941) weder ihre Mutterſprache noch ihre Nationalität abgeleugnet hatten, als Vaterlandsverräter bezeichneten und daß katholiſche Geiſtliche ſich hier in Deutſchland (gemeint iſt die Bundesrepublik nach dem Krieg) in der ‚Treuebewegung' und der Aktion ‚Sancta Hungaria' betätigen (gemeint iſt die Fortführung der Madjariſierung von Ungarndeutſchen), ſo dürfte das Bild über die Rolle der katholiſchen Geiſtlichkeit Ungarns in der Entnationaliſierung nichtmadjariſcher Völker ziemlich abgerundet ſein."[8])

Wie Weidlein weiter berichtet, ſtellten ſich jetzt auch die lutheriſche und kalviniſtiſche Kirche Ungarns in den Dienſt des Madjarentums – Siebenbürgen gehörte in dieſer Zeit ja zu Rumänien, dort war die Kirche ein Hort des Deutſchtums. In Ungarn jedenfalls ging es zurück. Das Statiſtiſche Landesamt gab bekannt, „daß die Zahl der Deutſchen in Ungarn nach den Daten der amtlichen Volkszählung vom 31. Dezember 1930 ſeit 1920 von 551 000 auf 479 000 zurückgegangen, alſo im Laufe der letzten zehn Jahre um 72 000 geſunken ſei" (Weidlein, Geſchichte der Ungarndeutſchen in Dokumenten, 1958, S. 46).

## Die Deutſchen nach 1933 ...

Obwohl das deutſche Reich bald an innerer und äußerer Stärke gewann, erfolgte auch nach 1933 zunächſt keine Änderung bei der Madjariſierung. Die deutſche Regierung tat ihrerſeits auch nichts für die Deutſchen in Ungarn, weil ſie keine Störung im Verhältnis zu dieſem Land wünſchte. Weidlein wählt ſogar für eine Rede des Staatsſekretärs und Leiters der Auslandsorganiſation der NSDAP, Wilhelm Bode, die er im Januar 1938 in Budapeſt hielt, die

8) Dr. Johann Weidlein: Madjariſierung der Deutſchen in Ungarn und in Deutſchland. Schorndorf, 1955, S. 25.

Überschrift: „Die NSDAP gibt das Startzeichen zum Großangriff auf die volksdeutsche Bewegung in Ungarn" (Dokumente, 1958, S. 197). Volksdeutsche Sprecher, die sich gegen die Zwangsmadjarisierung der Namen wandten, wurden strafrechtlich verfolgt.

Während im Innern die Entdeutschung weiterbetrieben wurde, verfolgte die ungarische Regierung nach außen eine Politik der Freundschaft zu Deutschland, weil sich die Möglichkeit bot, mit Hilfe des Reiches Gebiete zurückzubekommen, die 1918/19 verlorengegangen waren. Das gelang zuerst im Herbst 1938, nachdem Deutschland das Sudetenland befreit hatte. Ungarn erhielt mit dem 1. Wiener Schiedsspruch vom 4. 11. 1938 einen Landstreifen im Süden der Slowakei, in dem Madjaren, aber auch Deutsche lebten. Allmählich wurden auch die Deutschen in Ungarn selbstbewußter. Die Regierung mußte kleine Zugeständnisse machen. Am 26. November 1938 wurde der „Volksbund der Deutschen in Ungarn", VDU, gegründet, Führer Dr. Franz Basch – 1946 in Ungarn als „Verräter" hingerichtet. Dabei hatten die Deutschen immer wieder erklärt, daß sie nach dem Wahlspruch Bleyers „volkstreu und staatstreu" sein wollten, wie stets in der Geschichte. Der Volksbund war durchaus keine Organisation der NSDAP, wie es später von ungarischer und auch bundesrepublikanischer deutscher Seite behauptet worden ist. Er wurde im April 1939 auf Grund des Vereinsgesetzes von 1879 endlich genehmigt, ohne daß sich Wesentliches änderte. Es erfolgte vielmehr ein bezeichnender Gegenzug der Regierung. Auf Veranlassung des Ministerpräsidenten Graf Teleki tauchte plötzlich eine „Treuebewegung" der Deutschen auf, in der sich die madjarisierten Deutschen sammelten. Hier arbeitete eifrig der oben schon erwähnte deutschstämmige katholische Priester Josef Pehm mit. Es ist doch des Nachdenkens wert, warum zu allen Zeiten und überall katholische Priester, auch deutsche katholische Priester, gegen das Deutschtum hetzten und fremdes Volkstum unterstützten. Hier in Ungarn wurde die Spaltung zwischen den Deutschen verschärft. Immer noch und immer wieder: Verhängnis des Glaubensumbruchs!

Am 30. April 1940, ein halbes Jahr nach dem Polenkrieg, brachte der 2. Wiener Schiedsspruch die Rückgliederung Nordsiebenbürgens an Ungarn. Damit gelangten Rumänen und Deutsche unter ungarische Herrschaft. Am gleichen Tage wurde zwischen dem Deutschen Reich und Ungarn ein Volksgruppenabkommen abgeschlossen, mit dem die Rechte der Deutschen in Ungarn abgesichert werden sollten (Weidlein, Dokumente, a. a. O., 1959, S. 279–282). Die Erwartungen der Ungarndeutschen erfüllten sich jedoch nicht, einmal weil das Abkommen ohne Beteiligung von Vertretern der Volksgruppe abgeschlossen worden war, die mit den Verhältnissen im Lande vertraut waren, zum anderen weil die ungarische Regierung die Abmachungen ebensowenig einhielt wie die früherer Minderheitenschutzverträge. Teleki sprach von einem „Fetzen Papier". Im Jahre 1941 durfte Ungarn im Zuge des deutschen Balkankrieges die deutschbesiedelte Batschka besetzen. Insgesamt war jetzt die Zahl der Deutschen in Ungarn stark angewachsen. Und die neu hinzugekommenen Deutschen stellten höhere Ansprüche, weil sie in den

anderen Ländern größere Freiheiten beſeſſen hatten. Wie es ihnen als Minderheit in Ungarn erging, darüber beklagt ſich der madjariſche Hiſtoriker Gyula Szekfü in ſeinem Werk: „Nach der Revolution", 1953, S. 299/300:

„Der Herrgott ſtellte uns auf die Probe, als wir einen Teil der von Nationalitäten bewohnten Gebiete zurückbekamen. Es wurde uns ermöglicht, das, was wir im Laufe unſerer Reviſionspropaganda (gemeint iſt: gegen die Gebietsverluſte von Trianon) ein Vierteljahrhundert hindurch bei anderen kritiſiert und beanſtandet hatten, in einer vollkommenen Form zu verwirklichen und der Welt zu beweiſen, wie man mit den Nationalitäten umzugehen hat, daß dieſe in der Verwirklichung ihrer rechtmäßigen Wünſche zufrieden ſeien. Wir ſind bei dieſer Probe ſchmachvoll durchgefallen, indem wir das Gegenteil von dem taten, was wir hätten tun ſollen und müſſen... Die Probe haben wir alle nicht beſtanden, nicht nur die Regierungen, die in unſerem Namen, an Stelle von uns, gehandelt haben... Im entſcheidenden Augenblick hat es ſich erwieſen, daß wir den Nichtmadjaren gegenüber weder gerecht ſein können noch gerecht ſein wollen, und damit haben wir mit der jahrhundertelangen Tradition gebrochen, welche bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts das friedliche Zuſammenleben der Madjaren mit den Nichtmadjaren geſichert hatte." (Aus Weidlein, Geſchichte der Ungarndeutſchen in Dokumenten, a. a. O. 1959, S. 321.) Für die Zeit bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts hat Szekfü leider nicht recht, wohl aber für die Jahre ab 1938. Die ſchlechte Behandlung der Deutſchen wurde fortgeſetzt, obwohl Ungarn als Verbündeter Deutſchlands im Krieg ſtand.

## ...und im 2. Weltkrieg

Nach den glänzenden Anfangserfolgen der Deutſchen in Rußland erklärte bereits am 27. Juni 1941 Ungarn den Krieg gegen die Sowjetunion. Volksdeutſche wurden mit Vorrang, im Verhältnis von 10 zu 1 zu Madjaren, eingezogen, um „das madjariſche Blut zu ſchonen", wie es hieß. Bei der bekannt ſchlechten Haltung der ungariſchen Offiziere meldeten ſich viele Deutſche bei der deutſchen Wehrmacht und bei der Waffen-SS. Später wurden ſie zwangsweiſe zur Waffen-SS eingezogen. So hat die deutſche Volksgruppe im Krieg beſonders hohe Blutopfer gebracht.

In dieſen Jahren lief die große Umſiedlung von Deutſchen aus den Ländern des Oſtens und Südoſtens in das Reich. Es heißt hier und da, daß ſich daran das mangelnde Verſtändnis Hitlers für die Volksgruppen erweiſe. Immerhin konnten durch eine Entflechtung der Nationalitäten für die Zukunft völkiſche Auseinanderſetzungen in den einzelnen Ländern ausgeſchaltet werden, bei denen die deutſchen Minderheiten von vornherein im Nachteil waren, abgeſehen davon, daß ſie ſtets in Gefahr waren, ihr Volkstum freiwillig oder unter Zwang aufzugeben. Eine Rückführung der Deutſchen in das Reich konnte außerdem die Beziehungen des

betreffenden Landes zu Deutschland entkrampfen. Und nicht zuletzt gewann das deutsche Volk wertvolle und bewährte Menschen zurück. – Dieser Plan, so ungeheuer er aussah und so einschneidend er für die Menschen sein mußte, hatte also sehr wohl einen Sinn. Er hat am Ende auch vielen das Leben gerettet.

Um ihn durchführen zu können, war eine Übersicht über die Zahl der Deutschen nötig, die in anderen, hier den südosteuropäischen Ländern lebten.

„Nach den Volkszählungen 1940/41 betrug der deutsche Bevölkerungsanteil in den Siedlungsgebieten der Donauschwaben und in den weiterhin angeführten Gebieten Südosteuropas:

| Siedlungsgebiet | deutscher Bevölkerungsanteil | Siedlungsgebiet | deutscher Bevölkerungsanteil |
|---|---|---|---|
| Ungar. Mittelgebirge | 88 400 | Siebenbürgen | 254 200 |
| Schwäb. Türkei | 138 100 | Bukowina | 82 100 |
| Slawonien | 71 000 | Bessarabien | 94 100 |
| Syrmien | 73 600 | Dobrudscha | 15 700 |
| Batschka | 200 000 | Karpatenländer | 165 000 |
| Banat | 404 500 | Westungarn | 38 400 |
| zus.: | 975 600 | Slowenien | 34 200 |
| | 683 700 | zus.: | 683 700 |
| insgesamt | 1 659 300 | | [9] |

## Rücksiedlung der Deutschen aus dem Donau-Raum

Die Rückführung in die Grenzen des damaligen deutschen Reiches erfolgte auf Grund von Verträgen mit den entsprechenden Regierungen einschließlich der Sowjetunion und nach freiwilliger Meldung der umzusiedelnden Menschen – wobei sich manchmal herausstellte, daß sich mehr Leute meldeten, als Deutsche in dem betreffenden Gebiet wohnten. Das Unternehmen begann im Winter 1939/40 und zog sich bis 1943 hin.

So kehrten die Nachkommen jener Deutschen, die vor Hunderten von Jahren nach Osten gezogen waren, wieder „heim ins Reich", wie es hieß. Damals waren sie mit Pferd und Wagen gekommen, jetzt zogen sie zum Teil wieder mit Pferd und Wagen nach Westen. Wenn wir bedenken, daß das nicht nur hier, sondern im

[9] Ostdeutschland und die deutschen Siedlungsgebiete in Ost- und Südosteuropa in Karte, Bild und Wort, Südwest-Verlag, München, ohne Jahr (nach 1950), S. 43. Außerdem lebten noch viele Deutsche in kleinen Gruppen in den Balkanstaaten.

gesamten Osten vor sich ging, war es schon ein gewaltiges Unternehmen – und in diesen Jahren deutscher Siege eigentlich ein Gegenbeweis gegen die Behauptung, daß Deutschland Europa oder sogar die Welt erobern wolle.

Die Angaben über die Zahlen der Rücksiedler sind unterschiedlich. Das liegt daran, daß die Zählungen zu verschiedenen Zeiten vorgenommen wurden. Hier werden die Zahlen von Gotthold Rohde zugrunde gelegt.[10]) Danach wurden von November 1939 bis zum März 1941 umgesiedelt:

92 500 Deutsche aus Bessarabien (russisch)
37 000 Deutsche aus der Nordbukowina (russisch)

weiterhin bis 1943

etwa 51 000 aus der Südbukowina (rumänisch)
etwa 18 000 aus Bosnien und Kroatien (jugoslawisch)
etwa 15 500 aus der Dobrudscha (rumänisch)
etwa 15 000 aus dem Gottscheer Ländchen (jugoslawisch),

dazu einzelne Gruppen aus Bulgarien und Griechenland, so daß sich für diese Zeit eine Gesamtzahl von 115 000 ergab. Die Siebenbürger wurden nicht erfaßt, weil sie nach Lage und Art ihrer Gemeinschaft für ungefährdet galten. Ebenso blieben die deutschen Siedlungen in Ungarn erhalten, da es ja als befreundetes und verbündetes Land angesehen wurde, obwohl auch in diesen Jahren madjarische Stimmen von Vertreibung der Deutschen sprachen und die Verbindung nach Asien beschworen.

Doch die Freundschaft war geheuchelt. Nach dem Rückschlag von Stalingrad Anfang 1943 nahm Horthy Verbindung mit den Feindmächten auf. Ungarn wollte aus dem Krieg ausscheiden bzw. auf die andere Seite überwechseln. Lauter wurden die Forderungen, daß die Deutschen verschwinden sollten, weil sie, wie immer in der Geschichte der Madjaren, Unheil gebracht hätten, den Madjaren, die doch ein Volk des Ostens wären und von den ruhmreichen Hunnen und Tataren abstammten. Für die deutsche Führung wurde Ungarn derart unsicher, daß es am 19. März 1944 von deutschen Truppen besetzt wurde. Am 20. März sollte der Frontwechsel stattfinden. Am 15. Oktober 1944 ließ Horthy im Rundfunk die Waffenstreckung erklären. Er wurde abgesetzt. An seine Stelle trat ein „Pfeilkreuzler", Vertreter der scharf nationalistischen Richtung. Am Ablauf des Krieges änderte das nichts. Seit dem Herbst 1944 drangen sowjetische Truppen über Rumänien nach Ungarn vor. Aus dem ungarischen Nordsiebenbürgen (Bistritz, Sathmar) flüchteten noch rd. 50 000 Deutsche, ebenso aus den nördlichen Gebieten Jugoslawiens (Slawonien, Syrmien). Über die anderen brach 1945 die Katastrophe herein, verursacht nicht so sehr durch die sowjetischen Truppen und den Krieg, sondern durch die einheimischen Führungen mit ihren Freischärlern und Banden.

---

10) Gotthold Rohde: Umsiedlungen und Vertreibungen, aus: Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn, Verlag Diesterweg, hrsg. von Viktor Aschenbrenner u. a., Frankfurt am Main, Berlin, Bonn, München, 1967, S. 292 ff.

Am ſchlimmſten wurden die Deutſchen in **Jugoſlawien** getroffen. Sie wurden Opfer unvorſtellbarer Grauſamkeiten. Zahlen können hier naturgemäß nur ein Anhalt ſein. Dr. Straka gibt an:[11]) 20 000 erſchoſſen, 50 000, meiſt Frauen, verſchleppt, 100 000 verhungert in Vernichtungslagern, 60 000 in Kolchoſen oder zur Zwangsarbeit gebracht, dann über die Grenze abgeſchoben. 250 000 ſollen nach anderen Angaben geflüchtet ſein. Nach amtlichen Zählungen ſoll es in Jugoſlawien keine Deutſchen mehr geben.

In **Rumänien** wurden im Januar 1945 die deutſchen Männer vom 16. bis zum 45. Lebensjahr und die Frauen von 18 bis 32 interniert und als Arbeitsſklaven nach Rußland verſchleppt. Die im Lande verbliebenen Alten und Kinder gerieten in äußerſte Not, da ihnen der Beſitz genommen wurde. Etwa 50 000 Deutſche aus dem Banat wurden in die Baragan-Steppe nördlich Bukareſt verſchleppt, wo ſie neues Land urbar machen ſollten. Immerhin tobten ſich hier keine Mörderbanden aus. 1949 kam ein Teil der Rußland-Verſchleppten zurück, ſo daß ſich die Lage etwas beſſerte. Da die Deutſchen aber weiterhin beſitz- und rechtlos gehalten wurden, verſuchten viele, nach Öſterreich oder Deutſchland auszuwandern. So verminderte ſich die Zahl bis zum Jahr 1956 auf 380 000, bis 1978 auf 360 000 und ſoll heute (1983) nach Preſſemeldungen noch knapp 300 000 betragen. Die rumäniſche Regierung ſucht jetzt die Deutſchen im Lande zu halten, weil ſie mit ihren Fähigkeiten zum Aufbau beitragen. Sie verlangt von Auswanderungswilligen eine rieſige Summe als Ablöſe für die Koſten der Ausbildung. Aber ſie ſollen nicht als Deutſche bleiben, ſondern zu Rumänen werden. Von der Schule an wird die Romaniſierung vorangetrieben. Sämtliche Städte, Dörfer und Straßen, auch deutſche, dürfen nur mit rumäniſchen Namen bezeichnet werden, auch in den wenigen deutſch-ſprachigen Zeitungen. Im Banat arbeitet auch die katholiſche Kirche für die Romaniſierung, während die lutheriſche Kirche in Siebenbürgen das Rückgrat der ſächſiſchen Gemeinſchaft und des Deutſchtums geblieben iſt. Doch auch hier geht die Entdeutſchung zur Zeit durch geſchichtliche Entfremdung und aus wirtſchaftlichen Gründen weiter, weil jeder Aufſteiger ins Rumänentum überwechſeln muß. Wer das nicht will, verſucht das Land zu verlaſſen, zumal die kommuniſtiſche Plan- und Kolchoſenwirtſchaft den Deutſchen wenig Anreiz bietet. Auf jeden Fall gibt es in Rumänien noch Deutſche, und es gibt deutſche Volksgruppen.[12])

In **Ungarn** brach 1945 die Hetze gegen die Deutſchen erneut los. Beteiligt waren im Grunde alle madjariſchen Kreiſe, von den Kommuniſten über die Natio-

11) Dr. Manfred Straka: Das Südoſtdeutſchtum als europäiſches Aufbauelement, Eckartſchriften Nr. 15, 1964, S. 32.

12) Näheres bei: Dietger Waldmann: Die Deutſchen im Rumänien von heute, Wien, 1970, Eckertſchriften Heft 34.

naliſten bis zu den Kirchen, katholiſchen wie kalviniſtiſchen. Das Ziel war die Vertreibung. „Jetzt ſind wir endlich die tauſendjährigen Feſſeln los", ſo hieß es. Als Begründung wurde die – falſche – Behauptung aufgeſtellt, die Deutſchen wären Nationalſozialiſten oder hätten ſich als 5. Kolonne Hitlers betätigt. Sie wurden als Verräter an Ungarn betrachtet, obwohl ſelbſt Kardinal Pehm-Mindſzenty in einem Hirtenbrief vom 18. 10. 1945 erklärt hatte, daß „gerade das Deutſchtum – nicht gerechnet die letzten eineinhalb Jahrzehnte – die verſtändnisvollſte, treueſte und aſſimilationsbereiteſte Minderheit des Staates war". Dieſe Aſſimilationsbereitſchaft war in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen, ohne daß die Deutſchen ihre Pflichten als ungariſche Staatsbürger verſäumt hätten.

Jedenfalls wurde am 29. Dezember 1945 eine Verordnung veröffentlicht, in der es hieß:

„§ 1.) Nach Deutſchland umzuſiedeln iſt derjenige ungariſche Staatsbürger verpflichtet, der ſich bei der letzten Volkszählung zur deutſchen Volkszugehörigkeit oder Mutterſprache bekannt hat oder der ſeinen madjariſierten Namen wieder in einen deutſch klingenden ändern ließ, ferner derjenige, der Mitglied des Volksbundes oder einer bewaffneten deutſchen Formation (SS) war." (Weidlein, Geſchichte der Ungarndeutſchen in Dokumenten, a. a. O., S. 357).

Jetzt ſollte die „neue und endgültige madjariſche Landnahme" durchgeführt werden, auf Koſten der Deutſchen. Dabei ging es auch um perſönliche Bereicherung von Madjaren. So wurden hier und da ſogar Mitglieder der „Treuebewegung", alſo madjariſierte Deutſche, ausgewieſen.

Die Deutſchen waren rechtlos. Wie in Rumänien wurden auch in Ungarn die 17- bis 45jährigen deutſchen Männer und 17- bis 35jährigen Frauen als Zwangsarbeiter den Ruſſen ausgeliefert. Dieſe Verſchleppung wurde vor allem im ſüdlichen Bereich Ungarns durchgeführt. Dem Haß aufgehetzten Pöbels fielen in Ungarn 89 000 Deutſche zum Opfer (nach Straka). Von 1946–1948 wurden unter dem Miniſterpräſidenten Ferenc Nagy rund 213 000 Deutſche aus dem Lande gejagt. Das alles geſchah in einem Lande, deſſen Regierung und Menſchen in Deutſchland auf Grund der üblichen deutſchen Geſchichtsſchreibung für deutſchfreundlich gehalten werden. Das entſpricht aber nicht den geſchichtlichen Tatſachen. Die feindliche Einſtellung gegen die Deutſchen wurde durch die Behandlung der Ungarndeutſchen ſeit 1945 noch beſtätigt.

Vor der Öffentlichkeit wird bis heute behauptet, daß die Vertreibung der Deutſchen auf Anordnung des Alliierten Kontrollrates für Deutſchland oder der Ruſſen geſchehen ſei. Beides iſt falſch, auch wenn ſich deutſche Stellen und Schriftſteller dieſe Behauptung zu eigen machen. Eine Ausſiedlung von Deutſchen wurde der ungariſchen Regierung auf ihren Antrag hin im Potsdamer Abkommen vielmehr freigeſtellt. Sie trägt alſo die Verantwortung. Die Abſchiebung mußte ſogar eingeſtellt werden, weil die Sieger keine Transportmöglichkeiten mehr zur Verfügung ſtellten. So ſollen nach Schätzung in Ungarn zunächſt noch etwa 200 000 Deutſche zurückgeblieben ſein. Doch dieſe Zahl ſank ſchnell.

Viele verließen das Land, andere gingen zum Madjarentum über. Weidlein schreibt mir:

„Bei der Volkszählung 1960 gaben rund 50 000 Deutsch als Muttersprache an. 1970 waren es 35 000. Die Daten von 1980 sind noch nicht veröffentlicht, nach Mitteilung Eingeweihter sollen es noch rund 10 000 gewesen sein. Die alten Leute sprechen noch deutsch, die Umgangssprache ist das Ungarische. Die Eltern sprechen nicht mehr deutsch, die Kinder, die deutsch als Fremdsprache in 2 bis 4 Wochenstunden lernen, verstehen zum Teil noch die Großmuttersprache, antworten aber nur noch ungarisch. Deutsch als ‚Folklore' gibt es noch. Lange gab es zwei Volksschulen in der ungarischen Batschka mit 29 Kindern, die wenigstens einige Fächer in Deutsch unterrichtet wurden. Heute soll es keine einzige doppelsprachige Schule mehr geben."

Damit geht das tausendjährige Deutschtum in Ungarn zu Ende.

## Heutige Lage

Im übrigen ist es für die Einstellung der Madjaren bezeichnend, daß ungarische Emigranten im Westen, auch in Westdeutschland, nach dem Kriege die Vertreibung der Deutschen mit den gleichen Gründen vertreten wie vorher in Ungarn. Nicht nur sie, auch madjarisierte Ungarndeutsche haben in der Bundesrepublik deutsche „Treuebewegungen" für Ungarn gegründet. Ihre Sprecher haben sogar die Stirn, diejenigen Deutschen, die aus Ungarn vertrieben oder geflüchtet sind und die jetzt in der Bundesrepublik leben, als „Madjaren deutscher Zunge" zu bezeichnen und bei ihnen für Erhaltung des Madjarentums, madjarischer Sprache und Kultur sowie für Rückkehr nach Ungarn zu werben. Für diese Madjarisierung von Deutschen in Deutschland bringt Weidlein Beweise. Er verschweigt auf der anderen Seite nicht, daß es wie früher auch jetzt madjarische Stimmen gibt, die die geschichtlichen Leistungen der Deutschen in Ungarn und für Ungarn bestätigen und für ihr Heimat- und Lebensrecht in Ungarn eintreten. An ein zukünftiges reibungsloses Zusammenleben von Madjaren und Deutschen in Ungarn wäre allerdings nur dann zu denken, wenn dort die Deutschen als gleichberechtigte Volksgruppe anerkannt würden. Dafür gibt es zur Zeit jedoch noch keine Anhaltspunkte. Die Madjaren aber haben das Ziel erreicht, das sie sich so lange gewünscht haben: Sie befinden sich im östlichen, um nicht zu sagen asiatischen Machtkreis! Allerdings, zufrieden scheinen viele auch damit nicht zu sein, wie der blutige Aufstand von 1956 gezeigt hat. Jetzt aber stehen sie unter einem Zwang, dem sie nicht mehr ausweichen können.

Soweit der kurze Überblick über die Geschichte der Deutschen in den südosteuropäischen Ländern. Einst sind sie unter schweren Bedingungen dorthin gekommen und haben in verschiedenen Ländern jahrhundertelang gelebt, gearbeitet und gekämpft. Sie sind weder politische Vorkämpfer Deutschlands gewesen noch haben sie Schuld an den Kriegen in diesem Raum oder anderswo. Sie wollten nur Deut-

ſche bleiben. Und als Deutſche haben ſie ein ſchweres Los tragen müſſen, ſind unterdrückt, verfolgt, ausgewieſen, umgeſiedelt und gemordet worden. Von über zwei Millionen, die vor dem letzten Krieg dort lebten, ſind allenfalls wenige Hunderttauſend übrig geblieben. Ihre Zukunft als Deutſche iſt unſicher.

# Deutſche in Böhmen/Mähren

(Kartenſkizze 2)

## Geſchichtlicher Überblick bis zum 10. Jahrhundert

Die deutſche Oſtwanderung nach Böhmen muß geſondert behandelt werden, weil die Entwicklung hier ganz anders verlief als in den anderen Oſtgebieten.

Hierzu ein kurzer geſchichtlicher Rückblick: Der Raum Böhmen/Mähren gehörte von –500 bis zum Beginn der üblichen Zeitrechnung nach Chriſti Geburt zum Siedlungsgebiet der Kelten (Bojer). Dann übernahmen germaniſche Stämme (Markomannen, Quaden) unter Marbod die Herrſchaft. Dieſe Stämme ſaßen dort Jahrhunderte lang. Bei den Verſchiebungen, die durch den Einbruch der Hunnen im 5. Jahrhundert verurſacht wurden, kamen auch Teile anderer germaniſcher Stämme in das Land. Die Bewohner hießen ſeitdem Böhmen (Boemanni). Im 6. Jahrhundert ſtießen die Awaren über Ungarn nach Weſten vor. Als Hilfstruppen ſetzten ſie Krieger unterworfener Stämme aus dem Oſten ein (Sclavi). Böhmen geriet unter ihre Herrſchaft. Die Bewohner vermiſchten ſich zwangsläufig mit den Ankömmlingen. Wenige Jahrzehnte ſpäter (ab 625) erkämpften ſie unter dem Franken Samo die Freiheit. Er ſchuf ein eigenes Reich. Anweſenheit und Tätigkeit des Samo und anderer Franken zeigen, daß Beziehungen zu Weſtgermanien beſtanden. Die Bewohner Böhmens wurden von den in lateiniſcher Sprache geſchriebenen Chroniken auch mit dem Sammelnamen für alle Menſchen des Oſtens bezeichnet, und zwar als Winedi (Wenden) oder als Sclavi (heute fälſchlich als Slawen überſetzt und mit den heutigen Slawen gleichgeſetzt), (ſ. Glaubensumbruch, Teil II, S. 39 ff.)[15]).

Später mögen dann noch weitere Zuwanderer aus dem Oſten in Sippen oder Sippenverbänden in Böhmen erſchienen ſein.

Im Zuge der im 19. und 20. Jahrhundert entbrennenden Volkstumskämpfe, in Böhmen der Tſchechen gegen die Deutſchen, wird in Geſchichtsbüchern manchmal angenommen, daß ein ſolcher Zwieſpalt ſchon damals beſtanden habe, etwa zwiſchen Böhmen und Germanen.

Eine derartige Übertragung heutigen Denkens auf jene Zeit iſt ungeſchichtlich und falſch. Falſch iſt es auch, für damals von einem tſchechoſlowakiſchen Volk zu ſprechen. Es gab noch keine Grenzen zwiſchen Völkern, ſondern nur zwiſchen Machtbereichen. Unterſchiede in der Bevölkerung eines Raumes wurden nicht völkiſch geſehen, geſchweige denn raſſiſch, ſondern zwiſchen herrſchenden und beherrſchten Schichten (Führungsſchicht, Freie, Unfreie). Man denke daran, daß

15) Hier ſei auf die Unterſuchungen von Prof. W. Steller verwieſen, die in den Werken „Grundlagen der deutſchen Geſchichtsforſchung", Wien, 1973, und „Deutſche Geſchichtsforſchung, der Grundlagen zweiter Teil", Wien, 1975, niedergelegt ſind. Die Entwicklung wird an Hand der Quellen, der Geſchichte und der Begriffsänderungen im 19. Jahrhundert ſchlüſſig dargelegt.

skandinavische Wikinger Ende des 9. Jahrhunderts ihre Herrschaft im russischen Raum, Ende des 10. Jahrhunderts in Ostgermanien (Polen) und noch später in Sizilien errichtet haben. Über die rassische Zugehörigkeit der Menschen dieser Bereiche besagt das gar nichts, ebenso nichts über politische Freund- und Feindschaften aus rassischer Zusammengehörigkeit. Der Franke Samo zum Beispiel kämpfte genauso gegen die Awaren wie gegen die Franken, seine Landsleute, wenn es um seine Macht ging. Und daß die Böhmen seine Führung anerkannten, beweist, daß ihnen seine Herkunft gleichgültig war.

An der Fortdauer (Kontinuität) der germanisch-keltischen Bevölkerung in Böhmen besteht kein Zweifel, nur daß hier, wie Bodenfunde zeigen, zusätzlich eine Vermischung mit Awaren und anderen Ostvölkern stattgefunden hat. Böhmen konnte bis ins 9. Jahrhundert eine gewisse Selbständigkeit gegen die Franken behaupten. In den Grenzgebieten im Westen und Süden dürften aber schon Siedler aus Franken und den bayrischen Ostmarken aufgetreten sein. Seit Anfang des 9. Jahrhunderts gewann das Christentum langsam Boden. Im Dom zu Prag wurde damals deutsch gepredigt. Geistliche und Mönche aus dem Westen erschienen. Die politischen Bindungen, die damit verbunden waren, wollte Rastiz (846–870), Fürst des großmährischen Reiches, abschneiden und ließ sich von Ostrom (Byzanz) Missionare schicken (Konstantin, Method).[16] Die Bedeutung dieser Missionare bestand darin, daß sie in der Landessprache predigten, die sich dadurch erhielt. Aus Mundart und Kirchensprache entwickelte sich dann die slawische Sprache in Böhmen.[17]

Arnulf von Kärnten, (887–890 fränkischer Kaiser), zerschlug das großmährische Reich und stellte die Oberhoheit des fränkischen Reiches wieder her. Unter Druck löste Zwentibold (slaw. Swatopluk), der großmährische Fürst (870–894), die kirchliche Bindung zu Ostrom und unterstellte seine Kirche wieder bayrischen Bistümern. Auch hier ging es um Landbesitz und Macht. Beim Einbruch der Madjaren wurde 907 ein fränkisch-mährisches Heer bei Preßburg geschlagen. Der Ostteil des mährischen Reiches (später Slowakei) geriet unter die Herrschaft der Madjaren, der Westen blieb in Abhängigkeit der Franken. Es bedarf keiner besonderen Beweise dafür, daß bei dieser politischen und kirchlichen Verbindung wieder Menschen aus dem Westen (weltliche wie geistliche Herren und Mönche) nach Böhmen kamen.

Nach dem Erstarken des ostfränkischen Reiches im 10. Jahrhundert, das wir seit König Heinrich I. (919–936) deutsches Reich und seit Otto I. (936–973) römisch-deutsches Reich nennen, wurde Böhmen immer enger in das Reich eingefügt. Böhmen stand unter Herzögen aus einheimischem Stamm, den sogenannten

16) Über die Namen der großmährischen Fürsten siehe Dr. Josef Starkbaum und Dr. Emanuel Reichenberger, „Heimat der Sudetendeutschen", Wien, 1967, S. 69/70. Hier wird festgestellt, daß sie nach den Chroniken germanische Namen trugen, die später durch Buchstabenumstellung und -änderungen (z. B. Wladimir aus Waldemar) „slawisch" gemacht worden sind.

17) Über die Übernahme germanischer Namen für Berge, Flüsse u. a. siehe Helmut Preidel (Hrsg.): Die Deutschen in Böhmen und Mähren, Gräfelfing b. München, 1950, S. 112 ff.

Premisliden (nach Premislaus, dem ſagenhaften Stammvater). Innerhalb Böhmens blieben Spannungen ſozialer und kultureller Art zwiſchen zugewanderten Deutſchen und den Einheimiſchen –, ſozial, weil Deutſche politiſch, kirchlich und wirtſchaftlich eine beſondere Stellung einnahmen, kulturell, weil ſich die deutſche Sprache nicht durchſetzen konnte. Damit erhielt ſich ein Gegenſatz zu den böhmiſch ſprechenden Teilen der Bevölkerung. Dieſe Spannungen führten zu gelegentlichen blutigen Unruhen im Innern, bei denen Ablehnung gegen die Deutſchen laut wurde. Nach außen wurden die Bindungen an das römiſche Reich ſeit Ende des 10. Jahrhunderts immer enger. Böhmiſche Herzöge taten ſich als Stützen der Kaiſer hervor und wurden entſprechend herausgeſtellt. Kaiſer Friedrich I. Rotbart zum Beiſpiel verlieh dem Herzog Wladislav II. (1140–1173) die Königswürde. Heiraten mit Töchtern deutſcher Fürſtenhäuſer bis hin zu den Hohenſtaufen vertieften die verwandtſchaftlichen Beziehungen. Das ſchloß Machtkämpfe mit deutſchen Fürſten ebenſowenig aus wie mit Polen und Ungarn.

## Deutſcher Zuzug bis zum 14. Jahrhundert

Bis zum 13. Jahrhundert erſtarkte das Deutſchtum in Böhmen. Allerdings ſagen die deutſchen Namen von Adligen und Geiſtlichen, die in Urkunden häufig auftreten (S. 84 ff. in „Heimat der Sudetendeutſchen") nichts darüber aus, ob ihre Träger Einheimiſche oder Zugewanderte waren, und wenn Zugewanderte, wann ſie oder ihre Vorfahren in Böhmen erſchienen waren. Für die weitere Entwicklung iſt das an ſich auch ohne Belang, denn ſie alle fühlten ſich naturgemäß als Böhmen und als Vertreter der höheren Stände. So wenig wie bei den Herren anderer Länder des Reiches kann von ihnen ein übergeordnetes deutſches Bewußtſein erwartet werden.

Von größerer Bedeutung iſt, daß ſich in dieſen Jahrhunderten die bäuerliche deutſche Siedlung verſtärkte. Gegen die Grenzen Böhmens waren von Süden Oſtmärker, von Südweſten Bayern (Böhmerwald), von Weſten Franken (Egerland), von Nordweſten Sachſen und Thüringer (Erzgebirge) und ſpäter von Norden (Sudeten) Schleſier vorgedrungen. Zur Feſtigung des Grenzraumes – feſte Grenzlinien gab es ja noch nicht – ſetzten die böhmiſchen Herzöge deutſche Bauern auch auf ihrer Seite an. Dieſe Reihenfolge, erſt außerhalb, dann innerhalb Böhmens, kann daraus gefolgert werden, daß die Menſchen beiderſeits der Grenzen die gleiche Mundart ſprachen. Von anderer Seite wird dieſe Reihenfolge beſtritten, wie es auch Meinungsverſchiedenheiten über Zeiten und Ausmaß der deutſchen Einwanderung gibt. Sie können uns in dieſem Rahmen gleichgültig ſein. Denn Tatſache iſt, daß im 13. Jahrhundert und ſpäter ein breiter Gebietsſtreifen entlang der Grenzen von Deutſchen beſiedelt war und daß er keine Volksgrenze war.

Tatsache ist ferner, daß bis zum 13. Jahrhundert und noch darüber hinaus zahlreiche Orte und Städte auch im Inneren Böhmens deutsches Recht erhielten. (s. die Karte „Stadtentstehung und Stadtrechte im Osten" in Westermanns Atlas zur Weltgeschichte, S. 75).

„Die zweite deutsche Großtat in Böhmen und Mähren war die deutsche Städtegründung. Auch sie brachte wie die Rodesiedlung etwas Neues ins Land, wenn auch deutsche Kaufleute gewiß schon früher in Märkten und Burgsiedlungen, wie etwa Prag, erschienen. Nun wurden aus diesen unbedeutenden, nur vorübergehend auflebenden Plätzen dauernd bewohnte, geordnete, mit deutschem Recht ausgestattete Städte, die Heimat eines strebsamen, selbstbewußten deutschen Bürgertums. Die Slawen kannten die Stadt nicht. Als aber die Przemyslidenzeit zu Ende ging (1306), gab es bereits 35 königliche Städte und 70 Städte aus sonstigem weltlichen oder geistlichen Besitz. Um 1400 sind es in Böhmen schon 230, in Mähren und im Troppauer Land 47 Städte. Ein großartiges Wachstum! Jede dieser Städte bildete dazu eine Einnahmequelle des Staates und eine abendländische Klammer für die beiden eigenartigen Länder."[18])

Die Ausdrücke „Städtegründung" und „die Slawen kannten die Stadt nicht" sind mißverständlich, denn sicher gab es schon vorher Plätze, an denen mehr Menschen zusammenwohnten, aber Handel und Gewerbe hatten offenbar einen guten Aufschwung genommen, so daß eine bestimmte Ordnung, eben die von deutschen Städten, eingeführt wurde. Besonders der Raum um die Bergbaustädte Iglau, von der später die oberungarischen Städte Kremnitz und Schemnitz das Bergrecht übernahmen, und Kuttenberg an der böhmisch-mährischen Grenze bildeten einen deutschen Schwerpunkt im Lande. Und weiter östlich, von Brünn bis Olmütz, bestand eine fast durchgehende deutsche Siedlung von Süd nach Nord. Die Städte inmitten Böhmens waren allerdings nicht wie die letztgenannten von deutschbesiedeltem Umland umgeben. Nachgewiesen ist aber, daß auch hier das Handwerk überwiegend in deutschen Händen lag. (Beispiele in: Heimat der Sudetendeutschen, S. 101/102.) Deutsche Arbeit brachte dem Land einen gewaltigen Aufschwung.

„Jetzt (im 13. Jahrhundert) war Böhmen-Mähren so vollkommen ein Bestandteil des Reiches geworden, daß sein König Przemysl Ottokar II. (1253 bis 1278) vom deutschen König Richard von Cornwallis (1265) zum ‚Vikar Germaniens östlich des Rheins' bestellt wurde und selbst nach der Kaiserwürde streben konnte."[19])

König Ottokar II. hatte durch Heirat und mit Gewalt auch die Herzogtümer Österreich, Steiermark, Kärnten und Krain in seinen Besitz gebracht. Er war der mächtigste Landesfürst des römisch-deutschen Reiches und dem Rang nach der erste

18) Richard Suchenwirth, Der deutsche Osten, Türmer-Verlag, Berg, 1978, S. 51.

19) Walter Kuhn: Die Deutsche Ostsiedlung vom Mittelalter bis zum 18. Jahrhundert, aus: Das östliche Deutschland, Göttinger Arbeitskreis, Würzburg, 1959, S. 212.

der weltlichen Kurfürsten. In Chroniken wird berichtet – und wird ihm zum Teil vorgeworfen –, daß er die Deutschen bevorzugt habe. Sein Sohn und Nachfolger, König Wenzel II. (1278–1305), kann zu den deutschen Minnesängern gezählt werden (Heidelberger Liederhandschrift). Dichtung, Stadtbücher, Urkunden und Handwerker-Satzungen bezeugen die Verbreitung der deutschen Sprache unter Adel und Bürgern sowie Stand und Bedeutung deutscher Kultur und Wirtschaft.

## Böhmen als Kernland des Reiches

Nachdem die Premisliden 1306 ausgestorben waren und das Haus Luxemburg 1310 das Erbe angetreten hatte, ging diese Entwicklung weiter. Unter Karl IV., seit 1333 Regent in Böhmen und von 1346–1378 Kaiser, wurde Böhmen vom „festen Bestandteil des Reiches" zu seinem Kernland. Karl IV. machte Prag zur Hauptstadt des Reiches – die erste, die es seit Bestehen hatte – und baute es in aller Pracht aus. Im Jahre 1348 gründete er dort die erste deutsche Universität. Erstmalig waren sämtliche kaiserlichen Behörden an einer Stelle zusammengefaßt. Die in der kaiserlichen Kanzlei benutzte Schreibweise der deutschen Sprache, die der in Böhmen üblichen oberdeutschen Mundart entsprach, wurde über Luther und die Meißner Kanzleisprache zur Grundlage der späteren hochdeutschen Schriftsprache. Auch daraus geht die hohe kulturelle Bedeutung Böhmens für das gesamte Deutschtum hervor.

Diese Entwicklung Böhmens, die nun seit Jahrhunderten, wenn auch mit Unterbrechungen, wie sie überall vorkamen, stetig weiterlief, und die für die Bewohner Böhmens, für alle Bewohner, vielversprechend war, ging noch bis ins 15. Jahrhundert weiter. Dann wurde sie jäh abgebrochen. Anlaß war wieder einmal ein Glaubenskampf. Aber – Anlaß und Ursachen sind nicht immer gleich.

## Glaubenskämpfe im 15. Jahrhundert

Die Ursachen lagen hier zunächst in sozialen Spannungen. Wie überall befanden sich auch in Böhmen politische und kirchliche Macht in Händen höherer Stände. Andere Schichten hatten es durch Können und Fleiß zu Wohlstand gebracht. Zu beiden gehörten die Deutschen. Wie überall waren die Armen und Unterdrückten, die auch in Böhmen die Masse der Bevölkerung bildeten, mit solchen Zuständen unzufrieden. Sie zum Haß anzustacheln, war ein Leichtes. Den Anlaß zu offenem Aufruhr boten Glaubensfragen, die einem Außenstehenden völlig nebensächlich erscheinen müssen.

Johann Hus (1369–1415), ein Priester niederen Ranges, vertrat Forderungen zur inneren und äußeren Reform der Kirche, die er vom Engländer Wiclif übernommen hatte. Er wandte sich gegen die politische Macht der Kirche und gegen

ihren Reichtum, wollte „apostolische Armut" und verlangte, daß das Abendmahl in beiderlei Gestalt auch an Laien ausgeteilt wurde, das heißt, daß nicht nur die Priester, sondern auch die Gemeindemitglieder den Abendmahlswein trinken durften. Deutsche Reformer unterstützten diese Forderungen. Hus war nicht der erste und nicht der einzige, auch nicht der erste und einzige in Böhmen, der Reformen in der Kirche wollte. Aber er war ein Eiferer von besonderer Starrheit – und damit von besonderer Wirkung bei der Masse. Hus predigte in böhmischer Mundart und erreichte damit auch die Masse, die er durch seine Redegewalt mitriß. Er arbeitete außerdem mit kleinen Schriften, die er in dieser Sprache schrieb. Damit schuf er die Anfänge einer tschechischen Schriftsprache und verbreitete sie in Böhmen, wo es bisher nur die lateinische und die deutsche Schriftsprache gegeben hatte. Für das Selbstverständnis der Tschechen wirkte sich das in Zukunft aus.

Bei seinen Zuhörern mußten seine Angriffe gegen den Reichtum zwangsläufig den Blick auf alle Reichen im eigenen Lande lenken. Als der niedere Adel und der niedere Klerus die Möglichkeiten erfaßten, die sich ihnen durch Wegnahme von Besitz und Vermögen der weltlichen und geistlichen Großen boten, stellten sie sich auf die Seite von Hus. Dazu kam, daß die höheren Geistlichen seine kirchlichen Reformbestrebungen ablehnten. Zu ihnen gehörten aber in erster Linie die Deutschen. Eine Gleichstellung von Reichen und Deutschen ergab sich damit fast von selbst, ebenso der Gegensatz von Tschechen gegen die Deutschen, zumal Hus den Tschechen das Bewußtsein vermittelte, Träger eines neuen und natürlich besseren Glaubens zu sein.

Die Wirkung einfacher und verallgemeinernder Schlagworte, hier: Tschechen gegen Deutsche, früher: Christen gegen Heiden, durch das Mittelalter bis in die Neuzeit: **Die** Juden sind schuld, oder: **Die** Kommunisten sind schuld, kennen wir aus der Geschichte zur Genüge. Besonders wenn sie über die Vernunft hinausgehen, also mit Glauben oder Ideologien verbunden sind, beseitigen sie sämtliche menschlichen Hemmungen. Zu einer Art Glaubensfrage ist nach 1945 ein neues Schlagwort geworden, das Tag für Tag über die Welt und auch in Deutschland verkündet wird: **Die Deutschen sind an allem schuld!** – Jeder Deutsche, der sich gegen Verunglimpfung wehrt und der noch Heimat, Volk und Vaterland liebt, ganz zu schweigen von dem, der in Wort und Tat dafür eintritt, der eben ganz einfach und bewußt Deutscher ist und bleiben will, wird von vornherein und ohne weitere Prüfung als gefährlicher Rassist, Antisemit, Volksverhetzer, Feind jeder Völkerverständigung, Neonazi, Faschist, Rechtsradikaler, Rechtsextremist, gegebenenfalls auch als Kommunist hingestellt, allenfalls als nicht ernstzunehmendes Überbleibsel längst vergangener Zeiten belächelt und verspottet.

Johann Hus wurde am 6. Juli 1415 als Ketzer in Konstanz verbrannt, Opfer der Kirche und damit des Christentums. Seine Anhänger in Böhmen waren empört. Für sie war Hus ein Märtyrer. Er wurde zum Nationalheiligen. Und Kaiser Sigismund, der seine Zusage freien Geleits für Hus gebrochen hatte, wurde zum wortbrüchigen Mörder. Als dieser Mann 1419 die Krone Böhmens in Besitz neh-

men wollte, brach offener Aufſtand aus. Im Verein mit Papſt und Kirche bot Sigismund die Deutſchen zum Kreuzzug gegen die böhmiſchen Ketzer auf. Damit war wieder einmal der Glauben zum Kriegsgrund geworden. Aber die Söldnerhaufen der Reichsheere waren der wilden Tapferkeit der „Huſſiten" nicht gewachſen. In ſechs Kreuzzügen wurden ſie jämmerlich geſchlagen, wenn ſie nicht ſchon vor dem Kampf auseinandergelaufen waren. Danach „geſchahen die verwüſtenden und mörderiſchen Einfälle der Huſſiten nach Sachſen, in die Mark Brandenburg, nach der Oberpfalz, nach Schleſien (bis Preußen) und Öſterreich. Im Zuge dieſer Siege erfolgte die Ermordung deutſcher Bürgerſchaften, 1420 ſchon derjenigen der Städte Prachatitz und Komotau, dann derer von Beraun und Böhmiſch Brod. Wir beſitzen die erſchütternde Hilfsbitte der ‚richter, burgermeiſter, ſcheppen und der gancze gemeine der ſtad Germer', die auf die ‚gruſamen morde und groſſe ſlachtunge' auch in ‚Nuwenburg, Collen an der Elw und der berg czu Chutthen' (Kuttenberg) hinweiſt. Die erbetene Hilfe blieb aus. Die Stadt Germer wurde von den entmenſchten Horden verbrannt, die Deutſchen fanden den Untergang. Germer wurde zum tſchechiſchen Jaromer, aus Nuwenburg wurde Nymburg, aus Collen Kolin, alles fortan rein tſchechiſche Städte." (Suchenwirth, a. a. O., S. III.) Das Deutſchtum im böhmiſchen Keſſel war vernichtet. Für die Opfer – aller Seiten – iſt das Chriſtentum verantwortlich zu machen.

Das Wüten der Huſſiten dauerte bis 1434, als ſie ſich in innerem Streit gegenſeitig aufrieben. Fortſchritte für Böhmen und für die Menſchen in Böhmen haben ſie nicht gebracht. Im Gegenteil! Die politiſche und wirtſchaftliche Kraft des Landes war zerſtört. Das Königtum wurde entmachtet und durch die Herrſchaft des Adels erſetzt. Einen ſtarken König aus dem eigenen Land, wie es König Georg von Podiebrad (von Kuhnſtadt) (1458–1471) war, konnte der Adel nicht gebrauchen. Er wählte nunmehr den landfremden katholiſchen und ſchwächlichen Polen (Jagellonen) Wladislav II. (1471–1516) zum König. Unter ihm wurde die deutſche Sprache als Amtsſprache abgeſchafft, das Tſchechiſche eingeführt. Menſchen, die der tſchechiſchen Sprache nicht mächtig waren, ſollten im Lande nicht mehr geduldet werden. Wie in Ungarn ſind dadurch auch hier viele Menſchen über die Sprache entdeutſcht worden. Doch ohne die Deutſchen ging es nicht. Die bäuerlichen Siedlungen in den Grenzgebieten dehnten ſich allmählich wieder aus. Eine Glasinduſtrie wurde aufgebaut. Aus den angrenzenden deutſchen Räumen wanderten Deutſche ein. In den Städten wurden deutſche Handwerker, im Bergbau deutſche Bergleute gebraucht. In manchen Städten bildete ſich wieder eine deutſche Minderheit.

Das Deutſchtum verſtärkte ſich, als Böhmen 1526 gemäß einem Erbvertrag an das Haus Habsburg fiel (Ferdinand, Bruder Kaiſer Karls V.). Starke königliche Gewalt brachte dem Land inneren Frieden. Böhmen erlebte ſeine zweite Blütezeit. Ein geſchloſſener deutſcher Siedlungsraum ſchob ſich von den Grenzräumen aus ins Innere vor. Er iſt im weſentlichen bis 1945 erhalten geblieben.

# Die Deutſchen in Reformation und Gegenreformation (16./17. Jh.)

Neue und beſſere Beziehungen zwiſchen Deutſchen und Tſchechen ergaben ſich aus der Reformation Martin Luthers, der ja manche Gedanken und Forderungen von Hus übernommen hatte. Die überwiegende Mehrheit der Böhmen, Tſchechen wie Deutſche, löſte ſich von der römiſchen Kirche, ſpaltete ſich allerdings in verſchiedene Bekenntniſſe auf. In dieſer ſeeliſchen Aufſpaltung, die oft genug zu Feindſchaft führte, zeigte ſich erneut das Verhängnis dieſes Glaubens. Er wurde vollends zum Unheil für die Menſchen Böhmens, als ſeit Mitte des 16. Jahrhunderts die Jeſuiten ihren Gegenangriff für die Macht der römiſchen Kirche begannen. Sie richteten in mehreren Städten gute Schulen ein und zogen die Söhne des Adels zum katholiſchen Bekenntnis des Chriſtentums herüber, unter ihnen Albrecht von Waldſtein (Wallenſtein). Es gelang den Jeſuiten aber nicht, den Kaiſer Rudolf II. (1576–1612) zu Gewaltmaßnahmen gegen die Andersgläubigen zu bringen. Er erließ ſogar 1609 den „Majeſtätsbrief", in dem allen Böhmen Religionsfreiheit zugeſichert wurde. 1611 wurde er zum Verzicht auf die Krone Böhmens gezwungen!

Die kaiſerliche Zuſage für Religionsfreiheit ſollte nicht lange gelten. Im Jahre 1617 wollte der Habsburger Ferdinand die böhmiſche Königskrone erlangen und kam deshalb der Forderung der böhmiſchen Stände nach, den Majeſtätsbrief zu unterſchreiben. Aber er, der fanatiſche Katholik, war von vornherein nicht gewillt, den anderen chriſtlichen Bekenntniſſen Freiheit zu gewähren. Von Jeſuiten erzogen, fand er auch die Begründung dafür – wie übrigens jeder Kaiſer und König, jeder geiſtliche und weltliche Herr ſeit dem Frankenkönig Chlodwig, ja zurück bis zu chriſtlichen Kaiſern des alten römiſchen Reiches Gründe für den Bruch von Verſprechungen, Schwüren, Verträgen fand, wenn es den Beherrſchern ihrer Seelen zu Nutzen der Kirche vorteilhaft erſchien. – Zwei proteſtantiſche Kirchen wurden geſperrt, eine abgeriſſen, die Menſchen, die ſich dagegen zur Wehr ſetzten, in den Kerker geworfen. Die böhmiſchen Herren forderten von Kaiſer Matthias (1612–1619) Abhilfe gegen dieſe Übergriffe. Der Kaiſer lehnte das ab und verlangte ſeinerſeits Gehorſam. Die empörten böhmiſchen Herren gingen gewaltſam gegen die kaiſerlichen Statthalter vor; der bekannte „Prager Fenſterſturz" 1618 war fraglos ein Mordverſuch. Das war außerdem offener Aufſtand. Bei ihm ging es nicht allein um Religion. Die böhmiſchen Herren wollten mehr, nämlich politiſche Macht ohne die ſtarke Hand eines Habsburger Königs und ohne das Übergewicht aus Wien. Sie ſetzten Ferdinand ab und wählten den calviniſtiſchen Kurfürſt Friedrich von der Pfalz zum König (1619), allerdings unter Bedingungen, die ihn politiſch ohnmächtig machten und die Herrſchaft des böhmiſchen Adels ſicherten. Gleichzeitig rüſteten ſie unter Führung eines Deutſchen (Graf Thurn) zum Krieg. Erſte Kämpfe begannen.

1619 wurde Ferdinand zum römischen Kaiser gewählt (Ferdinand II., 1619 bis 1637). Er schlug jetzt mit aller Härte zu. Das böhmische Heer wurde völlig geschlagen (Prag, 1620), der „Winterkönig" Friedrich floh. Ein Krieg war im Gange, der bis 1648 dauern sollte und in den bald das ganze Reich, ja Europa verstrickt wurde. Böhmen lag unter den Füßen Ferdinands. Er griff scharf durch. Die am Aufstand beteiligten Adligen verloren ihre Güter, einige (27) wurden hingerichtet. Die königliche Gewalt wurde wiederhergestellt. Mit Gewalt sorgte Ferdinand aber auch dafür, daß die römische Kirche nunmehr auch in Böhmen zur Herrschaft gelangte. Für die Menschen hieß es: katholisch werden oder den Besitz aufgeben und das Land verlassen! Die Masse unterwarf sich diesem Gewissenszwang und vollzog den Übertritt zum katholischen Bekenntnis des Christentums. Wer kann das den Menschen verargen! Das Ausmaß ihrer „Überzeugung" kann man sich vorstellen.

Tausende aber – die Zahl 75 000 wird genannt –, Adlige und Bürger, Deutsche und Tschechen, gingen in die Fremde. Ein Großteil der Ländereien war damit ohne Besitzer. Ferdinand vergab sie an böhmische Adlige, die zu ihm gehalten hatten, aber auch an Herren aus anderen Teilen des habsburgischen Reiches, unter ihnen Italiener und Spanier. Sie waren und blieben Diener der Habsburger, aber die Verbindung zur Bevölkerung war naturgemäß schwierig.

Böhmen wurde weiterhin schwer vom Krieg heimgesucht. Er endete dort, wo er angefangen hatte, im Kampf um Prag, dessen Altstadt 1648 nicht zuletzt von deutschen Studenten erfolgreich gegen die Schweden verteidigt wurde. Folgen für das Land: „In Böhmen sank die Bevölkerung von drei Millionen auf etwa siebenhundertachtzigtausend. Im Jahr 1618 wurden hier fünfunddreißigtausend Dörfer gezählt, aber am Ende des Krieges war nur noch jedes sechste bewohnt, die übrigen waren niedergebrannt oder verödet."[20])

Im übrigen ist es geschichtlich völlig unbegründet, die Ereignisse von 1620 als Niederlage des tschechischen Volkes und der tschechischen Freiheit hinzustellen, wie es später geschehen ist. Damals ging es weder um ein tschechisches Volk noch um dessen Freiheit, sondern um Böhmen und um die Vorrechte des böhmischen Adels einschließlich religiöser Freiheiten für alle. Und bei der Schlacht bei Prag 1620 hatten unter Christian von Anhalt nicht nur deutsche Böhmen, sondern auch deutsche Söldner mitgekämpft.

Gelitten hatte besonders der innerböhmische Raum. Die überwiegend von Deutschen besiedelten Grenzgebiete waren weniger betroffen worden.

## Böhmen unter den Habsburgern

Allerdings, die politische Selbständigkeit Böhmens war endgültig dahin. Es wurde zu einem Erbland der österreichischen Habsburger. Sie waren von nun an

20) Hellmut Diwald, Geschichte der Deutschen, Propyläen, 1978, S. 535.

gleichzeitig Könige von Böhmen, auch wenn ein Wahlrecht dem Namen nach weiterbestand. Damit war die Macht der böhmischen Stände gebrochen, vorbei war auch die Möglichkeit des Adels, mit jeder Wahl Vorrechte für sich herauszuschlagen. Dem Land Böhmen wurden damit Zustände erspart, wie sie in damaliger Zeit in Adelsrepubliken wie etwa Polen herrschten, Zustände, die das Land nach innen unregierbar und nach außen ohnmächtig machten. Ein starkes, über dem Adel stehendes Königtum war damals durchaus von Nutzen.

Schon 1627/28 war diese Stellung der Habsburger Könige in einer „Erneuerten Landesordnung" verfügt worden. Weiter wurde darin festgestellt, daß das Königreich Böhmen von mehreren Völkern bewohnt sei. Zwischen ihnen sollten keine Unterschiede gemacht werden. Daraus ergab sich die Gleichstellung auch der Deutschen. Da Böhmen seit 1624 von Wien aus regiert wurde, kamen österreichische Beamte, also Deutsche, vermehrt ins Land. Daneben breitete sich auch deutsches Bürgertum in den Städten aus. Das war keineswegs eine gewollte oder planmäßige deutsche „Kolonisation", wie bis heute von tschechischer Seite vielfach behauptet wird. Derart völkische Gedanken lagen nicht im Wesen absoluter Herrschaft, wie sie in jener Zeit überall bestand. Sonst hätten die Habsburger die von Deutschen bewohnten Gebiete Böhmens selbständig gemacht und der Krone unmittelbar unterstellt. Im 17. und bis weit in das 18. Jahrhundert hinein wirkte allein die ruhige Entwicklung für die Stärkung des Deutschtums. Die deutsche Sprache gewann an Boden, während die tschechische Sprache als Mundart der kleinen Leute galt.

„Dabei war aber der weit verbreitete Vorgang der ‚Eindeutschung' mehr ein automatischer als ein willentlicher Prozeß. Zu keiner Zeit hat die Wiener Regierung vorsätzlich die tschechische Sprache zu unterdrücken gesucht. Unter Maria Theresia (1740–1780) wurde Tschechisch an der Militärakademie (1752) und an der Wiener Universität (1775) als Lehrfach eingeführt. Das theresianische Schulgesetz sah den Gebrauch des Tschechischen in den Volksschulen, des Deutschen an den höheren Schulen vor."[21])

Gewiß sollten diese Maßnahmen in jenen Zeiten außenpolitischer Kraftanstrengungen (Kriege gegen Preußen) auch dazu dienen, die sich als Tschechen fühlenden Böhmen zufriedenzustellen und stärker an das Kaiserhaus zu binden. Aber sie erhielten auch das Tschechentum. Das österreichische Kaiserhaus schuf damit eine der Voraussetzungen für die späteren Verwicklungen in Böhmen, die für das Deutschtum so blutig enden sollten.

Dem Kaiser Joseph II. ([1765] 1780–1790) gelang es nicht mehr, die Folgen abzuwenden. Er, der sich als Deutscher und als deutscher Kaiser fühlte, wollte auch seine Länder deutsch machen. Er verfügte, daß Deutsch die alleinige Sprache für Verwaltung und Gerichte werden sollte. Wie in Ungarn machte er sich aber auch hier den Adel zum Feind, als er die Leibeigenschaft der Gutsuntertanen aufhob

21) Kurt Glaser, Die Tschecho-Slowakei, Athenäum-Verlag, Frankfurt am Main, 1964, S. 28.

und die Herren auch zu Steuerzahlungen heranzog. Da auch in anderen Teilen des Reiches Unruhen ausbrachen, mußten die Habsburger zurückstecken. Leopold II. (1790–1792) ließ es zu, daß bei seiner Krönung zum König von Böhmen der Krönungseid zuerst in tschechischer, dann in deutscher Sprache gesprochen wurde. Er richtete in Prag einen Lehrstuhl für die tschechische Sprache ein (1791). Diese Sprache war damals schon soweit verdrängt, daß der für diesen Lehrstuhl bestellte Professor Peltzel meinte, „man werde einst in Prag, ja in ganz Böhmen ebenso wie in Meißen, Brandenburg und Schlesien nur deutsch sprechen". (Suchenwirth, S. 247).

Über Peltzel (1734–1801) schreibt Dr. Alfred Fischel in „Der Panslawismus bis zum Weltkrieg", Stuttgart, 1919, S. 80: „Der einflußreiche Schriftsteller und spätere Professor der tschechischen Sprache an der Prager Universität, Franz Pelzel, ein Deutscher, der seinen adligen Patronen zuliebe die Nationalität wechselte, unternahm es in seiner Böhmischen Chronik (1791), dem Volke in dessen Sprache seine glanzvolle Vergangenheit zu schildern und verbreitete in ähnlicher Auffassung die altslawische Gesinnung."[22])

Nun ist es ja höchst begrüßenswert, wenn Kaiser und Fürsten, Gelehrte und Schriftsteller sich der Sprache eines Stammes annehmen, sie erforschen und wieder lebendig machen, falls sie vergessen worden ist, erst recht, wenn Deutsche es wie hier beim böhmischen oder tschechischen Stamm tun, der seit Jahrhunderten zum gleichen Reichsverband gehörte. Es kommt allerdings darauf an, ob dies zum besseren Verständnis und damit zum besseren Zusammenleben führen soll, oder ob damit Gegensätze aufgebaut oder sogar verstärkt werden sollen. Beabsichtigt war offenbar das letztere. Es lag im Sinne der „adligen Patrone" Böhmens, die ihre Vorrechte behalten wollten und deshalb den Kaisern Schwierigkeiten machten. Peltzel war einer der vielen deutschen Schriftsteller, die ihr Volkstum ablegten und sogar verleugneten, wenn sie in den Dienst fremder Macht treten, gleich, ob diese Macht durch Stellung und Geld oder durch Geist und Glauben – oder durch beides – fesselt. Beispiele dieser Art gibt es in Mengen; heute, in den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg, beherrschen sie den Büchermarkt und die Öffentlichkeit.

## Schöpfung des Neutschechentums im 19. Jahrhundert im Gegensatz zum Deutschtum

Auf Peltzels Vorarbeit bauten andere auf. Bei ihnen wird die Absicht noch deutlicher. Über Sprache und Geschichte sollte in den Menschen Stolz auf eine tschechische Nation erzeugt werden, und dieses Nationalgefühl konnte politisch genutzt werden – gegen Habsburg, gegen das Deutschtum. Das ist aus allen Zeugnissen zu spüren. Bohumil Frei, ein Exiltscheche, Staatsangehöriger der Bundesrepublik, schreibt:

22) Entnommen aus Franz Wolff: Ostgermanien, Grabert Verlag, Tübingen, 1977, S. 290/291.

„Die ersten Führer der nationalen Wiedergeburt der Tschechen waren zumeist katholische Priester: Gelasius Dobner, Vaclav Fortunat Durych, Antonin Jaroslav Puchmajer und neben vielen anderen auch Josef Dobrovsky." (Dobrovsky lebte von 1753–1829.)

Hier stocken wir. Katholische, dem Namen nach deutsche Geistliche als erste Führer zu einem tschechischen Nationalismus – gegen das katholische Kaiserhaus? Wie war das möglich? – Hatten nicht Habsburger Kaiser und Deutsche für die Kirche gegen die böhmischen Hussiten gekämpft? Hatten sie nicht auch gemeinsam 1620 den Krieg gegen die ketzerischen Böhmen begonnen? In der Tat! Inzwischen aber sah alles aus der Sicht der Kirche anders aus: Zwar waren die Habsburger immer noch gute Katholiken, jedoch gegenüber der Kirche nicht mehr so folgsam. Schon Maria Theresia hatte den Einfluß Roms in Österreich beschnitten. Ihr Sohn Joseph war dann noch schärfer vorgegangen, hatte die meisten Klöster geschlossen, Wallfahrten und ähnliche Bräuche untersagt und sogar Glaubensfreiheit eingeführt. Und er schien die österreichische Kirche von Rom trennen zu wollen. Zwar war er „zum Glück" frühzeitig gestorben, aber sein Nachfolger Leopold II. war auch nicht viel besser, wenn auch vorsichtiger. Er hob das Toleranzedikt nicht auf. Somit wäre es wohl verständlich, wenn die Kirche den Tatendrang solch eigenwilliger Herrscher dadurch auf andere Gebiete abzulenken suchte, daß sie ihnen innere Gegner schuf.

Bohumil Frei fährt fort:

„Er (Dobrovsky) befaßte sich – wie seine Vorläufer und Zeitgenossen – mit der böhmischen Geschichte und tschechischen Sprache. Dem im Verfall begriffenen, im Gebrauch schwankenden Tschechisch gab er auf Grund dieser Vorarbeit wieder feste Normen, auf die eine neue Literatur und überhaupt eine gepflegte Sprache bauen konnte. Durch seine Arbeiten über das Tschechische, Altkirchenslawische und andere Sprachen rief Dobrovsky außerdem das wissenschaftliche Fach ‚Slawistik' in ganz Europa ins Leben.

Sein und seiner Generation Werk der Wiedergeburt des Tschechischen vollendete die sogenannte zweite Generation der nationalen Erwecker. Diese rekrutierte sich vorwiegend aus Mitgliedern der befreiten oder sonstigen niederen Schichten; der Klerus spielte eine geringere Rolle. Diese Generation, in der Josef Jungmann (1773–1847) der führende Geist war, schuf nach den grammatischen Normen Dobrovskys eine riesige Anzahl neuer Worte, die den Fortschritt der zwei Jahrhunderte, in denen sich das Tschechische nicht weiter entwickelt hatte, auffingen."[23])

Die Bemerkungen über Peltzel, Dobrovsky und Jungmann bestätigen, daß eine tschechische Sprache damals kaum noch bestand und im Grunde neu geschaffen werden mußte. Dazu boten sich zwangsläufig Wörter aus dem Deutschen an, die tschechisiert wurden. Die Neuformung erfolgte in Anlehnung an das Altkirchen-

23) Bohumil Frei: Tschechoslowakei, Günter Olzog-Verlag, München–Wien, 1968, S. 16.

ſlawiſche, wie es ſich im Oſten und Südoſten (Bulgarien) Europas erhalten hatte. Die tſchechiſche Sprache iſt danach eine künſtliche Schöpfung, eine Kunſtſprache.

Die „Erneuerer" trachteten auch danach, ihrer Sprache eine Geſchichte zu geben, alſo ſie aus der Vergangenheit herzuleiten. So „entdeckte" ein gewiſſer Hanka im Jahre 1817 die ſogenannte „Königinhofer Handſchrift", eine Sammlung von Gedichten und Geſchichten, die aus dem 12. und 13. Jahrhundert, ja zum Teil aus dem 9. und 10. Jahrhundert ſtammen ſollten. Dieſe Schriftdenkmäler wurden von 1829 an unter großem Lärm herausgebracht. Und obwohl ſie ſpäter als Fälſchungen entlarvt wurden, werden ſie noch heute als Zeugniſſe altböhmiſcher, noch lieber alttſchechiſcher Sprache angeführt.[24])

Falls eine Sprache aus dem Volkstum gewachſen iſt, können aus ihr Rückſchlüſſe auf völkiſche Eigenarten gezogen werden. Bezeichnend für die Tſchechen iſt die Meinung des Profeſſors Aleksander Brueckner (1856–1939), volksbewußter Pole (!!), der als Profeſſor in Berlin über die Slawen arbeitete. Er ſchreibt:

„Die Frage nach dem angeblichen polniſchen Urſprung Nietzſches berührt Züge im Hinblick auf die Seelenverfaſſung der Nationen und gehört damit zu den beſonders verwickelten Problemen. Wenn jetzt z. B. behauptet wird, der Slowake ſei ein romantiſcher Träumer und der Tſcheche ein harter Realiſt, dann vergißt man, daß hinter dem einen der Ungar und hinter dem anderen der Deutſche ſteht und daß der Tſcheche ſeine unſlawiſchen Weſenszüge der Sparſamkeit, Ordnungsliebe und Ausdauer neben der bäuerlichen und kleinſtädtiſchen Grundlage dem Zuſammenleben mit den Deutſchen verdankt. Von ihnen übernahm er dieſe Merkmale, ſo daß die Tſchechen manchmal ſlawiſch ſprechende Deutſche genannt werden."[25])

Nun können Menſchen durch Zuſammenleben mit anderen zwar gewiſſe Gewohnheiten annehmen, aber keine ſeeliſchen Weſenszüge. Eher kann ſchon eine Sprache aufgezwungen werden, die dann allerdings nichts über das Volkstum ausſagt. Das gilt im übrigen überall im Oſten und Südoſten Europas. Man denke nur an die vielen unterſchiedlichen Völker und Raſſen, die im Raum der Sowjetunion leben und die alle ruſſiſch ſprechen. Man denke an die Menſchen verſchiedener Raſſen und Völker, die in Amerika leben und die im Norden engliſch, im Süden ſpaniſch oder portugieſiſch ſprechen.

Die „nationalen Erwecker" der Tſchechen, Schöpfer eines neuen Tſchechentums, bauten alſo auf einer künſtlichen Sprache auf und auf einer Geſchichte, die derart umgeſchrieben wurde, daß die Geſchichte Böhmens zu einer Geſchichte der Tſchechen gemacht wurde. Ein auf ſolchen Grundlagen erzeugtes Nationalgefühl iſt nicht natürlich gewachſen, muß dauernd betont werden, kann nur von Gegenſätzen leben und neigt zu Überſteigerungen. Bei den Tſchechen kam dazu, daß über

24) Näheres über die Bildung der neutſchechiſchen Sprache bei Steller, a. a. O., Band I, S. 74–85. Über die Königinhofer Handſchrift ebendort, Band II, S. 197 ff.

25) Aleksander Brueckner: Polen und Deutſchland, aus: Die Geſchichte der deutſch-polniſchen Beziehungen im Lichte Aleksander Brueckners, von Bolko Frhr. v. Richthofen, München, 1953, S. 15/16.

die Sprache eine Verbindung zu den slawischen Völkern Osteuropas hergestellt wurde. Dobrovsky gilt ja, wie wir erfahren haben, als Begründer der Slawistik, der Forschung im Bereich der slawischen Sprachen. Das gab den Vorkämpfern des Tschechentums einen gewaltigen Rückhalt. Denn aus der Behauptung über die kulturelle Verbundenheit erwuchs bald der Gedanke der politischen Gemeinschaft. Die geistigen Grundlagen hatte Johann Gottfried von Herder (1744 bis 1803) mit seinen Behauptungen über die geschichtliche Sendung aller Slawen geliefert.

## Panslawismus

Der Panslawismus wurde geboren. Zu diesem Stichwort schreibt der Brockhaus, 1972:

„Panslawismus, der für die Verwandtschaft der slawischen Sprachen 1826 von dem Slowaken (!!) J. Herkel geprägte wissenschaftliche Begriff. Er wurde nach 1830 bald zur politischen Parole der westslawischen Intelligenz für eine allslawische Einigungsbewegung."

Über die Begriffe Slawistik, Slawentum und Panslawismus, die Ende des 18. Jahrhunderts neu in der Geschichte auftauchen, wird später im Zusammenhang gesprochen werden. Klar ist, daß sie für Habsburg-Österreich mit seinen zahlreichen nichtdeutschen Völkerschaften außerordentlich gefährlich waren. Mit Galizien hatte es inzwischen noch ein weiteres slawisches Gebiet hinzuzubekommen. Zunächst einmal dienten sie einem kleinen Kreis aus Adel und Geistlichkeit dazu, ihre Vorrechte zu bewahren und neue Ansprüche durchzusetzen. Zu diesem Kreis stießen einige Leute aus der „westslawischen Intelligenz", die Macht erst erringen wollten; zu ihnen gehörten auch Deutsche. Bei der Masse gewannen sie dadurch Gefolgschaft, daß sie nach bewährtem Muster Gefühle ansprachen wie den Nationalstolz, den Willen zur Freiheit und auch den Neid. Im Hintergrund arbeitete Rußland mit Geld und mit panslawistischen Schlagworten. Die revolutionäre Unruhe, die in jenen Zeiten in den Völkern herrschte, tat ein übriges. Überall wurde der Wille zur politischen Mitbestimmung laut.

Die Wünsche der Böhmen, der politisch maßgebenden Böhmen, gingen zunächst dahin, eine politische Selbständigkeit wiederzugewinnen, wie sie vor 1627 im Verband des römisch-deutschen Reiches bestanden hatte. Jetzt, im Kaiserreich Österreich, wollten die Böhmen ihr Land möglichst unabhängig von der Herrschaft aus Wien sehen. Eine staatliche Trennung von Österreich war jedoch nicht geplant, nicht einmal von Franz (Frantisek) Palacky (1798–1876), einem der bekanntesten Vorkämpfer des nationalen Tschechentums, Schöpfer der tschechischen Geschichtslegende mit ihrer Ableitung vom großmährischen Reich des 9. Jahrhunderts. Die Absicht einer Trennung kam erst gegen Ende des 1. Weltkriegs auf.

Folgerichtig wollten die Tschechen nichts mit dem damaligen Deutschen Bund und mit dem Deutschen Bundestag in Frankfurt zu tun haben, weil sie keine Deut-

ſchen, ſondern Böhmen wären. Daraus ergaben ſich wiederum Spannungen zwiſchen Tſchechen und Deutſchen in Böhmen ſelbſt. Die Deutſchen bekamen einen Vorgeſchmack davon, was die Selbſtverwaltung der einzelnen Länder Öſterreichs für ſie bedeuten würde. Immer wieder kam es zu Unruhen und Ausſchreitungen, ſo auch nach dem erſten Slawenkongreß in Prag zu Pfingſten 1848, auf dem deutſch als Verhandlungsſprache benutzt werden mußte, weil die Vertreter ſich ſonſt nicht verſtanden hätten. Hier wurde die Forderung aufgeſtellt, Öſterreich zu einem Staatenbund gleichberechtigter Völker zu machen. Die Sprecher der Slawen dachten dabei an die Rechte der Länder mit ſlawiſcher Mehrheit, nicht aber daran, daß in dieſen Ländern ebenfalls ſtarke Gruppen anderen Volkstums, unter ihnen auch Deutſche, lebten. Die Schwierigkeiten, vor denen ſich das ganze Kaiſerreich ſah, beſtanden nun einmal genauſo in den einzelnen Ländern, ſo in Ungarn und eben auch in Böhmen. Eine Löſung, und auch die nur bis zu einem beſtimmten Grade, wäre nur dann möglich geweſen, wenn das ganze Reich nach geſchloſſenen Siedlungsgebieten der einzelnen Volksgruppen neu aufgegliedert und jedem für ſich Selbſtverwaltung gegeben worden wäre. Ein ſolcher Plan wurde aber von Wien nicht ernſthaft verfolgt. Er wäre auch nicht durchzuſetzen geweſen, denn weder Madjaren noch Tſchechen dachten daran, ihre Minderheiten aus ihrem Herrſchaftsbereich zu entlaſſen. Die Tſchechen pochten vielmehr auf die „hiſtoriſchen Grenzen" Böhmens.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ſetzten ſie ihre Anſprüche Schritt für Schritt durch. Im Jahre 1880 erreichten ſie, daß tſchechiſch als äußere Amtsſprache in ganz Böhmen, alſo auch in den deutſchen Gebieten, benutzt werden durfte. Damit wurde tſchechiſchen Beamten das Eindringen in die deutſchen Gebiete ermöglicht. 1882 wurden Lehrkörper und Studenten der Karls-Univerſität in Prag nach Deutſchen und Tſchechen aufgeteilt. 1892 berichtete der Engländer Sidney Whitman:

„Wer Böhmen vor 30 Jahren kannte und die nationalen Verhältniſſe mit jenen von heute vergleicht, muß über die eingetretenen Verhältniſſe erſtaunt ſein. Die Tſchechen haben materiell und an geiſtiger Bedeutung in einer Weiſe gewonnen, die einen unparteiiſchen Beobachter mit Bewunderung erfüllen muß. Gegen Ende der fünfziger Jahre hatten die meiſten böhmiſchen Städte einen ausgeſprochen deutſchen Charakter. Die beſſeren Geſellſchaftsſchichten ſprachen ausſchließlich deutſch. Die Schulen, Akademien, Theater, Handel und Induſtrie, alles war deutſch. Tſchechiſch wurde von Bauern und Dorfbewohnern geſprochen und in den Städten, wenn überhaupt, von Arbeitern und Hausangeſtellten. Wie hat ſich das geändert. Die Tſchechen haben ſich, ſo heißt es ſpäter, allenthalben auf die Stufe ihrer deutſchen Konkurrenz emporgehoben." (Suchenwirth, a. a. O., S. 292/293.)

1897 mußten bereits alle Beamten in Böhmen zweiſprachig ſein. Auch dieſe Beſtimmung richtete ſich gegen die Deutſchen, die meiſt nicht tſchechiſch konnten. Bei der Tſchechiſierung wirkte auch die katholiſche Kirche mit.

„Während der Klerus bei Polen und Tschechen, besonders aber auch bei den Slowenen, nicht selten an der Spitze nationaler Bewegungen stand, argwöhnten deutschnationale Kreise, daß der katholische Klerus deutscher Muttersprache und jedenfalls die Repräsentanten des politischen Katholizismus national unzuverlässig seien; diese Stimmung verstärkte sich, als die konservative katholische Volkspartei der Alpenländer in parlamentarischen Abstimmungen vorübergehend mit den Slawen zusammenarbeitete."[26])

Auch im überwiegend katholischen Österreich arbeitete Rom gegen das Deutschtum.

## Entwicklung im 20. Jahrhundert

Im Jahre 1905 wurde durch ein neues Wahlrecht die Trennung zwischen Tschechen und Deutschen festgeschrieben. Es gab nun tschechische und deutsche Parteien. Die wachsenden Spannungen zwischen Rußland und Österreich wirkten sich sowohl auf das Verhältnis zwischen Deutschen und Slawen, wie auf das zwischen Tschechen und Deutschen in Böhmen aus. Dabei waren Tschechen zahlenmäßig stark in Verwaltung, in der Lehrerschaft und im Heer Österreichs vertreten.

Alle Versuche, dennoch zu einem friedlichen Ausgleich der Nationalitäten zu kommen, waren dann mit Beginn des 1. Weltkriegs am Ende. Nach den ersten Rückschlägen des österreichischen Heeres erwiesen sich viele tschechische Soldaten als anfällig für die feindliche Propaganda. Ganze Truppenteile liefen zu den Russen über. Im Westen bildeten gefangene und im Ausland lebende Tschechen ein paar Regimenter, die gegen die Mittelmächte kämpften. Mit dem Vorhandensein dieser Truppen begründeten die in den Westen geflohenen Politiker, an der Spitze Thomas Masaryk (1850–1937) und Eduard Benesch (1884–1948) das Recht, mit einigen Leuten als „provisorische Regierung" anerkannt zu werden, und den Anspruch, als kriegführende Macht auf der Seite der Feindmächte zu gelten. Die Tschechen gehörten damit zu den Siegern des 1. Weltkrieges.

In langwierigen Verhandlungen erreichten Masaryk und Benesch im Herbst 1918 auch die Zustimmung der Alliierten zu ihrem Plan, das Kaiserreich Österreich-Ungarn zu zerschlagen und in den „historischen Grenzen" Böhmens einen selbständigen tschecho-slowakischen Staat zu errichten. Einzelheiten der Verhandlungen und der Verhandlungsführung lassen erkennen, wie klug und folgerichtig – man kann auch sagen, schlau und gerissen – vor und hinter den Kulissen gearbeitet wurde. Die Brüder waren unter sich!

Am 14. Oktober 1918 bildete sich eine tschechische Regierung in Paris. Am 18. 10. wurde sie in Washington anerkannt, nachdem Masaryk dem Präsidenten Wilson, der von den Zuständen in Böhmen kaum etwas wußte, weitgehende Versprechungen für die Rechte der Minderheiten gegeben hatte. Am 28. 10. 1918

26) Erich Zöllner: Geschichte Österreichs, 6. Auflage, München, 1979, S. 431/432.

wurde die tschecho-slowakische Republik in Prag ausgerufen. Dieser Tag gilt seitdem als Gründungstag der Tschecho-Slowakei.

„Es war kein von elementaren Kräften getragener, sich unter dem Einsatz einer Majorität eines Volkes im eigenen Lande vollziehender Umsturz; der Staat wurde von einer verschwindend geringen Minderheit in geschickten diplomatischen Aktionen und auf fernen Kriegsschauplätzen erstritten. In seiner Mehrheit stand das Volk dem Ringen um seine Selbständigkeit verständnis- und tatenlos gegenüber."[27])

Das Schicksal der Menschen in Böhmen wurde also von volksfremden Kräften und von außen bestimmt. Eine Minderheit war am Ziel.

## Die Deutschen nach dem 1. Weltkrieg

Nach Lage der Dinge konnte Wien nichts Entscheidendes gegen den Umsturz in Prag unternehmen. Eine Anwendung von Gewalt war nicht nur unmöglich, sie hätte auch den Bruch des mit den Feindmächten abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrages bedeutet. Die Deutschen in Böhmen aber erkannten die Ansprüche der Tschechen nicht an. Sie beriefen sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das so laut verkündet worden und Grundlage des Waffenstillstands gewesen war. Demgemäß erklärten sie sich für selbständig und vollzogen den Anschluß an die neu entstandene Republik Deutsch-Österreich. In den deutschen Gebieten wurden deutsche Behörden gebildet. Die Tschechen schritten mit Gewalt dagegen ein und besetzten das Land. Noch bestand bei den Deutschen Böhmens die Hoffnung, daß die Sieger solche Willkür nicht dulden würden. Bald aber zeigte sich, daß die Versprechungen der Sieger für Deutsche nicht galten. Volksabstimmungen wurden nicht gestattet, friedliche Demonstrationen für das Selbstbestimmungsrecht mit Gewalt unterdrückt. Die neutrale Neue Zürcher Zeitung berichtete am 7. 3. 1919:

„Die Ereignisse in Deutschböhmen und die Akte tschechischer Brutalität gegen die deutschböhmischen Demonstranten erregen die größte Erbitterung. Nachdem schon vorgestern in Karlsbad, Reichenberg, Eger, Aussig, Sternberg, Brüx, Mies und Neutitschein das tschecho-slowakische Militär mit Salvenfeuer und Bajonetten gegen die deutsche Bevölkerung gewütet hatte, die sich am Tage des Zusammentrittes der deutschösterreichischen Nationalversammlung zu durchaus friedlichen Kundgebungen für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Böhmen zusammengefunden hatte, haben gestern tschechoslowakische Soldaten in Kaaden und Karlsbad neuerdings Grausamkeiten gegen Deutsche verübt. In Kaaden wurden 17 Personen getötet, 30 schwer und 80 leicht verletzt. Auch in Karlsbad wurden neuerdings zwei Deutsche erschossen. Die Anzahl der Todesopfer der tschechischen Raserei in Sternberg beläuft sich auf 14. Es ist zweifellos, daß die tschechische Regierung beabsichtigt, die Betätigung ihrer Gewalt- und Schreckens-

27) Jörg K. Hoensch: Geschichte der tschechoslowakischen Republik, 1918–1965, Urban-Bücher, 1966, S. 25.

herrſchaft auf das äußerſte zu treiben und vor der Anwendung ſchlimmſter Gewaltmittel nicht zurückſchreckt. Die Wirkung dieſer unbeſchreiblichen Gewalttaten kann ſelbſtverſtändlich nur die ſein, daß ſich das Verhältnis zwiſchen Deutſchböhmen und der tſchechiſchen Regierung unverſöhnlich geſtaltet ..."[28])

Im übrigen erging es den anderen Minderheiten dieſes neuen Staates nicht anders: auch ihnen wurden Volksabſtimmungen verweigert, auch ſie wurden durch Verſprechungen getäuſcht, auch ihre Gebiete wurden gewaltſam beſetzt. Die Sieger nahmen das alles nicht zur Kenntnis.

Dennoch waren Maſaryk und Beneſch, die Führer der Tſchecho-Slowakei, offenbar nicht ſicher, ob nicht bei den ſogenannten Friedensverhandlungen, die ja noch bevorſtanden, die Wahrheit ans Licht kommen würde. Sie beſtand auch darin, daß die Tſchechen, das beherrſchende „Staatsvolk", gegenüber den anderen Volksgruppen in der Minderheit waren. In den „hiſtoriſchen Grenzen" Böhmens lebten nämlich rund ſechs Millionen Tſchechen = 46 %, während die Deutſchen über 3 Millionen = 28 %, die Slowaken, Ungarn, Polen, Ukrainer rund 3½ Millionen ſtellten. Beneſch machte es ſich ganz einfach: er legte eine Denkſchrift vor, in der die Zahl der Deutſchen um eine Million geringer angegeben wurde, und eine Karte, nach der es keine geſchloſſenen deutſchen Gebiete gab. Er tat noch ein Weiteres: Um etwaige Widerſtände in der Öffentlichkeit zu beſchwichtigen – immerhin ſprachen diplomatiſche Vertreter der USA noch von jenem Selbſtbeſtimmungsrecht, das Präſident Wilſon u. a. als Ziel genannt hatte –, erklärte Beneſch im Mai 1919, mit der neuen Tſchecho-Slowakei eine „zweite Schweiz" ſchaffen zu wollen. Dieſes Lippenbekenntnis diente lediglich zur Verneblung der Abſicht, keinen Fußbreit rein deutſch beſiedelter Landſtriche an Deutſchland abgeben zu müſſen. Gegenüber den Politikern Frankreichs und Englands hatte er Täuſchungen nicht einmal nötig, denn ſie hatten die Gebietsforderungen Beneſchs längſt übernommen. Was ſcherte die Sieger noch die Bedingungen, die ſie ſelbſt 1918 für den Waffenſtillſtand aufgeſtellt hatten.[28])

Auch in der Geſchichte iſt es Geſetz, daß Böſes fortzeugend Böſes gebären muß. Die Tſchecho-Slowakei, mit Lüge und Gewalt geſchaffen, blieb ein Land, in dem die Tſchechen weiter Unterdrückung und Gewalt gegen die anderen Volksgruppen übten. Ausgleich und innerer Frieden konnten ſo nicht kommen. Mit gleicher Geſetzmäßigkeit ſuchte und fand die Tſchecho-Slowakei außenpolitiſch ihre Stütze bei denjenigen Ländern, denen ſie ihre Entſtehung verdankte, vor allem bei Ruß-

---

28) Glaſer, a. a. O., S. 41, Anm. 25.

28) Der britiſche Diplomat Harold Nicolſon, der an den Friedensverhandlungen teilgenommen hatte, ſchrieb 1933 ein Buch über ſeine Erlebniſſe. Er „wies nach, daß die Alliierten ihr Wort, das ſie den Deutſchen beim Abſchluß des Waffenſtillſtandes gaben, durch Geheimverhandlungen gebrochen hatten. Von dreiundzwanzig ‚Friedensbedingungen', die Präſident Wilſon verkündet hatte (einſchließlich der 14 Punkte und der 4 Grundſätze), waren nach dieſem Zeugnis durch die Pariſer Vorortverträge neunzehn in flagranter Weiſe verletzt worden." Aus: Wenzel Jakſch: Europas Weg nach Potsdam, Stuttgart, 1958, S. 278. (Wenzel Jakſch war bis 1938 führender Vertreter der ſudetendeutſchen ſozialdemokratiſchen Partei, Gegenſpieler von Konrad Henlein, Führer der nationalen ſudetendeutſchen Partei.)

land und Frankreich. 1935 schloß Benesch ein Bündnis mit der Sowjetunion, nachdem kurz davor ein Beistandspakt zwischen Frankreich, der Schutzmacht der Tschecho-Slowakei, und der Sowjetunion unterzeichnet worden war. Diese Schritte konnten nur gegen das erstarkende deutsche Reich gerichtet sein.

Die Tschecho-Slowakei, ein künstlicher, nur unter Druck von außen entstandener Staat, wurde auch unter Druck von außen wieder beseitigt. 1938 wurden die deutsch-besiedelten Gebiete mit Einverständnis der anderen europäischen Mächte an das Reich angeschlossen. Der Reststaat löste sich auf. Die Tschechei wurde 1939 besetzt. Wieder herrschte hier ein Gewaltsystem. Das wird niemand bestreiten. Nur sollten die Deutschen etwas mehr über die Ursachen wissen.

Jetzt begann das gleiche Spiel wie vor 1918. Benesch war 1938 ins Ausland gegangen. Wieder stellte er sich als rechtmäßiger Präsident der Tschecho-Slowakei vor, obwohl er selbst zurückgetreten war. Wieder wurde eine Exilregierung gebildet und anerkannt. Wieder wurden mit ihr Verträge abgeschlossen. Besonders eng war diesmal die ideologische und politische Verbindung zur Sowjetunion – aus dem Wissen, daß eine Änderung der Lage nur von dort kommen konnte. Wieder wurden ein paar Truppenteile aufgestellt, um den Anspruch einer kriegführenden Macht erheben zu können. Wieder wurde der Widerstand in der Tschechei von außen geschürt (Attentat gegen Heydrich), denn die Bevölkerung verhielt sich im allgemeinen ruhig. Wieder wurden gewaltsame Maßnahmen gegen die Sudetendeutschen geplant, diesmal die völlige Austreibung, während nach außen wieder Versprechungen gemacht wurden, daß diese Umsiedlung „so weit wie möglich (!!) umfassend, anständig und menschlich durchgeführt werden würde" (Benesch).

## Ende des Deutschtums in Böhmen

Am 13. 5. 1945 traf Benesch im Gefolge der Roten Armee in Prag ein, wo „in Reihen aufgestellte Deutsche wie Fackeln zu seinen Ehren in Brand gesteckt wurden" (Augenzeugenbericht). Schon seit dem 5. 5. hatte tschechischer Pöbel, entsprechend aufgehetzt, unvorstellbare Grausamkeiten gegen Deutsche begangen. Sie dauerten weiter an. Hier waren die Täter nicht, wie in den deutschen Konzentrationslagern, einzelne dazu abgestellte Einheiten, sondern Uniformierte aller Art und Zivilisten. Aber dem tschechischen Volk als solchem kann man diese Geschehnisse nicht anlasten. Die Untaten sind in Dokumentationen niedergelegt, die von der westdeutschen Regierung jedoch bisher nicht veröffentlicht worden sind, um die Versöhnung zwischen den Völkern nicht zu stören. „Versöhnung" heißt ja heute, daß die Schuld der Deutschen tagtäglich weltweit verkündet werden kann und daß auch die Deutschen selbst sich tagtäglich zu ihr bekennen sollen, die Schuld anderer aber verschwiegen werden soll.

Nach Unterlagen und Schätzungen änderte sich die Zahl der Deutschen in Böhmen in den Jahren 1945/1946 wie folgt:

| | | |
|---|---|---|
| Deutſche Bevölkerung der Tſchecho-Slowakei Mai 1945: | | 3 391 000 |
| Vertreibungen: | | |
| „Wilde Vertreibungen" 1945 | 750 000 | |
| In die Sowjetzone 1945 | 70 000 | |
| In die amerikaniſche Zone 1946 | 1 183 000 | |
| In die Sowjetzone 1946 | 750 000 | 2 753 000 |
| verbleiben | | 638 000 |
| ſchätzungsweiſe in der CSSR 1946 | | 400 000 |
| bleiben einſchl. der bei Maſſenmorden und in Lagern Umgekommenen, der Geflohenen und entlaſſenen Kriegsgefangenen | | 238 000 |

Die ſudetendeutſche Suchorganiſation meldet etwa 500 000 Ermordete, Vermißte, Verſchleppte und an den Folgen der Vertreibung Verſtorbene.

Das ſind nüchterne Zahlen. Was ſich hinter ihnen verbirgt, wird ſich ſelbſt derjenige kaum vorſtellen können, der über große Vorſtellungskraft verfügt. Aber wir Deutſche ſollten es wiſſen!

Bis 1982 iſt die Zahl der Deutſchen in der Tſchecho-Slowakei auf 70 000 bis 100 000 zurückgegangen. Sicher wollen viele von ihnen noch nach Deutſchland abwandern. Der Reſt wird im Tſchechentum aufgehen, da den Deutſchen weder deutſche Schulen noch deutſche Kirchen geſtattet ſind. Auch ſind ſie vom Leben in Deutſchland und Öſterreich abgeſchnitten und beſitzen keine Möglichkeit, ihr Deutſchtum zu vertreten.

Das iſt das Ende des Deutſchtums in Böhmen und Mähren, das Ende jahrtauſendelanger deutſcher Arbeit, deutſchböhmiſcher Baukunſt, Malerei, Bildhauerei, Dichtung und Muſik. Es iſt das Ende jahrhundertelangen fruchtbaren Zuſammenlebens von Deutſchen und Tſchechen und gegenſeitiger wirtſchaftlicher und kultureller Bereicherung zum Wohle aller Bewohner des Landes. So hatte Jan Maſaryk, Sohn des Thomas Maſaryk, bis zu ſeinem Tod (Selbſtmord?) 1948 Außenminiſter der kommuniſtiſchen tſchechiſchen Regierung Gottwald, in ſeltener Einſicht im Jahre 1946 geäußert, „daß die Tſchechen nie ſo glücklich waren als zur Zeit, in der ſie einen Teil der öſterreich-ungariſchen Monarchie bildeten". (Jakſch, a. a. O., S. 447). In welchen Banden mag er und mögen die wenigen anderen geweſen ſein, damit ſie ihr Volk in die Irre führen konnten.

Die Tſchechen haben nunmehr die nicht von ihnen, aber von einem kleinen Kreis gewünſchte „Freiheit" unter kommuniſtiſch-ſowjetiſcher Gewalt!

# Deutſche im Oſten

(Kartenſkizze 1 und 3)

Als dritter Teil der deutſchen Oſtwanderung wird der Raum zwiſchen den nördlichen Grenzen von Böhmen/Mähren (Erzgebirge, Sudeten), Ungarn (Beskiden, Karpaten) und der Oſtſee behandelt. Zunächſt war es das Schwert, das oſtwärts der alten Reichsgrenze von Elbe und Saale die Vorausſetzungen dafür ſchuf. Anfang des 10. Jahrhunderts ſtieß König Heinrich I. im Süden dieſes Raumes auf die Oberelbe vor und richtete die erſten Grenzmarken ein (Mark Meißen, Mark Lauſitz). Seine Nachfolger griffen nördlich davon an (Nordmark, Billunger Mark). Hier dauerten die Kriege, die als Kreuzzüge galten und entſprechend grauſam geführt wurden, über 200 Jahre. Den Abſchluß bildete der Kreuzzug von 1147. Der Verlauf dieſer Ereigniſſe iſt in Teil II von „Glaubensumbruch – ein Verhängnis" ausführlich geſchildert worden.

In den Grenzmarken erſchienen zunächſt deutſche Kriegsherren mit ihren Scharen. Ihnen folgten Geiſtliche und Mönche. Eine planvolle Anſiedlung von Bauern konnte erſt einſetzen, nachdem hier Ruhe eingekehrt war, alſo gegen Ende des 12. Jahrhunderts (ſ. Teil II, S. 171 ff.). Platz war vorhanden, denn die anſäſſige Bevölkerung war durch die langen Kämpfe ſtark zurückgegangen. Anfang des 13. Jahrhunderts erreichte die deutſche Siedlung die allgemeine Linie Oberelbe (Dresden) – weſtlich von Berlin – oſtwärts von Lübeck. Bis hierher hatte Gewalt den Deutſchen den Weg gebahnt.

## Beſiedlung Oſtdeutſchlands

Weiter nach Oſten änderte ſich die Art der deutſchen Oſtwanderung grundlegend. Sie erfolgte nunmehr friedlich auf Wunſch der einheimiſchen Fürſten. Die Deutſchen wurden von ihnen zum Aufbau ihrer Länder gerufen. In den dünn beſiedelten und von breiten Grenzſäumen umgebenen Ländern war reichlich Raum für neue Siedlungen neben denen der bereits anſäſſigen Bevölkerung. Wie wir ſchon in den vorangegangenen Abſchnitten für die ſüdöſtlichen Marken wie für Ungarn und Böhmen geſehen haben, ſpielten Grenzen der einzelnen Herrſchaftsbereiche und Länder, ſelbſt die des Reiches, für die Beſiedlung mit Deutſchen keine Rolle. Wenn der eine Fürſt Siedler in Grenzräumen anſetzte, taten die Nachbarn es faſt zwangsläufig nach, um nicht ins Hintertreffen zu geraten. So geſchah es auch in den zahlreichen weltlichen wie geiſtlichen Fürſtentümern zwiſchen Elbe, Oder, Weichſel und darüber hinaus, gleichgültig, ob ſie politiſch zum Reich gehörten oder nicht.

Verfolgen wir die Entwicklung in den einzelnen Ländern: Da lag im Süden **Schleſien.** Die ſchleſiſchen Herzogtümer waren ſeit 1163 ſelbſtändig, die Herzöge von Kaiſer Friedrich Rotbart eingeſetzt und von ihm lehnsabhängig. Nach der

heute üblichen Bezeichnung gehörten sie zum Hause der Piasten. Wir wollen der Einfachheit halber diesen Namen beibehalten, obwohl er auf einer polnischen Legende beruht. Es gab nämlich nie einen Stammvater namens Piast, sondern das war der nordische Wikinger-Eroberer Dag(Dago)-Miseco (s. Teil II, S. 76), der Ende des 10. Jahrhunderts im Warthe-Netze-Raum erschienen war. Die schlesischen „Piasten" hielten persönlich zum Kaiser und banden ihre Länder politisch und kirchlich an den Westen, also an das Reich, zum Teil über die Abhängigkeit von Böhmen. Sie verstärkten die schon lange bestehenden Gründungen deutscher Klöster. Im Jahre 1163 (oder 1175) errichteten Zisterzienser das Kloster Leubus. Von dort gingen zahlreiche Tochterklöster aus, und zwar nicht nur in Schlesien, sondern auch in Polen. Kirchen und Klöster erhielten Land, das urbar zu machen und zu bewirtschaften war. Dazu zogen sie auch deutsche Bauern heran.

Im 13. Jahrhundert ging unter Heinrich I. von Schlesien (1201 bis 1234), verheiratet mit Hedwig von Andechs, der „heiligen Hedwig", die Besiedlung mit Deutschen weiter. Ebenso verfuhren Kirchenherren, Orden und Adel. Der Einfall der Mongolen im Jahre 1241 brachte einen kurzen Rückschlag. In den folgenden Jahrzehnten wurden vermehrt Deutsche ins Land geholt. Sie bauten Breslau und andere Städte neu auf. Geschlossene deutsche Bauernsiedlungen wurden in den Grenzräumen eingerichtet, im Norden gegen Brandenburg und Pommern, im Westen gegen die Lausitz, im Süden (Sudeten) gegen Böhmen und im Osten gegen Polen. Bis 1300 überschritt die deutsche Siedlung die Oder. In anderthalb Jahrhunderten wurden in Schlesien 120 deutsche Städte und über 1200 deutsche Dörfer gegründet. So wurde dieses Land deutsch und blieb deutsch. Herzog Heinrich IV. von Breslau (1270–1290) war Vorbild eines deutschen Ritters und deutschen Minnesängers.

Ähnlich entwickelte sich die deutsche Siedlung in der **Mark Brandenburg,** in **Ostmecklenburg** und in dem damaligen **Westpommern.** Im Jahre 1181 war Herzog Bogeslav von Westpommern von Kaiser Friedrich I. zum Reichsfürsten ernannt worden. Auch in diese Länder wurden deutsche Ritter, deutsche Mönche und Bauern gerufen. Bis 1300 erreichte die deutsche Siedlung etwa die Höhe von Rügenwalde.

Außerhalb des Reiches stand das Herzogtum **Ostpommern,** später **Pommerellen.** Die Herzöge dieses Landes nannten sich ebenfalls Herzöge von Pommern und wurden auch von anderen Herrschern (Papst, Deutscher Orden) so genannt. Ihr Sitz war Danzig. Neben der Herzogsburg lag eine Niederlassung deutscher Kaufleute. Auch diese Herzöge zogen deutsche Geistliche, Ritter und Bauern heran. Vor 1178 wurde das Kloster Oliva gegründet.

„Die Mönche von Oliva und ihre Äbte waren in ältester Zeit durchweg Deutsche. Die Namen der ältesten Äbte: Etheler, Tetbrand, Albert, Wiechmann, Johannes, Hermann, Lambert, Rüdiger, der Prioren: Heinrich, Gerlach, Heinrich, Nikolaus, Arnold, endlich der urkundlich genannten Mönche: Adolf, Reinher, Sibrand, Elleger, Gerlach, Lambert, Rüdiger, Gottfried, Thittard, Otto

usw. lassen über die deutsche Nationalität der Klosterinsassen nicht den geringsten Zweifel aufkommen. Oliva blieb ein ausschließlich deutsches Kloster bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts. Wie sie selbst nun Deutsche waren, so war auch alles deutsch, was sie mitbrachten und an sich zogen."[30])

In den folgenden Jahrzehnten wurden in Pommerellen weitere deutsche Klöster eingerichtet (Zuckau 1209, Zarnowitz um 1235, Pelplin 1258). Zu ihrem Besitz gehörten wie überall Bauerndörfer, unter ihnen auch deutsche. Und auch hier riefen Kirchen und andere Orden ebenfalls deutsche Siedler ins Land, besonders im Raum Dirschau, Mewe und Neuenburg. An günstig gelegenen Plätzen (Danzig, Dirschau, Elbing) ließen sich deutsche Kaufleute nieder. Diese deutschen Stadtgemeinden erhielten auch deutsches Recht (Danzig etwa um 1224 [1240], Elbing 1246, Dirschau 1260, Neuenburg 1300).[31])

Während in Pommerellen, also westlich der Weichsel, die Besiedlung mit Deutschen friedlich vor sich ging, wodurch auch die Lage der Einheimischen allmählich verbessert wurde, führte im gleichen Jahrhundert der Deutsche Orden seinen 50jährigen Krieg gegen die Einwohner des damaligen **Preußen** ostwärts der Weichsel. Doch der Orden hätte hier niemals siegen können. Die Kriegszüge wurden vielmehr als Kreuzzüge ausgeschrieben, zu denen immer wieder deutsche Fürsten aus dem Reich mit ihren Heeren erschienen. Ein freier und heidnischer Stamm sollte mit allen Mitteln unterjocht und zum Christentum „bekehrt" werden. Kreuzzüge – diese Bezeichnung genügt, um deutlich zu machen, wozu und wie dieser Krieg geführt wurde. Der Verlauf ist in Teil II ausführlich dargestellt worden.

Im jetzigen Rahmen geht es um die Ansiedlung von Deutschen in diesem Raum. Sie konnte zunächst naturgemäß nur in jenem Teil des Landes erfolgen, den der Orden sicher in der Hand hatte, also im Westen Preußens. Erst nach 1280 dehnte sie sich planmäßig nach Osten aus, und zwar durch Binnenwanderung. Das heißt, daß Siedler im Westen ihren Überschuß an Menschen abgaben, die dann weiter nach Osten vorrückten. Ziel des Ordens war es keineswegs, das Land deutsch zu machen, sondern es wirtschaftlich zu erschließen und mit mehr Einwohnern auch militärisch zu sichern. Er zog daher auch Menschen aus den benachbarten Ländern Masowien, Litauen, Polen und aus dem russischen Raum heran. Auf Grund der Überlegenheit der Deutschen an Können und Leistung sind auch diese Menschen zu Deutschen, ist das Land deutsch geworden. Bis zum Ende des 14. Jahrhunderts legte der Orden 93 deutsche Städte und über 1000 deutsche Dörfer an. Die ein-

30) Franz Schultz: Geschichte der Kreise Putzig und Neustadt, Druck der Allgemeinen Zeitung AG, Danzig, 1907, S. 58/59. Dieser Beleg soll hier einmal angeführt werden, weil Oliva von polnischer Seite heute als urpolnisch bezeichnet wird.

31) Näheres über die deutsche Besiedlung Pommerellens siehe bei Karl Kasiske: Beiträge zur Bevölkerungsgeschichte Pommerellens im Mittelalter, und: Das deutsche Siedlungswerk des Mittelalters in Pommerellen, Königsberg, 1938 und 1942 in: Einzelschriften der Hist. Komm. für ost- und westpreußische Landesforschung, 9 u. 8.

geſeſſenen Preußen blieben ſiedlungsmäßig von den Deutſchen zunächſt getrennt, in Städten durften ſie ſich nicht niederlaſſen. Ihr Rechtszuſtand war unterſchiedlich. Er lag im allgemeinen unter dem der Deutſchen. Die Verſchmelzung von Deutſchen und Preußen dauerte Jahrhunderte. Die rechtliche Angleichung erfolgte, als ſich die Lage der deutſchen Bauern verſchlechterte. Durch das Übergewicht der Deutſchen ging auch die altpreußiſche Sprache immer mehr zurück. Sie kann im 17. Jahrhundert als erloſchen gelten, auch wenn ſich einzelne preußiſche Wörter und manche Eigenart des Tonfalls weiter erhalten haben.

Im Jahre 1309 übernahm der Orden nach Erbauseinanderſetzungen mit Brandenburg und Polen auch Pommerellen. Nun trieb er auch hier die weitere Anſiedlung von Deutſchen voran, wobei es ebenfalls um Förderung der Wirtſchaft und um Sicherung der Grenzen ging. Deutſche Bauern wurden daher gegen Pommern im Weſten und gegen Polen im Süden angeſetzt (Raum Schlochau, Konitz, Friedland).

„Ein beſonders bedeutungsvolles Unternehmen, das während eines Menſchenalters, etwa 1315–1340, durchgeführt wurde, war die Eindeichung der drei Werder (des Großen und Kleinen Marienburger und des Danziger) und ihre ausſchließliche Beſetzung mit deutſchen Bauern."[32]) Die wirtſchaftliche und rechtliche Lage der einheimiſchen Bauern (Pomeranen und Kaſchuben, nur im Süden Polen) wurde durch Umlegung auf deutſches Recht verbeſſert.

## Ewiger Verzicht des polniſchen Königs auf Oſtdeutſchland

Der Beſitz Pommerellens wurde dem Orden noch im 14. Jahrhundert durch den polniſchen König Wladislav Lokietek (Ellenlang) (1320–1333) ſtreitig gemacht. In 16jährigem Ringen blieb der Orden Sieger, erweiterte ſein Gebiet ſogar nach Süden. Der nächſte polniſche König, Kaſimir III., der Große, (1333 bis 1370) brach den erfolgloſen Kampf ab und wandte ſich erobernd nach Oſten (Galizien, Wolhynien). Er verzichtete vertraglich wiederholt (1335, 1339, 1353) auf alle Anſprüche auf Schleſien und auf Pommerellen (1343), und zwar nicht nur für ſich, ſondern für alle Zukunft. Da es ſpäter immer wieder Streit um Pommerellen gab, und da bis ins 20. Jahrhundert von polniſcher, heute ſogar von deutſcher Seite von einem geſchichtlichen Anſpruch Polens auf Pommerellen (Weſtpreußen) geredet wird, ſoll hier der Wortlaut des Verzichts König Kaſimirs folgen. Im Friedensvertrag von Kaliſch zwiſchen König Kaſimir von Polen und dem Deutſchen Orden vom 8. 7. 1343 heißt es:

„Daher ſoll die gegenwärtige Zeit und die ſpätere Nachkommenſchaft wiſſen, daß wir für uns, für unſere Erben und alle Nachfolger und alle Einwohner unſeres Königreiches, ſowohl die hochgeſtellten als auch die anderen, einen dauernden Frie-

32) Bruno Schumacher: Geſchichte Oſt- und Weſtpreußens, Holzner-Verlag, Würzburg, 1958, S. 81.

den machen... So verzichten wir und unſere Erben und Nachfolger auf dieſe Gebiete: auf Pommerellen, Kulm und die Michelau, auch auf irgendeinen Teil davon, ſei es aus unmittelbarer, ſei es aus abgeleiteter Erbfolge oder aus irgendeinem anderen Rechtsanſpruch oder aus einer Gewohnheit, die wir unter ſolchen Umſtänden gehabt hätten oder in Zukunft haben könnten. Wir verzichten auf dieſe Anſprüche, welche auch immer es in der Gegenwart geben möge, ausdrücklich, gänzlich, eindeutig und völlig. ... Auch verſprechen wir ferner, dem Meiſter und den genannten Brüdern und auch dem ganzen Orden ſelbſt weder an ihren Sachen noch an Perſonen Gewalt und Unrecht zuzufügen. Im übrigen verzichten wir für uns und alle unſere Nachfolger auf den Titel eines Herzogs von Pommerellen, der bisher auf dem großen Siegel des genannten Landes eingeſchnitten war, und wir verſprechen, dieſen Titel in bezug auf das Herzogtum Pommerellen aus dem erwähnten Siegel zu entfernen und ihn nicht zu benutzen, weder für uns noch für unſere Nachkommen zu irgendeiner zukünftigen Zeit in Briefen und Siegeln."[33])

Das iſt fürwahr eine eindeutige geſchichtliche Verzichtserklärung, die nicht, wie es ja oft geſchehen iſt, in ausſichtsloſer Lage unter Zwang abgegeben wurde. Trotzdem mag der eine oder andere die Achſeln zucken und ſagen: Was ſind Verträge anderes als Abmachungen, die in einer beſtimmten Lage abgeſchloſſen werden, und die ungültig werden, wenn dieſe Lage ſich geändert hat. Allerdings, ſo iſt es in der Geſchichte. Immerhin widerlegt dieſer Vertrag geſchichtliche Anſprüche, die Polen gern auf Zeiten bezieht, die noch weiter zurückliegen. Für jene Zeit war die Folge – und das iſt das Wichtigſte –, daß ſich das Deutſchtum in Pommerellen zunächſt ungeſtört weiterentwickeln und feſtigen konnte.

Von daher iſt jeder geſchichtliche Anſpruch Polens auf die angeführten Länder Schleſien, Brandenburg, Pommern und Preußen gänzlich abzulehnen. Außerdem iſt es geſchichtliche Tatſache, daß ſeit Entſtehung des polniſchen Reiches eine Dauerfeindſchaft zwiſchen ihm und Pommern wie Preußen beſtand. Von Anfang an und immer wieder hatten polniſche Herrſcher verſucht, Pommern wie Preußen unter ihre Gewalt zu bekommen. Sie erreichten zwar manchmal vorübergehend die Anerkennung ihrer Oberhoheit. Die Pommern und Preußen kämpften ſich aber ſtets wieder frei. Auf jeden Fall ſind alle dieſe Länder durch Deutſche und durch deutſche Arbeit ſeit dem 12. Jahrhundert deutſch geworden. Auch hiermit laſſen ſich geſchichtliche Rechte begründen, und zwar beſſer als durch Gewalt, wie ſie vorher und ſpäter, bis heute, angewendet wird.

33) Prof. Dr. Walther Hubatſch: Quellen zur Geſchichte des Deutſchen Ordens, Muſterſchmidt, Wiſſenſchaftlicher Verlag, Göttingen, Frankfurt, Berlin, 1954, S. 141–145.

# Deutsche in Polen

## Einwanderung im 13. Jahrhundert

Die deutsche Ostwanderung hatte auch hier nicht an den Grenzen des Reiches haltgemacht, sondern war seit dem 13. Jahrhundert nach Polen hineingegangen. Auch hier kamen die Deutschen nicht mit Gewalt. Sie wurden gerufen. Und auch hier brachten sie für Land und Leute Vorteile. Hören wir dazu den – polnischen – Historiker Brueckner:

„Ungleich mächtiger (als die Klöster) war die Welle der Siedler. Sie verließen die ungünstigen Verhältnisse in ihrem Vaterland und überschritten gleichsam unter einer gemeinsamen Losung die Grenzen Schlesiens und Polens. ... Sie brachten die Bestandteile der westlichen Stadtkultur und die fortgeschrittene bäuerliche Wirtschaftsform (Dreifelderwirtschaft und Eisenpflug an Stelle des Holzpfluges) mit. Die zweite Hälfte des 13. Jahrhunderts sieht den deutschen Zustrom im Westen am stärksten. Ganz Niederschlesien wurde mit einem Male deutsch. Nach Osten wurde der Strom schwächer, aber immer noch erfolgreich. Posen und Krakau, nicht zu reden von Breslau usw. zeigen sich als deutsche Hauptstädte, die autonom (unabhängig) regiert werden, und zwar nach deutschen Vorbildern in der Verfassung und im Gerichtswesen." (Brueckner, a. a. O., S. 7)

Dazu ein Beispiel, wie sich die deutsche Siedlung im Einzelfall auswirkte:

„So berichtet ein polnischer Chronist von einem Erzbischof von Gnesen aus dem 13. Jahrhundert, daß er in seinem Sprengel Einkünfte von nicht mehr als einer Mark Silber vorgefunden habe. Aber dann habe er viele volkreiche Dörfer begründet und dadurch seine Einkünfte auf 800 Mark Silber erhöht."[34])

Der Fortgang der deutschen Siedlungen in Polen von West nach Ost läßt sich an Hand der Verleihung von deutschem Recht an Städte gut verfolgen. Denn es ist kaum anzunehmen, daß dies geschah, ohne daß deutsche Menschen in der betreffenden Stadt wohnten, zum mindesten im Anfang. In Großpolen, besonders im Raum Gnesen – Posen, erhielten so im 13. Jahrhundert 39 Städte deutsches Recht. In Kleinpolen, also im Süden, lag der Schwerpunkt der deutschen Siedlungen um Krakau und am Nordrand der Beskiden.

„Bei der Gründung der deutschrechtlichen Stadt Krakau 1257 durch Herzog Boleslav von Krakau und Sandomir mußten die Lokatoren versprechen, keinen Hörigen des Herzogs, der Kirche oder eines anderen Grundherren, auch keinen freien Polen, der vorher auf dem Dorfe gewohnt hatte, als Mitbürger aufzunehmen, damit nicht auf solche Art die Güter des Herzogs, des Bischofs, des Domkapitels oder anderer Leute von Menschen entblößt wurden." Und:

---

34) Polen und Ostdeutschland, ein geschichtlicher Überblick, von: Der Göttinger Arbeitskreis, Göttingen, 1948, S. 15.

„In Krakau beweiſen die Quellen des 13. und 14. Jahrhunderts die Fortdauer des durch die Gründungsurkunde von 1257 feſtgelegten deutſchen Charakters der Stadt. Selbſt unter den Neuzuwanderern vom Ende des 14. und Anfang des 15. Jahrhunderts waren, wie das 1392 einſetzende Bürgerbuch erkennen läßt, noch zwei Drittel Deutſche."[35])

Krakau, nach dem Grundriß von Breslau erbaut, iſt alſo eine mittelalterliche deutſche Stadt, wie ihr Stadtbild auch heute noch zeigt. Sie war auch Mitglied der deutſchen Hanſe. Ihre Univerſität wurde vornehmlich von deutſchen Lehrern getragen und viel von deutſchen Studenten beſucht.

## Einwanderung im 14. Jahrhundert

Im 14. Jahrhundert förderte König Kaſimir III. (1333–1370) die Einwanderung von Deutſchen.

„Als der größte Ruhmestitel des Königs Kaſimir gilt bei den Polen, daß er ein hölzernes Polen vorgefunden und ein ſteinernes ‚gemauertes' Polen ſeinem Nachfolger hinterlaſſen habe. Das ſteinerne Polen, das war das Polen der deutſchen oder nach deutſchem Muſter erbauten Städte mit ihren ſteinernen ſtolzen Kirchen, Rathäuſern, Bürgerhäuſern und ſteinernen Stadtmauern, die beſonders in dem neugewonnenen Oſtraum von Kaſimir mit Hilfe der Deutſchen aufgebaut wurden. So erfuhr der weſteuropäiſche Kulturraum durch friedliche Zuſammenarbeit zwiſchen Deutſchen und Polen eine weſentliche Erweiterung nach Oſten hin." (Polen und Oſtdeutſchland, a. a. O., S. 16.)

So verdichteten ſich die deutſchen Siedlungen und rückten am Nordhang der Beskiden nach Oſten vor, auch als Gegenſiedlung zur deutſchen Siedlung in Nordungarn. Träger dieſer Siedlungen waren Schleſier, ein Zeichen für die Volkskraft dieſer Menſchen, die erſt vor wenigen Geſchlechterfolgen dort Neuland gewonnen hatten. Zeugnis davon legen die Städtenamen ab, die die gleichen waren wie in der Heimat. Sie ſind allerdings nach der ſpäteren Poloniſierung nicht mehr zu erkennen, zum Beiſpiel Landshut (Lancut), Grünberg (Grybow), Schönberg (Szymbark), Freiſtadt (Fryſztak), Reichshof (Rzeſzow), Kroſſen (Krosno). Lemberg, ebenfalls eine deutſche Stadt (1270), bildete mit den in der Umgebung liegenden deutſchen Dörfern ein geſchloſſenes deutſches Siedlungsgebiet. Es war noch in ſpäteren Jahrhunderten ein Bollwerk des polniſchen Staates gegen die Koſaken (Aufſtände 1648). Auch weiter im Norden hatten deutſche Kaufleute Niederlaſſungen eingerichtet, die dann Städte zu deutſchem Recht wurden, ſo Lublin 1317, Warſchau 1334, Wilna 1387, Breſt-Litowſk 1390, Grodno 1391.

35) Walter Kuhn: Die deutſche Oſtſiedlung vom Mittelalter bis zum 18. Jahrhundert, aus: Das öſtliche Deutſchland, Göttinger Arbeitskreis, Würzburg, 1959, S. 217/218 und 227.

Mit Recht wird die Folgerung gezogen:

**„In ihren Auswirkungen brachte die Oſtſiedlung den Polen eine gewaltige innere Kräftigung und eine Erweiterung ihres Volksraumes nach Oſten zu."** (Kuhn, a. a. O., S. 210.)

## Beginn der Poloniſierung in Polen

Gegen Ende des 14. Jahrhunderts ebbte der Zuzug von Deutſchen nach Polen ab, eine Erſcheinung, die in der geſamten Oſtbewegung zu beobachten iſt. Die Verbindung zur früheren Heimat ging allmählich verloren.

„Für das blühende deutſche Städteweſen im Oſten begann ſich eine ungünſtige Wende anzubahnen. Noch zählten die Polen in Krakau im erſten Jahrzehnt des 15. Jahrhunderts keine 10 % der Bevölkerung, in Lemberg keine 5 % (hier natürlich von der katholiſchen Bevölkerung gerechnet)." (Dort gab es auch orthodoxe Chriſten.) „Premiſſel (Przemiſl) mag in den erſten Jahrzehnten dieſes Jahrhunderts noch zu 75 % deutſch geweſen ſein; in den galiziſchen Städten war das römiſch-katholiſche Bürgertum um die Jahrhundertmitte immer noch zu 70 bis 80 % deutſch, Kroſſen (Krosno) und Landshut (Lancut) rein deutſch."[36])

Gegen Ende des 14. Jahrhunderts begann eine Verſchiebung zum Polentum. Sie ſtand im Zuſammenhang mit politiſchen Entwicklungen und Entſcheidungen jener Zeit. Mit dem Tode Kaſimirs III. im Jahre 1370 war das Geſchlecht der Piaſten in Polen ausgeſtorben. Das Land wurde zu einem Wahlkönigreich. Um die Stimmen des Adels zu gewinnen, mußte der jeweilige Anwärter mit Geldgeſchenken und politiſchen Zugeſtändniſſen arbeiten. Es kam zu einer Herrſchaftsform, die als Adelsrepublik bezeichnet wird. Der Anfang wurde im Jahre 1386 gemacht, als die 10jährige Königin Hedwig vom Adel gezwungen wurde, ihre Verlobung mit dem Habsburger Wilhelm aufzulöſen und den Litauerfürſten Jagiello zu heiraten. Damit wurden Polen und das damalige Großreich Litauen durch Perſonalunion verbunden. Schon bei der Wahl war an einen neuen Krieg gegen den Orden gedacht. Er führte 1410 zu dem polniſch-litauiſchen Sieg bei Tannenberg, polniſch Grunwald. Bei der Schlacht zeigte ſich, daß ein Teil des preußiſchen Landadels, beſonders des Kulmer Adels, der polniſcher Herkunft war, nicht mehr auf der Seite des Ordens als Landesherrn ſtand. Der Führer des Kulmer Aufgebots gab das Zeichen zur Flucht.

Allgemein beſtand ſchon ſeit längerem Unzufriedenheit der preußiſchen Stände, Adel und Städte, gegen den Orden, da ſie über Krieg und Frieden wie über Abgaben mitbeſtimmen wollten. Sie wurde nach 1410 zur offenen Feindſchaft und von polniſcher Seite für eigene Zwecke ausgenutzt. Das Land litt unter Kriegszügen, die mit kurzen Unterbrechungen weiter darüber hinweggingen. 1440 ſchloſſen preußiſche Edelleute und Städte einen „Bund vor Gewalt", der alſo gewaltſamen

36) Richard Suchenwirth: Der Deutſche Oſten, Türmer-Verlag, Berg/Starnberger See, 1978, S. 113/114.

Widerſtand gegen den Orden einſchloß. Anfang 1454 brach der Aufſtand aus. Im Februar 1454 trug Hans von Bayſen, der Wortführer des preußiſchen Bundes, dem König Kaſimir IV. von Polen die Schutzherrſchaft über ganz Preußen an. Mit dieſem Verrat begann der 13jährige „Städtekrieg", ſo genannt, weil er im Grunde von den deutſchen Städten gegen den Orden geführt wurde, auch wenn äußerlich Polen gegen den Orden ſtand. Vor allem das reiche Danzig war Hauptſtütze gegen den Orden. Es konnte ſich allerdings durch Geldzuwendungen an den polniſchen König die Stellung als freie Stadt ſichern. So kämpften auf beiden Seiten vornehmlich Deutſche. Den Erfolg trugen Polen und das Polentum davon.

Geldmangel des Ordens, Erſchöpfung der Gegner und weitgehende Verwüſtung des Landes erzwangen ein Ende des Krieges. Der zweite Thorner Friede wurde 1466 abgeſchloſſen. Der Orden verlor Pommerellen mit Marienburg, Elbing, Stuhm und Chriſtburg ſowie das Ermland. Dieſes ſelbſtändige Bistum wurde der Krone Polens unterſtellt. Für Pommerellen wirkte ſich jetzt nachteilig aus, daß bei den Verhandlungen im Jahre 1454 von ſeiten des Preußiſchen Bundes wie des polniſchen Königs nur Erklärungen abgegeben, aber kein rechtsgültiger Vertrag abgeſchloſſen worden war. Schumacher ſtellt feſt:

„Das Entſcheidende iſt die Tatſache, daß die preußiſchen Stände damals, vom Widerſtandsrecht ausgehend, einen Anſchluß an die ‚Krone Polens', der König und der polniſche Adel aber die ‚Inkorporation' in das Reich Polen betonten, das angeblich uralte Rechtsanſprüche auf den Beſitz Preußens hatte.

Das bedeutete nach ſtändiſcher Auffaſſung, daß Weſtpreußen ein mit Polen in Perſonalunion verbundener autonomer Staat ſein ſollte, der alle ſtaatlichen Einrichtungen wie Geſetzgebungsrecht, eigene Landtage, Indigenat (Beſetzung der Stellen), Hoheitszeichen, Siegel uſw. nach eigenem Ermeſſen handhaben würde, nach polniſcher Auffaſſung aber, daß es künftig ein Teil des Reiches Polen ſein ſollte." (Schumacher, a. a. O., S. 179/180.)

Die Zeit von 1309 bis 1466, in der Pommerellen dem Deutſchen Orden gehörte, hatte es zu einem Teil Preußens gemacht. Es behielt von jetzt an dieſen Namen und wurde nach dem Übergang unter die Hoheit des polniſchen Königs „Preußen königlichen Anteils" oder „königliches Preußen" genannt – zum Unterſchied zu dem beim Orden verbliebenen Teil des öſtlichen Preußen, das das Preußen des Ordens und ab 1525 „herzogliches Preußen" hieß. Der Einfachheit halber werden wir die Bezeichnungen Weſt- und Oſtpreußen verwenden.

## Poloniſierung in Weſtpreußen und Polen

Infolge innerer und äußerer Spannungen konnte Polen ſeinen Anſpruch auf Inkorporation (Eingliederung) Weſtpreußens in das Reich Polen nicht durchſetzen. Die weſtpreußiſchen Stände erhielten ſich vorerſt ihre Selbſtändigkeit und ihre Rechte, damit auch das Deutſchtum. Polniſcher Einfluß begann allmählich

über Geiſtlichkeit und Adel zu wirken. Die Kirche Weſtpreußens wurde dem polniſchen Erzbistum Gneſen unterſtellt. Der Adel ſah begierig auf die Vorrechte, die ſich der Adel Polens bereits verſchafft hatte. Es kam die Zeit, da ſich deutſche Adlige Weſtpreußens nach ihrem Grundbeſitz einen poloniſierten Namen hinzufügten, alſo einen deutſch-polniſchen Doppelnamen führten. Später wurde der deutſche Teil weggelaſſen, der polniſche blieb. (Siehe dazu Wolff, a. a. O., S. 262 ff.)

Adel und Geiſtlichkeit waren es auch, die in Polen ſelbſt die Träger der Poloniſierung wurden, waren ihnen doch die beſonderen Freiheitsrechte der Deutſchen ein Dorn im Auge. Die Adligen deutſcher Herkunft – von deutſchbewußten Adligen kann man damals kaum ſprechen – gingen als erſte zum Polentum über. Unter Bruch der altüberkommenen Verträge, teils auch mit gewaltſamen Eingriffen, wurden die Rechte der deutſchen Bürger und Bauern eingeſchränkt und beſeitigt, wurde die Zuwanderung von Polen in deutſche Städte und Gemeinden gefördert. Der Fortgang der Poloniſierung in den Städten iſt an den Rats- und Zunftbüchern klar abzuleſen. (Suchenwirth, a. a. O., S. 114.) Das heißt nun nicht, daß die Deutſchen ausgeſtorben oder verſchwunden wären und Polen Platz gemacht hätten. Das nicht. Aber ſie wurden im Laufe der Zeit zu Polen. Wir müſſen dabei bedenken, daß das Volkstum in jener Zeit nicht ſo betont wurde wie ſeit den letzten Jahrhunderten. Viel ſtärker, auch über Grenzen hinweg, war das Zuſammengehörigkeitsgefühl der einzelnen Stände, der Fürſten, Adligen, Geiſtlichen, der Kaufleute und Bauern. Wir werden ihnen den Übergang alſo nicht verübeln. Auf der anderen Seite allerdings neigen gerade die Deutſchen leicht dazu, ihr Volkstum aufzugeben, nicht nur, wenn ſie in ein anderes Land auswandern, wie zum Beiſpiel nach den USA, Kanada, Auſtralien, in ſüdamerikaniſche Länder, ſondern heute verachten ſelbſt viele Deutſche in Deutſchland ihr Volkstum. So hat die Umerziehung nach dem 2. Weltkrieg gewirkt.

Ein wichtiges Mittel für die damalige Poloniſierung war die Sprache. Wurde noch bis ins 14. Jahrhundert im inneren Verkehr der Deutſchen deutſch geſprochen und geſchrieben, im amtlichen Verkehr dazu lateiniſch, ſo wurde nun auf Betreiben von Adel und Kirche das Polniſche betont und allmählich als Kirchen-, Schul- und Amtsſprache eingeführt. Es mußte ſich aber zunächſt ſtark an das Deutſche anlehnen. Über die Entwicklung ſchreibt Brueckner, der Pole:

„Dieſe Verhältniſſe ſpiegelten ſich nicht nur in den am längſten deutſch geſchriebenen Schöffenbüchern wider, ſondern auch in den örtlichen Zünften und Innungseinrichtungen, aber am deutlichſten in der Sprache. Die heutige polniſche Sprache drückt gar nicht die alten Verhältniſſe aus."

Brueckner gibt dann zahlreiche Beiſpiele dafür, wie deutſche Wörter einfach ins Polniſche übernommen und der polniſchen Mundart durch Umſtellung einiger Buchſtaben oder Wahl einer polniſchen Endung angeglichen wurden.

„Die polniſchen Handwerker in den Städten nannten ſich ‚majſtr', waren ihres ‚feirabents' froh und zahlten ihren Geſellen ‚wochlohn'."[37])

Erſt ſpäter wurden dann viele „deutſche" Wörter der polniſchen Sprache durch „polniſche" erſetzt. Ebenfalls wurde, nach Brueckner, deutſches Brauchtum übernommen. (Das tun die Polen übrigens noch heute – oder heute wieder. So wird den Deutſchen heute kaſchubiſches oder ſchleſiſches Brauchtum [Tänze, Kleidung] als polniſch vorgeführt. Und den Deutſchen fällt das gar nicht auf! Mit derſelben Unverfrorenheit werden Sitten und Trachten der Menſchen aus Spreewald und Lauſitz als „ſlawiſch", alſo als nichtdeutſch, bezeichnet. Gegenbeweiſe werden einfach nicht zur Kenntnis genommen.)[38]

Die polniſche Sprache iſt wie die tſchechiſche nicht natürlich gewachſen, ſondern weitgehend künſtlich geſchaffen. Die Verbindung zwiſchen der Univerſität Prag, urſprünglich als erſte deutſche Univerſität 1348 gegründet, und der Univerſität Krakau, unter maßgeblicher Beteiligung Deutſcher 1364 entſtanden, wirkte ſich hierbei aus. Denn von Prag, wo ſich ſeit dem Wirken von Johann Hus die tſchechiſche Sprache allmählich durchſetzte, gelangten „ſlawiſche" Wörter und Regeln nach Krakau, wo ebenfalls in Verbindung mit der glagolitiſchen Kirchenſprache das Polniſche geformt wurde.

Zur Verbreitung der polniſchen Schriftſprache trugen wiederum Deutſche bei, die als Drucker und Verleger polniſche Schriften, anfangs für kirchliche Zwecke, herausbrachten (zuerſt Johannes Haller [1467–1525] in Krakau). Deutſche waren auch die erſten Buchhändler, die ſolche Schriften vertrieben. Das zeigt, daß von ſeiten der Deutſchen nicht im geringſten daran gedacht wurde, die Sprache als politiſches Werkzeug anzuſehen und einzuſetzen.

Ganz anders dachten die polniſchen Führungsſchichten Adel und Geiſtlichkeit. Für ſie war die polniſche Sprache ſehr wohl ein Mittel zur Poloniſierung. Allerdings ging es ihnen nicht allein um nationale Ziele, ſondern um wirtſchaftliche. Den Deutſchen ſollten ihre Rechte genommen werden. Die Ergebniſſe von Tüchtigkeit und Fleiß der deutſchen Kaufleute, Bürger, Handwerker und Bauern ſollten dem Zugriff der Adligen und der Geiſtlichen offenſtehen. Die Kirche nahm Einfluß auf die Schulen. Es wurde darauf gedrungen, daß die Kinder die polniſche Sprache lernten und ſie allein benutzten.

Über die Sprache wurden die geſchloſſenen deutſchen Bauernſiedlungen mit ihren Städten im Beskidenraum und in Galizien, wurden die zahlreichen deutſchen Streuſiedlungen in Polen und wurde das Bürgertum in den Städten poloniſiert. Orts- und Perſonennamen wurden ins Polniſche verändert. Beiſpiele für die Städte nördlich der Beskiden wurden bereits angeführt. Und wer vermutet unter den „gut polniſchen" Namen Szulkowſki, Szulecki, Szulemierſki, Szulenſki, Szulewicz, Szulinſki, Szuliſzewſki, Szulſki, Szultek, Szolcinſki den alten deut-

37) K. Krüger: Mittelalter und Neuzeit, Geſchichtliches Unterrichtswerk in Mittelklaſſen, B. Stuttgart, entnommen aus: Franz Wolff, a. a. O., S. 244. Anſchließend bringt Wolff eine Aufſtellung polniſcher Wörter, deren deutſche Herkunft noch heute zu erkennen iſt.

38) Siehe Walther Steller: Schleſiſche Volkstrachten, I. Teil, Breslau, 1938, und vom gleichen Verfaſſer: Deutſche Geſchichtsforſchung, 2. Teil, Verlag Karl Werner, Wien, 1975, S. 168 ff.)

ſchen Namen Schulz (Schulze, Schultze)? Das iſt nur ein Beiſpiel von vielen.[39])

Ein Wechſel von Namen und Sprache iſt keine Äußerlichkeit, ſondern hat weitreichende Folgen. So war es auch in ſpäteren Jahrhunderten. Kurt Lück, Forſcher über das Deutſchtum in Polen, ſchreibt aus ſeinen Erfahrungen über die Menſchen im öſtlichen Sprachmiſchgebiet:

„Die Sprache iſt das wichtigſte Band, das ein Volk zuſammenhält und an dem die innere Einheit am deutlichſten zum Bewußtſein kommt. Sie bildet deswegen an der Sprachgrenze den Maßſtab, der bei der Unterſcheidung des eigenen vom fremden Volke ſeit jeher die Rolle geſpielt hat. Wenn im Bewußtſein eines zweiſprachigen Menſchen die Gefühlsgrenze zwiſchen den Sprachen verlorengegangen iſt, erleidet er große Einbuße an völkiſcher Widerſtandsfähigkeit und kultureller Schaffenskraft."

Zweiſprachigkeit, die in Weſtpreußen und Oberſchleſien häufig vorkam, iſt an ſich noch kein Beweis für Zugehörigkeit zu dem einen oder anderen Volkstum. Es mußte vielmehr die eigene Entſcheidung – Lück nennt es Gefühlsgrenze – für eine Sprache und für das betreffende Volk hinzutreten. Dieſe Entſcheidung konnte allerdings auch von außen aufgenötigt, ja erzwungen werden.

Als Auswirkung ſtellt Lück etwas ſehr Bedeutſames feſt, das durch Tatſachen erhärtet iſt: Jene Menſchen, die ihre deutſche Mutterſprache aufgaben, und zwar gleichgültig, ob freiwillig oder unter Druck, löſten ſich nicht nur von ihrem Volkstum, ſondern verloren offenſichtlich auch geiſtige und ſeeliſche Kräfte, alſo Teile ihres Weſens. Anders iſt nicht zu erklären, daß bald Handel und Wandel in den Städten Polens zurückgingen, ſo daß ſie in Bedeutungsloſigkeit verſanken. Anders iſt nicht zu erklären, daß das polniſch gewordene ehemals deutſche Bauerntum ſich ſo änderte, daß Arbeits- und Lebensweiſe bald mehr polniſcher als deutſcher Art war. Ähnliche Veränderungen ſind ja auch zu beobachten, wenn Deutſche in andere Länder ausgewandert ſind und die Sprache gewechſelt haben. Sprache iſt eben etwas anderes und mehr, als nur ein äußerliches Verſtändigungsmittel. Sie iſt eins der wichtigſten ſeeliſchen Güter, ein Kulturgut, ein Band, das zu den Wurzeln des Volkstums führt und dem Menſchen von daher Halt, Stärke und Antrieb gibt. Wird dieſes Band zerſchnitten, entſchwinden auch dieſe Weſenszüge.[40])

So ging das mittelalterliche Deutſchtum allmählich im Polentum auf. Wenn wir Deutſche es auch bedauern, ſo lag es doch im Zuge der damaligen Entwicklung, auch wenn wir Druckmittel nicht gutheißen. Kaum begreiflich aber iſt es, daß gerade aus den Reihen der deutſchblütigen Polen beſonders eifrige Vorkämpfer

---

39) Eine Aufſtellung derart poloniſierter deutſcher Familiennamen bringt Wolff in ſeinem Buch „Oſtgermanien", a. a. O., ab S. 318 bis S. 348. Im übrigen ſtammt der „polniſche Papſt" Johannes Paul II. aus dem Raum Krakau. Sein polniſcher Name Wojtyla könnte nach dieſer Aufſtellung urſprünglich Woythaler gelautet haben. (S. 335)

40) Über die Bedeutung der Mutterſprache für den einzelnen Menſchen und das Volk hat **Mathilde Ludendorff** in ihrem Werk: „Das Gottlied der Völker", „Eine Philoſophie der Kulturen", Pähl, 1956, Grundlegendes niedergelegt. – Über „Inhalt und Geſchichte des Wortes ‚deutſch'" ſiehe auch Teil I. meines Buches S. 129 ff.

des Polentums gegen das Deutſchtum und gegen Deutſchland hervorgegangen ſind, kaum begreiflich, wenn wir nicht von der Eigenart der Deutſchen wüßten, ſich neuen Herren anzupaſſen und dieſe Anpaſſung überlaut zu verkünden und zu betonen, wie es auch die häufigen grundlegenden Wandlungen der Deutſchen im 20. Jahrhundert ſelbſt zeigen, kaum begreiflich, wenn wir nicht von der Wirkung ſeeliſcher Beeinfluſſung wüßten, wie ſie in Polen ſeit dem 16. Jahrhundert einſetzte.

## Eingliederung Weſtpreußens und Ermlands in das polniſche Reich

Hier iſt ein Blick auf die äußere und innere Entwicklung Polens notwendig. Das 16. Jahrhundert war machtpolitiſch die große Zeit Polens. Auf dem Reichstag zu Lublin 1569 vollzog König Sigismund II. Auguſt (1548–1572) die Vereinigung Polens mit Litauen. Das neue Großreich reichte im Norden an die Oſtſee: Oſtpreußen, der Reſt des früheren Ordenslandes, ſeit 1525 weltliches Herzogtum, Kurland und Livland ſtanden unter Lehnsherrſchaft des polniſchen Königs. Im Oſten verliefen die Grenzen vom Peipus-See oſtwärts des Dnjepr und oſtwärts von Kiew bis faſt an die Halbinſel Krim.

Für Weſtpreußen und das Ermland, bisher ſelbſtändig und lediglich unter Schutzherrſchaft des polniſchen Königs, wurde ebenfalls in Lublin 1569 die Vereinigung mit Polen verfügt. Das geſchah durch einſeitigen Erlaß des Königs gegen den Willen der weſtpreußiſchen Stände und war damit rechtswidrig. Ermland blieb Herrſchaftsgebiet des dortigen Biſchofs. Weſtpreußen, das „Preußen Königlichen Anteils", ſollte polniſche Provinz werden. Die weſtpreußiſchen Stände erhoben noch Einſpruch und konnten einige wichtige Rechte wie Steuer und Steuerbewilligung, Entſcheidung über Teilnahme an Kriegen außerhalb Weſtpreußens und eigenes Gerichtsweſen bewahren. Danzig erkannte die Verfügung von Lublin nicht an. Mit rund 60 000 Einwohnern damals die größte deutſche Stadt, konnte es, wenn auch teilweiſe nach Kämpfen, ſeine Sonderſtellung halten. Es führte eine eigene Flagge, machte ſeine eigene Außenpolitik und unterhielt eigene Truppen. An der Freiheit Danzigs konnten die polniſchen Könige auch deshalb nicht rühren, weil ſie für ihre vielen Kriege dauernd rieſige Geldſummen benötigten, die ihnen von der reichen Stadt geliehen wurden. Deutſche Gelehrte, Baumeiſter und Künſtler gaben der Stadt auch äußerlich ihr deutſches Gepräge. Sie war deutſch und blieb deutſch. (Und dieſes Danzig wird heute von Polen als urſlawiſch und urpolniſch hingeſtellt!).

Rein deutſch blieb auch Elbing, überwiegend deutſch Thorn. Von den beiden Stadtſtaaten im Norden, Danzig und Elbing, gingen Kraftſtröme zur Erhaltung des Deutſchtums in Weſtpreußen aus. Schwer hatten es die kleineren Städte. Sie verloren ihr politiſches Gewicht, weil ſie, wie auch ſonſt in Polen üblich, auf

dem Landtag nicht mehr vertreten waren. Dort hatte der Adel zu bestimmen. Und dieser gab vielfach sein Deutschtum auf. Der Wechsel von deutschen zu polnischen Familiennamen setzte sich verstärkt fort, ohne daß das in jedem Fall etwas über die Einstellung aussagte. Enger wurden die persönlichen Beziehungen des westpreußischen zum polnischen Adel. Zum einen traf man sich auf den polnischen Reichstagen, deren Besuch verlangt wurde, zum anderen kamen Herren aus Polen nach Westpreußen. Sie wurden dort als Gutsherren (Starosten) der königlichen Güter sowie in der Verwaltung von Städten und Landbezirken eingesetzt.

Politische und wirtschaftliche Gründe trugen, wie früher beim deutschen Adel in Polen, auch jetzt zur Polonisierung des preußischen Adels bei. Nach dem Tode des letzten Jagellonenkönigs Sigismund 1572 wurde Polen zu einem Wahlkönigtum, und der Adel erpreßte für seine Stimmen bei jeder Wahl weitere Vorrechte. Eine königliche Gewalt bestand praktisch nicht mehr; ohne den Adel konnte kein Gesetz durchgebracht und keine politische Entscheidung getroffen werden. Polen wurde zu einem Einständestaat, in dem der Adel allein herrschte. Eine solche Stellung lockte. Sie gab Macht auch nach unten, gegenüber Städten und Bauern. Letzteren erging es am schlimmsten. Schon vorher durch Kriege mit ihren Folgen wirtschaftlich geschädigt, wurden ihnen nun Freiheiten und Rechte genommen. Zum Teil wurden sie in die Leibeigenschaft herabgedrückt. In Gegenden, wo sie gemischt mit Polen und Kaschuben saßen, verloren sie auch ihr Deutschtum. Unter Willkür und Ausbeutung verfiel das Land wirtschaftlich.

## Neue deutsche Einwanderung seit dem 16. Jahrhundert

Um die Einkünfte zu verbessern, mußte Neuland erschlossen und genutzt werden. Dazu wurden tüchtige Leute mit Leistungswillen gebraucht. Städte wie weltliche und geistliche Herren holten Deutsche als Neusiedler heran. So begann noch im 16. Jahrhundert eine neue Ostwanderung nach Polen, die sich in Wellen bis ins 18. Jahrhundert fortsetzte. Deutsche zogen nach Westpreußen, das damals ja zu Polen gehörte, in ein breites Grenzgebiet Posens und an der Grenze zu Schlesien. Von hier aus zogen sich einzelne deutsche Siedlungsräume nach Osten. Im polnisch-schlesischen Grenzraum wurden auch neue deutsche Städte oder in Anlehnung an polnische Städte neue deutsche Stadtteile gegründet.

So kamen ab 1547 niederdeutsche Marschenbauern aus Holland, gerufen vom Danziger Rat, in die Weichsel-Nogat-Niederung. Es waren Mennoniten (Täufer), die ihre Heimat als Glaubensverfolgte verließen. Die alten deutschen Siedlungen in der Niederung waren verfallen, und die neuen Bauern waren Fachleute im Deichbau und in der Entwässerung. Ihnen waren persönliche Freiheit, Glaubensfreiheit, Selbstverwaltung und andere Rechte zugesichert. Polen durften sich an diesen Siedlungen nicht beteiligen (Kuhn, a. a. O., S. 233). Diese „Holländereien", wie sie bald genannt wurden, weiteten sich in den Niederungen der Weichsel

nach Süden aus (1562 Tiegenhof, auch in der Gegend von Thorn, 1564 bei Graudenz, 1591 bei Schwetz, 1594 bei Bromberg und in der Kulmer Niederung, 1600 bei Thorn). Von Thorn aus rückten die deutschen Siedlungen weichselaufwärts über Plock bis in den Raum von Warschau vor, von Bromberg aus im 17. und 18. Jahrhundert in die Niederungen der Netze und Warthe. Dort trafen sie auf andere deutsche Siedler, die von Pommern aus neu eingewandert waren.

Pommersche evangelische Bauern wurden südwestlich von Danzig im Raum Schöneck – Karthaus – Berent angesetzt. Gegen die Bauernsiedlungen, die seit 1530 von Pommern und Brandenburg aus in das Grenzgebiet vorgeschoben wurden (Neumark), setzten evangelische polnische Grundherren ebenfalls evangelische deutsche Bauern aus Pommern und Brandenburg ein, die sie mit der Zusage von besonderen Rechten anwarben. Es war dies der Raum von Schönlanke – Schneidemühl – Vandsberg. Er stieß an das alte deutschbesiedelte Gebiet um Flatow – Schlochau. Dieser Raum wurde jetzt deutsch und blieb auch deutsch (nach 1920 der nördliche Teil der deutschen Grenzmark Posen-Westpreußen). Von dort schoben sich neue deutsche Bauernsiedlungen in breiter Front nach Süden und Südosten vor, bis ins 18. Jahrhundert vereinzelt bis in die Gegend von Lodz und Kalisch. Diese deutschen Siedlungen, in Abwandlung von „Holländereien" „Hauländereien" genannt, entstanden auf Ödland und in Waldgebieten, die damit durch deutsche Arbeit erschlossen wurden.

Nach 1618, dem Beginn des 30jährigen Krieges, im Reich kam eine weitere Welle deutscher Einwanderer nach Polen. Es waren Protestanten, die vom Habsburger Kaiser Ferdinand II. aus Böhmen und Schlesien vertrieben worden waren, also Flüchtlinge um des Glaubens willen. Es sollen etwa 200 000 gewesen sein, für die damalige Zeit eine große Zahl, die sich dicht an der Grenze niederließen. Sie brachten ein Gewerbe mit, das es bisher in Polen nicht gegeben hatte, die Tuchmacherei. So waren sie den polnischen Grundherren höchst willkommen. Neue deutsche Städte oder Stadtteile wurden gebaut: 1628 Lissa erweitert, 1633 Fraustadt, 1637 Neu-Zduny, 1638 Rawitsch, Bojanowo, Obersitzko und Schwersenz, 1644 Schlichtingsheim und Zaborowo usw. (Kuhn, S. 234.) Aber nicht nur der jeweilige Grundherr, sondern ganz Polen zog Nutzen aus dieser neuen Industrie, verdrängten die polnischen Tuche doch die bisher führenden englischen.

## Reformation und Gegenreformation

Im gleichen 16. Jahrhundert aber, in dem Polen zum Großreich wurde, in dem Westpreußen zwangsweise zu Polen geschlagen wurde und in dem eine neue Wanderung von Deutschen nach Polen begann, wurde der Grund für neue Gegensätze zwischen Polen und Deutschen gelegt, und das in einer Schärfe, wie es sie bisher nicht gegeben hatte. Ursache war das Christentum, Anlaß die Bildung mehrerer christlicher Bekenntnisse, Auslöser die römisch-katholische Kirche.

Bis jetzt hatte sie alle Versuche zu Reformen unterdrücken können und war dabei, wie bekannt, vor keinem Mittel zurückgeschreckt. Jetzt, im 16. Jahrhundert, setzten sich solche Bewegungen in ganz Nordeuropa durch. Auch Polen wurde davon erfaßt. Rasch verbreiteten sich nichtrömische Bekenntnisse. Westpreußen mit seinem starken Anteil an Deutschen wurde überwiegend lutherisch. Die Städte gingen dabei voran. Im Norden Polens, in Großpolen, gewann ebenfalls das Luthertum an Boden, besonders in den westlichen Grenzgebieten. Hier saßen ja seit jeher viele Deutsche und waren neue deutsche Zuwanderer dazugekommen. Im Süden, in Kleinpolen, überwog der Calvinismus. Daneben gab es noch Anhänger der „Böhmischen Brüder", die nach Polen geflohen waren, und andere Sekten. Das Bürgertum der Städte, meist noch deutsch, nahm ebenfalls das lutherische Bekenntnis an. Vom Adel verließ etwa die Hälfte die römische Kirche. Bei vielen Adligen waren es allerdings nicht Glaubensfragen, die sie zum Wechsel bewogen, sondern handfeste äußere Gründe. So wurden sie damit die Abgaben an die Kirche los und beseitigten die geistliche Gerichtsbarkeit. Zahlreiche junge Adlige besuchten die lutherische Universität von Wittenberg. Polen war auf dem Wege, der römischen Kirche verlorenzugehen.

Der Gegenzug der Kirche erfolgte über die Könige und jene Adligen, die katholisch geblieben waren. Geistiger Träger der Gegenreformation war der Jesuiten-Orden, der 1534 gegründet wurde. Er überzog Polen mit jesuitischen Hochschulen, die besonders den Adel wieder für den Katholizismus gewannen. Das gelang umso besser, da staatliche Förderung in gleicher Richtung wirkte (Besetzung von Staatsämtern nur mit Katholiken). Mit tatkräftiger Hilfe katholischer Geistlicher deutscher Herkunft, Johannes von Höfen aus Danzig (Dantiscus), (1485–1548) und Stanislaus Hosius, Sohn des aus Pforzheim eingewanderten Ulrich Hose (1504–1579) (beide waren nacheinander Bischöfe von Ermland), wurden Jesuiten auch in Westpreußen tätig. Als ersten Stützpunkt in Osteuropa errichteten sie die jesuitische Hochschule in Braunsberg. Schulen in anderen Städten folgten.

Nun ist gegen gute Schulen nichts einzuwenden. Deutsche lehnen es allerdings ab, wenn sie dazu dienen, Kinder und junge Menschen Religion zu lehren. Denn damit wird dem Menschen sein höchstes Gut, die Freiheit seelischen Erlebens, genommen. Doch damit war es in Polen nicht getan. Die Schulen beschränkten sich nicht darauf, ihre Art des Christentums zu pflegen und zu festigen, sondern riefen zum Kampf gegen jede Abweichung auf. Und sie verknüpften den Glauben mit dem nationalen Gedanken.

„Von ihm (Hosius) stammt das Wortspiel: lutry to lodry (Lutheraner sind Schufte) und die Behauptung, daß polnisch gleich katholisch und deutsch gleich evangelisch sei." (Wolff, a. a. O., S. 80.) Die Verbindung von Glauben und polnischem Nationalismus zeigt sich auch in den jesuitischen Schlagworten: „Ein rechter Pole kann nur Katholik sein" und in seiner Umkehrung: „Ein rechter Katholik muß Pole sein!"

Wenn die Masse Mensch, zu denen ja auch die Gläubigen jeder Art gehören, derart aufgehetzt wird, kann jedes Denken, ja jede menschliche Regung aufhören. So fanden denn auch bald in Westpreußen, Posen und Polen gewaltsame Übergriffe gegen Protestanten und ihre Einrichtungen statt.

Bischof Hosius von Ermland hatte in seinem eigenen Gebiet keinen Erfolg mit der Polonisierung. Obwohl katholisch, blieben die Menschen deutsch. Sie haben noch 1920 bei der Abstimmung mit 93,3 % ihr Deutschtum überzeugend unter Beweis gestellt. Wenig erfolgreich war sein Mühen auch in Westpreußen. Zwar wurde das weitere Vordringen des Protestantismus verhindert, aber es gelang nicht, das Land zum Katholizismus, geschweige denn zum Polentum zu bringen. Hier wurde die Gleichsetzung katholisch gleich polnisch und evangelisch gleich deutsch weiterhin versucht. Noch in preußisch/deutscher Zeit arbeiteten deutsche katholische Geistliche damit für das Polentum. In Polen selbst kam es auf die Einstellung der einzelnen Großgrundbesitzer an. Bei ihrer Stellung lag es zunächst noch ganz an ihnen, ob sie Wünschen von Königen oder Geistlichen nachkommen wollten oder nicht. Schließlich konnten sie sich auf amtliche Vereinbarungen berufen, mit denen den Nichtkatholiken (Dissidenten) Glaubensfreiheit zugesichert worden war, so noch 1573 in der „Warschauer Konföderation". Darum kamen Glaubensflüchtlinge nach Polen. Darum galt Polen noch bis ins 17. Jahrhundert als das Land, in dem mehr Duldsamkeit zu erwarten war als anderswo. Aber man mußte sich den richtigen Grundherren aussuchen.

Ende des 16. Jahrhunderts gelang es den Jesuiten, den streng katholischen Sigismund aus dem schwedischen Haus Wasa auf den polnischen Königsthron zu bringen.

„Der polnische König Sigmund III. (1586–1632) stand völlig unter der Leitung des Jesuiten Peter Skarga. Das polnische Volk war bereits zur Hälfte für das Luthertum gewonnen, als die Jesuiten mit der Gegenreformation in diesem Lande begannen. Jesuitenzöglinge besetzten die maßgeblichen Stellen im Senat, in den Bistümern und an den Gerichtshöfen. Die Beamtenschaft wurde mit mehr oder weniger Druck rekatholisiert. Wer nicht katholisch war, wurde nicht zu den Ämtern zugelassen bzw. davon ausgeschlossen. Sehr richtig bemerkte Boehmer-Romundt in seinem Buch „Die Jesuiten" (Leipzig, 1904): ‚Der höhere Unterricht lag so gut wie ganz in der Hand des Ordens. Ignatius (von Loyola, Gründer des Jesuiten-Ordens) war buchstäblich der praeceptor Poloniae (Lehrer Polens), Polen das klassische Land der Unterrichtsherrschaft des Ordens im Norden, wie Portugal im Süden.' – Daher konnte Alexander Brueckner berechtigt schreiben: „Unermeßlich viel hing davon ab, wer in erster Linie der Lehrmeister Rußlands werden sollte; ob Rom mit seinen Kirchenvätern, mit seinem lateinischen Idiom und seiner Scholastik (Sprache und Lehre), oder ob die im Gegensatz zur römisch-habsburgisch-spanischen Welt stehenden modernen Völker, die Engländer, Holländer, die Deutschen, jene Nationen, deren geistiger und politischer Aufschwung in dem Reformationszeitalter den Fortschritt auf allen Gebieten für die

Menſchheit einen friſchen Luftzug gegenüber der dumpfen Luft des Mittelalters bedeutete."[41])

In der Tat wollte Rom der „Lehrmeiſter" des orthodoxen, alſo ketzeriſchen Rußland werden, und Polen ſollte dieſen Plan verwirklichen. Dazu wurde der „falſche Demetrius" eingeſetzt (1604–1606), dazu die Nachfolger, dazu dann die polniſchen Angriffe 1610–1617. Ebenſo ſollte Polen dazu dienen, das proteſtantiſche, alſo ebenfalls ketzeriſche Schweden wieder katholiſch zu machen. Wegen dieſer wichtigen Aufgaben konnte Polen ſich nicht am 30jährigen Krieg in Deutſchland beteiligen. Der Jeſuit Peter Skarga (1536–1612) wollte die Polen noch beſonders anfeuern und redete ihnen ein, daß ſie als einziges Volk neben den Juden von Gott Jehova auserwählt ſeien und als Werkzeuge dieſes Gottes beſondere Aufgaben hätten. Trotzdem ſcheiterten dieſe Vorhaben. Die Leiden, die den betroffenen Menſchen, Ruſſen, Schweden, Polen und nicht zuletzt den Deutſchen in Polen damit auferlegt wurden, gehen zu Laſten der römiſchen Kirche. Denn die Folge war, daß die Ruſſen und Schweden zurückſchlugen. Der Norden Weſtpreußens litt ſchwer, da er jahrelang von Schweden beſetzt wurde. Das ganze Land wurde von der Soldateska beider Seiten ausgeplündert und verwüſtet.

## Katholizismus als Volksreligion in Polen

Für Polen folgte Rückſchlag auf Rückſchlag. Im 2. Nordiſchen Krieg (1655 bis 1660) zog der ſchwediſche König Karl X. Guſtav (1654–1660) durch Polen, eroberte Warſchau und Krakau, wich aber vor den Verteidigern von Tſchenſtochau aus. Das wurde von der Kirche als Tat der „Gottesmutter" Maria hingeſtellt. König Johann Kaſimir (1648–1668), auch ein Waſa, erklärte ſie daraufhin zur „Königin der polniſchen Krone". Später wurde daraus die „Königin Polens". Die Sendung Polens ließ ſich damit neu bekräftigen. Die Stellung Marias als Schutzgöttin hat ſich in Polen bis heute, ins 20. Jahrhundert, erhalten. Das Ganze erinnert an heidniſche Zeiten, als die einzelnen Stämme ſich unter dem Schutz ihres jeweiligen Stammesgottes ſahen und Hilfe von ihm erwarteten. Von der katholiſchen Geiſtlichkeit wurde dieſer Glaube für die Polen erfunden und gefördert, wollte die Kirche doch in Polen einen ſtets ergebenen Stützpunkt zwiſchen dem evangeliſchen Preußen/Deutſchland und dem orthodoxen, ſpäter atheiſtiſchen Rußland beſitzen, der jederzeit auch als Speerſpitze gebraucht werden konnte. Deshalb iſt in Polen die Weltreligion Chriſtentum zur Volksreligion umgeformt worden. So kommt es, daß das Chriſtentum in Polen im Gegenſatz zu Deutſchland einen volkserhaltenden Charakter hat.

41) Wilhelm Leonhard (Walter Löhde): Kreml und Vatikan, Pfeiffer-Verlag, Hannover, 1965, S. 32/33. In dieſem Buch werden die über Jahrhunderte laufenden und ſtets gleichbleibenden Verſuche Roms dargeſtellt, das orthodoxe Chriſtentum in Rußland zu beſeitigen und das Land für Rom zu gewinnen. Hier kann man lernen, wie die Kirche Politik macht und was die Kirche für ihre Politik mit Menſchen macht.

Als weiteres Zeichen für die göttliche Sendung Polens ließ sich nutzen, daß König Johann Sobieski (1674–1696) im Jahre 1683 dabei half, die Türken bei Wien zu schlagen. Nach polnischer Auffassung war dieser Sieg zuallererst den Polen zu danken. Wie Christus für die Menschheit, so habe sich Polen für die Christenheit geopfert. Nicht beachtet wurde dagegen, daß Sobieski bei anderen Kriegszügen keinen Erfolg hatte. Er wollte übrigens auch in Ostpreußen einfallen.

## Verfall Polens

Die fast ununterbrochenen Kriege, die Polen im 16. und 17. Jahrhundert führte – Polen ist bekanntlich dasjenige Land, das insgesamt die meisten Kriege geführt hat –, hatten erhebliche Schwächung zur Folge. Immer wieder durchzogen fremde Truppen das Land. Und was das bei der damaligen Kriegführung bedeutete, kann sich jeder vorstellen.

Hauptursache für den Niedergang Polens war jedoch der innere Zerfall, der im 17. Jahrhundert rasch um sich griff. Versuche der Könige, die Macht des Adels zu beschneiden, die königliche Gewalt zu stärken und damit den Staat wieder regierbar zu machen, scheiterten. Jene zwei Dutzend Großadligen (Magnaten), denen Grund und Boden Polens gehörten und von denen die rund 700 000 Kleinadligen, die Angehörigen der Schlachta, abhingen, ließen von ihren erpreßten „Freiheiten" nicht ab. Geradezu verheerend wirkte das Recht des liberum veto.

„Sowohl auf den Landtagen der Woiwodschaften (Regierungsbezirken) wie im Reichstag konnte jedes Mitglied durch sein Veto jeden Beschluß unmöglich machen. Und einig war der Adel nur dann, wenn es seinem eigenen Vorteil galt. In allen Fragen, die den Staat betrafen, bildeten sich Parteien, die infolge der Schwäche der königlichen Gewalt einander bis zu offenen Fehden bekämpften. Diesen Zwiespalt, der besonders bei Königswahlen zu Tage trat, benutzten die auswärtigen Mächte, indem sie die verschiedenen Adelsparteien durch Bestechung oder Versprechungen zur Vertretung ihrer Interessen gewannen. Fortan waren bei den Königswahlen die Kandidaten der Adelsparteien zugleich Kandidaten der hinter ihnen stehenden Mächte, Habsburgs, Frankreichs, bald auch Rußlands, bis schließlich diese Mächte selbst die Thronanwärter aufstellten und ihre Ansprüche durch polnische Adelsfraktionen gegeneinander ausfochten. Es war das Verhängnis Polens, daß es den Weg der Adelsherrschaft zu Ende ging bis zur Anarchie ..."[42])

Die Folgen hatte auch König Johann Kasimir (1648–1668) gesehen. Als er die Krone niederlegte, führte er in seiner Abschiedsansprache aus:

„Glaubt mir, Ihr polnischen Kavaliere, die Ihr keinen Herrn, außer dem im Himmel, über Euch anerkennt, wenn Euer glorreiches Staatswesen weiter in der

42) Fritz Gause: Deutsch-slawische Schicksalsgemeinschaft, Holzner-Verlag, Kitzingen, 1952, S. 153.

Art (wie bisher) regiert wird ..., dann wird der Tag kommen, und er ist vielleicht nicht mehr fern, wo dieses glorreiche Staatswesen nach allen Seiten in Fetzen gerissen wird."[43])

Tatsächlich raffte sich der Adel auf und wählte nacheinander immerhin zwei Polen zu Königen (Michael Wisniowiecki, 1669–1673) und Johann Sobieski (1674–1696). Dann wurden es wie vorher die Anjous, Jagellonen, Valois, Ungarn, Wasa wieder Ausländer, so ab 1697 durch Bestechung die Sachsen. Auch das ist kennzeichnend für die Einstellung des Adels.

Er setzte seine Macht aber auch nach unten, gegenüber den Städten und vor allem gegen die abhängigen Bauern rücksichtslos durch. Einen Eindruck von den unglaublichen Zuständen vermittelt eine Bemerkung von Stanislaus Leszczynski, König von 1704–1709, Gegenkönig gegen August II. von Sachsen. (Leszczynski wurde später Herzog von Lothringen.)

Ich kann nicht ohne Schaudern mich jenes Gesetzes erinnern, das nicht mehr als eine Buße von 50 Franken einem Edelmann auferlegte, der einen Bauern getötet hat. Um diesen Preis kauft man sich in unserer Nation von der Strenge des Gesetzes los ... Polen ist das einzige Land, in dem die Bevölkerung gleichsam aller Menschenrechte verlustig gegangen ist ..."[44])

## Weitere Katholisierung und Polonisierung

Die polnischen Führungsschichten waren erst recht nicht willens, den Menschen der verschiedenen Völkerschaften und des verschiedenen Glaubens, die nun einmal im Lande lebten, ihre Art zu lassen. Sie sollten Polen werden – und sie sollten katholisch werden. Der Adel wirkte dabei nach Kräften mit, denn es war wieder vorteilhaft geworden, katholisch zu sein. Nur dann stand der Zutritt zu Staatsämtern und zur wieder mächtig gewordenen Geistlichkeit offen.

„War um 1550 die Hälfte der weltlichen Senatoren Polens evangelisch gewesen, so waren es 1632, beim Tode Sigismunds III., nur noch drei, dreißig Jahre später gab es keinen mehr. 1710 wurde auch der letzte evangelische Abgeordnete aus dem Sejm ausgeschlossen, zwanzig Jahre darauf den Evangelischen das Recht zur Bekleidung öffentlicher Ämter überhaupt aberkannt."[45])

Katholisch sein sollten auch die Untertanen. Kirche und Adel gingen mit allen

---

43) Herbert G. Marzian: Die Rolle Brandenburg-Preußens 1648 bis 1815, in: Das östliche Deutschland, a. a. O., S. 269.

44) Fußnote 120 a auf S. 278 von Marzian, a. a. O. Es heißt dort weiter: „Zu dieser Zeit (1733) bestanden zum Beispiel in Preußen nicht nur Rechtssicherheit für die ländliche Bevölkerung, sondern auch weitgehende Bauernschutzbestimmungen."

45) Arthur Rohde: Die evangelische Kirche Posens und Westpreußens, in: Wir von der Weichsel und Warthe, Salzburg, 1950, S. 272.

Mitteln daran, die „Ketzerei" in Polen auszurotten. Die Orthodoxen im Osten wehrten sich gegen den Druck mit blutigen Aufständen (Kosaken-Aufstände ab 1648). Sie riefen die russischen Zaren, Herren und Oberhirten ihrer Kirche, zum Schutz an. Im Vertrag von Moskau 1686, wieder einmal ein „ewiger Friede", verpflichtete sich Polen, den Glauben nicht mehr zu unterdrücken, und billigte Rußland das Recht zu, bei Nichteinhaltung Einspruch zu erheben. Die Russen erhielten damit die Möglichkeit, in Polen einzugreifen. Sie wurde bald genutzt. Überdies gab auch der 3. Nordische Krieg (1700–1721) dem Zaren Peter I., dem Großen (1689–1725) die Gelegenheit, das damals verbündete Polen politisch völlig unter seine Macht zu bringen. Auf den Ruf einer polnischen Adelspartei trat der Zar sogar als „Verteidiger der polnischen Freiheiten" auf. In Wirklichkeit war es von nun an mit der Freiheit Polens zu Ende. Die politischen Rechte des Adels wurden stark beschränkt, die Stärke des polnischen Heeres auf 18 000, des litauischen auf 6000 Mann festgesetzt. Von 1717 an standen ständig russische Truppen im Land, zeitweise bis zu 200 000 Mann. Damit bestimmte Rußland in Polen und über Polen. Das riesige russische Reich stand an den Grenzen Preußens, ja zwischen den Teilen Preußens, denn Westpreußen gehörte damals noch zu Polen. Bereits jetzt tauchten die erste Pläne zur Aufteilung Polens auf.

Die Protestanten in Polen, meist Deutsche, fanden keine Unterstützung von außen. Die evangelischen Fürsten des deutschen Reiches hatten mit sich selbst und mit anderen Feinden zu tun. So blieben sie auf sich gestellt und waren der Willkür von polnisch-katholischer Seite ausgesetzt. Kirchen wurden ihnen genommen, Übergriffe bis hin zu blutigen Ausschreitungen erfolgten. Feindschaft zwischen Menschen wurde gesät, und das wegen einiger äußerlicher Abweichungen desselben christlichen Glaubens. Mit Recht schrieb Gustav Freytag:

„Man darf nicht vergessen, daß der grundsätzliche Gegensatz der Polen gegen die Deutschen erst mit der katholischen Gegenreformation und den Jesuiten des 16. Jahrhunderts beginnt. Bis dahin standen sie unter allen Fremden den Deutschen am nächsten." (Wolff, a. a. O., S. 234.)

Der Gegensatz kann in der Tat keine natürlichen Ursachen haben. Dagegen sprechen Geschichte und Herkunft so vieler Menschen in Polen. Er mußte künstlich geschaffen werden. Alles, was von nun an aus diesem Gegensatz hervorging – Verfolgung, Zwang, Gewalt – und Bluttaten, geht zu Lasten der römischen Kirche und damit des Christentums. Dieser Schluß wird verständlicherweise von jener Seite zurückgewiesen und die Schuld bei unvollkommenen und übereifrigen Menschen gesucht. Fest steht jedoch, daß diese Menschen sich auf das Christentum berufen haben. Wenn eine Religion oder Weltanschauung auch nur die Möglichkeit bietet, Menschen zu verfolgen oder sogar auszutilgen, nur weil sie einen anderen Glauben oder auch nur eine Abart des christlichen Glaubens haben – eine Einstellung, die beim Christentum als Weltreligion mit dem Anspruch, allein selig machen zu können, zwangsläufig auftritt –, dann kann sie sich von der Verantwortung nicht freisprechen.

Von den Folgen eines Glaubenszwangs kann eine Religion oder eine Weltanschauung nur dann frei sein, wenn sie in ihren Grundsätzen die Freiheit des Glaubens, oder wie man auch sagen kann, Freiheit jedes seelischen Erlebens oder Gotterlebens, unmißverständlich und grundsätzlich vertritt.

„Eine Weltanschauung wie die Gotterkenntnis meiner Werke z. B., die den hohen Wert unterschiedlichen Gotterlebens und somit auch die Erhaltung der Völker für bedeutsam hält, sie als göttliche Willensziele erkannt hat, wird keine völkervernichtende, sondern völkererhaltende Weltgeschichte gestalten. Nur in der Abwehr der Feinde und in der Machtentfaltung für die Erhaltung des eigenen Volkes und seiner Freiheit wird diese Geschichte sich mit dem Schwert durchsetzen wollen; denn nicht nur das Sein, sondern auch die Freiheit ist für solche Gotterkenntnis Voraussetzung des Gotterlebens."[46])

Es ist für die gesamte Geschichtsschreibung bezeichnend, daß sie die entscheidende Rolle nicht sehen will, die der Glaube, jeder Glaube, in der Geschichte nun einmal spielt, so auch das Christentum und erst recht das römisch-katholische Bekenntnis. Gewiß waren in Polen die Folgen im Verhältnis zu den Ereignissen im Zuge der Gegenreformation in anderen Ländern noch begrenzt, so gegenüber den Verfolgungen der Protestanten in Spanien und Frankreich (Bartholomäusnacht im Jahre 1572) und in Deutschland (30jähriger Krieg). Tatsache ist aber, daß auch die Menschen in Polen davon betroffen waren. Als wichtige geschichtegestaltende Kraft gehört Religion untrennbar in die Darstellung von Geschichte.

Während des 3. Nordischen Krieges (1700–1721), in dem das katholische Polen gegen das evangelische Schweden stand, erfolgten weitere Übergriffe gegen Protestanten. Sie suchten Rückhalt im evangelischen Ausland, so in Preußen. Doch König Friedrich Wilhelm I. (1713–1740) konnte nichts unternehmen, da er selbst gegen die Schweden kämpfte. Höhepunkt der Willkür bildeten gewaltsame Zwischenfälle in Thorn, die mit dem bekannten „Thorner Blutgericht" von 1724 endeten. Das geschah zur Zeit des polnischen Königs August II. (1697 bis 1733), gleichzeitig Kurfürst von Sachsen (August der Starke). Er war wenige Wochen vor der Wahl heimlich zum römisch-katholischen Bekenntnis des Christentums übergetreten und von einer bestochenen Minderheit des polnischen Adels zum König ausgerufen worden. Das alles wäre nicht möglich gewesen, wenn er sich nicht voll in die Hände der Jesuiten begeben hätte; sein Berater war der Jesuit Volta.

In Thorn, einer rein evangelischen Stadt, befand sich eine jesuitische Niederlassung. Bei einer Prozession kam es zu Schlägereien. Die Jesuiten setzten einige evangelische junge Leute fest, worauf die Evangelischen das Jesuitenkolleg stürmten und verwüsteten. Die Jesuiten klagten in Warschau. Als Verantwortliche sollten daraufhin die Bürgermeister und der gesamte Rat, evangelisch, verbrannt

46) Mathilde Ludendorff: Eine Philosophie der Geschichte, Die Volksseele und ihre Machtgestalter. Verlag Hohe Warte, Pähl, 1955, S. 309.

werden. Zehn von ihnen wurden tatsächlich grausam hingerichtet. Wiederholte Einsprüche der vier evangelischen Könige von England, Dänemark, Schweden und Preußen blieben unberücksichtigt. Aufschlußreich war dabei, wie der englische König, als Kurfürst von Hannover gleichzeitig Reichsfürst, den König von Preußen zum Krieg gegen Polen aufstacheln wollte, um Preußen gegen Österreich zu stellen und selbst die habsburgischen Niederlande zu gewinnen.

Die Forderung, jeder Katholik muß Pole sein, wurde von der Kirche auch in den Klöstern durchgesetzt. Ihre Belegschaften, Äbte und Mönche, waren von Anfang an Deutsche gewesen, und als katholische Deutsche hatten sie in Polen und für Polen gearbeitet. Jetzt wurden die Klöster polonisiert, die Deutschen entfernt und Polen dafür aufgenommen.

Bei den einzelnen Grundherren und in den Städten wurde die Polonisierung indes nicht so scharf gehandhabt. Deshalb kamen auch im 18. Jahrhundert immer wieder einzelne Handwerker und Kaufleute nach Polen. Von 1719 bis 1750 holte die Stadt Posen noch einmal deutsche Bauern heran. Die Güter der Stadt, nach einer Seuche ohne Wirte, sollten neu besetzt werden. Bedingung war jetzt aber, daß die Zuwanderer katholisch waren. Darum wurden sie aus dem Bistum Bamberg geholt. Sie erhielten eine bessere Rechtsstellung als die polnischen Bauern. Da sie geschlossen eingesetzt wurden, hielten diese „Bamberger" lange am Deutschtum wie an ihren Sitten und Trachten fest; auch diese wurden später als urpolnisch ausgegeben.

Auch von den Deutschen, ob Bauern, Handwerker oder Bürger, die vom 16. bis zum 18. Jahrhundert nach Polen gingen, kann gesagt werden, daß sie tüchtige und freiheitsliebende Menschen waren. Wenn auch nicht so zahlreich wie die deutschen Einwanderer des frühen Mittelalters, so haben doch auch sie für Polen gelebt und gearbeitet und dem Land so manches an Fortschritt und Kraft gebracht. Es ist ihnen nicht gedankt worden. Im Gegenteil!

Unter König August III. (1733–1763), Sohn Augusts II., war Polen politisch vollends handlungsunfähig. Es wurde von Rußland als Provinz betrachtet; demzufolge galt Preußen als westlicher Nachbar. Dieses Preußen wurde sichtbar mächtiger und sollte zurückgestuft werden. Die russischen Kanzler Ostermann und Bestuschew schlossen bereits 1746 mit Österreich ein Bündnis und suchten Preußen zum Angriff zu reizen, um den Bündnisfall zu erreichen und Preußen niederwerfen zu können. Als Österreich 1756 zusätzlich noch ein Bündnis mit Frankreich schloß, schlug Friedrich II. von Preußen los. Der 7jährige Krieg (1756–1763) begann.

Polen wurde zu einem Unterbringungs-, Aufmarsch- und Durchzugsgebiet russischer Truppen. Besonders Westpreußen litt unter ihnen. Daran änderte sich auch nichts, als Rußland 1762 aus dem Kriege ausschied.

# Teilungen Polens

Nach dem Tode Auguſts III. 1763 ſchob die Zarin Katharina II. (1762 bis 1796) ihren Günſtling Poniatowſki, einen Polen, als Stanislaus II. (1764 bis 1795) auf den polniſchen Thron. Friedrich II. von Preußen erklärte ſein Einverſtändnis unter der Vorausſetzung, daß die polniſche Verfaſſung beſtehen blieb. Damit handelte ſich Preußen erſtmalig ein Mitſpracherecht in Polen ein. Nun verſuchten die Polen ſelbſt, ihre unhaltbaren inneren Zuſtände zu verbeſſern und trafen Vorbereitungen, ihre Verfaſſung durch Abſchaffung des liberum veto zu ändern. Das ſollte der inneren Stärkung dienen. Die Zarin jedoch verweigerte die Zuſtimmung zu Reformen und befahl dagegen die politiſche Gleichſtellung der Diſſidenten (Nichtkatholiken). Die ruſſiſche Adelspartei in Polen erkannte auf dem Reichstag von 1768 alle Anordnungen der Ruſſen an. Daraufhin ſchloß ſich ein anderer Teil des Adels zuſammen (Konföderation von Bar 1768) und rief zu bewaffnetem Widerſtand auf. In die Unruhen griffen auch ruſſiſche Truppen ein. Über den Adel, der gegen Rußland ſtand und der für die „Freiheit" Polens um Unterſtützung beſonders in Frankreich warb, urteilt der franzöſiſche Beobachter Oberſt Dumouriez – und das gilt für den geſamten, auch den ruſſiſch eingeſtellten Adel:

„Sie (die Polen) fochten für ihre Verfaſſung, für ihre Freiheit: ſie hätten damit anfangen ſollen, dieſelbe zu zerſtören. Die polniſche Verfaſſung iſt eine reine Ariſtokratie, in welcher die Adligen aber kein Volk zu regieren haben; denn dieſen Namen kann man 7 oder 8 Millionen dem Boden anklebenden Leibeigenen, die keine politiſche Exiſtenz haben, deren Sklaverei gekauft, verkauft, vertauſcht, vererbt wird und die ſich alle Abänderungen des Eigentums wie die Haustiere gefallen laſſen müſſen, unmöglich beilegen. Der geſellſchaftliche Körper der Polen iſt eine Mißgeburt, die lauter Köpfe und Mägen, aber keine Arme und Beine hat. Ihre Regierung, ihr Geſetzbuch gleicht dem der Zuckerkolonien, die eben aus den Gründen ihre Unabhängigkeit nicht behaupten können."[47])

Es beſagt viel, wenn Frankreich, das in Polen immer Einfluß gehabt und auch geſucht hatte, ſeine Unterſtützung verſagte. Die gleiche Haltung zeigte England. Frankreich fand eine andere Möglichkeit, um Rußland zu ſchwächen. Es trieb das Osmaniſche Reich, „die Pforte", zu einem Krieg gegen Rußland (1768–1774). (Das Osmaniſche Reich beherrſchte damals noch das geſamte Land um das Schwarze Meer ſowie die Donaufürſtentümer Bulgarien und Rumänien bis zum Dnjeſtr.). In allen Ländern Europas wurden die Rüſtungen vorangetrieben, Bündnismöglichkeiten beſprochen. Die Gefahr eines allgemeinen europäiſchen Krieges kam auf. Öſterreich beſetzte bereits polniſches Gebiet (Zips und Städte in Galizien, 1770).

47) Herbert G. Marzian: Die Rolle Brandenburg-Preußens 1648 bis 1815, in: Das öſtliche Deutſchland, a. a. O., S. 289, Fußnote 146.

Um Österreich und Polen von einem kriegerischen Eingreifen gegen Rußland abzubringen, schlug die Zarin ihnen 1771 vor, sich an Teilen Polens schadlos zu halten. Preußen konnte über diese Entwicklung keineswegs glücklich sein. Für seine Sicherheit im Osten wäre ein selbständiges und starkes Polen günstiger gewesen, hätte es doch ein Bollwerk gegen das große Rußland dargestellt. Doch Polen war eben dazu nicht mehr in der Lage. Jetzt ging es für Preußen in der Tat darum, ob Rußland sich ganz Polen einschließlich Westpreußen einverleiben und damit Brandenburg-Preußen endgültig getrennt bleiben sollte, oder ob Preußen wenigstens einen Teil Polens – und da war Westpreußen besonders wichtig – für sich gewinnen konnte.

So kam es 1772 zur sogenannten 1. Teilung Polens. Genaugenommen war es gar keine Teilung, denn vom polnischen Reich wurden nur Teile abgetrennt, und zwar solche, die überwiegend nicht von polnischen Menschen bewohnt waren, sondern von Litauern, Russen, Ruthenen, Ukrainern, Kaschuben und Deutschen. Preußen erhielt den größten Teil Westpreußens. 1791 beschlossen der polnische König und ein Teil des Adels eine neue Verfassung, die wirklich eine Erneuerung Polens zum Ziel hatte. Österreich und Preußen, die ein erstarktes und selbständiges Polen gern gesehen hätten, waren einverstanden, nicht aber die Zarin Katharina. Wieder ließ sie russisch gesinnte Adlige nach Erhaltung der polnischen „Freiheit", das heißt nach Bewahrung ihrer Vorrechte rufen, und wieder schlugen russische Truppen die Polen unter dem König Poniatowski und Kosciuszko. Die russische Herrschaft war gesichert. Österreich und Preußen willigten in eine weitere Abtrennung polnischer Gebiete ein (1793). Nach einem polnischen Aufstand unter Kosciuszko gegen Rußland wurde der Rest Polens 1795 völlig aufgeteilt. Die anderen europäischen Mächte erhoben keinen Widerspruch.

Dieser Zustand dauerte nicht lange. Napoleon schuf 1807 ein Großherzogtum Polen, ließ Westpreußen (ohne Danzig) aber bei Preußen. Auf dem Wiener Kongreß 1815 erfolgte dann die Regelung, die bis 1918 bestehen blieb. Dem Namen nach wurde ein neues Königreich Polen geschaffen. In Wirklichkeit blieb dieses „Kongreßpolen" unter russischer Herrschaft, denn König war der russische Zar. Damit hatte Rußland 82 %, Österreich 12 % und Preußen 8 % des alten polnischen Reiches erhalten. Zu Preußen kamen Westpreußen und Posen.

Nach diesem kurzen Überblick über die politische Entwicklung kommen wir wieder zum Schicksal der Menschen in diesem Raum. Zu den Veränderungen wurden sie damals genausowenig gefragt wie bei anderen Machtverschiebungen jener Zeit, genausowenig, wie etwa die Bewohner Westpreußens 1569 gefragt worden waren, als Polen sich das Land einverleibt hatte – und auch genausowenig, wie im 20. Jahrhundert deutsche Menschen gefragt wurden, als sie nach den Weltkriegen in West, Süd und Ost anderen Staaten zugeteilt wurden, obwohl inzwischen das Selbstbestimmungsrecht als Grundrecht des Menschen anerkannt und laut verkündet wurde.

Eine Regelung zu treffen, die alle zufriedenstellte, war sowohl in Polen wie auch

in Preußen schwierig. Eine Trennung nach dem Volkstum war ebensowenig möglich wie in anderen osteuropäischen Ländern, denn auch hier lebten nun einmal Menschen verschiedenen Volkstums seit langem in Stadt und Land nebeneinander. Dazu kam, daß viele Menschen sich gar nicht nach ihrer Herkunft, sondern nach Erziehung oder aus anderen, manchmal recht äußerlichen, Gründen diesem oder jenem Volkstum zugehörig fühlten. Und nicht zuletzt unterschieden sie sich im Glauben, das heißt in ihrer Abart des Christentums. Die Abweichungen erscheinen dem Außenstehenden zwar recht nebensächlich, ja zum Teil rein äußerlich, aber die Gläubigen nahmen sie sehr ernst, und sie wurden von den Kirchenoberen darin bestärkt. Schließlich bestanden zwischen den Menschen wie überall Gegensätze durch Stand, gesellschaftliche Stellung und Besitz.

Unter diesen Umständen konnten die Staaten nur bestehen, wenn die Führung dafür sorgte, daß alle diese Unterschiede zwar anerkannt, aber gegenüber dem Wohl des Ganzen zurückgestellt wurden. Duldsamkeit und Gerechtigkeit waren geboten. Dazu mußten auch die Menschen erzogen und wenn nötig, gezwungen werden. Nur dann waren innerer Friede und damit Fortschritt für alle, aber auch Stärke nach außen zu erreichen.

Die herrschenden Kräfte Polens, Könige, Adel und Geistlichkeit, hatten diese Duldsamkeit nicht gekannt, und gegen die Masse der Bevölkerung, die Bauern, hatten sie ihre Vorrechte rücksichtslos ausgenutzt, sie unterdrückt und ausgebeutet. Sie hatten Polen politisch zugrundegerichtet. Sie trugen die Schuld am wirtschaftlichen Niedergang und am Elend der Menschen. Sie waren verantwortlich für Zwiespalt und Haß unter den Menschen und hatten damit auch moralisch jeden Führungsanspruch verwirkt. – Nun, nachdem die Folgen eingetreten waren und Polen aufgelöst war oder unter russischer Herrschaft stand, gingen viele aus diesen Kreisen ins westliche Ausland und gaben sich als unschuldige Opfer fremder Mächte aus. Jetzt klagten sie über die verlorene Freiheit Polens. Überall bildeten sich Gruppen, die den Kampf für Polen und gegen die Teilungsmächte aufnahmen und auch erfolgreich im Ausland dafür warben. Die Menschen in der Heimat wurden zum Widerstand gegen die neuen Herren aufgerufen. Als Reizmittel dienten wie bisher die Gegensätze in Volkstum und im Glauben. Damit wurden die Menschen weiter gegeneinander aufgehetzt. Für sie, um deren Wohl und Wehe es letzten Endes gehen sollte, gab es keine Ruhe. Für alle, nicht nur für die Deutschen, sollten die Auswirkungen schrecklich werden.

In Preußen waren die Voraussetzungen nicht viel anders als in Polen. Auch Preußen war im Osten ein Vielvölkerstaat. Menschen aller deutschen Stämme, einschließlich Österreichs und der Schweiz, aller europäischen Länder, auch Polen, Litauer, Masowier und Russen waren am Aufbau des Landes beteiligt worden. Doch die Entwicklung war eine ganz andere. Von der Herkunft her wurde niemand bevorzugt oder benachteiligt: Können und Leistung zählten. Seit langem herrschte Duldsamkeit in Glaubensfragen. Die Stände, Adel und Geistlichkeit, waren in ihre Schranken verwiesen. Die Bauern, damals noch Untertanen der

Gutsherren, erhielten gewisse Rechte. Eine saubere und sparsame Verwaltung war eingerichtet. Die stete Aufsicht, ja Härte von oben und die straffe Ordnung, in die sich jeder gestellt sah, machte so manchen schaudern. Viele andere wieder wurden von diesem Staat angezogen.

## Deutsche Aufbauarbeit in Westpreußen und Posen

1772 fiel Westpreußen an Preußen, gewiß eine „sehr vorteilhafte Erwerbung", wie Friedrich der Große meinte, brachte sie doch die Landverbindung nach Ostpreußen. Zunächst aber kam eine Menge Arbeit und Kosten auf Preußen zu. So lautet ein Zustandsbericht:

„Das Land ist wüst und leer, die Viehrassen sind schlecht und entartet, die Ackergeräte höchst unvollkommen, bis auf die Pflugschar alles ohne Eisen. Die Äcker ausgesogen, voller Unkraut und Steine, die Wiesen versumpft, die Wälder nur um das Holz zu verkaufen unordentlich ausgehauen und gelichtet. Die alten festen Stätten, Schlösser genannt, liegen in Schutt und Trümmern, ebenso die meisten kleinen Städte und Dörfer. Die meisten der vorhandenen Wohnungen schienen größtenteils kaum geeignet, menschlichen Wesen zum Aufenthalt zu dienen." (Polen und Ostdeutschland, a. a. O., S. 28).

Zunächst mußte das Land überhaupt einmal vermessen und aufgenommen werden, um die Besitzverhältnisse zu klären.

„Die Ergebnisse der Arbeit dieser Kommission liegen noch heute in den Protokollen und Berichten der ‚Kontributionskataster' vor. Sie geben in Übereinstimmung mit anderen statistischen Nachweisungen der neuen Behörden ein getreues Bild von dem unglaublich heruntergewirtschafteten, gerade trostlosen Zustand des platten Landes und der kleinen Städte in Westpreußen und im Netzebezirk." (Schumacher, a. a. O., S. 218.)

Förderung der Wirtschaft in Stadt und Land, das war das dringendste Gebot. Voraussetzung dafür war Verbesserung der Lage der Menschen. In Westpreußen wurden 415 000 Menschen gezählt, von denen etwa die Hälfte Deutsche waren. Dazu kamen 170 000 im Netzebezirk. Das beweist einmal, daß die Polen trotz 200jähriger Herrschaft und allen Drucks in der Minderheit waren, denn zur Bevölkerung zählten ja auch die nichtpolnischen Kaschuben. Und es zeigt zum anderen, daß das Gerede von der ‚Germanisierung' der neuen preußischen Gebiete haltlos ist. Diese Deutschen waren eben bereits da; sie hatten sich durch die Zeiten dort gehalten. Von Friedrich dem Großen sind auch nur 11 000 bis 12 000 Menschen neu in Westpreußen angesetzt worden, das sind nicht einmal 2 % der Bevölkerung. Die Neubürger waren allerdings Deutsche, viele aus Württemberg, aber auch Rückwanderer aus Polen, darunter auch polnische Menschen.

Die Untertanen der polnischen Gutsherren, polnische und kaschubische Bauern, wurden von der Leibeigenschaft befreit und erhielten zum ersten Mal ein Recht

gegenüber den Herren. Ein allgemeines Volksschulwesen wurde eingerichtet, zahlreiche Schulen wurden gegründet. Auf allen Gebieten lief unter persönlicher Aufsicht des Königs, aber auch unter seinem Druck die Aufbauarbeit an. Kein Wunder, daß es bei manchen Städten, auch deutschen Städten, und bei manchen Adligen Unzufriedenheit, ja Auflehnung gab, als sie ihre „angestammten" und „verbrieften" Rechte eingeschränkt oder sogar zerrissen sahen. Und die straffe Führung paßte vielen auch nicht. Aber es gab selbst unter den polnischen Adligen auch andere. So unterbreitete der königliche Beamte Herr von Brenckenhoff dem König am 21. September 1772 eine Bitte:

„Die Gräfin von Skorzewska, welche nichts mehr wünscht, als so viel wie möglich mit ihren Gütern in Euer Königlichen Majestät höchsten Schutz zu kommen und die durch Verlängerung dieses Grenzzuges nunmehro etliche 20 von ihren rechts der Netze doch sehr nahe am und im Bruche gelegenen Dörfer in Euer Königlichen Majestät Grenze mit eingeschlossen sieht, hat mich hierum ganz inständig gebeten, und ich habe ihr also die Bitte unter verhoffender Euer königlicher Majestät allerhöchsten Approbation (Einverständnis) nicht abschlagen mögen.

Ich hätte gewünscht, noch bis zum Ursprung der Netze herauf gehen zu dürfen und habe die Gnade, in tiefster Devotion (Ergebenheit) zu versichern, daß alle protestantischen Polen, welche in diesem Distrikt den größten Teil der Einwohner ausmachen, auf diesem Grenzzuge mit Freuden allerhöchst Dero Untertanen geworden sind, und die, so rechts liegen geblieben, jener glückliches Schicksal beneiden." (Wir von der Weichsel und Warthe, a. a. O., S. 191.)

Niemand wird im Ernst bestreiten können, daß die Übernahme des Landes durch Preußen für die Menschen, für alle Menschen, ein Segen war. Endlich konnten sie in Ruhe leben und arbeiten. Das galt auch für diejenigen Landesteile Polens, die 1793 und 1795 von Preußen übernommen wurden. Auch hier hat die preußische Verwaltung durch Einrichtung von Schulen und Hebung der Wirtschaft Gutes geleistet. Aber weil hier die Polen und Juden bei weitem in der Überzahl waren, war es dennoch gut, daß diese Gebiete bald wieder abgegeben werden mußten. Als Preußen 1806/07 zusammenbrach, wurde hier ein Aufstand angezettelt. Bei den Polen Westpreußens fand er keine Unterstützung.

Sprecher Polens betrachteten sich als Verbündete des Siegers Napoleon und forderten schon jetzt das Land bis zur Oder. Napoleon überließ ihnen nicht einmal Westpreußen. Aber 100 000 Polen verbluteten auf seinem Rußlandfeldzug 1812/13.

Die Jahre von 1807 bis 1813 brachten einen schweren Rückschlag, weil das Land von den Franzosen ausgesaugt und ausgeplündert wurde. Der Neuaufbau konnte erst wieder 1815 beginnen, als Westpreußen und Posen durch Beschluß des Wiener Kongresses zu Preußen kamen. Die in Wien versammelten Politiker der europäischen Mächte mußten sich dem Wunsch des Zaren Alexander I. (1801 bis 1825) beugen, der als Sieger gegen Napoleon und als mächtigster Herrscher Europas auftrat.

Wieder war die Politik Preußens unter König Friedrich Wilhelm III. (1797–1840) auf die Förderung des Landes gerichtet, bei dem alle Einwohner gleich welchen Volkstums beteiligt sein sollten. Besonders in dem neu hinzugekommenen Land Posen galt es, die Polen zur Mitarbeit zu gewinnen. Der König versuchte es durch weitgehendes Entgegenkommen. Das zeigt sich bereits an der Geste, den polnischen Fürsten Radziwill als Statthalter einzusetzen. Wichtiger aber waren die vertraglichen Verpflichtungen, die Preußen den Polen gegenüber einging. Ihnen wurde Freiheit der Nationalität, der Religion, der Sprache und der wirtschaftlichen Betätigung zugesichert. Die Polen behielten ihre Stellen in Verwaltung und Polizei. Der polnische Adel wurde bei der Besetzung höherer Beamtenstellen bevorzugt; die meisten Landräte waren Polen. Die katholisch-polnische Geistlichkeit behielt die Aufsicht über die Grundschulen.

Der König hoffte, mit solchen Maßnahmen „auf die Anerkenntnis der Polen rechnen zu dürfen". Vergebens! Bismarck sprach später vom „Irrtum eines edlen Herzens". Denn Adel und Geistlichkeit nutzten das Entgegenkommen, um verstärkt für das Polentum und gegen Preußen zu arbeiten.

## Panslawismus, Nationalismus, Kirche, Freimaurerei, Kommunismus

In diesen Jahrzehnten Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts wurde noch eine weitere Waffe geschmiedet, die für das Polentum und gegen das Deutschtum eingesetzt werden konnte. Es war die Vorstellung des Panslawismus, der Gemeinschaft aller Slawen. Erdacht, ja erfunden worden war er von Deutschen. Als Grundlage diente vor allem das Werk Herders, der gegen Ende des 18. Jahrhunderts das frühgeschichtliche Bild eines urslawischen Großvolkes von der Ostsee bis zur Adria und zum Balkan und von der Elbe/Saale bis nach Rußland vorgestellt hatte. Die „friedlichen Slawen" wären dann von den bösen Germanen und später von den bösen Deutschen unterworfen und größtenteils ausgerottet worden. Aus den Resten hätten sich nun die Russen, Polen, Tschechen sowie die Balkanvölker gebildet, die aber weiterhin von ihren Nachbarn, den Türken und besonders den Deutschen unterjocht und ihrer Freiheit beraubt würden. Gestützt auf solche geschichtlichen Irrtümer gelangte Herder zu der gefährlichen – und falschen – Behauptung einer germanisch/deutschen – slawischen Erbfeindschaft, bei der die Schuld bei den Deutschen liege. Begründung und Folgerung sind aber falsch. Es hat weder ein großslawisches Urvolk gegeben, noch handelt es sich bei dem jahrhundertelangen Vordringen der Deutschen nach Osten um Kämpfe verschiedener Völker in Gestalt von Germanen und Slawen, sondern um das Vorschieben der Macht des übervölkischen römisch-deutschen Reiches und des ebenfalls übervölkischen Christentums gegen Heiden (Sclavi) und seit dem 13. Jahrhundert um friedliche Eindeutschung.

Damals kamen die Behauptungen Herders von der Zusammengehörigkeit aller Slawen und ihrer Feindschaft gegen alles Deutsche den polnischen Wortführern wie gerufen. Sie beanspruchten für Polen die Führung, weil das polnische Volk auserwählt sei und eine besondere Sendung habe. „Nicht ohne Grund wählte das Volk Israel Polen zu seinem zweiten Vaterland", erklärte der Dichter Mickiewicz im Jahre 1840. (Allerdings sind die Juden in Polen nicht dementsprechend behandelt worden.)[49])

Ebenfalls mit deutscher Hilfe wurde jetzt auch der Nationalismus der Polen gestärkt. Dieser Begriff bezeichnet an sich nur das Zusammengehörigkeitsgefühl von Menschen gleicher rassischer Abkunft, also des von Natur aus gleichen Volkstums, die in einem Staat leben. Insoweit ist er als natürliche Empfindung anzuerkennen. Mit dem Wissen um die Besonderheit und Eigenart des eigenen Volkes treten aber auch die Unterschiede zu anderen Völkern ins Bewußtsein. Das kann zur Gefahr werden, wenn den anderen Völkern nicht Achtung ihrer Eigenart und gleiches Recht auf Leben zugebilligt werden wie dem eigenen Volk.

Ungeheuer verschärft wird die Gefahr des Nationalismus, wenn machtgierige Herrscher, sonstige Gewalthaber oder auch einzelne Gruppen den Angehörigen eines Volkes einreden – von sich aus würden die Menschen gar nicht darauf kommen – , daß gerade dieses Volk etwas Besonderes sei, und zwar den anderen von Natur aus überlegen oder von einem Gott auserwählt, wie zum Beispiel die Franzosen als „grande Nation", die Deutschen als „Herrenvolk", die Amerikaner als „god's own people" (Gottes eignes Volk), die Engländer als „verlorene Stämme Judas", die Polen als „auserwähltes christ-katholisches Volk", die Ungarn als „Nachfahren der siegreichen Hunnen", die Juden als „auserwähltes Volk Jahwes", die Christen und Moslems allgemein als im Besitz der „alleinseligmachenden Religion". Die Beispiele zeigen, daß es bei den weißen Völkern vornehmlich die Religion ist, von der sie ihre Sonderstellung herleiten. Auch bei der Überspitzung und damit der gefährlichen Verzerrung des Nationalismus spielen also Christentum und Judentum eine verhängnisvolle Rolle, denn eine Sonderstellung, von einem „Gott" persönlich ausgesprochen, gibt das Recht, ja verpflichtet sogar, andere, vermeintlich minderwertige Völker zu unterjochen, zu bekehren – und, wenn sie das nicht wollen, auszurotten. Die Geschichte lehrt in aller Eindringlichkeit, wie Menschen mit derartigen Wahnvorstellungen einzufangen und zu bewegen sind, welcher Haß damit zu erzeugen ist und welche furchtbaren Folgen für Menschen und Völker sich daraus ergeben.

Wie alle abstrakten (gegenstandslosen) Begriffe, besonders die durch Fremdwörter ausgedrückten, kann also auch der Nationalismus ganz verschieden gemeint sein und verstanden werden. Die deutsche Sprache kennzeichnet die Unterschiede mit den Wörtern „national" für das berechtigte und mit „nationalistisch" für das

49) Hans Koch: Slawentum und Slawismus im polnischen Nationalbewußtsein, in: Das östliche Deutschland, a. a. O., S. 401. Hier auch Näheres über Entwicklung, Begründung und Forderungen des Slawismus.

falſche Empfinden. Bei Deutſchen gilt es heute allerdings ſchon für gefährlich, wenn jemand national denkt.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts erhielt das Nationalgefühl bei den Deutſchen einen ſtarken Auftrieb, fühlten ſich doch alle verpflichtet, den Kampf um die Freiheit des ganzen deutſchen Volkes gegen die Herrſchaft der Franzoſen zu führen. Die Aufrufe deutſcher Politiker, Soldaten, Gelehrter und Dichter (v. Stein, Scharnhorſt, Gneiſenau, Arndt, Fichte, v. Kleiſt, Schiller, v. Schenkendorf und anderer) fanden begeiſterten Widerhall. Aber auch die Polen konnten ſich auf die Forderung nach Freiheit berufen. Sie fanden bei manchem Deutſchen großes Verſtändnis. Es brach eine Art von „Polenſchwärmerei" aus, des Mitleids mit den „armen, unterdrückten Polen". Getrieben von dem Gefühl allumfaſſender Gerechtigkeit, wobei ſie auf Geſchichte und politiſche Lage keine Rückſichten nahmen, übernahmen Deutſche die Ziele des Polentums und lehnten die Maßnahmen des eigenen Staates ab.

Wie in Ungarn und Böhmen gingen auch hier im Oſten viele Deutſche und Deutſchblütige auf die andere Seite über, ſo zum Beiſpiel Georg Samuel Bandtke (1768–1835), der ſich als Pole fühlte und als ſolcher Jerez Samiel Bandtkie nannte, oder Joachim Lelewel (1780–1861) aus der preußiſchen Familie Löhöffel.

Ebenſo wie bewußte Tſchechen wurden auch Polen, die offen gegen das Deutſchtum auftraten, in Deutſchland und Öſterreich ausgebildet und erhielten Lehrſtellen an deutſchen Schulen und Univerſitäten. Weiter ſind die katholiſchen Geiſtlichen zu nennen, die in Preußen gegen das Deutſchtum und für das Polentum arbeiteten, an ihrer Spitze die Erzbiſchöfe von Gneſen-Poſen Martin von Dunin (1774–1842) und der Jeſuit Graf Ledochowſki (1822–1902).[50])

In gleichem Sinne war auch die Freimaurerei tätig.

„Die ſlawiſche Unität (Einheit) wurde ſchließlich auch von den Freimaurern gefördert. Alexander I. (Zar von Rußland, 1801–1825), gehörte dem Orden ſelbſt an, unter ihm wurden alte Logen erneuert, neue begründet ... Insgeſamt gab es in jenen Jahrzehnten (um 1820) auf dem Gebiet Kongreßpolens und Weſtrußlands 32 Logen mit etwa 4000 Mitgliedern, Adligen, Offizieren und Studenten" (Koch, a. a. O., S. 374/375), und zwar Polen, Ruſſen, Ukrainern und ſogar Franzoſen. Polen gehörten ebenſo Logen in anderen Ländern an.

Mit den beiden letztgenannten Gebilden, der römiſchen Kirche und der Freimaurerei, haben wir überſtaatliche Mächte vor uns, das heißt Vereinigungen, die über Grenzen von Ländern und Völkern hinweg arbeiten. Zu ihnen ſtieß ſeit Mitte des 19. Jahrhunderts der Kommunismus (Karl Marx, 1818–1883). Dieſe drei Mächte ſtammen aus gleicher Wurzel und haben das gleiche Ziel, die Menſchen aus den natürlichen Bindungen der Familie und des Volkes zu löſen, damit wur-

50) Eine Aufſtellung all dieſer Perſönlichkeiten mit kurzem Werdegang bringt Franz Wolff in: Oſtgermanien, a. a. O., S. 290 ff.

zel- und haltlos zu machen und sie als Einzelwesen unter ihre ideologische, wirtschaftliche und politische Herrschaft zu zwingen (Einweltstreben). Deshalb sind sie gefährlich für alle Völker, besonders für das deutsche, gegen das sie sich zusammenschlossen. Es war noch halbwegs frei und auf der Suche nach seelischer Freiheit.

Als Werkzeug der überstaatlichen Mächte sollte das polnische Volk dienen, das damals mit der Forderung nach politischer Freiheit leicht anzusprechen war. Alle diese Gruppen einschließlich der Führer des Polentums wußten genau, daß sie nur dann mit Erfolgen rechnen durften, wenn die Teilungsmächte Rußland, Österreich und Preußen-Deutschland durch innere Unruhen oder durch Kriege so geschwächt waren, daß sie von Grund auf umgewandelt werden konnten. Diese Absichten wurden nicht nur offen ausgesprochen, es wurde auch offen für sie gearbeitet. Den preußischen Königen gingen sogar Warnungen zu. Sie konnten oder wollten nicht sehen, daß gegenüber solchen Gegnern alle Zugeständnisse vergeblich waren. Jede Nachgiebigkeit wurde als Blöße sofort ausgenutzt, jedem Zurückweichen folgte ein Vordringen der anderen Seite.

## Weitere Entwicklung im Osten

Das zeigt die Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert gerade in denjenigen Ländern, in denen noch keine Vertreter der überstaatlichen Mächte herrschten, so in Rußland, Österreich und Preußen. Die wiederholten Versuche der preußischen, später deutschen Herrscher, im Osten zu gutem Zusammenleben zum Vorteil aller Menschen zu kommen, wurden immer wieder durch Unruhen und Revolutionen, zuletzt durch Kriege zunichte gemacht – bis zum endgültigen Zusammenbruch in den beiden Weltkriegen. Bei alledem muß sich jeder bewußt sein, daß Revolutionen und Kriege nicht von den Völkern gemacht werden, sondern von kleinen Gruppen in den Völkern und außerhalb der Völker. Daß Preußen-Deutschland noch einige Jahrzehnte frei blieb, verdankt es der klaren Sicht weniger Männer, unter denen Bismarck an hervorragender Stelle steht.

Zunächst war es nicht leicht, Unruhe in den polnischen Teilungsgebieten zu erzeugen. Denn den Menschen ging es besser als vorher. Zar Alexander hatte in Russisch-Polen manche Freiheiten zugestanden. Über die Zustände in den preußisch gewordenen Gebieten schreibt der Pole Aleksander Brueckner:

„Die preußische Regierung machte sich nach den Teilungen sofort tatkräftig ans Werk. Sie hob die polnischen Schulen auf, aber nicht alle, und führte ihre Ämter und Gerichte sowie die Militärpflicht ein. Jedoch belästigte sie die Bevölkerung nicht, sondern brachte ihr sogar bis zum Jahre 1830 bedeutende Fortschritte. Die preußische Regierung mißbrauchte die Schule nicht zu politischen Zwecken. Sie befaßte sich vielmehr in erster Linie mit einer gerechten Erleichterung der Lage der Bauern." (Brueckner, a. a. O., S. 14.)

Die meisten der neuen polnischen Untertanen waren zufrieden, nicht aber bestimmte Kreise derjenigen, die sich als geistige Führer des Polentums verstanden oder ausgaben. Es gelang ihnen, in Russisch-Polen 1830 einen Aufstand anzuzetteln. Aus dem preußischen Posen wurde er durch Zuzug von rund 2300 polnischen und polonisierten Offizieren, Soldaten, Geistlichen, Lehrern und Juristen – unter Bruch ihres Treueides – sowie Schülern unterstützt. In Westpreußen blieb alles ruhig. Der Lage nach hatte der Aufstand nicht die geringste Aussicht auf Erfolg und wurde denn auch 1831 blutig zerschlagen. Dennoch war der Zweck erreicht: Polen hatte aufs neue Aufsehen in der Welt erregt; politische Märtyrer waren geschaffen worden – „für die polnische Freiheit, gegen die Unterdrücker". Beim deutschen Hambacher Fest 1832 – als Kundgebung des „Liberalismus" (s. unten) bezeichnet – wurden denn auch den Abordnungen die deutsche schwarz-rot-goldene **und die polnische** rot-weiße Fahne vorangetragen. Angehörige der polnischen Aufständischen-Verbände waren 1831 auf preußisches Gebiet übergetreten und nach Frankreich durchgeschleust worden. In Paris bildete sich die Zentrale der polnischen Nationalisten, die Verbindung nach Polen, aber auch nach Posen hatte. Den Politikern in Rußland und Preußen aber war klar geworden, daß die polnischen Kreise auf Umsturz und Krieg hinarbeiteten und daß hier mit Entgegenkommen nichts zu erreichen war.

In der Haltung der preußischen Regierung trat jetzt ein Wandel ein. Der neue Oberpräsident Posens, Eduard von Flottwell (1830–40), traf Maßnahmen, um das Deutschtum (38,9 % der Bevölkerung) zu schützen und den polnischen Einfluß abzuwehren. Der polnische Adel wurde aus der Verwaltung entfernt. Den Geistlichen konnte er die Schulaufsicht noch nicht nehmen, er suchte aber, die unteren Schichten auf lange Sicht ihrer Beeinflussung zu entziehen, indem er ihre Bildung hob und ihre wirtschaftliche wie rechtliche Lage verbesserte. Ein solches Vorhaben brauchte Zeit. Die aber wurde ihm nicht gegeben. Bei den Bauern hatte er Erfolg. In den Städten wurde eine Schicht von Bildungsbürgern bei Polen und Juden geschaffen. Es konnte aber nicht verhindert werden, daß diese politisch unter deutschfeindlichen Einfluß geriet. Gute Absichten von deutscher Seite schufen sich selbst gefährliche nationale Gegner.

„Ordnung, Recht und Bildung, Macht und Wirtschaftsblüte Preußens haben ihn (den politischen Mittelstand) auf die gleiche Kulturhöhe gehoben. Nicht Dankbarkeit und Anhänglichkeit, sondern Selbst- und Kraftgefühl wurden hervorgerufen. In diese rasch reif werdenden Schichten fielen dann ... die westlichen Ideen des Liberalismus, der Demokratie, des Slawismus, auch des Sozialismus mit ihrer nationalen Sprengkraft und zerstörten die hier historisch und staatlich gewordene und gepflegte Symbiose" (= Zusammenleben verschiedener Lebewesen zu beiderseitigem Nutzen). (Frauendienst, a. a. O., S. 321.) In dieser Aufzählung von „Ideen mit ihrer nationalen Sprengkraft" fehlt der politische Katholizismus. Mit ihm haben wir wiederum die oben genannten überstaatlichen Mächte vor uns, die sich vor der Öffentlichkeit hinter diesen schillernden und je nach Belieben auszule-

genden Fremdwörtern Liberalismus, Demokratie und Sozialismus verbergen.[51])

Flottwell wurde von der preußiſchen Regierung bei einem Streit mit dem Erzbiſchof von Dunin fallengelaſſen, der ſich weigerte, Miſchehen einzuſegnen. (Miſchehen ſind nach Anſicht der Kirche bekanntlich nicht etwa Ehen zwiſchen Menſchen verſchiedener Raſſe oder verſchiedenen Volkstums, ſondern Ehen zwiſchen Menſchen verſchiedener chriſtlicher Bekenntniſſe.)

König Friedrich Wilhelm IV. (1840–1857/61) änderte die Politik gegenüber den Polen erneut. Er wollte alles vermieden ſehen, was ſie aufregen könnte, ſie vielmehr durch Zugeſtändniſſe gewinnen. 1841 wurde im preußiſchen Kultusminiſterium eine katholiſche Abteilung eingerichtet und der katholiſch-polniſchen Geiſtlichkeit die Aufſicht über das Grundſchulweſen in Poſen überantwortet. In den Schulen ſollte die Sprache der Mehrheit gebraucht werden. Polniſch ſprechende Mehrheiten ließen ſich, wenn nicht ſchon vorhanden, leicht vorgeben. Und immer noch galt die Loſung: Katholiſch gleich polniſch. So kam es, daß Kinder deutſcher Eltern, die zu Hauſe nur deutſch ſprachen, in der Schule polniſch ſprechen mußten. Jeder wird ſich zudem leicht vorſtellen können, was es für ein Kind bedeutet, wenn der Geiſtliche ihm erzählt, daß auch die Jungfrau Maria polniſch ſpreche, daß der „Heilige Vater" ein Pole ſei und daß es alſo Sünde wäre, deutſch zu beten. Auch an dieſen Mißbrauch an Kinderſeelen ſollten wir denken, wenn von polniſcher, aber auch von deutſcher Seite von „Germaniſierung" gefaſelt wird. Die Deutſchen kannten einen völkiſchen Kampf nicht.

Zwar wuchs auch in den Deutſchen das Gefühl einer völkiſchen Zuſammengehörigkeit. Es fand ſeinen Ausdruck im Willen zu einem deutſchen Reich (Deutſcher Bund, Nationalverſammlung). Das Nationalgefühl der Deutſchen richtete ſich vor allem gegen Frankreich, das ſeine Macht an den Rhein vorſchieben wollte. Gegen die Polen im Oſten empfanden die Preußen keine Feindſchaft. Sonſt wären noch im 19. Jahrhundert nicht Zehntauſende von Deutſchen nach Polen gegangen. Grund dafür war die ſchlechte wirtſchaftliche Lage. Aber es waren auch jetzt keine Abenteurer oder Beſitzloſe, die ihre Heimat verließen, ſondern Leute mit Vermögen und Können, die in Polen beſſere Arbeits- und Verdienſtmöglichkeiten ſahen. So zogen Tuchmacher aus dem ſchleſiſch-poſenſchen Grenzgebiet nach Lodz. Die Stadt wuchs von 727 Einwohnern im Jahre 1820 auf beinahe 5000 im Jahre 1829. Auch dieſe Menſchen ſind im Lauf der Zeit zu Polen geworden. Germaniſierung? Im Gegenteil! Sie brachten dem Land wirtſchaftlichen Aufſchwung.

Außerdem wanderten deutſche Bauern in Polen ſelbſt weiter nach Oſten, und zwar nach Wolhynien und Beſſarabien, wo ſtarke und rein deutſche Siedlungen entſtanden. Sie ſind erſt während des 2. Weltkrieges aufgegeben oder vernichtet worden.

Zu den Polen, die nunmehr in Preußen lebten, gab es ſeitens der Deutſchen vorläufig kein Gefühl nationalen Gegenſatzes. Die preußiſche Regierung tat alles,

51) „Als Bannerträgerin des Liberalismus" bezeichnet ſich die Freimaurerei (Internationales Freimaurerlexikon, S. 927).

um ſie allmählich einzugliedern. Die Wortführer des Polentums im In- und Ausland ſuchten, dieſe Entwicklung zu verhindern. Ihre Sprache wurde immer deutlicher. Sie waren allerdings ſchlau genug, keinen Nationalſtaat für das polniſche Volk zu fordern (denn wo hätten in Preußen deſſen Grenzen liegen ſollen), ſondern ſie verlangten wie die Tſchechen in Böhmen die Wiederherſtellung des „hiſtoriſchen" polniſchen Staates in den Grenzen des Piaſtenreiches vor 800 Jahren, deſſen Grenzen ſie großzügig im Nordoſten an der Memel, im Weſten an der Oder und im Süden am Schwarzen Meer ſahen. Mit Hilfe der katholiſchen Geiſtlichen gelang es ihnen, in der Provinz Poſen Widerſtandsgruppen gegen Preußen zu bilden. Von den Zuſtänden im früheren Königreich Polen wußten die Menſchen offenbar nichts mehr oder wollten ſie nichts wiſſen.

1846 wurde der Plan eines polniſchen Aufſtands in Poſen aufgedeckt und zerſchlagen. Sein Führer war Ludwig von Mieroslawſki (1814–1878), der aus Paris kam. Er wurde zum Tode verurteilt, dann zu lebenslänglichem Gefängnis begnadigt und 1848 während der Revolution in Berlin befreit.

## Das Jahr 1848

Im Jahr 1848 ging eine Welle von „liberalen" Revolutionen über Weſteuropa. Freimaurer rühmten ſich, daß ihre Geſellſchaft dieſe Revolutionen wie die von 1789 in Frankreich und die von 1830 veranlaßt habe. Die blutigen Unruhen vom 18. und 19. März in Berlin ſind in dieſem Rahmen bemerkenswert, weil an ihnen eine polniſche Legion („Liga Polska") teilnahm, deren Führer Adalbert Cybulſki war, Lehrer an der Berliner Univerſität!! Die Polen hatten von allen Seiten, auch aus dem Ausland, Zuzug bekommen. Damit beſtätigt ſich, daß die Planungen von überſtaatlicher Seite erfolgt waren. Eine polniſche Abordnung ſtellte beim preußiſchen König den Antrag, die Provinz Poſen vom preußiſchen Staat abzutrennen.

Auf die Nachricht von der Revolution in Berlin bildeten Polen in der Provinz Poſen noch im März 1848 ein polniſches Nationalkomitee. Sie gebärdeten ſich, als ob das Land polniſch wäre. Kennzeichnend iſt, daß das Nationalkomitee zuerſt auch von deutſchen „Liberalen" gefördert wurde. Die ſchwankende Haltung der preußiſchen Behörden führte dazu, daß ſich in Poſen polniſche Aufſtändiſche ſammeln konnten, die zum Teil von außen eingeſchleuſt worden waren. Führer war wieder Ludwig von Mieroslawſki. Es kam zu einem Aufſtand mit blutigen Ausſchreitungen gegen Deutſche. Preußiſche Truppen griffen ein. Am 9. Mai 1848 gaben die Polen auf. Weſtpreußen war auch jetzt ruhig geblieben. Zwangsläufige Folge der Kämpfe in Poſen aber war, daß jetzt auch die Deutſchen auf den nationalen Gegenſatz zu den Polen geſtoßen wurden. Weitere Spannungen waren damit unausbleiblich.

Politiſch wurden ſie durch den Slawenkongreß in Prag erhöht, der vom 31. 5. bis zum 12. 6. 1848 ſtattfand. In Prag traten neben Vertretern anderer ſlawiſcher

Länder auch Sprecher des Polentums auf. Zu ihnen gehörten Paul Stalmach aus Teſchen, Deutſcher, dann Pole, der die Angliederung Preußiſch-Schleſiens an den „Poſener Teil Polens" forderte. Karl Libelt aus Poſen verlangte, der „Entnationaliſierung der Polen in Schleſien, Poſen, Oſt- und Weſtpreußen ein Ende zu bereiten". Teilnehmer waren weiter der polniſche Profeſſor Cybulſki, bekannt aus den Märztagen in Berlin, und der Ruſſe Michael Alexandrowitſch Bakunin (1814–1876), Berufsrevolutionär.[52])

In Prag wurde unter anderem beſchloſſen, daß alle Deutſchen binnen 100 Jahren aus dem Raum öſtlich der Linie Stettin–Adria vertrieben werden ſollten!! Alle dieſe Dinge waren kein Geheimnis, und es iſt ſeltſam und läßt Hintergründe vermuten, daß die Regierungen in Wien und Berlin keine Folgerungen zogen. Denn viele der in Prag auftretenden Herren waren Inhaber von Lehrſtühlen an öſterreichiſchen oder deutſchen Univerſitäten, alſo Beamte, die einen Treueid geleiſtet hatten und von denſelben Regierungen bezahlt wurden, gegen die ſie offen auftraten. Cybulſki zum Beiſpiel wurde 1859 zum ordentlichen Profeſſor in Breslau ernannt.

Bismarck, einer der wenigen deutſchen Politiker, der die Verhältniſſe im Oſten kannte und der nüchtern, aber eben nur deutſch dachte, urteilte ſchon 1848 in einem Schriftſatz über die Entwicklung:

„Er trat der Täuſchung über Polen und der Donquichoterie (lächerliche Haltung) der liberalen Polenpolitik entgegen. Die polniſchen Kreiſe wollten einzig und allein ein großpolniſches ſelbſtändiges Reich vorbereiten. Ein kleineres Polen etwa aus den entſchieden polniſchen Teilen des Großherzogtums Poſen würde immer nach der nationalen Abrundung in den Grenzen von 1772, ja darüber hinaus nach Oſtpreußen und nach Teilen Schleſiens und Pommerns verlangen. Ein großes Polen würde ſtets ein geſchworener, unruhiger raſtloſer Feind bleiben, Preußen bei jeder weſtlichen Verwicklung in den Rücken fallen, Millionen Deutſcher polniſcher Willkür überantworten..." (Frauendienſt, a. a. O., S. 327.)

Dieſe Ausſage, ja Vorausſage entſprang keineswegs blühender Einbildungskraft, ſondern war die nüchterne Folgerung aus Beobachtungen, wie ſie zu jener Zeit bereits jedem vorlagen, der Ohren hatte zu hören und Augen zu ſehen und der dazu etwas aus der Geſchichte gelernt hatte. Sie iſt in der Folge beſtätigt und 100 Jahre ſpäter Wirklichkeit geworden, ſchreckliche Wirklichkeit für die Menſchen, die davon betroffen waren, Deutſche wie Polen. Es wäre nämlich grundſätzlich falſch, „die Polen" dafür verantwortlich zu machen, wie es häufig geſchieht. Damit würde nur weiterhin Haß zwiſchen Menſchen erzeugt. Auch Bismarck ſprach nicht von

---

52) Aufſchlußreich iſt, was das „Internationale Freimaurerlexikon" von Eugen Lennhoff und Oskar Posner, Wien, 1932, auf S. 119 über Bakunin ſchreibt: „Bakunin, Michael, berühmter ruſſiſcher Anarchiſt (1814–1876), nicht Freimaurer, ſpricht im zweiten Band ſeiner ‚Geſammelten Werke' (Berlin 1923) von der italieniſchen Freimaurerei der Zeit, in der Mazzini" (Zuſatz: M. war laut dſ. Lexikon Freimaurer) „das ‚Junge Italien' gründete. Sie vereinigte damals, B. zufolge, ‚die erſten Geiſter, die treueſten Herzen, die ſtolzeſten Willensmenſchen und die kühnſten Charaktere'." Bakunin dürfte alſo im Rahmen der Frmr. beſondere Aufgaben gehabt haben.

„den Polen", sondern von „polnischen Kreisen". Und er meinte auch nicht die polnischen Menschen, die im Osten Deutschlands lebten, sondern wenige Hetzer und Verführer, die Menschen nur als blinde Werkzeuge ihrer Ziele sahen.

## Polonisierung in Oberschlesien

Ihre Tätigkeit wurde bald auch in Oberschlesien spürbar. Breite Schichten der Bevölkerung dieses Landesteils, der seit 600 Jahren zum Deutschen Reich gehörte, sprachen eine Mundart, die slawisch und mit dem Polnischen verwandt war. Sie wurde als „wasserpolnisch" bezeichnet. In Unkenntnis über Geschichte und Menschen Oberschlesiens, wie sie bei vielen Westdeutschen zu finden war – und ist, behauptete noch 1847 der westfälische Abgeordnete Frhr. v. Vincke, sie wären Polen. Dem wurde von einem oberschlesischen Abgeordneten heftig widersprochen. Er stellte fest, daß seine Landsleute sich als Deutsche fühlten und daß hier die Sprache nichts mit der Nationalität zu tun habe. Das galt für Oberschlesien damals noch mehr als für die anderen Ostgebiete, von Ungarn bis Ostpreußen. Sprache wie auch Namen sagen hier in der Tat nichts über das Volkstum aus. Und auch die Zugehörigkeit zu irgendeinem der christlichen Bekenntnisse tut es nicht. Die völkische Trennung auf Grund von Glauben und Sprache ist erst künstlich geschaffen worden.

Nach 1863 kam plötzlich auch in Oberschlesien der Volkstumskampf auf. Die Vorarbeit hatten wieder einmal Deutsche geleistet. Der deutsche katholische Schulrat Josef B. Bogedain bemühte sich, in Oberschlesien die polnische Hochsprache einzuführen. Das Wasserpolnische hatte nämlich keine Schrift, und die Kinder lernten daher die deutsche Schrift. Er meinte nun, daß die Kinder auch in der Muttersprache schreiben können müßten und sah das Polnische als diese Muttersprache an. Da es aber kaum Geistliche und Lehrer gab, die hochpolnisch konnten, holte er solche Leute aus der Provinz Posen heran. Wenn Bogedain wohl auch nach bestem Wollen handelte, um den Kindern auch den Weg zur polnischen Kultur zu ebnen, so war es dennoch von der Kultur zur Politik, das heißt zur Polonisierung, nur in Schritt. Und dieser Schritt folgte schnell, eröffnet durch deutsche Schulen.

Ein anderer deutscher Lehrer, Karl Miarka, der im Gegensatz zu Bogedain zum Polen geworden war, gründete 1869 die erste polnische Zeitung in Oberschlesien, die bereits nationalpolnische Ziele vertrat. Für Preußen wurde diese Entwicklung gefährlich, als sich dann auch die römische Kirche und das Zentrum, die katholische Partei in Preußen, für die polnische Sache einsetzten, natürlich „zum Schutz der polnischen Muttersprache".[53])

53) Näheres über die Entwicklung in Oberschlesien und über die beteiligten Persönlichkeiten in: Geschichte der Deutschen Länder, „Territorien-Ploetz", 2. Band, S. 222 ff.

## Weitere Polonisierung im preußischen Posen

In den Jahrzehnten bis 1870 hatte die nationalpolnische Bewegung auch in Posen und Westpreußen weiter an Boden gewonnen. Die gesetzlichen Möglichkeiten, die die preußische Gesetzgebung bot, wurden zielstrebig ausgenutzt. Zahlreiche polnische Vereine, Genossenschaften, Sparkassen und Banken waren gegründet worden. Für das Polentum arbeitete seit 1859 eine polnische Zeitung in Posen. Stärker aber als wirtschaftliche Mittel wirkte nach wie vor der Einfluß auf Geist und Seele, der von den Geistlichen geübt wurde. Jene einfachen Menschen wußten es doch nicht anders, als daß ihre Priester die Stellvertreter Gottes waren und den Schlüssel zum Himmel oder zur Hölle in Händen hielten. Ihren Anweisungen nicht zu folgen, mußte doch Sünde sein.

Hatten noch vor 1850 polnische Bauern aus der Provinz Posen in einer Eingabe an den preußischen König erklärt:

„Bei uns haben sich verschiedene Gerüchte über die Einführung der Nationalität und ähnlicher Dinge verbreitet; wir wollen vor allem von keiner Nationalität, von keiner Einführung polnischer Beamten und Einrichtungen etwas wissen, wir wollen nur unter dem Gesetze und Szepter des Königs von Preußen verbleiben" (Frauendienst, a. a. O., S. 328), so wurden sie dennoch allmählich ins polnische Lager gezogen. Doch nicht nur polnisch sprechende, auch deutsche Bauern wurden auf diese Weise zu Polen.

„Bekannt ist das viel zitierte Schicksal der sogenannten Bamberger Dörfer in der Nähe der Stadt Posen. Als im Jahre 1709 die Pest mehrere der Stadt Posen gehörige Dörfer veröden ließ, holte der Magistrat katholische Siedler aus Süddeutschland herbei und siedelte sie in den sechs Stadtdörfern an (in der Zeit von 1719 bis 1756). Die Bauern dieser Bamberger Dörfer bewahrten das ganze 18. Jahrhundert hindurch uneingeschränkt ihr Deutschtum; ja noch im Jahre 1850 baten sie die preußische Regierung um einen deutschen Lehrer mit der Begründung, sie seien Deutsche und hätten unbedingt den Wunsch, daß ihre Kinder deutsch erzogen würden. Die preußische Regierung schickte ihnen aber weiterhin polnische Lehrer und beließ vor allem die Schulinspektion der polnischen Geistlichkeit. So kam es, daß die gleichen Bamberger Bauern, die im Jahre 1850 noch so entschieden ihr Deutschtum betont hatten, im Jahre 1870 gegenüber der preußischen Regierung erklärten: ‚Wir sind katholisch und polnisch!!' ... Die letzten Spuren dieser Bamberger waren bis zur Gegenwart noch in den polnischen Museen zu sehen, wo die schönen Bauerntrachten derselben als original-polnische Trachten mit entsprechender Unterschrift figurieren." (Polen und Ostdeutschland, a. a. O., S. 34.)

Aus den Reihen dieser Deutschen, die zu Polen gemacht worden waren, kamen die eifrigsten und erbittertsten polnischen Vorkämpfer. So heißt es hier weiter:

„Gerade in den polonisierten Bamberger Dörfern ist dem Polentum seit etwa 1870 die eigentliche Führerschaft erwachsen. So entstammte der Besitzer der größ-

ten, aber auch am meisten deutschfeindlichen polnischen Zeitung ‚Kurjer Poznanski', Roman Leitgerber, dem Bamberger Dorf Rata."

Diese Beispiele bestätigen erneut, daß deutsche Menschen an der Bildung des polnischen Volkes hervorragend beteiligt waren. Mit anderen Worten: Ein polnisches Volk von eigener und besonderer rassischer Herkunft gibt es gar nicht. Es ist erst im Laufe der Jahrhunderte aus Menschen unterschiedlichen Volkstums entstanden. Sprache und Erziehung, das heißt Einwirkung von außen, haben es geschaffen. Solche Kräfte waren zwar auch beim Werden anderer Völker wichtig, bei keinem aber kam ein solcher Druck hinzu wie im polnischen Reich. Dieser Druck ist vor allem dem Einfluß der katholischen Kirche zuzuschreiben, die sich ein gefügiges Kampfmittel gegen die christlich-andersgläubigen Staaten im Osten und im Westen schaffen und erhalten wollte – und will. Anders ist es nicht zu erklären, daß gerade Menschen deutscher Herkunft von den Priestern so scharf gegen das Deutschtum eingestellt wurden. Die Macht ihrer Kirche stand ihnen höher als friedliches Zusammenleben der Menschen, das immer möglich gewesen wäre und worauf preußische und deutsche Politiker stets hingearbeitet haben.

Von hier aus wird auch klar, daß das Wort von einer „Germanisierung" Nichtdeutscher im Osten ein ganz billiges Schlagwort ist, das nach dem bekannten Verfahren „Haltet den Dieb" die wirklichen Vorgänge einfach umkehrt. Stetige Wiederholung hat allerdings auch hier Erfolg gehabt, gerade bei Deutschen.

## Der „Kulturkampf"

Lange, allzu lange hatte die preußische Regierung ihre Pflicht versäumt, dem offenen Vordringen des Polentums auf deutschem Boden Schranken zu setzen. Endlich, 1871, drängte Bismarck auf Taten. Sie führten zu dem, was von dem „Liberalen" Professor Virchow als „Kulturkampf" bezeichnet wurde.

Kulturkämpfe, gesehen als geistige Auseinandersetzungen unterschiedlicher Lebens- und Weltanschauungen, hat es zu allen Zeiten und überall gegeben. Sie wirken stets auch auf die Politik ein. Wenn sie aber volks- und staatsfeindlich sind, kommt es zwangsläufig zu Abwehrmaßnahmen des betroffenen Staates, die bis zu gewaltsamen Eingriffen führen können. Dagegen stehen nun wieder jene Menschen des Volkes auf, die sich bereits in den Fängen einer solchen Weltanschauung befinden. Ein solcher Kulturkampf ist das Ringen zwischen Staat und Kirche um die politische Macht. Im Grunde hat ihn jedes Land, in dem das Christentum und vor allem die römische Kirche tätig ist, führen müssen und muß ihn weiter führen, wenn er das Machtstreben dieser Kirche zurückdrängen will. Nach dem, was das „Freimaurerlexikon" unter „Kulturkampf" schreibt (S. 889), besteht kein Zweifel, daß die Freimaurerei dabei mitgewirkt hat, gegen die „dogmatische, kirchliche Kultur Roms" und „für die Rechte auf die Freiheit des Geistes und der Überzeugung" des einzelnen und „für den Fortschritt der Menschheit". Nur von der Erhaltung der Völker ist dabei nicht die Rede, denn die Freimaurerei vertritt eben eigene,

ebenfalls über den Völkern stehende Ziele. Der damalige „Liberalismus" in Deutschland hat Bismarck denn auch bald im Stich gelassen und sich auf die Seite des katholischen Zentrums geschlagen. Beide fanden sich im gemeinsamen Kampf gegen das Bismarck-Reich. Wir Deutschen haben also allen Grund, den Deutschen Bismarck als Zeugen für den Kulturkampf jener Jahre zu hören. Er schreibt in seinen „Gedanken und Erinnerungen":

„Der Beginn des Kulturkampfs war für mich überwiegend bestimmt durch seine polnische Seite. Seit dem Verzicht auf die Politik der Flottwell und Grolmann, seit der Konsolidierung (Festigung) des Radziwillschen (polenfreundlichen) Einflusses auf den König und der Einrichtung der ‚katholischen Abteilung' im geistlichen Ministerium (oben erwähnt), stellten die statistischen Data einen schnellen Fortschritt der polnischen Nationalität auf Kosten der deutschen in Posen und Westpreußen außer Zweifel, und in Oberschlesien wurde das bis dahin stramm preußische Element der ‚Wasserpollacken' polonisiert."

Bismarck schildert dann, wie der oberschlesische Abgeordnete, der katholische Priester Schaffranek, im preußischen Landtag in polnischer Sprache „antideutsche" Reden hielt (das hätte umgekehrt einmal ein Deutscher im polnischen Sejm tun sollen!!) – und fährt fort:

„In Posen und Westpreußen waren nach Ausweis amtlicher Berichte Tausende von Deutschen und ganze Ortschaften, die in der vorigen Generation amtlich deutsch waren, durch die Einwirkung der katholischen Abteilung polnisch erzogen und amtlich ‚Polen' genannt worden..."

„Die katholische Abteilung des Kultusministeriums, ursprünglich gedacht als eine Einrichtung, vermöge derer katholische Preußen die Rechte ihres Staates in den Beziehungen zu Rom vertreten sollten, war durch den Wechsel der Mitglieder nach und nach zu einer Behörde geworden, die inmitten der preußischen Bürokratie die römischen und polnischen Interessen gegen Preußen vertrat..."

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß Bismarcks Abwehr gegen den politischen Katholizismus sich nicht nur auf die Zustände im Osten beschränkte. Er wußte auch, daß „ein einflußreicher Teil des katholischen Klerus der französischen Politik dienstbar" war, also auch im Westen gegen das Reich arbeitete. Ebenso mußte er im Inneren das Zentrum als Gegner sehen. Bekannt war damals ebenfalls, daß neben den Geistlichen auch „die Herren von der kurzen Robe", die Jesuiten, die in zahlreichen weltlichen Stellungen saßen, für Rom tätig waren. Die Ziele Bismarcks waren allgemeiner und grundsätzlicher Art. Betroffen wurden also auch die evangelischen Kirchen. Er wollte die Trennung von Staat und Kirche (bis heute nicht voll durchgeführt), konfessionslose Schulen (bis heute nicht vorhanden) und die Zivilehe, also die Eheschließung vor staatlichen Behörden (1874 durch Gesetz eingeführt). Das rief Widerstand von allen Seiten hervor. Man sprach bereits vom Sturz Bismarcks.

Im Osten richteten sich die Maßnahmen nicht gegen die Polen, weil sie Polen waren, sondern gegen die Polonisierung, die Menschen zu Feinden der Deutschen

machte. Das hat ſogar der polniſche Hiſtoriker Feldmann beſtätigt. 1871 wurde die katholiſche Abteilung im Kultusminiſterium aufgelöſt. Am 13. Februar 1872 nahm dann die Mehrheit des preußiſchen Landtages ein Schulgeſetz an. Es lautete:

„1.) Die Aufſicht über alle öffentlichen und Privat-Unterrichts- und Erziehungsanſtalten ſteht dem Staate zu. Demgemäß handeln alle mit dieſer Aufſicht betrauten Behörden und Beamten im Auftrag des Staates.

2.) Die Ernennung der Lokal- und Kreis-Schulinſpektoren und die Abgrenzung ihrer Aufſichtsbezirke gebührt dem Staate allein. Der vom Staate den Inſpektoren der Volksſchule erteilte Auftrag iſt, ſofern ſie das Amt als Neben- oder Ehrenamt verwalten, jederzeit widerruflich."

In allen Schulen wurde deutſch als Unterrichtsſprache eingeführt. Die polniſche Sprache blieb allein für den Religionsunterricht und als Wahlfach zugelaſſen.

Nun, ſtaatliche Verfügungen können nie die innere Einſtellung von Menſchen verändern, und wenn, dann braucht es dazu lange Zeit. Die aber war Bismarck und Deutſchland nicht gegeben. Außerdem hatten ſich die Nationalpolen damals bereits viele andere Möglichkeiten geſchaffen, ihre Wühlarbeit weiter zu betreiben. Durch den Religionsunterricht behielten die Prieſter zudem die Macht über die Kinderſeelen. Da wäre eine breite Aufklärung nötig geweſen. An eine ſolche aber dachte offenbar niemand.

Die Antwort der römiſchen Kirche beſtand darin, daß ſie vor der Öffentlichkeit und vor allem vor den gläubigen Polen von einem Angriff gegen die Religion und gegen die Prieſter ſprach, ein Verfahren, wie es ſeit eh und je angewendet worden war und wird, wenn jemand dem Machtſtreben der Kirche entgegentritt. Gerade die Deutſchen ſollten das aus ihrer Geſchichte wiſſen. Aber die meiſten wiſſen es nicht, weil ſie es nicht gelernt haben, bis heute nicht. Von den wirklich geſchichtegeſtaltenden Kräften haben ſie nie etwas gehört.

Wenn das aber ſchon für die Deutſchen galt, dann erſt recht für die einfachen Menſchen im Oſten. Wenn ihre geiſtigen Führer, die Geiſtlichen, ihnen erklärten, daß ihre Religion in Gefahr wäre, und zwar in Gefahr durch die Deutſchen, und wenn Prieſter, die wegen Vergehen gegen ſtaatliche Geſetze beſtraft wurden, ihnen als religiöſe Märtyrer vorgeſtellt wurden, als Opfer deutſcher Gewalt, dann mußten ſie die Rettung ja im Polentum ſehen. Die Folge war, daß jetzt auch viele der ſtreng katholiſchen Bauern zum nationalpolitiſchen Polentum übergingen, die gleichen Bauern, deren Treue und Tapferkeit in den Kriegen von 1866 und 1870/71 Bismarck lobend anerkannt hatte. 1873 bildeten ſich erſtmalig auch polniſche Bauernvereine, die nun auch ihr wirtſchaftliches Gewicht auf die polniſche Seite der Waagſchale warfen.

## Vordringen des Polentums am Ende des 19. Jahrhunderts

Den Führern des Polentums bot sich noch eine weitere Handhabe. Sie fiel ihnen durch die politische Entwicklung in Deutschland zu. Auch die Deutschen strebten im 19. Jahrhundert nach staatlicher Einheit, das zuerst 1815 im Deutschen Bund, dann 1848 in der Nationalversammlung in Frankfurt ihren Ausdruck fand. Wie die tschechischen lehnten auch die polnischen Sprecher ihre Beteiligung ab, da sie keine Deutschen wären, ebenso wie sie der Eingliederung der Ostprovinzen in den Norddeutschen Bund widersprachen (1867). Nun war 1871 das Deutsche Reich entstanden, ein Reich der Deutschen also. Hier setzten die polnischen Führer an und erklärten, in Preußen hätten Polen leben können, denn Preußen wäre ja kein Nationalstaat gewesen, sondern ein Vielvölkerstaat. Für Deutschland gelte das aber nicht mehr. Es könnte zwar polnische Preußen geben, aber keine polnischen Deutschen. Da bestünden eben Gegensätze im Volkstum.

Wer oder was mag deutsche Geschichtsschreiber veranlassen, diese Begründung, wie geschehen, einfach zu übernehmen? Sie müssen doch wissen, daß im Laufe der Geschichte und noch im 19. Jahrhundert Tausende und Abertausende Deutsche zu Polen und umgekehrt viele Polen auch zu Deutschen geworden waren. Sie müssen doch wissen, daß die jetzt hochgespielten Gegensätze der Nationalitäten, betont von polnischer und anderer deutschfeindlicher Seite, erdichtet waren. Gewiß sind Polen keine Deutschen. Aber die Geschichte zeigt doch, daß nicht nur ein Wechsel der Staatsangehörigkeit, sondern auch der Nationalität möglich war, und dazu auf preußischer und deutscher Seite vor allem ein friedliches Zusammenleben. Warum also bei Deutschen das Verständnis für diese Art der Beweisführung?

Preußen-Deutschland hat im Laufe seiner Geschichte Menschen zahlreicher Völker aus West und Ost aufgenommen. Sie haben sich freiwillig in die Bevölkerung eingefügt (integriert). Jetzt aber war es bei vielen polnischen Einwohnern nicht mehr möglich, auch wenn ihr Glaube und ihr Volkstum unangetastet blieben. Alle Bemühungen, sie wenigstens zur Anerkennung des preußisch-deutschen Staates zu bewegen, waren vergeblich, weil einige polnische Wortführer dauernd gegen Deutschland und gegen alles Deutsche hetzten. Das konnte, ja durfte die deutsche Regierung nicht gleichgültig lassen.

Dazu kam die Beobachtung, daß sich das zahlenmäßige Verhältnis von Deutschen zu Polen seit etwa 1870 zuungunsten der Deutschen verschob. Bis dahin hatte die kulturelle und wirtschaftliche Aufbauarbeit, die ja auch den Polen zugute kam, zu einer langsamen Erhöhung des deutschen Anteils der Bevölkerung geführt, in Westpreußen auf 69 v. H., in Posen auf 35 v. H. Diese Vergleichszahlen sind nur als Anhalt zu nehmen, da damals keine Zählung nach Nationalitäten, sondern nach Konfessionen stattfand. Als Polen wurden die Katholiken, als Deutsche die Evangelischen gewertet. Schon das ist bezeichnend. Dabei standen, wie auch die Wahlen zum Reichstag zeigten, durchaus nicht alle Katholiken auf polnischer Seite.

Grundlage der Wirtschaft in Westpreußen und Posen war die Landwirtschaft. Von ihr hingen Gewerbe und Kleinindustrie ab. Großindustrie in nennenswertem Umfang gab es nicht. Um im Wettbewerb mit anderen Zulieferern der Großstädte im Westen zu bestehen, suchte die Landwirtschaft nach Mitteln, mehr und billiger zu erzeugen. Es waren, wie heute, Modernisierung und Rationalisierung, das heißt Einsatz von Maschinen und Einsparung von Kosten bei den Arbeitskräften. Größere Betriebe ersetzten deutsche Arbeiter durch billigere Wanderarbeiter aus Polen – Gastarbeiter würden wir heute sagen –, von denen auch wie heute viele im Lande blieben. Dadurch gab es, auch wie heute, für viele Deutsche keine Arbeit.

Schon ohne diese Schwierigkeiten konnten die Provinzen die stark anwachsende Bevölkerung nicht mehr aufnehmen (Geburtenrate von 46 v. T., in der Bundesrepublik heute um 10 v. T.!!) Im Zeitraum von 1840 bis 1910 verließen daher 603 000 Menschen Westpreußen und 878 000 Posen. Diese Zahlen umfaßten Deutsche, Polen und Juden, in Mehrzahl waren es allerdings Deutsche. Sie gingen in den Westen Deutschlands, vor allem ins Ruhrgebiet, aber auch ins Ausland. Die Folge war, daß der Anteil der Polen in den Ostgebieten anstieg.

Bei der fortdauernden polnischen Wühlarbeit mußte diese Entwicklung bei der preußischen Regierung Besorgnis erwecken. Bei Bismarck verstärkten sich Befürchtungen um die Sicherheit des Staates, denen er schon früher Ausdruck gegeben hatte.

„Ich habe das Gefühl, daß auf dem Gebiete unserer polnischen Provinzen der Boden uns, wenn er heute noch nicht auffällig schwankt, doch so unterhöhlt wird, daß er einbrechen kann, sobald sich auswärts eine polnisch-katholisch-österreichische Politik entwickeln kann."

Das galt ebenso für jede andere außenpolitische Verwicklung, wie sie jetzt im Westen möglich wurde. Er wußte auch, daß die Nationalpolen ihre Hoffnungen nicht auf eigene Kraft, sondern auf einen allgemeinen europäischen Krieg setzten.

„Sie (die Polen) nahmen es fast als eine Ungerechtigkeit des Schicksals hin, wenn eine Weltkrisis abgeschnitten wurde, ohne ihnen ein wirksames Mitspielen zu ermöglichen; unter diesem Gesichtspunkt sind der Krimkrieg von 1854/56, der deutsche Krieg von 1866 und der russisch-türkische Krieg von 1877/78 nur vorzeitig abgebrochene Krisen, bei denen die Polen als die geborenen Gegner einer Weltbefriedung nicht auf ihre Kosten kamen."[54])

Was das bedeutete, konnte auch kein Geheimnis sein: von polnischer Seite wurde weiter offen ein großpolnisches Reich unter Einschluß deutscher Provinzen gefordert.

Bismarck versuchte, allen diesen Gefahren entgegenzuwirken. Er wies die Behörden an, den unerlaubten Zuzug von Polen zu unterbinden und solche Leute, die sich bereits im Lande befanden und hier gegen alles Deutsche hetzten, abzuschieben (1885). Das sollen etwa 30 000 gewesen sein. Die Aufsicht über die Schulen

54) Dr. Hermann Oncken: Preußen und Polen im 19. Jahrhundert, in: Deutschland und Polen, herausgegeben von Albert Brackmann, Verlag R. Oldenbourg, München und Berlin, 1933, S. 227.

wurde verstärkt (1886). Um die Zahl der Deutschen zu erhöhen, sollten Güter aufgekauft und dort deutsche Bauern angesetzt werden. Dieser Plan brachte in 30 Jahren etwa 20 000 Deutsche in die Ostprovinzen. Ein schöner Erfolg! Aber auch das Polentum nahm den Kampf um den Boden auf. Alles in allem konnten die Vorkehrungen von deutscher Seite die Entwicklung nicht grundlegend verändern.

Wieder erhebt sich da die Frage: Wer oder was veranlaßt deutsche Geschichtsschreiber, die Polenpolitik Bismarcks mehr oder weniger offen zu mißbilligen? Sie müssen doch wissen, daß ein deutscher Reichskanzler die Aufgabe hat, für Deutschland und dessen Zukunft zu arbeiten. Und warum heißt es trotz aller Tatsachen in deutschen Geschichtsbüchern, daß es der preußische Staat gewesen wäre, der die nationalen Gegensätze „entscheidend verschärft" hätte? Sind Deutsche auch damals nur zu loben, wenn sie fremdem Wollen dienstbar waren?

Das Jahr 1890 brachte eine Schwenkung in der Polenpolitik. Aus außenpolitischen Gründen und betört von den Reden einiger polnischer Herren von Treue und Pflicht gegenüber Deutschland machte Kaiser Wilhelm II. wichtige Zugeständnisse in Verwaltung, Schule und Sprache. Diese genügten den Polen selbstverständlich nicht. Schon 1894 kamen neue Angriffe, die vom Kaiser und von Bismarck mit Gegenaufrufen beantwortet wurden (September 1894). Die deutsche Regierung mußte ihre Politik den Polen gegenüber wieder umstellen, zumal sie nicht die einzigen innenpolitischen Gegner waren. Gemeinsam mit den polnischen Abgeordneten stimmten im Reichstag das Zentrum und die Sozialdemokraten gegen alles, was der Festigung des Reiches dienen sollte. Und die national-polnischen Bestrebungen wurden von der deutschen katholischen Geistlichkeit und Presse offen unterstützt. Dazu einige Beispiele:

„Auf zahlreichen (deutschen) Katholikentagen (1891, 1892, 1893, 1899) wurde verlangt, daß der Religionsunterricht in allen Klassen und Stufen der Volksschulen in Posen und Oberschlesien in polnischer Sprache erteilt werden müßte ..."

„Es ist auffallend, daß gerade die westlichen Katholiken, besonders die Kölnische Volkszeitung, sich für die Polen einsetzten ... Das ‚Westfälische Volksblatt' hatte 1899 erklärt: ‚Jeder Katholik, der im polnischen Osten (!!) wohnt, muß mit den Polen durch dick und dünn gehen; denn nur was polnisch ist, ist richtig katholisch. Wer ein Gegner der polnischen Aspirationen (Hoffnungen, Ziele) ist, ist auch kein richtiger Katholik mehr!"[55])

Erneut wird hier der Bruch deutlich, der durch deutsche Menschen ging. Christentum stand wieder einmal gegen das Deutschtum. Diesen deutschen Katholiken im Westen war es offenbar auch gleichgültig, daß sie den deutschen Katholiken in den Ostprovinzen, die ihr Deutschtum bewahren wollten, in den Rücken fielen. Schon 1848 hatten diese dagegen protestiert, daß die deutsche römisch-katholische Geistlichkeit sie aufgefordert hatte, sich dem Polentum anzuschließen. Da handelte

55) Felix Haase: Der deutsche Katholizismus und seine Beziehungen zu Polen, aus: Brackmann, a. a. O., S. 107.

es ſich nicht um den Glauben, ſondern um Politik, jene Politik Roms gegen das Reich, wie wir ſie in den Jahrhunderten des Hochmittelalters kennengelernt haben und wie ſie ſpäter fortgeführt wurde, ſo im 30jährigen Krieg, in Kriegen gegen Preußen, zuletzt 1866 und dann 1870/71. Darüber wird an anderer Stelle zu berichten ſein.

## Entwicklung im 20. Jahrhundert

Als Polenführer traten ab 1900 Roman Dmowſki (1864–1939) (gegen Deutſchland), Joſef Pilſudſki (1867–1935) (mehr gegen Rußland) und Wojciech Korfanty (1873–1937), der in Oberſchleſien gegen das Deutſchtum wühlte, hervor.

1910 betrug der Anteil der Deutſchen in Weſtpreußen etwa 65 v. H. Aber die 35 v. H. Nichtdeutſchen, Polen und Kaſchuben, waren durchaus nicht alle nationalpolniſch eingeſtellt. In den Reichstag wurden 1912 7 deutſche und 3 polniſche Abgeordnete gewählt. – In Poſen war das Verhältnis etwa umgekehrt. Bei den Wahlen zum Reichstag 1912 entfielen aber 44 v. H. der Stimmen auf deutſche Parteien, 56 v. H. auf die polniſche Partei. – In Oberſchleſien machte ſich die gute ſoziale und kulturelle Arbeit deutſcher Behörden bemerkbar. Die Zahl polniſcher Stimmen ging zurück. 1912 betrug das Verhältnis etwa 37 v. H. polniſcher zu 63 v. H. deutſcher Stimmen.

Es kam der 1. Weltkrieg 1914/18. Schwierigkeiten von polniſcher Seite traten weder in der Heimat noch in der Armee auf. Immerhin geht es im Krieg bei Soldaten um Tod und Leben. Wenn Menſchen, die ſich ſonſt Polen nannten, ihr Leben für Deutſchland einſetzten, iſt das ein überzeugender Beweis dafür, daß ihr Polentum nicht eingewurzelt, alſo nicht natürlich war, ſondern von außen aufgepfropft. (Am Rande ſei vermerkt, daß es neben Weſtpreußen und Poſen die deutſchen Oſtprovinzen Oſtpreußen, Pommern und Schleſien waren, die als landwirtſchaftliche Überſchußgebiete im 1. Weltkrieg die Ernährung des ganzen deutſchen Volkes ſicherſtellten. 70 Jahre ſpäter, in denen die landwirtſchaftliche Erzeugung ungeheure Fortſchritte gemacht hat, und ſeit 40 Jahren unter polniſcher Herrſchaft, können ſie im Frieden offenſichtlich nicht einmal den Bedarf des kleineren polniſchen Volkes decken.)

Der Krieg brachte allen Menſchen, auch im Oſten, Leiden, Not und Tod. Von den wenigen Polenführern allerdings, unter ihnen die ſchon genannten Pilſudſki und Dmowſki, war er ſehnlichſt erwartet worden. Von Pilſudſki heißt es:

„... ſo rechnete Pilſudſki auf die einzigartige Chance eines Krieges, der die drei Teilungsmächte untereinander verfeindete. Schon im Juni 1914" (alſo ſchon vor Kriegsbeginn!) „ſah er den Ablauf des kommenden Weltkrieges klar voraus; er erklärte, daß in einem ſolchen Kriege die Mittelmächte erſt das Ruſſiſche Reich zerſchlagen würden, daß dann aber die Mittelmächte ihrerſeits von den Mächten der Entente beſiegt werden würden. Die Träger der polniſchen Staatsidee müßten ſich

also zuerst mit den Mittelmächten verbünden, um dann in der Peripetie (= entscheidende Wende) des Krieges zu den Westmächten überzugehen. In der Tat sollte sich Pilsudski während des ersten Weltkrieges dieser Prognose (= Vorhersage) anvertrauen. Der Ausbruch des Krieges brachte für ihn die Erhörung jenes Gebetes, mit dem der berühmte Dichter Mickiewicz – dessen Werk Pilsudski sonst nicht sonderlich nahestand – einst Gott um einen allgemeinen Krieg zur Befreiung der unterdrückten Polen angefleht hatte."[56])

Der Christengott ist schon um vielerlei gebeten worden, selten aber, wie hier, um einen Krieg. Erschütternd genug, daß Menschen glauben können, daß er dieses Gebet tatsächlich erhört hat – als ob es keinen anderen Weg gäbe, um ein Volk zu befreien. Es dürfte auch zu bezweifeln sein, ob sich wirklich alle, die sich Polen nannten, auf diese Weise „befreien" lassen wollten.

Wenn es zutrifft, daß Pilsudski tatsächlich schon im Juni 1914 wußte, wie der Krieg verlaufen würde, muß er außerordentlich gute Verbindungen gehabt haben. Solche Verbindungen und Beziehungen werden auch später noch deutlich. – Jedenfalls stellte er zunächst eine polnische Legion auf, mit der er auf österreichischer Seite gegen die Russen kämpfte, denn nur Blutopfer konnten seiner Ansicht nach Polen das Recht auf Unabhängigkeit schaffen. Den Wunsch der deutschen und österreichischen Heeresleitung, polnische Männer als Soldaten zu gewinnen, spielte er geschickt aus. Am 6. November 1916 wurde von Deutschland und Österreich das polnische Königreich ausgerufen. Dieser Schritt war für beide Seiten enttäuschend. Die Deutschen erhielten nicht die Zahlen polnischer Soldaten, die Polen nicht die Zugeständnisse, die sie erwartet hatten.

Im Juli 1917 ließ Pilsudski es zum offenen Bruch mit den deutschen Behörden kommen. Er tat dies, weil er wußte, daß die Peripetie, der Umschwung der Lage, inzwischen eingetreten war. Am 22. 7. 1917 wurde er als polnischer General in ehrenhafte Festungshaft genommen.

Gleichzeitig arbeiteten Vertreter des Polentums im Lager der Feindmächte. Die Hauptperson war Roman Dmowski. Er ging bei Kriegsbeginn zuerst nach Petersburg, dann, im Januar 1916, nach London. Dort nahm er Verbindung mit den Politikern der Westmächte auf. In den USA war der damals bekannte Pianist Ignaz Paderewski mit einigen Helfern tätig. Über die Berater des US-Präsidenten Wilson, den sogenannten Oberst House (er war nie Soldat gewesen) und Lansing – die persönlichen Berater haben in den USA ja stets einen bestimmenden Einfluß auf die Figur, die der Öffentlichkeit als Präsident vorgestellt wird – gelang es ihnen, Wilson, der von den Zuständen in Osteuropa keine Ahnung hatte, für die polnische Sache zu gewinnen. Es heißt auch:

„Weniger Dmowskis Verbindungen mit dem Pianisten Paderewski, wie nationaldemokratische (polnische) Darstellungen behaupten, als der Geschicklichkeit in der Behandlung des amerikanischen Präsidenten Wilson durch den in den USA

56) Hans Roos, Geschichte der Polnischen Nation 1918–1978, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, Dritte, erweiterte Auflage, 1979, S. 20.

als Privatmann lebenden Sosnowski ist es zu verdanken, daß in der Wilson-Erklärung vom Januar 1917 von einem ‚vereinigten, selbständigen und unabhängigen Polen' die Rede ist."[57]) Ohne Frage muß es sich hier um einen ganz besonderen Privatmann mit ganz besonderen Möglichkeiten des Einflusses gehandelt haben.

Die Ereignisse häuften sich: Im Februar 1917 kam es in Rußland zur „bürgerlichen Revolution". Am 15. März 1917 wurde der Zar zur Abdankung gezwungen. Am 30. März 1917 bot die russische Provisorische Regierung (Fürst Lwow) die Schaffung eines polnischen Staates an. Am 6. April 1917 erklärten die USA Deutschland den Krieg, am 7. 12. 1917 auch Österreich, nicht aber dem mit den Mittelmächten verbündeten Bulgarien und der Türkei!

Am 15. August 1917 begründete Dmowski in Lausanne, Schweiz, ein Polnisches National-Komitee – man beachte die zeitliche Übereinstimmung mit den Entscheidungen im deutsch-besetzten Polen! (s. Bruch Pilsudskis). Dieses Komitee übersiedelte bald nach Paris und wollte als polnische Exilregierung anerkannt werden. Eine wichtige Rolle spielten dabei die polnischen Truppenverbände, die in Frankreich aufgestellt worden waren. Sie sollten als Truppen der Exilregierung gelten. Aber die Westmächte verhielten sich zunächst gegenüber diesen Forderungen hinhaltend.

Im November 1917 brach in Rußland die bolschewistische Revolution aus, das Land schied aus dem Krieg aus. Um das möglichst auszugleichen, erklärte sich der britische Premierminister Lloyd George am 6. Januar 1918 für die Schaffung eines polnischen Staates. Am 8. Januar 1918 gab der US-Präsident Wilson seine 14 Punkte bekannt, die Grundlage eines Friedens sein sollten. Auch hier wurde Gründung eines polnischen Staates mit einem freien und gesicherten Zugang zum Meer gefordert. Diesem Polen sollten alle Gebiete mit „unbestritten polnischen Bevölkerungen" angehören. In den Geschichtsbüchern heißt es dazu, Wilson habe nicht gewußt, wie es in Osteuropa aussah. Sonst hätte er eine solche Bestimmung, die bei den gemischten Siedlungsverhältnissen zu Verwicklungen führen mußte, nicht getroffen. Das mit der Dummheit des Präsidenten dürfte auch hier eine Schutzbehauptung oder eine Ablenkung anderer Stellen sein, denn ein Präsident gibt derart wichtige Erklärungen nicht über Nacht und nicht aus eigener Machtvollkommenheit heraus, sondern nach eingehender Beratung. Die Verantwortlichen sind auch hier unter den Beratern zu suchen.

In Polen spitzte sich die Lage zu. Eine Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden gab es nicht mehr. Ein Teil der polnischen Legion wechselte unter Führung des österreichischen Oberst Josef Haller in der Nacht vom 15. zum 16. Februar 1918 die Front und ging zu den polnischen Verbänden über, die auf der russischen Seite standen. Von dort gelangte Haller über Murmansk nach Frankreich, wo er die Führung des polnischen Korps übernahm (August 1918). Jetzt

57) Harald Laeuen: Polnische Tragödie, Steingruben-Verlag, Stuttgart, 1955, S. 278.

wurde das polnische Komitee als Regierung und wurden alle polnischen Truppen, auch die in Rußland gegen die Bolschewisten kämpfenden, als unter dieser Regierung stehende verbündete Armee anerkannt. Jetzt konnte auch Dmowski als Regierungschef von gleich zu gleich mit den Regierungen der Westmächte verhandeln und seine Wünsche äußern. Es waren die altbekannten Ansprüche auf ein Polen im Rahmen des früheren Jagellonen-Reiches einschließlich Posen, Westpreußen, Teilen Ostpreußens, Pommerns, Oberschlesiens und weiten Gebieten im Osten. Als Begründung dienten falsche geschichtliche Angaben, falsche Karten und falsche Bevölkerungszahlen.

Bei den Polen lief also alles nach dem gleichen Verfahren, das wir schon bei den Tschechen kennengelernt haben. Der Plan war wohl „höheren Orts" ausgedacht worden.

## Lage der Deutschen nach dem 1. Weltkrieg

Nach dem inneren Zusammenbruch Deutschlands am 9. November 1918 begann es in den Ostprovinzen unruhig zu werden. Jetzt konnten die polnischen Vorkämpfer wieder Gefolgschaft finden. Jetzt aber zeigten sie auch, wie sie sich eine Auseinandersetzung der Nationalitäten im Osten vorstellten, nämlich mit Unterdrückung, Gewalt und Mord. So jedenfalls gingen sie in den Ostgebieten gegen die Deutschen vor.

Die Versuche, sogleich Westpreußen zu besetzen, schlugen allerdings fehl. Hier wurde südlich von Bromberg, Thorn und der Netze eine deutsche Abwehrfront aufgebaut. In Posen gelang es den Polen, zunächst in Zusammenarbeit mit den Arbeiter- und Soldatenräten, die Übernahme des Landes vorzubereiten. Ende Dezember 1918 führten sie einen blutigen Aufstand durch. Bis auf einen kleinen Streifen im Westen, der rein deutsch war, wurde das Land besetzt. In Oberschlesien war Korfanty tätig. Er forderte weite Teile Schlesiens für Polen. In Schlesien wie in ganz Deutschland erhob sich allgemeiner Widerstand, als bekannt wurde, daß ganz Oberschlesien an Polen abgetreten werden sollte. Im Juni 1919 fielen Freischärlerbanden aus Polen ein, die aber schnell wieder verjagt wurden.

In Paris tagte inzwischen die Friedenskonferenz. Genau gesehen war es jedoch eine Konferenz der Sieger, die dort ihre Bedingungen für die Besiegten absprachen. Dort meldeten auch die polnischen „Sieger" ihre Ansprüche an. Sie wurden von Frankreich, das heißt von Clemenceau, vorbehaltlos unterstützt, denn wie stets wollte Frankreich ein starkes Polen im Osten. Bei England und den USA stieß Polen auf Widerspruch. Präsident Wilson ließ sich erst in Paris durch seinen Berater Professor Lord, einen wütenden Deutschenfeind (welche Gründe mag er gehabt haben?), umstimmen. Lloyd George blieb bei seiner Ablehnung. Begründung:

„Der Vorschlag der polnischen Kommission, daß wir 2 100 000 Deutsche der Autorität eines Volkes mit einer anderen Religion unterstellen sollen, eines Volkes, das im Laufe der Geschichte niemals gezeigt hat, daß es sich zu regieren versteht, dieser Vorschlag würde uns früher oder später zu einem neuen Kriege im Osten Europas führen." (Gause, a. a. O., S. 263/264.)

Das wußten im übrigen auch die Franzosen. Ja, aus Äußerungen ist bekannt, daß sie diese Regelung gerade deshalb getroffen hatten, um für die Zukunft Verwicklungen zu schaffen. Aber Lloyd George wußte natürlich auch, daß er mit seiner Warnung nicht durchkommen würde. So konnte alles nach Plan laufen.

Am 28. Juli (Tag des Kriegsbeginns 1914) 1919 wurde der Versailler ‚Friedensvertrag' unterzeichnet – die Unterschrift der deutschen Abordnung wurde durch Erpressung erzwungen. Er trat am 10. Januar 1920 in Kraft. Für die Deutschen im Osten brachte er schwere Zeiten. Dennoch bekannten sie sich trotz der schwierigen Lage, in der sich Deutschland befand, überall, wo es möglich war, zum Deutschtum – und mit ihnen zahlreiche polnisch, kaschubisch, masurisch oder „wasserpolnisch" sprechende Menschen.

Entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Menschen, das vorher von den Siegermächten so laut verkündet worden war, sollten fast die ganze Provinz Posen und der weitaus überwiegende Teil Westpreußens ohne Abstimmung an Polen abgetreten werden. In denjenigen kleinen Bezirken West- und Ostpreußens, wo die Menschen befragt wurden, gaben sie am 11. Juli 1920 ihre Stimmen wie folgt ab: In Ostpreußen (Ermland, Masuren) 97,8 v. H. für Deutschland, 2,2 v.H. für Polen, in Westpreußen (Marienwerder) 92,5 v. H. für Deutschland, 7,5 v. H. für Polen. (Die Polen hatten von einer riesigen Zahl zu „befreiender" oder zu „erlösender" Litauer und Masuren gefaselt.) Nach dem Verhältnis von Deutschen zu Polen in ganz Westpreußen und auch nach der Einstellung der Kaschuben und sogar vieler Polen ist es sicher, daß auch diese Provinz sich bei einer Abstimmung mehrheitlich für den Verbleib bei Deutschland entschieden hätte. Eine „kochende polnische Volksseele" ist erst nach der Besetzung im Januar 1920 durch Hetze und Versprechungen über mühelose Bereicherung an deutschem Besitz erreicht worden.

„Diese Weckung und Vertiefung geschah am nachträglichsten durch die Agitation der Geistlichkeit. War sie schon das Rückgrat des Widerstandes zu preußischer Zeit gewesen, so wurde sie jetzt die Quelle, aus der die ständige Verhetzung der breiteren polnischen Volksmassen gegen die Deutschen Nahrung zog." Beispiel: Der Pfarrer in Adelnau am 26. 8. 1920 in einer Ansprache: „Alle Deutschen, die sich in Polen befinden, müssen aufgehängt werden."[58])

Westpreußen hatte seit 1772, Posen seit 1815 zu Preußen gehört. Obwohl beiderseits der Grenze zwischen Preußen und Polen die gleichen Menschen gelebt hatten, war die wirtschaftliche Entwicklung ganz unterschiedlich gewesen. Das lag

58) Hermann Rauschning: Die Entdeutschung Posens und Westpreußens, Verlag Reimar Hobbing, Berlin, 1930, S. 55.

alſo nicht an den Menſchen, ſondern an den äußeren Bedingungen und an der Verwaltung. In Preußen war die Wirtſchaft weit mehr gefördert worden, zum Nutzen der Menſchen. Das wird an nachſtehenden Beiſpielen deutlich:

„1921 entfielen durchſchnittlich auf 100 landwirtſchaftliche Betriebe in Poſen/Weſtpreußen 465 Gebäude, in Kongreßpolen nur 182. Außerhalb der Städte waren in Poſen/Weſtpreußen 71 % der Gebäude gemauert, in Kongreßpolen nur 11,5 %. Hartgedeckte Häuſer gab es weſtlich der Grenze 75 %, öſtlich 9,5 %. 1913 entfielen in Poſen/ Weſtpreußen auf 1000 qkm 93,6 km Eiſenbahn, in Kongreßpolen 25,5, das heißt, die Eiſenbahnentfernung eines Ortes war hier durchſchnittlich faſt viermal ſo groß. Die Ernteerträge je Hektar an Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben lagen vor dem 1. Weltkrieg 50 bis 90 % über denen in Kongreßpolen."[59])

Es war nicht zu erwarten, daß ſich die Zuſtände in Polen jetzt denen in Poſen/Weſtpreußen angleichen würden, eher umgekehrt. Niemand wird alſo behaupten können, daß die unrechtmäßige Übergabe Weſtpreußens an Polen, eine rein politiſche Zwangsmaßnahme der Sieger, den Menſchen einen Vorteil bringen konnte. Im Gegenteil!

„Die preußiſche Koloniſation bedeutete eine Förderung der allgemeinen Wirtſchaft des Gebietes, ſie war eine Maßnahme ſtaatlicher Fürſorge, die auch dem anderen Bevölkerungsteil neben dem deutſchen zugute kam. Sie baut auf, ohne den polniſchen Beſitz zu zerſtören. Die polniſchen ſtaatlichen Methoden, in den Kampf um den Boden regulierend einzugreifen, ſind von Anfang bis zum Ende deſtruktive Maßnahmen, ſie zerſtören, vernichten blühende Wirtſchaftsbetriebe, nur um zu entdeutſchen." (Rauſchning, a. a. O., S. 276.)

In **Oberſchleſien** ſollte ebenfalls eine Abſtimmung erfolgen. Da die Polen entgegen ihren Behauptungen keineswegs ſicher waren, wie das Ergebnis ausfallen würde, griffen ſie zur Gewalt. Um vollendete Tatſachen zu ſchaffen und die Bevölkerung unter Druck zu ſetzen, drangen im Auguſt 1920 polniſche Banden in Stärke von 40–50 000 Mann in Oberſchleſien ein. Sie errichteten eine Schreckensherrſchaft, gegen die von den Beſatzungsmächten, die für Ruhe ſorgen ſollten, nichts Entſcheidendes unternommen wurde, beſonders in den franzöſiſch beſetzten Teilen. Deutſcher Selbſtſchutz und deutſche Polizei mußten das Land räumen. Dennoch:

„Bei hoher Wahlbeteiligung (97 %) ſtimmen am 20. März 1921 nach dem offiziellen Bericht der IK (Interalliierte Kommiſſion) 707 554 oder 59,6 % für das Verbleiben bei Deutſchland und 478 820 oder 40,36 % für den Anſchluß an Polen. Unter den für Deutſchland abgegebenen Stimmen befinden ſich auch 42 % der oberſchleſiſchen ‚Waſſerpolacken'." (Territ.-Ploetz, S. 237.)

Die Haltung der „Waſſerpolacken" iſt unter den damaligen Umſtänden zu bewundern. Sie iſt auch ein Beweis für die Haltloſigkeit der polniſchen Anſprüche.

59) Walter Kuhn: Die geſchichtliche Stellung des Warthe- und Weichſeldeutſchtums im Wandel der Zeiten, aus: Wir von der Weichſel und Warthe, a. a. O., S. 31.

Erbost über dieses Ergebnis verstärkten die Polen ihren Terror im Lande. Von Polen aus rückte Anfang Mai 1921 ein richtiges Heer von 40–50 000 Mann unter Führung von Korfanty unter unglaublichen Grausamkeiten in Oberschlesien ein und besetzte einen großen Teil des Landes. Vergeblich warfen sich ihm italienische Truppenteile entgegen. Ausnahmezustand wurde verhängt. Die Franzosen benutzten ihn, um ein Eingreifen deutscher Verbände zu verbieten. Die Briten dagegen duldeten, daß sich deutsche Truppenteile und Freikorps sammeln konnten. Unter Führung von General Hoefer erstürmten sie am 22. Mai 1921 den Anna-Berg, befreiten 28 Dörfer und entsetzten deutsche Städte. Um weitere Erfolge der Deutschen zu verhindern, griff die IK ein. Sie erreichte einen Waffenstillstand und Räumung Oberschlesiens durch die Streitkräfte beider Seiten. Die Gewalttaten gegen Deutsche hörten aber nicht auf.

Den Westmächten gefiel das Abstimmungsergebnis auch nicht. Nach ihm hätte ganz Oberschlesien, allenfalls ohne einige Grenzkreise, bei Deutschland bleiben müssen. Die Absichten gingen aber auf eine entscheidende Schwächung Deutschlands und eine Stärkung Polens. Um die Verantwortung dafür zu verschleiern, wurde ein Spiel eingeleitet, wie es in solchen Fällen üblich ist: die Verweisung an Ausschüsse und Gutachter. Zum Schluß wurde dem Völkerbund die Entscheidung zugeschoben, und siehe da, sie fiel wie gewünscht aus. Am 20. 10. 1921 wurde Deutschland und Polen die neue Grenze durch Oberschlesien mitgeteilt. Es war keine Grenze der Nationalitäten, konnte es hier auch ebensowenig sein, wie in den anderen Ostprovinzen, sondern eine politische Grenze. Aber sie war so geführt, daß 75 v. H. der oberschlesischen Schwerindustrie (Kohle und Stahl) an Polen fielen, dabei Städte wie Kattowitz mit 87 v. H. deutscher Stimmen, Bismarckhütte, Königshütte, Laurahütte, Tarnowitz.

Die Mißachtung des vorher verkündeten Selbstbestimmungsrechtes, also des Willens der Menschen, wurde hier wie in den anderen zu Polen geschlagenen Gebieten mit dem Mantel des Minderheitenschutzes bedeckt. Die polnischen Vertreter in Paris hatten am 28. 6. 1919, einen Monat vor Unterzeichnung des Versailler Vertrages, einen Vertrag unterschreiben müssen, in dem sich Polen dazu verpflichtete,

„allen Einwohnern den ganzen und vollständigen Schutz ihres Lebens und ihrer Freiheit zukommen zu lassen ohne Unterschied der Geburt, der Nationalität, der Sprache, der Rasse oder der Religion".

„Eine solche feierliche und dauernde Übernahme der Verpflichtung zum Schutze der nationalen Minderheiten bildete die Voraussetzung für die Anerkennung des neues Staates." (Das östliche Deutschland, a. a. O., S. 432.)

Gleiches haben wir bereits bei der Bildung der Tschecho-Slowakei gesehen. In Polen wurden diese Bedingungen als Einschränkung der Souveränität betrachtet.

„Das polnische Parlament erhob gegen das Gesamtwerk der Friedens- und Minderheitenschutzverträge nur deshalb keine Einwände, weil es die Anerkennung

Polens als Staat nicht gefährden wollte. Miniſter Glabinſki ſtellte feſt, ‚daß der Vertrag für das ‚ſiegreiche' Polen eigentlich ein ‚Diktat' war, ſo wie für das beſiegte und zur Annahme der Friedensbedingungen gezwungene Deutſchland'."[60])

Jedenfalls hatten die Polen, auch wenn ſie ſich in ihrem Siegerſtolz gekränkt fühlten, den Schutz der Minderheiten völkerrechtlich zugeſichert. Der Vertrag, der im übrigen für alle Minderheiten galt, auch für die Juden, ſtand über der eigenen Verfaſſung und war unkündbar.

Doch was bedeuteten den Polen Verſprechungen, was Verträge! Alle Welt ſah bald, daß die Taten ihnen nicht entſprachen. Und die Deutſchen in den polniſch gewordenen Gebieten ſpürten es am eigenen Leibe. Schon als ſie Ende 1918 im Raum Poſen die Schrecken polniſcher Herrſchaft erfahren hatten und als Tauſende verhaftet und in die Lager Szczypiorno und Stralkowo – die erſten Konzentrationslager in Europa, abgeſehen von denen in der Sowjetunion! – gebracht worden waren, ſetzte die Flucht aus Stadt und Land Poſen ein. Dieſer Auszug genügte den Polen aber nicht.

Im Oktober 1919 erklärte Stanislaus Grabski, ſpäter Kultusminiſter, auf einer Verſammlung in Poſen:

„Wir wollen unſere Beziehungen auf die Liebe ſtützen, aber es gibt eine andere Liebe für die Landsleute und eine andere für die Fremden. Ihr Prozentſatz bei uns iſt entſchieden zu groß. Poſen kann uns einen Weg weiſen, in welcher Weiſe der Prozentſatz von 14 oder ſogar 20 v. H. auf 1,5 v. H. gebracht werden kann. Das fremde Element wird ſich umſehen müſſen, ob es ſich anderswo beſſer befindet. Das polniſche Land ausſchließlich für die Polen."[61])

Die Fremden, das waren neben den Juden vor allem die Deutſchen, und der Weg, den Poſen gewieſen hatte, war der der Gewalt. Die Deutſchen ſollten verſchwinden. Das galt auch für Oſt-Oberſchleſien und für Weſtpreußen. Verträge, Recht und Geſetz wurden für Deutſche außer Kraft geſetzt. Vertreter von Behörden, Prieſter und Zeitungen hetzten zu Gewalttaten auf, Ausweiſungen erfolgten. So ging die Zahl der Deutſchen in den nächſten Jahren erheblich zurück.

## Zahlen der Deutſchen in Polen

In **Poſen** und **Pommerellen** lebten 1918 1 164 000 Deutſche. Bis 1926 verminderte ſich die Zahl um 70 v. H., und zwar bei der ländlichen Bevölkerung um

60) Hans Roos, Geſchichte der Polniſchen Nation 1918–1978, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, 3. erweiterte Auflage, 1979, S. 61.

61) Hermann Rauſchning: Die Entdeutſchung Poſens und Weſtpreußens, Verlag Reimar Hobbing, Berlin, 1930, S. 45, aus: Friedrich Swart/Richart Breyer: Die deutſche Volksgruppe im polniſchen Staat, in: Das öſtliche Deutſchland, Holzner-Verlag, Würzburg, 1959, S. 497. Kennzeichnend für die Behandlung dieſer Fragen in der Bundesrepublik iſt, daß das Buch von Rauſchning ſchwer aufzutreiben iſt. Er hat die polniſchen Maßnahmen zur Entdeutſchung nämlich gründlich belegt.

55 v. H., bei der ſtädtiſchen um 85 v. H. In Weſtpreußen wurden die vordem deutſchen Städte jetzt polniſch. Im Jahre 1931 wurden noch 330 000 Deutſche gezählt. Soviel etwa blieben es bis 1939.

Im polniſchen **Oberſchleſien** war das Volkstum ſchwer zu beſtimmen. Bis 1922, ſo lange die Induſtrie unter deutſcher Leitung ſtand, waren 60 v. H. der Arbeiter und 90 v. H. der Angeſtellten deutſch. Das Verhältnis verſchob ſich verſtändlicherweiſe, als die Werke von Polen übernommen wurden. 117 000 verließen bis 1925 das Land. Trotz dieſer Abwanderung und trotz des Einfluſſes der katholiſchen Prieſter ſtiegen die deutſchen Stimmen bei ſpäteren Wahlen an, bis das Deutſchtum ab 1930 durch Druck gegen die Deutſchen völlig mundtot gemacht wurde. Je nach Art der Zählung ſollen dann noch 180 000 bis 300 000 Deutſche vorhanden geweſen ſein.

Außer in Oſtoberſchleſien und in Poſen/Weſtpreußen lebten aber noch viele andere Deutſche in Polen, und zwar jenſeits der früheren deutſch-ruſſiſchen Grenze.

Im Raum **Bielitz**, ehemals Öſterreichiſch-Schleſien, befanden ſich 40–50 000 Deutſche. Dieſer Raum war ſeit dem 14. Jahrhundert von Deutſchen beſiedelt.

In **Mittelpolen** gab es rund 360 000 Deutſche, meiſt evangeliſche Bauern, die von Poſen und Weſtpreußen aus weitergewandert waren. Der Schwerpunkt dieſes Deutſchtums lag in der Stadt Lodz mit rund 60 000 Deutſchen.

In **Wolhynien** waren die ſeit 1860 durch Binnenwanderung entſtandenen etwa 400 Bauernſiedlungen kräftig gewachſen. Sie hatten im Krieg zwar ſchwer gelitten, umfaßten aber immer noch rund 60 000 Menſchen.

In **Galizien**, früher öſterreichiſch, waren die mittelalterlichen deutſchen Siedlungen im Polentum aufgegangen. Aus der Neuzuwanderung Ende des 18. Jahrhunderts lebten dort etwa 60 000 Deutſche, meiſt Bauern, teils evangeliſch, teils katholiſch, mit Schwerpunkt in Lemberg und Stanislau.[62])

Insgeſamt gab es alſo ab 1931 in Polen mindeſtens eine Million Deutſche (die Polen zählten 741 000), die wahrlich keine Gefahr für den polniſchen Staat ſein konnten – und auch nicht ſein wollten. Sie wollten nur ihr Deutſchtum bewahren. Gerade das aber ſollte nach dem Willen der Polen ausgemerzt werden. Vertreibung oder Poloniſierung, das waren ihre Ziele. Und die Mittel waren willkürliche Rechtsauslegung, Rechtsbeſchränkung, Rechtsverſchleppung, Rechtsverweigerung ſowie Mißachtung von nationalen und internationalen Geſetzen, Verpflichtungen und Verträgen. Die Einzelheiten der polniſchen Willkür- und Gewaltmaßnahmen müßten an ſich ausführlich behandelt werden, ſchon weil darüber in deutſchen Geſchichtsbüchern nichts zu finden iſt. Dafür werden wie immer die deutſchen Untaten während des 2. Weltkrieges betont, ohne darauf zu verweiſen, daß die Vorgeſchichte in der Behandlung der Deutſchen bis 1939 liegt. Doch der Rahmen dieſer Unterſuchung erlaubt nur einige Hinweiſe.

62) Näheres bei: Friedrich Swart/Richard Breyer, Die deutſche Volksgruppe im polniſchen Staat, in: Das öſtliche Deutſchland, a. a. O., S. 477 ff.

## Verschärfte Polonisierung

Ein wichtiges Mittel zur Entdeutschung im Inneren bot das **Schulwesen.** Hierzu lediglich die allgemeine Feststellung:

„In ganz Polen fiel die Zahl der staatlichen deutschen Schulen und ihrer Schüler von 1550 Schulen mit 193 214 Schülern im Jahre 1923 auf 768 Schulen mit 62 700 Schülern im Jahre 1930 und 490 Schulen mit 55 000 Schülern im Jahre 1935. Im Jahre 1937 hatten nur 47 v. H. aller deutschen Kinder in Polen einen teilweise völlig ungenügenden Deutschunterricht, wogegen 53 v. H. ohne jeglichen muttersprachlichen Unterricht heranwuchsen." (Swart/Breyer, a. a. O., S. 491.)

Die privaten deutschen Schulen wurden derart behindert, daß sie sich nicht halten konnten. Die Polonisierung der Kinder lief aber nicht nur über die Sprache, sie erhielten auch ein ganz falsches und deutschfeindliches Geschichtsbild.

Den **evangelischen Kirchen** wurden eine polnische Leitung und Verwaltung aufgezwungen, die aus einer „volkstumserhaltenden eine polonisierende" Einrichtung machte. Evangelische Pastoren waren Überfällen und Mißhandlungen ausgesetzt, den evangelischen Gemeinden gehörende Gebäude, auch Kirchen, wurden beschlagnahmt.

Sogar die **katholischen Gemeinden** wurden, sofern sie deutsch waren, durch polnische Eingriffe geschädigt. Ihnen wurden Kirchen weggenommen und an polnische Katholiken übergeben. Der Haß gerade gegen die deutschen Katholiken gründete sich darauf, daß sie gemäß dem Wahlspruch, richtige Katholiken hätten Polen zu sein, als Verräter an der Religion sowie am Polentum angeprangert wurden.

Im **Kampf um Grund und Boden** erließ die polnische Regierung Gesetze, mit denen deutsche Bauern und Gutsherren entweder gleich enteignet werden konnten, oder die sie unter so schwierige wirtschaftliche Bedingungen stellten, daß sie ihren Besitz aufgeben mußten. Da sie anderswo weder Wohnung noch Arbeit finden konnten, waren sie zum Verlassen des Landes gezwungen.

Deutsche Ärzte erhielten keine Erlaubnis zur Kassenpraxis, deutsche **Freiberufler** und **Handwerker** keine Aufträge. Deutsche **Betriebe** wurden boykottiert. Deutschen **Arbeitern und Angestellten** wurde ein Leben in Polen erschwert, ja unmöglich gemacht, weil sie keine Arbeit bekamen, besonders dann nicht, wenn sie deutschen Verbänden angehörten oder ihre Kinder in deutsche Schulen schickten.

„Im November 1936 waren von den 24jährigen Deutschen in Ost-Oberschlesien 16,6 v. H. noch nie berufstätig gewesen, von den 18jährigen waren es 50 v. H. und von den 16jährigen hatten 86,5 v. H. noch nie eine Lehrstelle besessen noch waren sie sonstwie in Arbeit gewesen ... Hier liegen jedenfalls die Ursachen für die Tatsache, daß deutsche Arbeiter der Volksgruppe vor der Not nach Deutschland flohen, um dann zum Teil als Angehörige eines Freikorps im September 1939 mit der Waffe in der Hand wieder zurückzukehren." (Swart/Breyer, a. a. O., S. 501.)

Die Deutſchen in Polen hatten das Recht, ſich in Verbänden, Vereinen aller Art und in Genoſſenſchaften zuſammenzuſchließen, und ſie nahmen es wahr. Die deutſche Volksgruppe war auch in einer politiſchen Partei durch Abgeordnete vertreten. Willkürliche Eingriffe und Verbote behinderten die Arbeit in allen ſolchen Gruppen. Verſchiedene Machenſchaften der Regierung hatten den Zweck, die Zahl der deutſchen Abgeordneten ſtetig zurückzuſchrauben, bis 1935 eine Wahl völlig unmöglich gemacht wurde. Bis dahin hatten die Deutſchen im Parlament die menſchen- und völkerrechtswidrigen Maßnahmen immer wieder angeprangert, von 1922 bis 1928 245 mal, wobei nur 27 mal überhaupt eine Antwort erfolgte. Sie mußten erkennen, daß ſie in Polen kein Gehör fanden. Sie wandten ſich nach außen, an die deutſche Regierung, an den Völkerbund ſowie an den Haager Gerichtshof. In ſolchen Schritten ſahen die Polen Beweiſe für eine polenfeindliche Einſtellung, ja des Landesverrats, und dementſprechend gingen ſie gegen die Antragſteller vor. Der Einſatz dieſer Deutſchen für ihr Volkstum verdient nicht Vergeſſen, ſondern höchſte Anerkennung.

Im übrigen hatte auch das wiederholte Drängen der deutſchen Regierung auf Einhaltung der Beſtimmungen des Minderheitenſchutzes keinen Erfolg. Auch vom Völkerbund hatten die Deutſchen nichts zu erwarten. Die Einſtellung der dort maßgeblichen Weſtmächte wird deutlich, wenn man lieſt:

„Nicht weniger als 338 Beſchwerden von 19 Nationalitäten wurden bis 1930 vom Völkerbund behandelt und nur zehn davon wirklich entſchieden." (Gauſe, a. a. O., S. 277.)

## Entwicklung ab 1933

Die Lage der Deutſchen in Polen änderte ſich auch nicht, als 1933 Hitler in Deutſchland an die Macht kam. Da Pilſudſki, ſeit 1926 Diktator in Polen, keinen Verbündeten (Frankreich) fand, der zuſammen mit Polen einen Krieg gegen Deutſchland führen wollte – er wurde von führenden polniſchen Stellen ſchon öfter (1921, 1923, 1930, 1931) erwogen, weil ſie mit den Grenzen noch nicht zufrieden waren –, ſchloß er mit Hitler am 26. 1. 1934 einen Nichtangriffspakt ab. Die Hoffnung der Deutſchen in Polen, daß ſich damit auch für ſie etwas beſſern würde, erfüllte ſich jedoch nicht. Die polniſche Regierung kündigte am 13. 9. 1934 ſogar in Genf die Minderheitenſchutzverträge und ſetzte die Entdeutſchung in aller Härte fort. Im übrigen wurden die ſtarken Minderheiten im Oſten Polens, die Ukrainer, die Weißruſſen und Litauer, noch ſchlechter behandelt. Hier kam es ſogar zu gewaltſamen Erhebungen, die blutig unterdrückt wurden. Auch die inneren Zuſtände in Polen, beſonders nach dem Tode Pilſudſkis im Jahre 1935, erinnern an die Zeiten vor 1772.

Hitler hingegen brauchte und ſuchte die Entſpannung mit Polen, wahrſcheinlich auch wegen ſeiner Pläne gegen die Sowjetunion. In der deutſchen Preſſe durften

die polnischen Übergriffe, Rechtsbrüche, Plünderungen und Morde nicht einmal erwähnt werden. Die Versuche, durch persönliche Vorsprachen des deutschen Botschafters in Warschau Einfluß zu nehmen, schlugen fehl.

Die Nachfolger Pilsudskis, von denen als wichtigste der Außenminister Josef Beck (1932–1939) und der General und Oberbefehlshaber der polnischen Armee Edward Rydz-Smigly zu nennen sind, führten die amtlich und äußerlich freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland weiter. Aber Verhandlungen über ein Abkommen über die Behandlung der beiderseitigen Minderheiten wurden von polnischer Seite jahrelang hingezogen und brachten am Ende keine Besserung. So blieb das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen unsicher, ja gespannt, zumal die deutsche Volksgruppe mit der Erstarkung des deutschen Reiches größeres Selbstgefühl gewann. Die Leiden der Deutschen in Polen mußten alle Deutschen immer wieder auf die unversöhnliche Einstellung der Polen und in Folge auf die ungerechten Zwangsbestimmungen des Versailler Friedens-Diktats stoßen. Hitler konnte, wenn er hier etwas unternehmen wollte – friedlich, wenn auch mit Nachdruck –, nicht nur mit der Zustimmung der Deutschen rechnen. Er konnte auch auf das Recht pochen, ein Recht, das die Sieger selbst verkündet hatten.

Angesichts der Entwicklung der Lage in Mitteleuropa erscheint das Verhalten der polnischen Regierung unverständlich, jedenfalls dann, wenn sie die Zukunft ihres Volkes bedachte. Polen lag nun einmal zwischen den Großmächten Sowjetunion und Deutschland, seit 1938 Großdeutschland. Bei den gefährlichen Spannungen, die sich zunehmend in Europa aufbauten, konnte Polen nur bestehen, wenn es sich wie unter Pilsudski zu beiden streng neutral verhielt, wenn es nach keiner Seite Anlaß zu berechtigten Klagen bot – oder wenn es sich mit einem der beiden Nachbarn verbündete. Stattdessen handelte die polnische Führung so, als ob sie mit Blindheit und gleichzeitig mit Größenwahn geschlagen worden wäre, was für die wenigen maßgebenden Leute natürlich eine zu einfache Erklärung wäre.

## Deutsch-polnische Spannungen

Am 24. Oktober 1938 stellte Hitler die polnische Regierung vor eine Entscheidung. Er schlug die Rückkehr des deutschen Freistaates Danzig zum Reich und eine exterritoriale, also außerhalb der Staatsgewalt Polens stehende Landverbindung mit Autobahn und Eisenbahn nach Ostpreußen vor. Dafür sollte Polen in Danzig einen Freihafen mit ebenfalls exterritorialem Zugang und Absatzgarantie für seine Waren im Danziger Gebiet erhalten. Außerdem sollte der Nichtangriffspakt auf 10 bis 25 Jahre verlängert und sollten die gemeinsamen Grenzen anerkannt werden. Hitler meinte, er wäre der einzige deutsche Staatsmann, der das anbieten könnte. Und in der Tat hatte keine deutsche Regierung bisher gewagt, die Anerkennung des „polnischen Korridors" auszusprechen. Nur hatte auch keine

Regierung etwas für seine Beseitigung getan. Gewiß wäre Polen mit der Annahme dieser Vorschläge in eine Abhängigkeit von Deutschland geraten, aber doch erhalten geblieben.

Die polnische Regierung hielt die Angelegenheit zunächst in der Schwebe, ließ aber schon im Januar 1939 Ablehnung erkennen. Es war schon merkwürdig, dabei ausgerechnet Danzig zum Kriegsfall zu machen, denn Danzig gehörte ja nicht zu Polen, und Polen hätte mit einer Rückkehr zu Deutschland nichts von seinem Land preisgegeben. Auch über die Frage der Landverbindung nach Ostpreußen gab es keine Einigung. Am 21. 3. 1939 drängte der deutsche Außenminister v. Ribbentrop darauf, die Verhandlungen neu aufzunehmen. Die Antwort Polens bestand darin, daß es am 23. 3. eine Teilmobilmachung befahl.

Am 25. 3. 1939 ließ Beck über seinen Botschafter in Berlin die deutschen Vorschläge ablehnen. Er hatte bereits ein englisches Bündnisangebot vorliegen, wollte aber die Sowjetunion nicht beteiligt sehen. Hinter England stand US-Präsident Roosevelt.

Am 26. 3. berichtete die deutsche Presse erstmalig wieder über Ausschreitungen gegen Deutsche in Polen.

Am 27. 3. 1939 teilte der englische Außenminister Halifax seinem Botschafter in Warschau mit, daß England ein eigenes Angebot an Polen beabsichtige.

Am 30. 3. 1939 übermittelte der englische Botschafter in Warschau das englische einseitige Hilfsangebot an Beck, und dieser nahm es an „in weniger Zeit, als man brauche, um eine Zigarette abzustäuben", wie er später sagte.

Am 31. 3. 1939 verkündete der englische Premierminister Chamberlain das englische Angebot an Polen vor dem Unterhaus, also vor der Weltöffentlichkeit. Dieses war die bekannte „Garantieerklärung", die nicht nur von deutscher Seite als „Blankoscheck" und als erstaunlich, einmalig und entgegen jeder diplomatischen Übung angesehen wurde. Denn damit „ging die Kontrolle über die englische Außenpolitik von Whitehall auf Warschau über".[63]

Eine ganze Reihe von nüchternen polnischen Politikern, unter ihnen die Botschafter in Paris und London, war entsetzt über diesen Gang der Entwicklung. In der Tat, die Polen brauchten Hitler gewiß nicht zu trauen, aber auf England zu bauen, war auch nicht angebracht, denn es mußte jedem klar sein, daß von dort keine Hilfe kommen konnte – und wie sich später herausstellte, auch gar nicht beabsichtigt war. Nur wäre es falsch, diese Politik, wie geschehen, als dumm zu bezeichnen. Es war vielmehr eine ganz bewußte Lenkung einiger weniger Leute, eine Lenkung zur Katastrophe. Dumm kann man höchstens Hitler nennen, der gar nicht merkte, daß sein gefährliches Spiel zu Ende ging.

Auf jeden Fall hatte England den entscheidenden Männern in Polen freie Hand gegeben. Und was diese wollten, mußte hinlänglich bekannt sein: Krieg. Sie glaubten oder taten so, als ob sie glaubten, daß Deutschland von innen her zerfallen

63) David Irving, Hitlers Weg zum Krieg, 1933–1939, Wilhelm Heine-Verlag, München, 1978, S. 358.

würde und daß ein raſcher Sieg Polens mit reichem Landgewinn kommen würde. Solche Karten wurden bereits veröffentlicht. Und da die wenigen entſcheidenden Männer in England das alles auch wußten, ergibt ſich, daß auch ſie den Krieg nicht ſcheuten. Bezeichnend für die Einſtellung der polniſchen Führung iſt, daß ſie ein Bündnis mit der Sowjetunion rundweg ablehnte, dasjenige Bündnis alſo, das bei Hitler jeden Gedanken an Krieg gegen Polen beſeitigen mußte. Allerdings wäre Polen damit in Abhängigkeit von Rußland geraten, denn die ſowjetiſche Führung hatte ebenfalls Forderungen geſtellt. Beck wählte weder Deutſchland noch Rußland, ſondern die Vernichtung.

Am 3. 4. 1939 gab Hitler den Befehl an den Generalſtab, für die Zeit nach dem 1. September 1939 einen Krieg gegen Polen zu bearbeiten. Daß er ſelbſt eine Verſchärfung der Lage nicht oder noch nicht wollte, ergibt ſich daraus, daß er noch im April und Mai die Preſſe anwies, polniſche Übergriffe gegen Deutſche und die wachſenden Zahlen von deutſchen Flüchtlingen aus Polen nicht hervorzuheben.

Am 6. 4. 1939 ſchloß Beck in London ein zweiſeitiges Bündnis mit England ab, das bei mittelbarer oder unmittelbarer Bedrohung wirkſam werden ſollte. „Beck hatte nun Polen auf der Straße zum Krieg und zur nationalen Vernichtung weit hinausgetrieben. Eine ſolche Politik ſteuerte direkt auf das Verhängnis los."[64])

Am 14. 4. 1939 hielt der US-Präſident Rooſevelt eine ſcharfe Rede gegen Hitler und Muſſolini, die von deutſcher Seite als unnötige Einmiſchung in europäiſche Fragen betrachtet wurde.

Am 17. 4. 1939 ließ die Sowjetunion gegenüber Deutſchland erkennen, daß ſie zum Ausbau beſſerer Beziehungen bereit ſei.

Am 18. 4. 1939 machte die Sowjetunion Frankreich und England ein Bündnisangebot.

Am 26. 4. 1939 verkündete Chamberlain, daß England die allgemeine Wehrpflicht einführen würde – für jeden Beobachter ein Alarmſignal.

Am 27. 4. 1939 ſchlug Hitler neue Verhandlungen über einen Vertrag Deutſchland–Polen vor, mit denſelben Grundlagen wie im Oktober 1938.

Am 28. 4. 1939 antwortete Hitler vor dem Reichstag auf Rede und Telegramm Rooſevelts und wies Behauptungen und Beſchuldigungen zurück. Gleichzeitig kündigte er den Flottenvertrag mit England und den Nichtangriffspakt mit Polen, weil beiden durch die Maßnahmen jener Staaten die Grundlage entzogen ſei. Dieſe Staaten ſtellten dem entgegen, daß Hitler die Schuld daran trage.

Am 5. Mai 1939 lehnte Beck dieſe Verhandlungen ab, da ſie von Polen räumliche Zugeſtändniſſe forderten.

Am 23. 5. 1939 ſoll Hitler nach einer fragwürdigen Niederſchrift („Schmundt-Protokoll") den höchſten Militärs ſeinen Entſchluß mitgeteilt haben, Polen bei paſſender Gelegenheit anzugreifen, ohne dabei in einen Krieg mit den Weſtmächten zu geraten.

64) Charles Callan Tanſill, Die Hintertür zum Kriege, Droſte-Verlag, Düſſeldorf, 1958, S. 554.

Die Weichen zum Unheil für die Völker waren gestellt. Gespräche, Verhandlungen und diplomatische Notenwechsel liefen weiter. Das Schwergewicht verlagerte sich auf die Sowjetunion. Mit allen Mitteln versuchten beide Seiten, die Westmächte und Hitler, die Sowjetunion auf ihre Seite zu ziehen. Bei einem Mann wie Stalin lag die Entscheidung über das Schicksal der weißen Welt, falls, ja falls Hitler oder Beck nicht aufgaben.

Für Stalin stellte sich die Lage so dar: Wenn er auf die Bündnisangebote des Westens einging, die Polen einschlossen, war Hitler für Polen Halt geboten. Sollte er aber wider jede Vernunft dennoch angreifen, würde die Sowjetunion in einen Krieg hineingezogen und dazu gezwungen werden, „für andere die Kastanien aus dem Feuer zu holen", was Stalin mit eben diesen Worten nicht wollte. Griff Hitler nicht an, war der Friede, ein gespannter Friede, erhalten.

Bei einem Vertrag mit Deutschland war es fast sicher, daß Hitler Polen angreifen würde. Dann konnte er erstmal in Polen erben. Schalteten sich die Westmächte in den Krieg ein, konnte er zusehen, wie sich beide „kapitalistischen und imperialistischen" Feindgruppen gegenseitig schwächten. Ihm, Stalin, war letzten Endes daran gelegen, daß Deutschland geschlagen wurde, denn damit wäre ein gefährlich gewordener Nachbar ausgeschaltet. Hitler hatte schließlich seine grundsätzliche Feindschaft gegen den Bolschewismus oft genug betont (Antikominternpakt) und hatte dazu seine Absichten auf Landgewinn im Osten schriftlich und mündlich verkündet. Sollten die Westmächte es nicht schaffen, Hitler zu besiegen, so stand er immer noch in voller Stärke bereit. So holten andere für ihn die Kastanien aus dem Feuer, und er mußte am Ende der Gewinner sein, Gewinner auch gegenüber dem Westen. Eine einfache Rechnung und eine einmalige Gelegenheit! Gedanken dieser Art sind auch in einer Rede Stalins am 19. Mai 1939 enthalten.[65]) Voraussetzung aber war Krieg, zunächst ein Krieg der anderen, ohne die Sowjetunion. Und Stalin hatte es in der Hand, ihm durch ein Übereinkommen mit Hitler den Weg frei zu machen.

## Tage der Entscheidung Ende August 1939

Am 23. 8. 1939 wurde der Nichtangriffsvertrag der Sowjetunion mit Deutschland abgeschlossen. Man kann es kaum glauben: Hitler triumphierte: „Nun ist Polen in der Lage, in der ich es haben wollte!" Er ahnte offenbar gar nicht, in welche Lage er sich und Deutschland gebracht hatte! Oder gebracht worden war!

Herr Beck in Polen allerdings, selbst wenn er bis dahin blind gewesen sein sollte, mußte jetzt wissen, daß Polen in tödlicher Gefahr war. Er tat nichts, um sie abzuwenden – außer daß das Bündnis mit England bekräftigt wurde. Doch er mußte auch wissen, daß England zu einer Hilfe nicht in der Lage war. Immerhin erkannte

65) Geschichte des zweiten Weltkrieges in Dokumenten, III., 2. Auflage, hrsg. von Prof. Dr. Michael Freund, Verlag Herder, Freiburg, 1956, S. 159/160.

Hitler, daß es hinter Polen ſtand. Unſicher geworden, ſetzte er den für den 26. 8. 1939 bereits befohlenen Angriff auf Polen aus.

Hitler war unſicher geworden, weil er einen Krieg allenfalls gegen Polen, nicht aber gegen die Weſtmächte England und Frankreich führen wollte. Noch vor Widerruf des Angriffsbefehls machte er am 25. 8. ein allgemeines und umfaſſendes Angebot an Großbritannien. Seine Abſicht war natürlich, England aus der Bindung an Polen zu löſen. Da England feſt blieb, erklärte ſich Hitler bereit, die polniſche Frage durch neue Verhandlungen zu bereinigen.

Jetzt begann eine fieberhafte Tätigkeit der Diplomaten. Allein die Aufzählung der Schriftſtücke, Telegramme, Verhandlungen und Einzelgeſpräche vom 26. 8. bis zum 31. 8. 1939 zwiſchen Berlin, London, Paris, Warſchau und Rom nimmt in der Dokumentenſammlung des Prof. Freund acht Seiten ein. Die Dokumente ſelbſt mit Freunds Anmerkungen umfaſſen über 100 Seiten. David Irving (ſ. oben) bringt auf 18 Seiten eine ausführliche Schilderung dieſer entſcheidenden Tage. Beide, Freund wie Irving, ſind durchaus keine Freunde Hitlers.

Wer ſich die Mühe macht, dieſe Unterlagen wirklich gründlich und nüchtern durchzuarbeiten, wird feſtſtellen:

1.) Es ging um drei Möglichkeiten: Krieg Deutſchland–Polen, Krieg Deutſchland–Polen/England/Frankreich oder friedliche Löſung durch Verhandlungen.

2.) Die Entſcheidung hing von wenigen Männern ab: Hitler für Deutſchland, Chamberlain und Halifax (britiſcher Premier- und Außenminiſter) für England und Beck (polniſcher Außenminiſter) für Polen.

3.) Aus den Dokumenten Schuld oder Unſchuld der einen oder anderen Seite klipp und klar zu beweiſen, iſt nicht möglich. Dazu reichen Worte nicht aus, denn ſie können ſo oder ſo gemeint ſein und ſo oder ſo ausgelegt werden.

4.) Das Urteil hängt vielmehr davon ab, welchem der genannten Männer mehr Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit zugeſprochen werden. Das heißt, es kommt auf die Sicht des Urteilenden an.

5.) Die Wahrheit bleibt, wie letzten Endes häufig bei geſchichtlichen Urteilen, verborgen, weil niemand in Herz und Kopf der Handelnden ſehen kann.

Zur eigenen Prüfung ſoll der Verlauf dieſer Tage an Hand der Dokumente vorgeſtellt werden. Ausgangslage war: Hitler wollte es nur mit Polen zu tun haben. Das deutſche Heer war an der Grenze Polens aufmarſchiert. Es konnte ſo aber nicht ſtehen bleiben, ſondern mußte vorwärts oder rückwärts geführt werden. Die Entſcheidung mußte in wenigen Tagen, bis zum 31. 8. ſpäteſtens, gefällt werden.

**Halifax** bekundet Verhandlungsbereitſchaft (26. 8.).

**Hitler** macht England ein Bündnisangebot. Dabei Forderungen betr. Polen: Danzig, Pommerellen, Sicherung der Deutſchen in Polen, Garantie für Polen, England ſoll dabei mitwirken (26./27. 8.).

**Chamberlain/Halifax** gehen darauf ein, ſchlagen direkte deutſch-polniſche Verhandlungen vor (27. 8.).

England meint, „ein gutes Spiel zu haben" (Freund, S. 302), friedliche Lösung in Sicht.

**Hitler** stimmt zu und erwartet, fordert von England, für schnelle Verhandlungsmöglichkeit mit Polen zu sorgen (28. 8., 6.25 Uhr).

**Halifax** fordert Polen zu direkten Verhandlungen mit Deutschland auf (28. 8., 14.00 Uhr). (Für Polen bedeutet das, daß es räumliche Zugeständnisse machen muß.)

**Beck** stimmt allgemein zu. England soll Deutschland entsprechend unterrichten, stellt Fragen nach Einzelheiten (28. 8., nachm.)

**Chamberlain** schreibt an Hitler, bestätigt britische Vorstellungen über Verhandlungen Deutschland–Polen (28. 8., 22.30 Uhr). Freund dazu: „Im Grunde war man also doch schon dabei, den Polen durch einen Vertrag zwischen dem Reich und Großbritannien eine Regelung der Danzig- und Korridor-Frage aufzuerlegen" (S. 312).

**Hitler** meint, Einverständnis mit England erreicht zu haben (28./29. 8.).

**Chamberlain** vor dem Unterhaus: Alles hängt vom deutsch-polnischen Ausgleich durch Verhandlungen ab (29. 8., 14.00 Uhr). Polen erklärt Generalmobilmachung (29. 8.).

**Hitler** drängt Chamberlain, für die von England vorgeschlagenen deutsch-polnischen Verhandlungen für einen polnischen Unterhändler zu sorgen, der bis zum 30. 8. eintreffen müsse. (29. 8., 18.45 Uhr). – (Die Frist war kein Ultimatum, aber Hitler befand sich in Zeitnot, siehe oben.)

**Halifax** teilt seinem Berliner Botschafter **Henderson** mit, es sei unmöglich, einen polnischen Unterhändler herbeizuschaffen (30. 8., 2.00 Uhr früh).

**Halifax** rät Polen zur Zurückhaltung gegenüber den Deutschen in Polen, will Hitler Vorwände nehmen (30. 8., 17.30 Uhr).

**Beck** lehnt alle britischen Schritte ab, die ohne polnisches Einverständnis vorgenommen würden (30. 8., 20.15 Uhr). (Von Entsendung eines polnischen Unterhändlers nach Berlin ist keine Rede.)

Berlin drängt auf Erscheinen eines polnischen Unterhändlers.

**Halifax** nennt dies unverständlich, schlägt vor, an Stelle eines polnischen Bevollmächtigten aus Warschau, dem polnischen Botschafter in Berlin deutsche Vorschläge zu übergeben (30. 8., 18.15 Uhr).

Freund dazu: „Bei alledem enthält die ganze englische Politik ein Element der Unwirklichkeit" (S. 351).

**Chamberlain/Halifax** übermitteln Berlin ein Memorandum, das am 30. 8., 24.00 Uhr übergeben wird. England will die deutschen Vorschläge erfahren, die es Polen machen will. Sie werden dem Botschafter vorgelesen.

Hitler steckt zurück, will Danzig, deutsche Straßen- und Bahnverbindung durch den Korridor, Volksabstimmung in Pommerellen, Sicherstellung der Deutschen in Polen.

**Halifax** läßt Beck über den britischen Schritt in Berlin unterrichten und „hofft"

auf baldige Erklärung zur Bereitschaft zu Verhandlungen, damit die Verantwortung für ein Scheitern nicht auf Polen geschoben werden könnte (30. 8., 19.00 Uhr).

**Beck,** erleichtert, verspricht „wohlerwogene" Antwort bis 31. 8., 12.00 Uhr (30. 8. gegen Mitternacht).

**Henderson,** brit. Botschafter in Berlin, mahnt den polnischen Botschafter in Berlin, **Lipski,** sich mit der deutschen Regierung in Verbindung zu setzen und Vorschläge entgegenzunehmen (31. 8., 2.10 Uhr). **Lipski** weigert sich, er müsse erst von Warschau dazu ermächtigt werden.

**Henderson** drängt Halifax, in Warschau deshalb vorstellig zu werden (31. 8., Telegramm 11.33 Uhr in London eingetroffen).

**Henderson** läßt seinen Geschäftsträger Ogilvie-Forbes und den Schweden Birger-Dahlerus, Freund und Unterhändler Görings, erneut mit **Lipski** Verbindung aufnehmen (31. 8., 10.00 Uhr). **Lipski** weicht aus.

**Halifax** will jetzt plötzlich Verhandlungen ohne Vorleistung, das heißt ohne Entsendung eines polnischen Bevollmächtigten (31. 8., 11.00 Uhr zum italienischen Außenminister).

**Halifax** möchte von der polnischen Regierung, „daß sie die Annahme des Prinzips der direkten Besprechungen bestätigt" (31. 8., 12.00 Uhr).

**Beck** weist den polnischen Botschafter in Berlin, **Lipski,** an, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß Warschau dabei ist, „Anregungen der britischen Regierung zu prüfen", von denen sie in „dieser Nacht" unterrichtet worden sei. Er soll mündliche oder schriftliche Vorschläge nicht entgegennehmen (31. 8., 12.40 Uhr). Von Verhandlungsvollmchten ist keine Rede. (Also nach drei Tagen fühlt sich **Beck** von London unterrichtet.)

**Lipski** ersucht um eine Unterredung (31. 8., 13.00 Uhr).

**Beck** stellt Fragen zu britischen Vorschlägen vom 28. 8. (31. 8., 18.30 in London eingetroffen).

**Lipski** wird vom deutschen Außenminister **von Ribbentrop** empfangen (31. 8., 18.00 Uhr). Auf die Frage Ribbentrops, ob Lipski Verhandlungsvollmacht habe, antwortet dieser mit „Nein". Die Unterredung ist damit beendet.

Das war, wie sicher jeder wußte, der letztmögliche Zeitpunkt, den Angriffsbefehl für die deutsche Armee noch rückgängig zu machen.

**Hitler** sagt am 31. 8., 19.00 Uhr: „Es ist alles aus."Nachzutragen ist noch:

Am 31. 8., 21.00 Uhr, werden über den deutschen Rundfunk die Entwicklung der Verhandlungen und die deutschen Vorschläge bekanntgegeben. (Freund, S. 394.)

Am 31. 8., 23.00 Uhr, meldet der polnische Rundfunk die Ablehnung der deutschen Vorschläge. (Freund, S. 397.)

Am 31. 8., 23.00 Uhr, teilt **Halifax** dem britischen Botschafter in Berlin mit, daß der polnische Botschafter „unseres Wissens" damit beauftragt ist, mit der deutschen Regierung „in Fühlung zu kommen". (Freund, S. 398.)

Soweit der Verlauf dieſer Tage nach Dokumenten. Sie bilden ſchließlich die Grundlage jeder Bewertung, beſſer geſagt, ſie ſollten ſie bilden. Statt deſſen werden nämlich häufig nach Belieben einzelne Ausſchnitte und Sätze, Bruchſtücke von Reden „zum Fenſter heraus", fragwürdige Protokolle, Ausſprüche ohne Zuſammenhang, Geſprächsfetzen und Anſichten Dritter benutzt, offenſichtlich um zu beweiſen, was bewieſen werden ſoll, ein Urteil, das ſchon vorher feſtſtand. Wenn aber geſchichtliche Unterſuchungen nur dazu dienen ſollen, ſind ſie nicht nur wertlos, ſondern Verbrechen an der Wahrheit. So gibt es zum Beiſpiel in der Bundesrepublik Deutſchland den Ausſpruch eines Profeſſors (Eſchenburg):

„Wer die Alleinſchuld Deutſchlands am Zweiten Weltkrieg bezweifelt, zerſtört die Grundlage der Nachkriegspolitik."

Das iſt ſoweit richtig. Allerdings iſt die Folgerung gezogen worden, daß die Politik nicht zerſtört, alſo die Alleinſchuld Deutſchlands nicht bezweifelt werden darf. Wenn der Geſchichtsforſchung eine ſolche Bedingung vorgegeben wird, iſt ſie überflüſſig.

Hitler war offenſichtlich der feſten Meinung, daß England ſich am Krieg nicht beteiligen würde, und zwar wegen der Abmachungen mit Deutſchland und wegen des ſtarren Verhaltens Polens, war es doch in keiner Weiſe auf die britiſchen Wünſche eingegangen. So ſah es jedenfalls aus. Noch am 26. 8. äußerte Hitler zu General Keitel, als dieſer ihm einen Bericht über die Knappheit an Munition und Treibſtoff vorlegen wollte, nach dem ein Krieg im Weſten nicht zu führen war: „Laſſen Sie mich mit dem verdammten Weſtfall in Ruhe." (Irving, S. 520.) Deutſchland war in der Tat auf einen längeren und erweiterten Krieg nicht vorbereitet. Andere Ausſagen beſtätigen, daß Hitler glaubte, dieſe Gefahr ausgeſchaltet zu haben. Beſtärkt fühlte er ſich darin noch am 1. 9. 1939 durch die unklar und nicht als Ultimatum gehaltene Note aus England (Irving, S. 471 unten) ſowie durch ihm zugeſpielte zweideutige Meldungen (Irving, S. 472 Mitte). Nur ſo iſt auch die Beſtürzung zu verſtehen, als England am 3. 9. 1939 tatſächlich jenes Ultimatum ſtellte, mit dem für 11.00 Uhr der Krieg Großbritanniens gegen Deutſchland erklärt wurde. Das zögernde Frankreich folgte wenige Stunden ſpäter. Selbſt ſpäter, noch während des Polenkrieges, konnte Hitler annehmen, daß die Kriegserklärung nicht ernſt gemeint war, denn England und Frankreich rührten ſich an der Weſtfront überhaupt nicht, obwohl dieſe kaum verteidigt werden konnte.

## Krieg

Doch wie auch immer und wo auch immer die oder eine Schuld liegen mag: Am 1. September 1939 begann der Angriff der deutſchen Wehrmacht gegen Polen. Dafür kann niemand Hitler die Verantwortung abnehmen.

Jeder Deutſche ſollte an die ernſten Worte denken, die **Erich Ludendorff** am 30. März 1937 an Hitler gerichtet hatte:

„Wenn Sie nicht das Unheil heraufbeschwören, einen Krieg anzufangen – der sich bald in einen Weltkrieg ausweiten wird, und das wird jeder Krieg –, dann können Sie noch manches erreichen. Die Leistungen unserer Truppen im Weltkrieg sind in den anderen Völkern unvergessen. Sie werden sich scheuen, Deutschland noch einmal einzukreisen in der Hoffnung, es zermalmen zu können. Ich warne Sie aber sehr ernst davor, einen Krieg zu beginnen. Wir müssen uns überhaupt aus jeder kriegerischen Verwicklung heraushalten. Nur ein Verteidigungskrieg kommt für Deutschland in Frage, sonst nur strikte Neutralität. Die neue Armee braucht sowieso noch Jahre, bis sie ihre Aufgabe erfüllen kann.

Nach allem, was ich über den Aufbau der neuen Wehrmacht erfuhr, wird Ihnen zu Beginn des Krieges großer Erfolg sicher sein. Es mag sogar sein, daß Sie bis vor Kairo und Indien kommen. Der weitere Krieg wird aber zur völligen Niederlage führen. Die Vereinigten Staaten werden diesmal in noch ganz anderem Ausmaß eingreifen, und Deutschland wird schließlich vernichtet."[66])

Hitler hielt Ludendorff entgegen, daß die Demokratien morsch wären und daß sie nur redeten und nicht handelten. So hatte es in der Tat lange ausgesehen. Aber Hitler wußte das nicht, was Ludendorff im Laufe seines Lebens gelernt hatte, nämlich daß die westlichen Staaten trotz Demokratie und trotz Parlamenten bei wirklich entscheidenden Schritten ebenfalls diktatorisch, daß heißt, ohne das Volk zu fragen, gelenkt wurden. Die wenigen handelnden Männer waren durchaus nicht morsch, sondern hart und zielstrebig. Damals, 1939, wußten sie genau, daß weder das englische noch das französische Volk einen Krieg wollte, „für Danzig sterben" wollte, wie es hieß. Und die Menschen in den USA wollten erst recht nichts davon wissen, verständlicherweise, denn sie wußten ja gar nicht, worum es sich handelte. Was hatten sie auch in Europa zu suchen!

Deshalb erklärte US-Präsident Roosevelt am 3. 9. 1939, daß die USA neutral bleiben würden, „so lange das in meiner Macht liegt". Deshalb versprach er während seines Wahlkampfes im Oktober 1940 doppeldeutig:

„Während ich zu euch, ihr Mütter und Väter, spreche, mache ich euch eine weitere Zusicherung. Ich habe bisher gesagt und werde es wieder und wieder und immer wieder sagen: Eure Jungen werden in keine fremden(!!) Kriege geschickt werden." (Tansill, a. a. O., S. 646.)

Die Mütter und Väter hörten das, was sie hören wollten und wählten Roosevelt erneut. Und Roosevelt dachte an die Haken, die er in seinen Aussagen angebracht hatte!

Längst ist erwiesen, daß er die Amerikaner „in den Krieg gelogen" hat, daß er also mit wenigen Leuten die USA in den Krieg gebracht hat. Ebenso war es in England und Frankreich. Hinter ihren wenigen maßgebenden Männern stand zudem Roosevelt mit seinen Hintermännern.

66) Erich Ludendorff: Meine Lebenserinnerungen 1933–1937, 3. Band, Verlag Hohe Warte, Pähl, 1955, S. 164/165.

In Deutschland aber war niemand da, der Hitler noch in den Arm gefallen wäre. Göring, der in den letzten Tagen den Gang der Dinge mit Sorge verfolgt hatte, andere Mitglieder der Regierung und die Oberbefehlshaber der Wehrmachtsteile und andere höchste Militärs, die neben der militärischen auch politische Verantwortung trugen, dazu die für Hunderttausende ihnen anvertrauter Männer, sie alle durften sich eben nicht nur als Empfänger und Ausführende von Befehlen fühlen. Aber sie taten es und ließen so dem Verhängnis seinen Lauf.

Die Entwicklung zum Krieg wurde hier in den wichtigsten Abläufen geschildert, um an diesem Beispiel zu zeigen, wie „hohe Politik" gemacht wird und wie Völker und Menschen ohne ihr Zutun in Kriege hineingerissen werden. Betroffen waren jetzt in besonderem Maße die Deutschen im Osten, von Ungarn bis zur Ostsee. Neben dem Willen, die 1919 in Versailles unter Zwang getroffenen Regelungen aufzuheben, war die Lage der Deutschen in Polen für Hitler ein Grund zum Krieg.

Da ist wieder einmal die Einstellung vieler deutscher Schriftsteller, auch Geschichtsschreiber, eigenartig: Sie kennen Versailles und geben die ungerechte Behandlung Deutschlands zu. Sie wissen, daß die Behandlung der Deutschen in Polen von 1918 bis 1939 gegen Recht und Gesetz verstieß, ja daß Gewalt und Mord gegen sie angewendet wurden. Zu bestreiten ist es schlechterdings auch nicht, denn es gibt ja ganze Bücher und Dokumentensammlungen, die alle Übergriffe genau nach Ort, Zeit und Namen belegen.[67]) Es wird denn auch bedauernd erwähnt. Aber daß eine Großmacht, wie Deutschland sie damals war, eine solche Behandlung politisch ernsthaft zur Sprache brachte und sich zum Schutz der Landsleute verpflichtet fühlte, das halten viele für überzogen oder für einen Vorwand. Dabei ist nicht zu bestreiten, daß Hitler sich trotz dieser Zustände lange Jahre hindurch äußerste Zurückhaltung auferlegt hat, um das Verhältnis zu Polen nicht zu belasten. Das stieß in Deutschland auf Unverständnis – und es half auch nichts. Im Gegenteil! Seit dem Herbst 1938, als Hitler Forderungen stellte, häuften sich die Übergriffe. Seit dem März 1939, als sich die Spannungen verschärften, nahmen sie weiter zu. Erst seit dem 16. August 1939 wurde die deutsche Presse aufgefordert, die Zwischenfälle scharf herauszustellen. Zu einfach macht es sich die deutsche Geschichtsschreibung, wenn sie weitere Überlegungen mit dem Hinweis abtut, daß es nun einmal die Deutschen gewesen wären, die „den ersten Schuß" abgegeben und also den Krieg ausgelöst hätten. Schon das trifft nicht zu. Bereits vorher waren Schüsse gefallen, tödliche Schüsse in Polen gegen Deutsche. Nicht zum Vergnügen, sondern aus Angst flohen noch bis zum 21. August 1939 Zehntausende von Deutschen ins Reich oder nach Danzig. Für etwa 70 000, die nicht privat unterkamen, mußten Lager eingerichtet werden. Sie wollten Verhaftungen, Miß-

67) Neben dem schon genannten Buch von Hermann Rauschning seien hier aufgeführt: Theodor Bierschenk: Die deutsche Volksgruppe in Polen, 1934–1939, Holzner-Verlag, Kitzingen (Main), 1954, und: Otto Heike: Das Deutschtum in Polen, 1918–1939, Selbstverlag, Bonn, 1954. Beide Verfasser gehörten der deutschen Volksgruppe an, haben manches also selbst erlebt.

handlungen, Verschleppungen in Lager und Schlimmerem entgehen, was bereits vor dem 1. 9. 1939, dem Beginn des deutschen Angriffs, angelaufen war.

Damit sollte aber die Schuld wiederum nicht den polnischen Menschen zugewiesen werden. Auch sie waren nur Werkzeuge, gelenkt von anderen. Die Geschichtsschreibung sollte sich auch hier nicht damit begnügen, den Vordergrund der politischen Bühne zu beleuchten und irgendwelchen Endtätern die Schuld zuzuschieben. Sie sollte vielmehr die Hintergründe aufhellen. Da weist der Begriff von den „Schreibtischtätern" in die richtige Richtung, nämlich nach oben in der Macht-Rangordnung. Aber damit sollte man sich noch nicht zufriedengeben, denn auch die Leute an Schreibtischen empfangen Befehle und erledigen Aufträge.

„Die fortwährende Aufputschung der polnischen Massen durch die Presse, den Rundfunk, die Parteien und Verbände gegenüber allem, was deutsch war, die behördliche Tolerierung der immer wieder vorkommenden Ausschreitungen, die ständigen antideutschen Maßnahmen der Behörden, die den Durchschnittsbürger in der Überzeugung bestärkten, daß das Deutschtum in Polen ein staatsfeindliches und daher vogelfreies Element sei, diese Saat sollte bei Kriegsausbruch durch Entfesselung der schon vorher kaum gebändigten Leidenschaften aufgehen und vieltausendfache blutige Früchte tragen." (Bierschenk, a. a. O., S. 354.)

Welche Kräfte es waren, die hinter dieser Hetze standen und das vielhundertjährige Zusammenleben von Deutschen und Polen vergiftet haben, das zu klären, sollte die Geschichtsschreibung als Aufgabe sehen.

## Folgen für die Deutschen

Die Tage kurz vor und nach dem 1. 9. 1939 brachten für die Deutschen in Polen den Höhepunkt des Schreckens. In allen deutschen Siedlungsgebieten wurden deutsche Männer, auch Greise, Frauen und Kinder, zusammengetrieben und in Todes-Gewaltmärschen über Sammellager in Konzentrationslager verschleppt. In vielen Orten drangen Banden, auch polnische Soldaten, in die Häuser ein und erschlugen die Deutschen, oder sie wurden auf die Straße gejagt und dort ermordet. Einzelheiten, die zum Teil grauenhaft sind, können hier nicht behandelt werden. Bekannt ist der „Blutsonntag" von Bromberg am 3. 9. 1939 mit rd. 1000 Ermordeten. Die Angaben über die Gesamtzahl der Opfer schwanken. Wir Deutschen sind in dieser Beziehung ja gründlich – allerdings nicht so sehr, wenn es sich, um Untaten und Verbrechen **von** Deutschen handelt; da kommt es auf ein paar Tausend oder gar Millionen gar nicht an; sie brauchen nicht bewiesen zu werden. Aber wenn es um Morde **an** Deutschen geht, da muß alles ganz genau sein. Und warum auch nicht! So geben wir die Zahlen der Dokumente des Auswärtigen Amtes, deren Zuverlässigkeit auch von gegnerischer Seite anerkannt wird. Bis zum 1. Februar 1940 sind „urkundlich einwandfrei erhärtet" 12 857 Tote, zu denen 45 000 Vermißte hinzugezählt wurden. Die Zahl von 12 857 erhöhte sich nach

Feststellungen der „Gräberzentrale Posen" auf über 15 000 Tote. Das Schicksal der 45 000 Vermißten konnte nicht nach Ort und Zeit und Ende geklärt werden, was bei den damaligen Zuständen sicher auch sehr schwer war. Sollte es wirklich nur „Propaganda" sein, diese Zahl bei den Opfern zu berücksichtigen?

Nach dem schnellen Sieg in Polen wurden die ehemals deutschen Gebiete Westpreußens, Posens und Schlesiens wieder in das Reich eingegliedert. Bis Dezember 1939 nahm ein deutscher „Selbstschutz", unter Leitung Himmlers stehend, eine „Säuberung" vor und verhaftete und ermordete ohne Verfahren Tausende aus der polnischen Bildungs- und Oberschicht. Ein unglaubliches Verbrechen, das durch die polnischen Untaten nicht zu entschuldigen ist. Die Trennung der Nationalitäten, die von polnischer Seite mit Druck und Gewalt begonnen worden war, wurde nun von deutscher Seite weitergeführt. Diejenigen Polen, die nach 1919 ins Land gekommen waren, sollten zwangsweise nach Polen ausgewiesen und dort neu angesiedelt werden. Diese Absicht wurde später nicht voll ausgeführt, weil sie sich als unzweckmäßig erwies, denn in Deutschland selbst fehlten Arbeitskräfte. Bis Ende 1940 soll etwa eine halbe Million Polen ausgesiedelt worden sein. Die verbliebenen Polen standen unter den harten Kriegsgesetzen, sie besaßen kaum Rechte.

Für die Deutschen und „Deutschstämmigen" in den zurückgewonnenen Gebieten wurden „deutsche Volkslisten" aufgestellt, in die sie je nach ihrem früheren Verhalten eingestuft wurden. Das ganze Verfahren trug den Stempel von Menschen, die mit den Verhältnissen im Osten in keiner Weise vertraut waren (Himmler als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums!) Sie richteten schweren Schaden an. So hieß es damals von den Kaschuben: „Was die Polen in 20 Jahren nicht geschafft haben, die Kaschuben zu Polen zu machen, das haben die Deutschen in wenigen Monaten geschafft." Junge Männer aus den Ostgebieten wurden eingezogen und standen später als deutsche Soldaten an der Front, deren Eltern als nicht zuverlässige Deutsche eingestuft waren und entsprechend behandelt wurden.

## Rücksiedlung der Deutschen

Die Aussiedlung von Polen sollte Platz schaffen, Platz für Deutsche, die aus dem Osten in das Reich zurückgeholt werden sollten. Wie im Südosten war auch hier eine Umsiedlung riesigen Ausmaßes geplant, um eine Entflechtung der Nationalitäten zu erreichen, und das ebenfalls auf Grund freiwilliger Meldungen und vertraglicher Vereinbarungen, hier mit Estland, Lettland und für Litauen mit der Sowjetunion. Für die Einstellung der einfachen Menschen zum Deutschtum und zu Deutschland ist es immerhin bezeichnend, daß sich auch hier mehr Menschen zur Umsiedlung meldeten, als laut früheren Zählungen Deutsche vorhanden waren.

Von November 1939 bis März 1941 wurden in diesem Raum umgesiedelt:
80 000 Deutsche aus Estland und Lettland,
129 000 Deutsche aus Wolhynien, Ostgalizien und dem Narewgebiet,
50 000 Deutsche aus Litauen.

Bis 1944 kamen noch nach Deutschland
etwa 30 000 Deutsche aus dem Cholmer Land (südöstlich Lublin)
und 350 000 Deutsche aus dem Schwarzmeer-Gebiet.
Die Masse der Schwarzmeer-Deutschen wurde im Warthe-Land untergebracht.

Die Erwartungen der polnischen Führung auf einen inneren Zusammenbruch Deutschlands und einen schnellen Sieg Polens waren, wenn überhaupt ernst gemeint und nicht nur dazu verkündet, um im Volk Kriegsstimmung zu erzeugen, wie eine Seifenblase zerplatzt. Die Herren, die ihr Land schließlich in den Krieg geführt hatten, stellten sich ihrer Verantwortung nicht. Sie flohen nach Rumänien, wo sie interniert wurden. Offenbar hatten sie ihren Auftrag erfüllt, denn sie verschwanden von der politischen Bühne.

Dafür traten neue Männer auf. In Paris bildete General Wladislaw Sikorski, der in den Jahren nach dem 1. Weltkrieg als Deutschenverfolger aufgetreten war, eine neue polnische Regierung. Im Westen verfuhr man nach bekanntem, schon im 1. Weltkrieg erprobten Muster. Die Regierung Sikorski wurde sofort von den Vereinigten Staaten, Frankreich und England anerkannt. Sikorski baute aus Freiwilligen und geflüchteten polnischen Soldaten eine polnische Armee auf. Ihre Verbände kamen in französischem und englischem Verbund zum Einsatz. Damit waren die Voraussetzungen geschaffen, die Regierung Sikorski als Verbündeten hinzustellen. Im Jahre 1940, nach der Niederlage Frankreichs, ging Sikorski mit den Resten seiner Truppen nach England, wo er in Zusammenarbeit mit Churchill und Roosevelt weiterarbeitete. Von außen wurde starker Einfluß auf die Entwicklung in Polen selbst genommen.

Mit Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges 1941 verlagerte sich der Schwerpunkt des Geschehens weiter in den Osten. Das galt auch für die Feinde Deutschlands. Denn die Sowjets waren zwar entscheidend auf Unterstützung aus dem Westen angewiesen, und das vor allem durch Lieferung von Kriegsmaterial aller Art, aber noch mehr hing für die Westmächte alles vom Einsatz der russischen Menschen ab. Stalin befand sich damit seinen Verbündeten gegenüber politisch in einer beherrschenden Stellung. Er nutzte sie meisterhaft.

## Neue Grenzen im Osten

In unserer Untersuchung geht es um das Schicksal der Deutschen im Osten und damit um zukünftige Gebietsregelungen im Osten. Strittig war da vor allem, welche Grenzen Polen erhalten sollte. Verhandlungen darüber begannen auf der Konferenz von Teheran (20. II.–1. 12. 1943). Die Westmächte wünschten ein „demokratisches", das heißt ein unter ihrem Einfluß stehendes Polen, das ein

Gegengewicht gegen die Sowjetunion bilden sollte. Sie wollten also die Zusage Stalins zu „freien Wahlen" und boten ihm dafür eine Verschiebung der polnischen Ostgrenze nach Westen auf die Curzon-Linie von 1920 an. Den Vertretern der polnischen Regierung erklärten sie, daß Polen im Westen durch deutsches Gebiet entschädigt werden sollte. Dabei wurden bereits Ostpreußen, Danzig und Teile Oberschlesiens genannt. Stalin forderte den Norden Ostpreußens mit Königsberg für sich und die Odergrenze für Polen.

„Eden (engl. Außenminister) knüpfte nun an die Bemerkung über die Oderlinie an: Polen könne ja das, was es im Osten verliere, im Westen zugewinnen. Als Stalin dies für möglich hielt – er wisse es aber nicht –, demonstrierte Churchill mit drei Streichhölzern seinen Gedanken über eine Westverlagerung Polens, indem er das eine äußere Streichholz fortnahm und es auf die andere Seite legte; das war ein Spiel, das Stalin recht gefiel."[68])

Von einer Grenze an der östlichen (Glatzer) oder der westlichen (Lausitzer) Neiße war nicht die Rede. Daß mit einem solchen „Spiel" sämtliche hehren Grundsätze, die einmal von den Westmächten aufgestellt worden waren (in der Atlantik-Charta, in Verträgen, Selbstbestimmungsrecht, keinerlei Gebietsabtretungen) einfach fallengelassen wurden, kümmerte die Sieger nicht, noch weniger die Folgen für Millionen von Menschen und für die Zukunft Europas.

Nach dem Eindringen russischer Truppen in Polen 1944 setzte Stalin sofort eine von ihm abhängige kommunistische polnische Regierung ein (Lubliner Komitee). Sie vertrat selbstverständlich seine Forderungen. Die westliche polnische Exilregierung durfte noch mitreden, war praktisch aber ausgeschaltet. Die großen Erfolge der Sowjets im Jahre 1944 stärkten die Stellung Stalins weiter. Polnische kommunistische Vertreter forderten jetzt die östliche (Glatzer) Neiße als Westgrenze Polens. Der Westen gab Schritt um Schritt nach. Am 15. 12. 1944 erklärte Churchill in einer Rede vor dem Unterhaus:

„Es werde nunmehr ‚reiner Tisch gemacht', denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind, es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel." (Sasse, a. a. O., S. 556.)

Mit diesen Worten wird übrigens bestätigt, was auch durch Taten der Kriegs- und Nachkriegszeit längst erwiesen ist, daß die Feindmächte nicht, wie sie zunächst verkündet hatten, gegen die Hitler-Diktatur Krieg führten, sondern gegen das deutsche Volk, das heißt gegen Menschen, die für den Krieg genau so wenig verantwortlich waren wie die Menschen in Rußland, England, Frankreich und den USA. Nebenbei erwähnt, ist dies derselbe Churchill, der von Deutschen nach dem Krieg einen Karls-Preis für Europa erhalten hat.

Seit Januar 1945 drangen russische Truppen schnell in Deutschland ein. Auf der Konferenz von Jalta (4.–11. 2. 1945) führte Stalin erstmalig die westliche (Lausitzer) Neiße als Westgrenze Polens in die Verhandlungen ein. Die West-

68) Heinz Günther Sasse: Die Vorgeschichte von Austreibungen und Oder-Neiße-Linie, aus: Das östliche Deutschland, a. a. O., S. 540.

mächte wehrten sich dagegen. Es kam zu keinem Beschluß. Stalin konnte das gleichgültig sein. Er schuf vollendete Tatsachen und übertrug dem polnischen Staat Ostdeutschland bis zur Oder und der Lausitzer Neiße „zur Verwaltung".

## Verbrechen an Deutschen

Vollendete Tatsachen schuf er auch in anderer Weise: er entvölkerte den deutschen Osten. Die sowjetischen Soldaten wurden offen zum Mord angestachelt. Dazu wurden Aufrufe Ilja Ehrenburgs verbreitet: „Wenn du einen Deutschen getötet hast, bringe den nächsten um – es gibt nichts Schöneres als deutsche Leichen." Und: „Tötet, tapfere Rotarmisten, tötet! Denn es gibt nichts, was an den Faschisten unschuldig ist, die Lebenden nicht und die Ungeborenen nicht! Tötet!" Und was bei deutschen Soldaten unmöglich gewesen wäre, die russischen Soldaten handelten danach. Wer die Opfer gesehen hat, wird diese Bilder nie vergessen. Solche Greuel als tierisch zu bezeichnen, wäre eine Beleidigung aller Tiere. Es waren Ausgeburten teuflischer Grausamkeiten, wie sie nur bei Menschen möglich sind.

Den sowjetischen Truppen folgten polnische Banden von Soldaten, Aufständischen, Plünderern und Herumtreibern., denen die Deutschen ebenfalls von höheren Stellen als rechtlos und ehrlos, kurz als Freiwild hingestellt worden waren. Sie hausten derart, daß hier und dort sogar russische Offiziere und Soldaten eingriffen. Deutsche, die dem Morden entgingen, wurden zu Tausenden verhaftet und in Gefängnisse oder Lager gesperrt. Am schlimmsten betroffen waren die Frauen aller Altersstufen, mußten sie doch außer allen anderen Leiden immer wieder Schändungen über sich ergehen lassen. Auch hier soll nicht etwa das polnische Volk für Verbrechen verantwortlich gemacht werden. Viele Polen halfen ihren bisherigen deutschen Mitbürgern.

Millionen von Deutschen suchten dem Wüten durch Flucht zu entkommen. Es war eine Massenflucht, wie sie die Welt noch nicht erlebt hatte, dazu im Winter und unter unsagbar schwierigen Umständen. Eben das war die Absicht Stalins. Später, als die Verbündeten ihm Vorwürfe wegen der Besitznahme der Ostgebiete machten, tat er so, als ob dieser Auszug ein freiwilliger gewesen wäre und nannte ihn „Abwanderung". Als völlig abwegig erwies sich diese Behauptung schon deswegen, weil die Flucht nicht allen gelang. Für viele kam sie zu spät, weil örtliche Parteidienststellen sie anfangs verboten hatten. Außerdem wurden viele Flüchtlingszüge durch den schnellen Vormarsch der Sowjets abgeschnitten und überholt, angehalten und zusammengeschossen. Millionen Deutsche waren auch in ihren Heimatorten geblieben. Hunderttausende von ihnen (800 000) wurden nach Rußland zur Zwangsarbeit verschleppt, aus Ostpreußen Frauen mit Kindern – dort gab es keine Männer mehr –, aus Oberschlesien Männer, die als Arbeiter in den Industriestädten verblieben waren, aus dem Warthegau über 200 000 dort-

hin umgesiedelte Schwarzmeer-Deutsche, die als Verräter behandelt wurden. Was diese Zahlen und was dieses Schicksal für den einzelnen bedeuten, sollten die Nichtbetroffenen sich einmal vor Augen halten.

Die Kapitulation der deutschen Wehrmacht, mit der der Krieg zu Ende war, brachte keine Änderung. Verhaftungen, Schändungen, Plünderungen, Mißhandlungen und Vertreibungen gingen besonders von polnischer Seite in vollem Ausmaß weiter. Furchtbar waren die Zustände in den polnischen Konzentrationslagern. Nach Zeugenberichten muß vor allem das Lager Lamsdorf als Vernichtungslager bezeichnet werden. Viele Ostdeutsche aber, die unter zwangsläufig unwürdigsten Verhältnissen im Westen lebten, meinten, jetzt in die Heimat zurückkehren zu können. Doch sie wurden wieder verjagt. Als Beispiel dafür soll hier ein Ort stehen.

**Sonderbefehl**
**für die deutsche Bevölkerung der Stadt Bad Salzbrunn**
**einschließlich Ortsteil Sandberg**

Laut Befehl der Polnischen Regierung wird befohlen:

1.) Am 14. Juli 1945 ab 6 bis 9 Uhr wird eine Umsiedlung der deutschen Bevölkerung stattfinden.
2.) Die deutsche Bevölkerung wird in das Gebiet westlich des Flusses Neiße umgesiedelt.
3.) Jeder Deutsche darf höchstens 20 kg Reisegepäck mitnehmen.
4.) Kein Transport (Wagen, Ochsen, Pferde, Kühe usw.) wird erlaubt.
5.) Das ganze lebende und tote Inventar in unbeschädigtem Zustande bleibt als Eigentum der Polnischen Regierung.
6.) Die letzte Umsiedlungsfrist läuft am 14. Juli 10 Uhr ab.
7.) Nichtausführung des Befehls wird mit schärfsten Strafen verfolgt, einschließlich Waffengebrauch.
8.) Auch mit Waffengebrauch wird verhindert Sabotage und Plünderung.
9.) Sammelplatz an der Straße Bhf. Bad Salzbrunn–Adelsbacher Weg in einer Marschkolonne zu 4 Personen. Spitze der Kolonne 20 Meter vor der Ortschaft Adelsbach.
10.) Diejenigen Deutschen, die im Besitz der Nichtevakuierungsbescheinigungen sind, dürfen die Wohnung mit ihren Angehörigen in der Zeit von 5 bis 14 Uhr nicht verlassen.
11.) Alle Wohnungen in der Stadt müssen offen bleiben, die Wohnungs- und Hausschlüssel müssen nach außen gesteckt werden.

Bad Salzbrunn, 13. Juli 1945, 6 Uhr

Abschnittskommandant
(–) Zinkowski
Oberstleutnant

(v. Richthofen, a. a. O., S. 100/101.)

Es versteht sich fast von selbst, daß das zugelassene geringe Gepäck der Ausgewiesenen auch noch geplündert wurde.

Angesichts dieses Vorgehens wirkt es wie Hohn, wenn die Westmächte auf der Potsdamer Konferenz forderten, daß „jede derartige Überführung in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll".

Auf der Konferenz von Potsdam vom 17. Juli bis 2. August 1945 blieb die Westgrenze Polens Gegenstand und Streitpunkt der Verhandlungen. Stalin dachte nicht daran, nachzugeben. Truman für die USA und Churchill/Attlee für Großbritannien erkannten am Ende auch hier die gegebene Lage an. Sie konnten lediglich festhalten lassen, daß die Grenzen endgültig erst in einem Friedensvertrag geregelt werden sollten. Beide Seiten wußten genau, daß die Entscheidung damit auf eine unabsehbare Zukunft verschoben wurde. Sie mußten aber auch wissen, daß damit wiederum ein Grund für Spannungen im Osten geschaffen war, der im Grunde schlimmer war als jene Zwangsregelung von Versailles. Doch vielleicht lag gerade das in der Absicht der Westmächte, ließen sie sich nunmehr doch gegen die Sowjetunion verwenden. Vorerst hatte Stalin auf der ganzen Linie gesiegt.

## Polonisierung nach 1945

Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, auch und gerade aus den „zur Verwaltung übergebenen deutschen Ostgebieten", ging weiter. Dennoch wurden von polnischer Seite 1950 noch 1 260 000 Deutsche gezählt. Solche Zahlen sagen aber nicht viel, denn die Polen hatten rund eine Million der Bevölkerung einfach zu Autochthonen = Ureinwohnern erklärt, die nur „germanisiert" worden wären. Dabei gingen sie von der Landschaft (Masuren, Kaschuben), von der Sprache oder vom Namen aus, obwohl auch sie bestimmt wußten, daß im Osten Wohnort, Doppelsprachigkeit oder Namen nichts über Abstammung und Volkszugehörigkeit aussagen. – Daß die Zahl der „Autochthonen" weit übertrieben war, zeigte sich an der Anzahl derer, die später als Deutsche die Ausreise nach Deutschland wünschten.

Da die Menschen aber Polen sein sollten, durften sie auch kein deutsches Wort mehr sprechen, von deutschen Schulen und Kirchen ganz zu schweigen.

Auf welche Weise der Übertritt zum Polentum erreicht wurde, dafür ist nachstehender Brief aus jener Zeit aus Ostpreußen ein Beleg:

„Ende Januar ging hier die Polizei von Haus zu Haus und forderte jeden auf, sich als Pole zu unterschreiben, doch es hat keiner unterschrieben. Gleich darauf wurde eine Versammlung anberaumt, zu der jeder erscheinen mußte. Dort sagte man uns, wer nicht mit uns geht, ist wider uns, und solche können wir nicht gebrauchen. Man drohte uns, falls wir nicht unterschreiben, daß wir nach Warschau zum Schuttaufräumen kämen oder nach Moskau. Die Familien sollten zerrissen

werden, wir ſollten uns nur nicht einbilden, daß jemand hinter die Oder kommt. Jedenfalls drohte man uns mit allem Möglichen, doch unterſchrieben hat keiner.

Gleich nach der Verſammlung wurde den Geſchäften verboten, etwas an Deutſche zu verabfolgen, wir durften nichts kaufen, wer es dennoch wagte, in ein Geſchäft zu gehen, wurde rausgeworfen. Wer in die Stadt ging und erwiſcht wurde, wurde eingeſperrt und kam erſt am Abend heim.

Doch alles, Ihr Lieben, hätte man ertragen, aber als ſie ſahen, daß ſich trotzdem keiner unterſchrieb, ſo haben ſie uns mit Gewalt dazu gezwungen. Entweder du unterſchreibſt oder du ſtirbſt! – Ach, Ihr Lieben, was wir alles durchgemacht haben, weiß nur der liebe Gott allein, jeder hat geweint, geſchrien und die Hände zum Himmel gerungen, doch es hat alles nichts geholfen, wir mußten alle daran glauben. Am 12. 2. mußten wir alle den ſchweren Schritt tun und unterſchreiben. Wer nicht wollte, wurde ſofort abgeführt, und zwar kam man erſt zur Miliz, dort wurde man in einen Keller eingeſperrt, die Mäntel und Tücher wurden fortgenommen, und ſo mußte man bei der Kälte ohne Eſſen 2–3 Tage ſitzen, wenn man dann noch nicht unterſchrieb, kam man nach Mrogowo zum Urzad Bezpieczenſtwa Publicznego (Staatspolizei). Ihr Lieben, was das bedeutet, kann man gar nicht wiedergeben. Dort wurden die Armen ganz unmenſchlich behandelt. Die Menſchen wurden ſo lange geſchlagen, bis ſie zuſammenbrachen und dann mußten ſie doch unterſchreiben. Viele ſind dabei verſtorben, andere kamen ins Krankenhaus, doch ohne Unterſchrift kam niemand heraus. – Wie und womit ſie geſchlagen haben, will ich Euch nicht ſchreiben. Euch würden die Haare zu Berge ſtehen, und Ihr würdet nur immer wieder ſagen, wie kann der liebe Herrgott ſo etwas zulaſſen! Wir wollten es auch erſt darauf ankommen laſſen, doch als wir ſahen, daß die Menſchen ſo lange geſchlagen wurden, bis ſie doch unterſchreiben mußten, ſo haben wir uns nicht dagegen geſträubt, denn es hätte doch keinen Zweck gehabt. – Freiwillig hätten ſie nie und nimmer von uns die Unterſchrift bekommen."[69])

Ja, was der liebe Gott alles wiſſen und verantworten ſoll! Chriſten können ja auch nicht anders, als auch dieſes Geſchehen dem Allmächtigen zuzuſchieben. Noch heute predigen katholiſche Prieſter „das ſtille Ja-ſagen zum Kreuz der Vertreibung und der Ausſiedlung und zu aller Not, die daraus erwuchs". Ähnlich haben ſich auch Vertreter der evangeliſchen Kirchen geäußert.

Wir ſehen, wie verhängnisvoll ſich für deutſche Menſchen der Glaubensumbruch bis heute auswirkt: dem chriſtlichen Gott ergeben, erkennen ſie ohne innere Gegenwehr, ohne völkiſchen Abwehrwillen das Schickſal an. Sollten ſie es etwa nicht tun, wie es ja auch bei vielen Chriſten und auch Katholiken der Fall iſt, dann hat das Deutſchtum in ihnen das Chriſtentum verdrängt, dann handeln ſie nicht als Chriſten, ſondern als Deutſche, dann ſprach die Volksſeele. – Doch der ſeeliſche Bruch bleibt, denn ſie widerſprechen damit ihrer Religion.

---

69) Aus dem Buch: Wir Oſtpreußen, herausgegeben von Gunther Ipſen, Frankfurt/Main, 1980, Nachdruck von 1950, S. 401.

Wie anders dagegen auch jetzt die Haltung der polnischen katholischen Priester! Wie sie 1939 Aufrufe gegen die Deutschen verfaßten und denselben Gott um Tod und Verderben der Deutschen anflehten, so begrüßten sie 1945 die Wegnahme der deutschen Ostgebiete wie die Vertreibung der Deutschen. Daß sie von der „Gerechtigkeit Gottes, des Herrn der Geschichte" sprachen (Wyszynski), versteht sich. Aber sie hatten sogar die Stirn zu lügen. So Kardinal Wyszynski in Breslau:

„Wenn wir umherblicken auf diese Gotteshäuser, wissen wir, daß wir nicht deutsches Erbe übernommen haben. Es ist nicht die deutsche, sondern die polnische Seele, die aus diesen Steinen spricht. Diese Gebäude haben hier gewartet, bis sie schließlich in polnische Hände zurückgekehrt sind."

Und der damalige Bischof von Krakau Wojtyla, der heutige Papst Johannes Paul II. behauptete:

„Sowohl die ökonomischen, geschichtlichen, religiösen Gesetze als auch die historische Gerechtigkeit verlangen, daß die wiedergewonnenen Westgebiete für immer bei Polen bleiben."[70]) Sie stellten sich damit voll hinter das von Kommunisten geschaffene Unrecht, nur weil es auch ihren Zielen entsprach.

Churchill, mitverantwortlich dafür, redete jetzt, Ende 1945, von einer „Tragödie ungeheuren Ausmaßes". Das wird in einigen Geschichtsbüchern ebenso mit Befriedigung vermerkt, wie Äußerungen des Papstes Pius XII. (1939–1958) und Verlautbarungen des Osservatore Romano, des Blattes des Vatikans, vom Dezember 1945, die sich gegen die Vertreibung als Massenverbrechen wandten und die polnische Geistlichkeit, angefangen bei den Kardinälen Hlond und Wyszynski, tadeln, daß sie diese Verbrechen duldeten und sogar förderten.

Diese Bücher (Gause, Richthofen) erwähnen aber nicht, daß solche Rügen keinerlei Änderungen bewirkten, wie es bei der Gehorsamspflicht katholischer Priester eigentlich sein müßte. Auch das päpstliche Schreiben vom 1. März 1948 an die westdeutsche Geistlichkeit, in der großes Bedauern über die Vorgänge in Ostdeutschland ausgedrückt wurde, nützte nichts. Das alles waren schöne Worte. Kardinal Wyszynski wußte besser, wie der Vatikan dachte. So erklärte er nach einem Besuch beim Papst 1951, daß der Papst sehr wohl „volles Verständnis" für die Entwicklung in den „polnischen Westprovinzen" gezeigt habe, zumal zur Aussage Wyszynskis: „Die katholische Kirche kehrte hier mit dem polnischen Volk gemeinsam in Länder zurück, aus denen sie durch die lutherische Reformation vertrieben worden war." (FAZ vom 18. 12. 1956.) Und auch später blieb der gleiche Ton, so Wyszynski 1965: „Mit der Wiedergewinnung der polnischen Westgebiete, mit der Vernichtung des preußischen Staates und der Zerschlagung des Deutschen Reiches hat die Gegenreformation ihr Ziel erreicht." Und wie die kommunistische pol-

70) In gleichem Sinne äußerte sich Papst Johannes Paul II. im Jahre 1983 bei seinem Besuch in Breslau und Annaberg. Der Schlesier und christdemokratische Bundestagsabgeordnete Herbert Hupka sah sich daraufhin veranlaßt, scharfe Kritik zu üben. Er schrieb in einem Rundschreiben: „Der Papst ist nicht im Recht!" Das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche wird also öffentlich der Unwahrheit beschuldigt. Ein Vorgang, der zu denken geben müßte!

nische Regierung brandmarkte auch der Kardinal jede Stimme deutscher Katholiken, die sich gegen die Oder-Neiße-Grenze aussprach, als „Gefährdung des Friedens".

Wir haben hier einen neuen Beweis dafür, daß die römische Kirche in Polen die politischen Ziele der Machthaber vertritt. Denn der Ton ist derselbe, wie er von polnischen Politikern und in der polnischen Presse zu hören ist. Politiker und Presse aber sind heute die Stimmen sozialistisch/kommunistischer Gewalt, die sonst so scharf bekämpft wird. Die erstaunliche Übereinstimmung liegt darin, daß das katholische Christentum, wie schon erwähnt, für Polen eine Art Volksreligion ist. Aber, auch das zeigt sich erneut, es ist eine Volksreligion, die Machteinsatz nicht nur zur Erhaltung des Volkes und damit zur Abwehr von Gefahren will, sondern die jegliches Machtstreben unterstützt, auch ein solches, das sich über jedes sittliche Maß hinaus gegen andere Völker und gegen Menschen anderer Völker richtet. Es ist jene Einstellung, die in dem englischen Sprichwort „right or wrong, my country" ihren Ausdruck findet, also frei übertragen lautet: Gleichgültig ob Recht oder Unrecht, die Hauptsache ist, daß mein Land einen Vorteil dabei hat. Die Kirche in Polen vertritt eine solche Einstellung vor ihren Gläubigen als von der „Nationalgöttin" Maria gewollt und rechtfertigt sie damit moralisch. Die politischen Ziele entsprechen eben auch denen der römischen Kirche.

## Die Verbrechen in Zahlen

Doch wie gesagt, Verbrechen **an** Deutschen müssen genau belegt werden. Das ist auch geschehen. In der Bundesrepublik wurde eine „Dokumentation über Verbrechen an Deutschen in den Vertreibungsgebieten" erstellt. In allen Einzelheiten geschildert, können sie nur Entsetzen erregen. Doch es sind Worte, und Worte können nicht fassen, was Menschen durchmachen mußten. Die Dokumentation steht allerdings nur einzelnen zur wissenschaftlichen Auswertung offen[71], denn die Bundesregierungen haben bisher verhindert, daß sie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Sie wollten damit der Aussöhnung dienen, einer Versöhnung jedoch, wie sie von den Feinden, von allen Feinden Deutschlands gewünscht wird, nämlich daß alle Welt nur von der Schuld der Deutschen weiß und nur von ihr sprechen kann und noch heute, 40 Jahre nach dem Krieg, weiter spricht. Wenn heute zum Beispiel auf Grund von Zeugenberichten vom grauenvollen Geschehen im polnischen Lager Lamsdorf geschrieben wird, erhebt sich sofort, nicht nur in Polen, die Klage über deutschen „Revisionismus" oder sogar „Revanchismus".

Zur Versöhnung gehört aber nun einmal die Wahrheit, in diesem Fall die Wahrheit über die deutsch-polnische Geschichte, gehört die **beiderseitige** Anerkennung von Schuld und das **beiderseitige** Bedauern darüber. Dazu gehört aber auch

71) Bolko Frhr. v. Richthofen: Die Lage der deutsch-polnischen Beziehungen in der Gegenwart, Arndt-Verlag, Vaterstetten, 1979, und der Amerikaner Alfred de Zayas: Zeugnisse der Vertreibung, Sinus-Verlag, Krefeld, 1983.

die beiderseitige Anerkennung von geschichtlichen Leistungen und, nicht zuletzt, die beiderseitige Gewährleistung von Menschenrechten und Völkerrechten sowie die Einhaltung von Gesetzen und Verträgen.

Da es sich um Deutsche handelt, müssen auch die Zahlen über die Vertriebenen und über die Flucht- und Vertreibungstoten genau sein. An ihre Feststellung machte sich das Statistische Bundesamt der Bundesrepublik Deutschland. Die Arbeit mußte jedoch lückenhaft bleiben, weil manches einfach nicht zu klären war. Man wußte zwar die Bevölkerungszahlen von 1939 der von Russen und Polen besetzten Gebiete, auch die Zahlen der Deutschen in Polen. Im Krieg aber hatten sich durch neue Grenzen, durch Umsiedlungen, durch Neuansiedlungen von Auslandsdeutschen aus dem Osten und durch Evakuierungen von Deutschen aus dem Westen des Reiches Veränderungen ergeben, die im einzelnen nicht mehr nachzuprüfen waren. Außerdem war nicht bekannt, wieviel Flüchtlinge in die DDR oder nach Österreich gelangt waren. So mußte es bei den Endzahlen bei Schätzungen bleiben.

Für die Gebiete ostwärts der Oder/Neiße nennen die verschiedenen Bücher bis zum Jahre 1950 9 bis 13 Millionen Vertriebene/Flüchtlinge und 1,5 bis über 2 Millionen Tote. Hier fehlen die in die Sowjetunion verschleppten Deutschen und die dort bei der Zwangsarbeit Umgekommenen.

Für den gesamten Osten, also einschließlich des Südostens (Jugoslawien, Rumänien, Ungarn) und der Tschecho-Slowakei werden 15 bis 18 Millionen Vertriebene und 2,4 bis 3,8 Millionen Tote angegeben. Die letztgenannte Zahl steht bei Gause, a. a. O., S. 288. Er schreibt dazu:

„Mit dieser ungeheuren Zahl, die so unendlich viel Leid umschließt, hat das Ostdeutschtum in wenigen Monaten (er meint die Jahre 1945 und 1946) mehr Menschen verloren als die deutsche Wehrmacht in sechs Kriegsjahren oder etwa sechsmal soviel wie die deutsche Zivilbevölkerung durch den Luftkrieg."

Ja, es ist wirklich nicht vorstellbar, was diese Zahlen umschließen.

Dazu abschließend noch ein Zeuge, von dem jeder weiß, daß er für Übertreibungen zugunsten der Deutschen unbescholten ist, der erste Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer. Er sagte in einer Rede im April 1949, also noch vor Abschluß der Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes:

„Aus den östlichen Teilen Deutschlands, aus Polen, der Tschecho-Slowakei, Ungarn usw. sind nach den von amerikanischer Seite getroffenen Feststellungen insgesamt 13,3 Millionen Deutsche vertrieben worden. Davon sind 7,3 Millionen in der Sowjetzone und mehrheitlich in den drei Westzonen angekommen. 6 Millionen Deutsche sind vom Erdboden verschwunden. Sie sind gestorben, verdorben... Es sind Untaten verübt worden, die sich den von den deutschen Nationalsozialisten verübten würdig an die Seite stellen. Die Austreibung beruht auf dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945. Ich bin überzeugt, daß die Weltgeschichte über dieses alles ein sehr hartes Urteil dereinst fällen wird." (Richthofen, a. a. O., S. 113.)

Mit diesen Zwangsmaßnahmen haben die Sowjetunion und Polen erreicht, daß nunmehr auch im Osten „nationale" Grenzen vorhanden sind. Zwar waren in Polen und in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten trotz Flucht, Vertreibung und Mord noch viele Deutsche zurückgeblieben. Über die genauen Zahlen streiten sich deutsche und polnische Stellen. Die Polen gaben zunächst nur 65 000 Deutsche zu. Das war offensichtlich gelogen. So hatte das Deutsche Rote Kreuz noch 1975 allein 280 000 Deutsche erfaßt, die Verwandte in der Bundesrepublik hatten. Insgesamt wird die Zahl der Deutschen in Polen auf 1,5 Millionen geschätzt (1976). Sie sollten, da als Arbeitskräfte wichtig, im Lande gehalten werden. Anträge auf Aussiedlung nach Deutschland galten als Zeichen des Verrats. Sie wurden entweder gar nicht oder nur sehr zögernd behandelt und führten zu unglaublichen Schwierigkeiten für die betreffenden Familien. Einen Minderheitenschutz, wie ihn das Völkerrecht vorschreibt, gibt es für die Deutschen in Polen nicht. Sie werden zu Geschäftsobjekten gemacht, das heißt, daß die westdeutsche Regierung die Bereitschaft zur Bewilligung von Ausreisen für Deutsche erkauft.

## Heutige Lage

Für die Zurückbleibenden ist der Übergang zum Polentum nach den gegebenen Umständen nur eine Frage der Zeit. Das gesamte Deutschtum ostwärts der Oder/Neiße wird damit verschwinden. Welche Kräfte für Polen damit verlorengehen, hat sich bereits gezeigt und wird sich weiter zeigen.

Allerdings – auch ein Stalin hat sich in den Polen verrechnet. Er bzw. die sowjetische Führung mußte erkennen, was Bismarck schon vor 100 Jahren wußte und was auch Churchill in seinen Memoiren festgestellt hat, nämlich daß die Polen nie zufriedenzustellen sind. Vor allem ist von Dankbarkeit den Russen gegenüber keine Spur, obwohl die Polen doch wissen, daß die Wiederherstellung ihres Staates und die gewaltige Gebietserweiterung im Westen nicht eigener Kraft, sondern dem Einsatz der Russen zuzuschreiben sind. Nun, wer sich von Sowjets „befreien" läßt, muß politische Rücksichten nehmen.

Das aber sehen viele Polen nicht ein. Hier treten die alten geschichtlichen Gegensätze zwischen Russen und Polen zutage, die heute mehr denn je im Westen begrüßt und die wie früher von der römischen Kirche wachgehalten werden. So hat sich die sowjetische Führung auch geirrt, wenn sie meinte, die Polen würden angesichts der russischen Macht Ruhe halten. Die zu Recht bestehende Unzufriedenheit der Polen mit den Zuständen im Lande hat schon öfter zu Unruhen und sogar blutigen Aufständen gegen die kommunistischen und sowjethörigen Machthaber geführt. Schon nach dem Aufstand in Posen 1956 und den nachfolgenden Spannungen hat Chruschtschow damit gedroht, die Westgrenze Polens neu zu ziehen und einen Teil des besetzten Ostdeutschlands an die DDR zu geben. Dieser Gedanke soll 1982 wieder aufgetaucht sein.

Stalin hat auch die Macht der Kirche verkannt. „Wieviel Divisionen hat der Papst?", soll er ja einmal spöttisch gefragt haben. Nun, inzwischen ist sicher nicht zufällig der Pole Kardinal Wojtyla zum Papst gewählt worden. Nicht zufällig hält er und hält die polnische Kirche enge Verbindung zur Bewegung der „Solidarnosz" und zu deren Führer Walesa, dessen katholische Frömmigkeit und politische Bindung zur Kirche so hervorgehoben werden. Inzwischen wird die sowjetische Führung gelernt haben, daß der Papst, erst recht der jetzige „polnische Papst", die Mehrheit des polnischen Volkes als seine „Divisionen" zur Verfügung hat. Wenn er will, könnte er sie jederzeit auch zu offenem Kampf aufrufen. Leidtragender wäre dann wie so oft in der Geschichte das polnische Volk. Es ist ebenfalls noch heute Opfer des Glaubensumbruchs vor 1000 Jahren.

Bewiesen wird seit 1945 noch jene andere Erfahrung aus der Geschichte, daß das polnische Volk noch nie gezeigt habe, daß es sich allein regieren könne (Lloyd George). Die inneren Unruhen hören nicht auf, ja nehmen an Schärfe zu. Aus allen Statistiken und Berichten geht hervor, daß die wirtschaftliche Lage in Polen schlechter geworden ist. In den Jahrzehnten nach 1945 ist es offensichtlich nicht einmal gelungen, die Erträge der Landwirtschaft in den deutschen Ostgebieten auf die Höhe der Vorkriegszeit zu bekommen, geschweige denn, sie zu steigern. Früher waren diese Länder landwirtschaftliche Überschußgebiete, heute muß Polen Nahrungsmittel einführen und sogar auf Karten zuteilen. Mängel bei der Versorgung herrschen auch in anderen Bereichen. Sie sind aus eigener Kraft offenbar nicht zu beheben.

Was machen die Polen? Sie rufen andere Völker, vornehmlich das deutsche, um Hilfe an. Und was machen die Westdeutschen? Sie schicken den Polen gewaltige Mengen von Gütern aller Art. Bis Anfang Dezember 1982, also noch vor Ende der von der Bundespost frei beförderten Sendungen, betrug der Wert nach Pressemeldungen 144,1 Millionen Mark. Berechnet wurden hier allein die Lieferungen der Hilfsverbände wie Deutsches Rotes Kreuz, Caritas, Malteser Hilfswerk und Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche. Dazu kamen aber noch die vielen Sendungen aus persönlichem Antrieb.

Wie soll man eine solche Haltung nennen? Christlich, weil ja so viele katholische und evangelische Geistliche darum gebeten haben? Edel und gut, weil in Polen sicherlich Not herrscht? Oder unnatürlich, weil offenbar niemand an die Deutschen in Ost und West denkt, die ebenfalls Not leiden? Unverständlich, weil die Polen schließlich 1918 und 1945 widerrechtlich deutsches Land in Besitz genommen haben? Unfaßbar und würdelos, nach allem, was die Deutschen im Osten 1945 und danach unter polnischer Schreckensherrschaft erlitten haben? Oder aber bewundernswert und dazu politisch klug, um für die Zukunft eine Grundlage der Freundschaft zwischen Deutschen und Polen zu schaffen?

Wer nun aber meinen sollte, daß die große Hilfeleistung der Deutschen von polnischer Seite eine Würdigung in dieser Richtung erfahren hätte, sieht sich enttäuscht. Die amtliche polnische Presse lehnt es in dürren Worten ab, daß die „Nor-

maliſierung unſerer gegenſeitigen Beziehungen" auf „Päckchen" aufgebaut werden könnte. Wohlgemerkt, es geht auch hier nicht um die Einſtellung des polniſchen Volkes, das in ſeiner Maſſe keinen Haß gegen die Deutſchen fühlt und das ſehr wohl dankbar für Hilfe iſt, ſondern um ſeine Sprecher, ſeine politiſchen und geiſtig/ſeeliſchen Führer.

Polen wird innen- wie außenpolitiſch ein Unruheherd bleiben.

# Deutsche in den baltischen Ländern

Daß von Norden (Skandinavien) und Westen (Dänemark, deutscher Raum) seit je Verbindung zu den südlichen Küsten der Ostsee bestand, versteht sich schon von der geographischen Lage her. An günstigen Plätzen wurden Niederlassungen eingerichtet. Im 12. Jahrhundert waren es deutsche Kaufleute, die hier Handel trieben. Ihnen folgten Priester, die die Einwohner „bekehren" wollten (s. Teil II, S. 236 ff.). Dagegen regte sich bald kräftiger Widerstand der Bevölkerung, die sich weder seelisch noch wirtschaftlich unterjochen lassen wollte. Um die Herrschaft zu sichern, wurde dann der Schwertbrüder-Orden ins Land gerufen. Er wurde im 13. Jahrhundert vom Deutschen Orden abgelöst (Teil II, S. 244/248). Gleichzeitig vergrößerten sich die Handelsniederlassungen deutscher Kaufleute (Hanse). Die Städte Riga, Reval, Dorpat erhielten deutsches Gepräge. Die nichtdeutsche Bevölkerung, vornehmlich die Bauern, lebten in Unfreiheit, nicht anders als in den Ländern des Westens.

Die baltischen Länder Kurland, Livland und Estland waren politisch in Herrschaften des Ordens und der Bischöfe aufgeteilt. Mit dem Erstarken der Nachbarländer (Polen/Litauen seit dem 14. Jahrhundert), (Rußland und Schweden seit dem 15. und 16. Jahrhundert) gerieten sie in Schwierigkeiten. Estland unterstellte sich Schweden, der Süden (Livland, Kurland) kam an Polen. Die bevorrechtigte Stellung der deutschen Stände (Ritterschaft, Städte) blieb erhalten. Im 17. Jahrhundert ging auch Livland an Schweden über. Beim Verfall der Macht Polens und Schwedens trat mehr und mehr Rußland als stärkste Macht in Erscheinung (Peter der Große, 1689–1725). Die baltischen Länder wurden die „deutschen Ostseeprovinzen" Rußlands. Die Rechte des deutschen Adels wurden bestätigt und sogar erweitert. Deutsche Herren aus dem Baltenland waren als Diplomaten, Heerführer und Beamte treue Diener der russischen Zaren.

Deutsche Geistliche richteten für die Bevölkerung Schulen in ihrer lettischen und estnischen Muttersprache ein und setzten sich für Besserung ihrer rechtlichen Lage ein. Damit schufen sie die Voraussetzung dafür, daß diese Menschen zum Bewußtsein ihrer nationalen Eigenart und zu Forderungen nach weiteren sozialen und politischen Rechten kamen. Mit dem 19. Jahrhundert wurde wie in Deutschland die Bauernbefreiung eingeleitet. Anfang des 20. Jahrhunderts befanden sich 60 v. H. des Landes in Händen der Bauern.

Durch Jahrhunderte hindurch blühte in den Städten deutsches geistiges Leben. Im Verhältnis zu ihrer Zahl – nicht mehr als 180 000 – haben die Baltendeutschen eine große Schar bekannter und berühmter Denker und Kulturträger hervorgebracht. Viele von ihnen verließen die Enge ihrer Heimat. Die Universität Dorpat, die östlichste deutsche Universität, gegründet 1802, bildete den Ausgangs- und Sammelpunkt deutschen Geistes.

In der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die Stellung des Deutschtums in den baltischen Ländern von zwei Seiten in Frage gestellt, einmal von unten, von

der Masse der einheimischen Bevölkerung, die Mitbestimmung in der Führung forderte, zum anderen von oben, von den russischen Zaren und dem russischen Adel, die die Stellung der Deutschen als Führungsschicht sowohl im russischen Reich als auch in den baltischen Ländern aufheben wollten. Im Zeitalter des Nationalismus galten sie als Fremde. Die Russifizierung der baltischen Länder setzte ein. Ein Mittel dazu war der Glauben. Die russisch-orthodoxe Staatskirche spielte den Gegensatz der Stände aus, um die Menschen der unteren Schichten zum Übertritt zu bewegen. Mit Glaubenshaß und Betonung des lettischen und estnischen Nationalgefühls wurde ein Gegensatz zu den Deutschen geschaffen.

„1887 wurde die russische Unterrichtssprache an allen Schulen eingeführt, 1888/89 wurden die ständischen Gerichts- und Polizeiorgane durch staatliche ersetzt, und 1889 erfolgte die Russifizierung der Universität Dorpat und des Polytechnikums in Riga. Die Folge war ein spürbares Absinken des Bildungsstandes der Masse der lettischen und estnischen Bevölkerung und die zunehmende Verbreitung sozialrevolutionärer Ideen vor allem in der in den Städten entstehenden, national gemischten Fabrikarbeiterschaft."[72])

Die Spannungen entluden sich erstmalig bei der Revolution im Jahre 1905 mit blutigen Ausschreitungen gegen die Deutschen. Die Kluft zwischen Deutschen und Nichtdeutschen vertiefte sich.

Gegen Ende des 1. Weltkriegs ging eine Welle bolschewistischen Terrors über das Land, von dem es zunächst durch eigene Kraft und mit Hilfe deutscher Truppen befreit wurde. Nach dem Zusammenbruch Deutschlands kam es 1918/1919 erneut zu einem Einmarsch der Bolschewisten mit all seinen blutigen Folgen. An der erfolgreichen Abwehr beteiligten sich neben deutschen Freikorps auch die Baltendeutschen. Lettland und Estland wurden nunmehr von Rußland getrennt und zu selbständigen Staaten, in denen die Deutschen lediglich eine nationale Minderheit bildeten. Die Reibungen zu den Staatsvölkern, den Letten und Esten, verstärkten sich. Viele Deutsche wanderten ab.

Mit dem russisch-deutschen Vertrag vom 23. 8. 1939 erkannte Deutschland die baltischen Länder als sowjetisches Einflußgebiet an. Um die Deutschen der sowjetischen Herrschaft zu entziehen, wurde kurz darauf ein Vertrag mit Lettland und Estland abgeschlossen, der den Deutschen den Weg zur Umsiedlung nach Deutschland öffnete. 83 967 Deutsche verließen daraufhin bis 1941 ihre Heimat und zogen ins Reich. Die Geschichte des baltischen Deutschtums war damit zu Ende.

**Litauen** zählt nicht zu den baltischen Ländern. Es war lange Zeit hindurch ein Teil Polens. Diejenigen Deutschen, die im Mittelalter als Bürger oder Bauern eingewandert waren (Wilna erhielt 1387, Grodno 1391, Kowno [Kauen, Kaunas] 1408 deutsches Recht), gingen wie in Polen im Polentum auf. Im 18. und 19. Jahrhundert erfolgte eine neue Zuwanderung von Deutschen, meist Bauern,

72) Arved Freiherr von Taube: Das baltische Deutschtum, in: Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn. Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt am Main, Berlin, Bonn, München, 1967, S. 164.

in die Grenzgebiete. Eine politiſche und geiſtige Bedeutung hat dieſes Deutſchtum nicht erlangt. Mit der Rückführung von rund 50 000 Menſchen bis 1941 war auch ſein Ende gekommen.[73])

73) Nähere Angaben bei: Jürgen von Hehn: Die baltiſchen Lande, Geſchichte und Schickſal der baltiſchen Deutſchen, aus: Der Göttinger Arbeitskreis, Heft 17, und: Manfred Hellmann: Die Deutſchen in Litauen, aus: Der Göttinger Arbeitskreis, Heft 15.

# Deutſche in Rußland

(Kartenſkizze 4)

Der Zug der Deutſchen nach Oſten ging über Polen und die Oſtſeeländer weiter in den ruſſiſchen Raum. Kaufleute richteten Handelsplätze ein, Fachleute aller Art wurden von Fürſten gerufen. Zur Zeit Iwans IV., des Schrecklichen, (1533–1584), beſtand außerhalb Moskaus eine deutſche Vorſtadt, in der deutſche Kaufleute, Offiziere, Techniker, Gelehrte und Handwerker geſchloſſen zuſammen lebten. Die Errichtung deutſcher Siedlungen getrennt von den beſtehenden Ortſchaften der einheimiſchen Bevölkerung war damals üblich. Für die Deutſchen hatte das den Vorteil, daß ſie nach ihrer Art wohnen, leben und eigene Schulen und Kirchen bauen konnten. Der Nachteil war, daß eine ſolche Siedlung außerhalb der Stadtmauern leicht von Banden oder Feinden überfallen, niedergebrannt und geplündert werden konnte, wie es die Vorſtadt von Moskau in der damaligen unſicheren Zeit mehrmals durchmachen mußte.

100 Jahre ſpäter zog Peter der Große (1689–1725), der ſein rieſiges Land in allen Dingen vorantreiben wollte, zahlreiche Deutſche nach Rußland. Sie wohnten jetzt innerhalb der Städte. Deutſche hatten Anteil am Bau und Wachstum der neuen Hauptſtadt Petersburg, wo auch deutſche Schulen gegründet wurden und eine deutſche Zeitung erſchien, die erſte in Rußland überhaupt. Deutſche höherer Schichten dienten als hervorragende Staatsmänner und als Lehrmeiſter auf allen Gebieten.

## Deutſche Einwanderung ab Ende des 18. Jahrhunderts

Die Zarin Katharina II., Deutſche aus dem Hauſe Anhalt-Zerbſt (1762–1796), zog zum erſten Mal auch deutſche Bauern in großer Zahl nach Rußland. Sie ſollten Landſtriche beſiedeln und nutzbar machen, die wüſt und menſchenleer waren. Weitgehende Sonderrechte wurden zugeſichert: freie Reiſe, freie Berufswahl, Hilfe beim Aufbau, Freiheit der Religion, eigene Schulen und Kirchen, dreißig Steuer-Freijahre auf dem Land, zehn in der Stadt, eigene innere Verwaltung und Rechtſprechung der geſchloſſenen Siedlungen (Kolonien), ewige Befreiung vom Militärdienſt. Da die Zeiten in Deutſchland nach dem Kriege ſchlecht waren, folgten viele aus Weſtdeutſchland (Elſaß, Baden, Württemberg, Heſſen, Pfalz) dieſem Ruf. Preußen brauchte ſeine Menſchen ſelbſt. Die Reiſe ging über See nach Petersburg. Aber einmal in Rußland, mußten die Deutſchen feſtſtellen, daß es dort mit der Einhaltung von Zuſagen nicht ernſt genommen wurde. Zunächſt war von freier Berufs- und Ortswahl nicht die Rede. Ein kleiner Teil der Zuwanderer wurde in der Umgebung Petersburgs angeſetzt. Aus ihren Siedlungen entſtanden ſpäter die Städte Oranienbaum, Peterhof und Kronſtadt, für deutſche Soldaten des 2. Weltkriegs ein Begriff. Die meiſten aber, gleich welchen Standes

und welchen Berufes, wurden gegen ihren Willen an die mittlere Wolga in den Raum von Saratow, 300 km nördlich von Zarizyn, später Stalingrad, heute Wolgograd, geschickt. Die ersten Transporte wurden dort in wörtlichem Sinne in einer Wildnis ausgesetzt. Häuser gab es nicht, nicht einmal Baumaterial. Die Menschen mußten sich erstmal in die Erde eingraben. Nur härteste Arbeit sicherte das Überleben.

Vier Jahre lang traf ein Schub nach dem anderen ein. In einigen Jahren entstanden Häuser und Dörfer, war der Lebensunterhalt gesichert. Doch wurden die neuen Siedlungen bis 1780 immer wieder durch Überfälle von Räuberbanden und asiatischen Nomaden bedroht, Dörfer zerstört, Menschen getötet oder in die Sklaverei verschleppt. Allein bis 1775 betrugen die Verluste etwa 6000 Menschen, 20 v. H. der Bevölkerung. Nach 1780 erholten sich die Kolonien, und nach weiteren zehn Jahren erzeugten sie bereits so viel Weizen, daß der Überschuß in andere Gebiete Rußlands abgegeben werden konnte. Die Siedlungen der Deutschen erstreckten sich beiderseits der Wolga über einen Raum von 100 km nördlich bis 150 km südlich von Saratow. Dort lebten bald 23 000 Deutsche in 104 Dörfern, fast alle mit deutschen Namen. Wegen des Kinderreichtums der Deutschen reichte das Land nicht mehr. Die Siedlungen dehnten sich nach Westen und noch mehr nach Osten weiter aus.

Für Rußland war der Einsatz von Deutschen ein Vorteil. So holte Katharina II. ab 1786 wiederum deutsche Bauern, Mennoniten, aus dem Danziger Werder in die Steppe nördlich des Schwarzen Meeres, zunächst südlich von Dnjepropetrowsk. Das Land war gerade den Türken abgenommen worden. In der Folge wurde das ganze Gebiet nördlich des Schwarzen Meeres und des Asowschen Meeres sowie die Halbinsel Krim russisch. Alexander I. (1801–1825) führte die Besiedlung dieses Raumes mit Deutschen verstärkt fort. Sie dauerte etwa 50 Jahre. Deutsche Bauern aus Polen, Ungarn und aus Schwaben wurden in Bessarabien, um Odessa, weiter nach Osten bis in die Gegend von Mariupol/Taganrog und auf der Krim angesetzt.

Auch hier waren die ersten Jahre sehr schwer. Dann aber verstanden es die Deutschen, den guten Boden zu nutzen. Im Jahre 1831 lebten hier insgesamt 35 000 Deutsche in 107 Dörfern.

Zu den Auswanderern aus Schwaben gehörten auch Gruppen von religiösen Schwärmern, die auf Grund irgendwelcher Prophezeiungen über die kommende „Endzeit" der Menschheit oder über die Wiederkehr Christi nach Rußland als dem „Bergungsort" oder nach Palästina, ins „Heilige Land" wollten. Im Jahre 1816 zog eine erste Gruppe von 30–40 Familien ohne weitere Vorbereitungen los, donauabwärts über das Schwarze Meer. Sie hatten Glück, bei ihren Landsleuten in den dortigen Siedlungen aufgenommen zu werden und den Winter verbringen zu können. Im nächsten Jahr wanderten sie weiter. Daraufhin folgten 1818 7000 bis 8000 Menschen, von denen Tausende unterwegs an Krankheiten und Seuchen umkahmen. Alle diese Leute wurden von den russischen Behörden in

Tiflis, also in Transkaukasien, angehalten und auf kargem Neuland als Siedler angesetzt. Auch sie schufen in zäher Arbeit blühende Bauerndörfer, bekannt vor allem durch den Weinbau.

Die deutschen Kolonien in Rußland hatten Selbstverwaltung und eigenes Kulturleben. Die Dörfer waren getrennt nach Bekenntnissen (Evangelische, Mennoniten, Katholiken u. a.) angelegt, so daß religiöse Streitigkeiten innerhalb der Gemeinden ausgeschaltet waren. Sie besaßen ihr eigenes deutsches Schulwesen, das, wie damals üblich, der Kirche unterstand. Somit wurde den deutschen Kindern, im Gegensatz zu den russischen, eine allgemeine Bildung vermittelt.

Geburtenreichtum (8 bis 10 Kinder) führten zu starker Vermehrung der Deutschen. Im Jahre 1857 wurden im Wolga-Gebiet 198 000, in Südrußland 128 700 Deutsche gezählt. Und das Wachstum ging weiter. Sie brauchten mehr Land. Durch Ankauf von Boden in der Umgebung der bestehenden Kolonien dehnten sie sich weiter aus. Tochterkolonien wurden angelegt, so im Nordkaukasus im Kuban-Gebiet (Armawir-Pjatigorsk) bis hin zum Kaspischen Meer, seit 1880 im Ural-Gebiet, in Turkestan und Chiwa am Aral-See, in Ost-Sibirien bis Irkutzk und Wladiwostok. Insgesamt entstanden rund 3000 Tochtersiedlungen. Durch die Tüchtigkeit deutscher Bauern war Südrußland zur Kornkammer nicht nur Rußlands, sondern Europas geworden.

## Wandel in der Haltung der Russen

Der Wohlstand der Deutschen weckte die Mißgunst der Russen. Rußland sollte schließlich den Russen gehören. So wurden seit 1866 die Sonderrechte der Deutschen nach und nach abgebaut. 1874 hob die Regierung die Befreiung vom Militärdienst auf, 1877 wurden die deutschen Gebiete der russischen Verwaltung unterstellt. Innerhalb der Kolonien blieb das Eigenleben in Schule, Presse, Sprache und Kirche erhalten. Dennoch fühlten sich viele enttäuscht, besonders die Mennoniten wegen des Militärdienstes, und wanderten nach Amerika aus. In den Steppen und Prärien Kanadas und der USA schufen sie in harter Arbeit jene Weizen-Anbaugebiete, die heute, 100 Jahre später, ihre Überschüsse in die Welt verkaufen und nicht zuletzt die Menschen ihrer früheren Heimat, Rußland, am Leben erhalten. Andere Auswanderer gingen nach Argentinien und in den Süden Brasiliens. Dort haben sie in geschlossenen Siedlungen ihr Volkstum erhalten.

Trotz dieser Abwanderung wuchs die Zahl der Deutschen weiter. Im Jahre 1914 betrug sie (ohne Baltikum und Wolhynien) fast anderthalb Millionen. Ihr Landbesitz umfaßte 95 000 qkm, an Ausdehnung so viel wie Bayern und Hessen, größer als die gesamte Ackerfläche der Bundesrepublik. Das liest sich so leicht und schnell. Doch sollte sich jeder einmal überlegen, welche Summe an Arbeit und Tatkraft dahintersteht. Die Russen sahen natürlich nur das Ergebnis. Jetzt stand Rußland mit Deutschland im Krieg, jetzt konnte man die Deutschen in Rußland

als Vorposten des Feindes, ja als Feinde sehen und behandeln –, obwohl diese Deutschen in Deutschland längst vergessen waren und obwohl ihre Söhne im russischen Heer standen. Sie wurden allerdings bald unter härtesten Bedingungen als Zwangsarbeiter eingesetzt und hatten hohe Ausfälle. Jetzt sollte nicht nur alles Deutsche verschwinden, durch Gesetz wurde auch das Eigentum der Deutschen enteignet. 100 000 Deutsche aus Wolhynien wurden von Haus und Hof gejagt und nach Sibirien verschleppt. Die für 1917 geplante Vertreibung der Schwarzmeer-Deutschen kam durch den Ausbruch der ersten russischen Revolution nicht mehr zur Durchführung. Die Deutschen atmeten auf. Ihre Freiheiten wurden wiederhergestellt. Im Sommer 1917 begann die Aufbauarbeit.

## Lage nach dem 1. Weltkrieg

Doch schon im November 1917 wurde die Regierung Kerenski durch Lenin und seine Bolschewisten gestürzt und die „Diktatur des Proletariats" errichtet. Mit den marxistisch-kommunistischen Schlagworten „Eigentum ist Diebstahl" und „Raubt das Geraubte" zogen sie die Massen auf ihre Seite. Alles sollte allen gehören. So wandten sie sich gegen diejenigen, die etwas besaßen. Besitzende waren vor allem die Bauern, unter ihnen die deutschen. Gemeinsam setzten sie sich zur Wehr. Im Schwarzmeer-Gebiet stellten sich die Deutschen auf die Seite „weißer" Verbände und errangen mit ihnen auch Erfolge über die Bolschewisten. Am Ende aber brachen alle Aufstände und Gegenströmungen zusammen – auch wegen mangelnder Unterstützung der westlichen Siegermächte. – Dem Wüten der Bolschewisten waren keine Grenzen gesetzt. Eine Welle von Plünderungen, Brandschatzungen, Verschleppungen und Morden ging durch das Land. Die Folge war im Jahre 1921 eine Hungersnot, der neben Millionen von Russen allein im Wolga-Gebiet 166 000 Deutsche zum Opfer fielen.

Die Regierung mußte ihre Pläne zur Kollektivierung umstellen. Die „Neue Ökonomische Wirtschaft" wurde eingeführt, Eigennutzung gestattet. Von 1923 bis 1928 herrschte eine Zeit der Ruhe, in der auch die deutschen Kolonien sich wieder erholten. Im Jahre 1926 betrug die Zahl der Deutschen 1 240 000. Im Jahre 1928 aber begann die rücksichtslose Verfolgung der Kulaken, der Großbauern, in denen mit Recht die natürlichen Feinde jedes Kollektivs gesehen wurden. Eine Massenflucht der Deutschen setzte ein. Sie wollten nach Deutschland auswandern. Doch nur 6000 erhielten die Erlaubnis dazu. Die Masse wurde als Zwangsarbeiter nach Sibirien verschleppt. Doch auch jetzt noch, unter den neuen Formen des Kollektivs, erhielten sich die deutschen Kolonien.

## Lage nach dem 2. Weltkrieg

Ihr Ende kam im 2. Weltkrieg. Sofort nach seinem Beginn wurden alle Männer aus dem Süden Rußlands weggeholt, so daß die vordringenden deutschen

Truppen nur noch Frauen, Kinder und Greiſe vorfanden. Von ihnen konnten 350 000 im Jahre 1943 nach Deutſchland umgeſiedelt werden. Die meiſten von ihnen wurden im Warthe-Land angeſiedelt. Dort fielen 200 000 den ſowjetiſchen Truppen in die Hände, als dieſe 1945 in Deutſchland einbrachen. Sie alle wurden als Verräter nach Sibirien gebracht und dort unter unmenſchlichen Bedingungen zur Zwangsarbeit eingeſetzt. Aus dem Wolga-Gebiet ließ Stalin ſämtliche Deutſche – etwa 350 000 waren noch übriggeblieben – „ausſiedeln". Sie wurden auseinandergeriſſen und nach Sibirien getrieben. Hunderttauſende gingen dort zugrunde. Die Überlebenden waren beſitz- und rechtlos, Gefangene des Sowjetſtaates.

Erſt 1955 erhielten ſie durch Erlaß Chruſchtſchows ihre perſönliche Freiheit zurück. So ſtark war trotz allem ihr Lebenswille, daß im Jahre 1959 1 619 000 Deutſche gezählt wurden – von Ruſſen gezählt. Von dieſen gaben drei Viertel deutſch als Muttterſprache an. Die Rückkehr in die alten deutſchen Gebiete im europäiſchen Rußland blieb verboten. So ſammelten ſie ſich im aſiatiſchen Teil des ſowjetiſchen Reiches, zum Teil in und bei den früheren Tochterkolonien, im Norden im Raum Syktywkar und Workuta, im Süden an den Grenzen zum Iran in **Turkmeniſtan** (um Aſchchabad), oſtwärts davon an der Grenze zu Afghaniſtan in **Usbekiſtan** (um Buchara), in **Tadſchikiſtan** an der afghaniſch-chineſiſchen Grenze, in **Kirgiſtan** an der chineſiſchen Grenze (um Frunſe), nördlich davon in **Kaſachſtan** (um Aktjubinſk, Kuſtanai, Akmolinſk, Karaganda und Semipalatinſk), in Ruſſiſch-**Sibirien** (um Omſk und Slawgorod)und in Städten des **Ural-Gebiets**.[74])

Die Verteilung der Deutſchen über einen derart großen Raum und die Zerſplitterung in den einzelnen Räumen erſchweren den Zuſammenhalt. Der deutſchen evangeliſchen Kirche, die früher für die Pflege des Deutſchtums eine wichtige Rolle ſpielte, iſt die Arbeit erſchwert. Fraglos liegt es in der Abſicht der ſowjetiſchen Behörden, die Deutſchen über kurz oder lang im Ruſſentum aufgehen zu laſſen.

74) Johannes Schleuning: Die Rußlanddeutſchen, in: Die Deutſchen und ihre öſtlichen Nachbarn, a. a. O., S. 289. Weitere Angaben in: Johannes Schleuning: Die deutſchen Siedlungsgebiete in Rußland, Schriftenreihe des Göttinger Arbeitskreiſes, Heft 52/53, Holzner-Verlag, Würzburg, o. Jahr.

# Schluß

## Die Deutschen in den nichtdeutschen Ostländern

In den Staaten Osteuropas leben noch viele Deutsche. Ihre Lage ist von Land zu Land verschieden. Doch überall wird versucht, sie dazu zu bringen, ihr Volkstum aufzugeben. Die Mittel reichen von nackter Gewalt wie in Polen und der Tschecho-Slowakei über wirtschaftliche Nötigungen aller Art bis zu seelischem Druck. Von Deutschland abgeschnitten hören sie von allen Seiten nur das eine, daß sie einem Volk angehören, das die Schuld an den Weltkriegen und an unerhörten Verbrechen trägt. Wer mag sich da noch deutsch nennen! Und wie es mit der Erziehung in den Ländern des Ostblocks bestellt ist, kann sich jeder vorstellen.

Aus Deutschland und gerade aus der Bundesrepublik, in der von Amts wegen angestrebt wird, Millionen von Menschen aus anderen Völkern, ja aus anderen Kulturen, zu „assimilieren und zu integrieren", kann kaum Verständnis dafür zu erwarten sein, daß Deutsche in fremden Ländern ihr Volkstum bewahren wollen. Das gilt erst recht für die sogenannte öffentliche Meinung. Sämtliche Massenmedien sind so gesteuert, daß sie diese amtlichen Bemühungen nicht nur unterstützen, sondern vorantreiben. Sie erkennen zwar ein Nationalbewußtsein bei anderen Völkern an und loben es überschwenglich beim polnischen Volk. Bei Deutschen aber ist so etwas höchst verdächtig und abzulehnen.

Bei solchen Einflüssen ist es begreiflich, daß die Deutschen im Osten auch von den Deutschen in Deutschland keinen Rückhalt zu erwarten haben. Die wenigsten wissen überhaupt, daß dort noch Hunderttausende deutscher Menschen leben. Viele sind außerdem der nun seit 40 Jahren andauernden Umerziehung und inneren Entdeutschung erlegen. Sie reden und demonstrieren – gewiß mit Recht – gegen Not und Unterdrückung in aller Welt, aber an Not und Unterdrückung Deutscher denken sie nicht. Da sie sich selbst nicht mehr als Deutsche fühlen, sondern – wie es nach der heute gewünschten Ausdrucksweise heißt –, als „Angehörige einer Gesellschaft", die zufällig auf deutschem Boden leben, werden sie fragen, warum die zufällig in anderen Ländern lebenden Deutschen so rückständig sein mögen, Deutsche bleiben zu wollen –, zumal sie damit nur Ärger haben. Warum sollten sie nicht dem Beispiel so vieler Deutscher in vergangenen Jahrhunderten folgen und als „Kulturdünger" im Wirtsvolk aufgehen wollen. Das wäre für sie und andere doch nur von Vorteil. – Wer so denkt, wird sich allerdings kaum darum grämen, daß das Deutschtum im Osten untergeht. Das tun auch viele Deutsche in den verschiedenen Ostländern nicht. Wie in vergangenen Jahrhunderten gehen sie auch heute zu ihren Wirtsvölkern über. Sofern das nicht unter Zwang geschieht, muß es natürlich hingenommen werden. Denn Freiheit des Menschen ist auch hier anzuerkennen.

Freiheit ist stets auch Verantwortung, Verantwortung für die Folgen eines Entschlusses. Der Wechsel des Volkstums ist nämlich mehr als eine Änderung in

den Personalpapieren. Er führt zwangsläufig zum Verlust der Muttersprache, die gerade für Deutsche von hoher Bedeutung ist. *Sprache ist Kultur.* Neben den skandinavischen Sprachen ist die deutsche Sprache die einzige nicht von fremden Einflüssen veränderte Sprache in Europa. Ihre Anfänge stammen aus Urzeiten, und sie ist urtümlich, also dem Wesen der Menschen entsprechend, weiter gewachsen. In ihr finden alle seelischen Empfindungen ihren Ausdruck, die den Deutschen eigentümlich sind. *Sprache ist auch Hort der Kultur,* denn mit ihrem Wortschatz hütet sie alles seelische Erleben, das dem Volkstum wesenseigen ist. *Sprache ist weiter Träger der Kultur,* denn sie kann dieses seelische Erleben, auch das göttliche Erleben, in Mitmenschen und Nachkommen gleicher Herkunft und gleichen Wesens zum Mit- und Nachklingen bringen. Ein Abgehen von der Muttersprache trennt also nicht allein von der geschichtlich gewachsenen Gemeinschaft des Volkes, es schneidet nicht nur den Weg „zu den Müttern" ab, es führt auch zur seelischen Entwurzelung des einzelnen. Die Folge ist Schädigung des Menschentums. Der Menschen und nicht irgendeines Volkes oder Staates wegen ist ein Wechsel des Volkstums also zu bedauern.

Viele Deutsche im Osten halten aber trotz aller Behinderungen und Gefahren und trotz aller äußeren Nachteile an ihrem Volkstum fest. Auch diese Entscheidung sollte anerkannt werden. Es muß ihnen ebenso überlassen werden, ob sie als Deutsche inmitten ihres Wirtsvolkes bleiben oder ob sie nach Deutschland zurückkehren wollen.

Aufgabe aller deutschen Regierungen sollte es sein, bei den Ostländern mit Nachdruck darauf zu drängen, daß diese Rechte auch gewahrt und den Deutschen zugebilligt werden. Denn es handelt sich um allgemein anerkannte menschliche Grundrechte, das Recht, sich zu einem Volk zu bekennen und das Recht auf Freizügigkeit. Diese Rechte sind oft bestätigt worden, den Worten aber bisher nicht die Taten gefolgt. Vielmehr sind Menschen immer noch zu Gegenständen politischen Handels gemacht worden.

Alle deutschen Regierungen sollten weiterhin darauf bestehen, daß denjenigen Deutschen, die in ihren Wirtsländern bleiben wollen, die im Völkerrecht festgelegten Minderheitenrechte gewährt werden, das Recht, die eigene Kultur zu pflegen, das Recht, die deutsche Sprache benutzen zu dürfen, das Recht, sich in Gruppen zusammenzuschließen und eigene Schulen und Kirchen einrichten zu dürfen sowie schließlich das Recht, Vertreter der Volksgruppen zu bestimmen, die dem Staat gegenüber Wünsche und Beschwerden vorbringen können.

Pflicht aller deutschen Regierungen ist es auch, sich mehr als bisher um die Deutschen im Osten zu kümmern, Verbindung mit ihnen aufzunehmen und zu pflegen und selbst zu prüfen, wie sie behandelt werden. Mehr als bisher sind Zwang und Unterdrückung, die immer noch vorkommen, vor die Öffentlichkeit und, wenn nötig, auch vor internationale Gerichtshöfe zu bringen.

Die Deutschen im Osten müssen die Gewißheit haben, daß sie nicht vergessen und nicht aufgegeben sind. Hier liegt auch die Aufgabe der einzelnen Deutschen in

Deutſchland. Vorausſetzung dafür iſt allerdings, daß ſie etwas von den geſchichtlichen Leiſtungen und vom harten Schickſal ihrer Brüder und Schweſtern im Oſten wiſſen, vor allem aber, daß ſie ſelbſt ſich als Brüder und Schweſtern fühlen. Beides iſt heute nicht allgemein der Fall.

# Der deutsche Osten

Die Lage der Deutschen, die aus den deutschen Ostgebieten geflüchtet sind oder vertrieben wurden, ist eine andere, ja geradezu umgekehrt wie die der Deutschen in den Oststaaten. Sie befinden sich in deutschen Ländern und damit inmitten ihres Volkes. Ihr Deutschtum ist also durch Gewalt von fremden Staaten nicht gefährdet. Doch sie haben ihre Heimat verloren und damit ebenfalls ein wesentliches Gut ihres Menschentums.

## Massenvertreibung und Völkerrecht

Ihre Vertreibung war sowohl nach der Zahl der Betroffenen wie nach Art der Durchführung ein in der Geschichte einmaliger Vorgang. Die Verbrechen, die dabei verübt wurden (Wegnahme des Besitzes, Plünderung, Schändung, Mord), stehen nicht nur in jeder menschlichen Gemeinschaft unter schweren Strafen, sie sind als Kriegshandlungen auch völkerrechtlich verboten. Das ist schon in der **Haager Landkriegsordnung von** 1907 (HLKO) verbindlich festgelegt worden. Dort heißt es:

**„Artikel 46: Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geschützt werden.**

**Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.**

**Artikel 47: Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt."**

Diese Regeln sind für den Krieg erlassen worden. Hier wurden die Verbrechen noch nach dem Ende der Kampfhandlungen fortgesetzt.

Daß eine Besatzungsmacht darauf verfallen könnte, die Bevölkerung ganzer Landesteile unter unvorstellbaren Bedingungen zu vertreiben, war im Jahre 1907 offenbar noch undenkbar. Im Gegenteil! In der HLKO von 1907 ist bestimmt:

**„Artikel 43: Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängigen Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze."**

Inzwischen sind Vertreibungen als Verbrechen gegen Menschlichkeit völkerrechtlich verboten. So heißt es im **„Statut für den Internationalen Militärgerichtshof" = „Nürnberger Statut"** laut Londoner Abkommen vom 8. 8. 1945:

**„Artikel 6 c: Verbrechen gegen die Menschlichkeit: nämlich: Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, begangen an irgendeiner Zivilbevölkerung vor oder während des Krieges ..."**

Dieſe Beſtimmung iſt in der **Genfer Konvention von** 1949 beſtätigt worden.

Mit der Vertreibung wurden Millionen von Deutſchen aus der Heimat verjagt. Das Recht auf Heimat iſt anerkanntes Menſchenrecht, wie in Wort und Schrift immer wieder betont wird. Heute wird es allerdings – auch von Deutſchen – für diejenigen ruſſiſchen, polniſchen und tſchechiſchen Menſchen ins Feld geführt, die ſeit 1945 in die deutſchen Oſtgebiete und in die deutſchen Siedlungsgebiete der Tſchecho-Slowakei verſchickt wurden. Auch ſie mußten ihre angeſtammte Heimat verlaſſen. Für dieſe Maßnahme tragen aber nicht die Deutſchen die Verantwortung, ſondern die Regierungen jener Länder. Sie haben damit das Völkerrecht verletzt. In der **Genfer Konvention von** 1949 ſteht:

**„Artikel 49: ... Die Beſatzungsmacht darf nicht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr beſetzte Gebiet verſchleppen oder verſchicken.“**

Die Deutſchen können mit vollem Recht das Heimatrecht für die eigenen Landsleute in Anſpruch nehmen, deren Vorfahren vor langen Jahrhunderten dorthin gekommen ſind, die ſeit Jahrhunderten dort gelebt haben wie ſie ſelbſt dort gelebt haben.

Sollten derartige Verſtöße gegen beſtehendes Völkerrecht einfach hingenommen und anerkannt werden, müßte das nicht nur für die Deutſchen, ſondern für alle Menſchen gefährliche Folgen haben. Jede ſtaatliche Gewalt könnte mißliebige Gruppen ſowohl aus dem eigenen wie aus fremdem eroberten Land hinaustreiben, ohne daß jemand eingreifen oder auch nur Anklage erheben dürfte. Sie könnte Vermögen enteignen oder Ausſchreitungen jeder Art vornehmen laſſen, ohne daß jemand eine Entſchädigung verlangen dürfte. Mit Sicherheit würden auch Auswirkungen für die Weißen in aller Welt eintreten.

„Das intelligenteſte Argument gegen eine Politik der Maſſendeportationen ſteuerte Profeſſor Allan B. B. Fiſher in ſeinen Veröffentlichungen und Vorträgen bei. Er wies darauf hin, daß die Völker des Fernen Oſtens, Kleinaſiens und auch Afrikas, gewohnt waren, die politiſchen Dogmen und Gewohnheiten Europas zu übernehmen. So ſei es mit der extremen Anwendung des Selbſtbeſtimmungsrechtes nach dem Weltkriege geſchehen (Zuſatz des Verf.: Für die Deutſchen galt das Selbſtbeſtimmungsrecht nicht!) Sollte nach dem zweiten Weltkrieg die Idee des reinraſſigen Staates als fundamentales Prinzip der politiſchen Organiſation anerkannt werden, ſo würde es ſich auch auf jene Teile der Welt ausbreiten, in denen bisher kleine europäiſche Minderheiten eine privilegierte Poſition innehatten. Sei die ‚Löſung‘ mit der Verpflanzung nationaler Minderheiten einmal in Europa durchgedrungen, ſo werde bald darauf die Vertreibung der europäiſchen Minderheiten aus Kleinaſien, dem Fernen Oſten und aus Afrika auf der Tagesordnung ſtehen. Fiſher vertrat dieſe Gedankengänge zum erſtenmal im Jahre 1943 und wiederholte ſie noch am 21. April 1945 in einem von dem Internationalen Büro der Fabiergeſellſchaft veranſtalteten Vortrag. Dieſer Vortrag verdient einen Ehrenplatz unter den Zeugniſſen menſchlicher Vorausſicht und moraliſchen Mutes.“ (Aus Jakſch, a. a. O., S. 414.)

Mahnungen dieſer Art haben nicht geholfen. Die Weltöffentlichkeit nimmt von dieſen offenen Verſtößen gegen das Völkerrecht, wenn es ſich um Deutſche handelt, kaum Kenntnis. Und auch die Wiſſenſchaftler, internationale wie deutſche, bleiben außerordentlich zurückhaltend. Aufſchlußreich iſt das Verhalten gegenüber Fachleuten, die das Schweigen zu durchbrechen drohen. Im Jahre 1952 beſchäftigten ſich anerkannte Völkerrechtler verſchiedener Staaten, die in der IV. Komiſſion des Inſtituts für internationales Recht (Institut de Droit International) zuſammenarbeiteten, mit dem Thema der Zuläſſigkeit von Bevölkerungsverſchiebungen aller Art. Als klar wurde, daß die Herren einen Bericht vorlegen würden, in dem gewaltſame Maſſenvertreibungen, auch die der Deutſchen, auf Grund beſtehender Beſtimmungen des Völkerrechts verurteilt werden würden, wurde das Thema „höheren Orts" abgeſetzt und die Kommiſſion aufgelöſt.[75])

Die Menſchen ſollen nichts erfahren, was ſie nach dem Willen der Wiſſenden nicht erfahren dürfen. Das zeugt von ſchlechtem Gewiſſen oder, anders ausgedrückt, vom Bewußtſein, Unrecht getan bzw. geduldet zu haben. Deshalb wird die Öffentlichkeit mit allerlei Erklärungen und Entſchuldigungen verſehen. So wird auf jene Verbrechen verwieſen, die von Deutſchen begangen worden ſind. Das trifft leider zu. Und gerade wir Deutſche werden immer wieder ſchmerzlich berührt, wenn wir daran denken. Nicht ſtatthaft iſt es jedoch, Verbrechen des einen mit Verbrechen des anderen zu entſchuldigen, geſchweige denn, Verbrechen mit Verbrechen zu vergelten. Bei Deutſchen wird doch bereits der Verſuch, auch einmal von Verbrechen anderer zu ſprechen, als unverſchämte „Aufrechnung" zurückgewieſen.

Ausdrücklich verboten iſt auch jede Kollektivbeſtrafung eines Volkes oder Bevölkerungsteils, weil damit mit Sicherheit auch Unſchuldige betroffen wären.

„Mit genau demſelben Rechtsgefühl und genau derſelben Logik würde daher jeder anſtändige Menſch entſetzt ſein, wenn ein Menſch zur ‚Strafe' für eine Tat, an der er vollkommen unſchuldig iſt, bewußt und planmäßig getötet würde, ... weil er einem Volk, ſei es Staatsvolk, ſei es Raſſe, ſei es Sprachgemeinſchaft, angehört, alſo wegen ſeiner Staatsangehörigkeit, Abſtammung oder Mutterſprache. Was von der Tötung gilt, muß aber auch von anderen ſchweren ‚Strafen' an Unſchuldigen gelten."[76])

Dementſprechend heißt es in der **HLKO von 1907:**

**„Artikel 50: Keine Strafe in Geld oder anderer Art darf über eine ganze Bevölkerung wegen der Handlungen einzelner verhängt werden, für welche die Bevölkerung nicht als mitverantwortlich angeſehen werden kann."**

Das moderne Völkerrecht iſt nicht ſo voller Haß wie der altteſtamentariſche Gott Jahweh der Juden (und Chriſten), der ſeinem Volk Israel immer wieder

---

75) Einzelheiten über die Frageſtellungen und über die Stellungnahmen bei: Hermann Raſchhofer: Maſſenvertreibung, in: Das öſtliche Deutſchland, a. a. O., S. 102 ff.

76) Dr. Rudolf Laun: Die Haager Landkriegsordnung, Hermann Schroedel Verlag, Hannover, 1947, 5. Auflage, 1950, S. 45.

befahl, feindliche Völker auszurotten, und der sein eigenes Volk selbst mit schwersten Drohungen belegte, wenn es ungehorsam war. Und der „die Schuld der Väter heimsucht an den Kindern, an den Enkeln und Urenkeln" (2. Mose, 20,5), also an Unschuldigen, wenn die Väter einen fremden Gott verehren sollten.

Eine Massenvertreibung als Kollektivstrafe darf es also nicht geben. Das ist auch später bestätigt worden. So verbietet **Artikel 33 der IV. Genfer Konvention von 1949** Kollektivstrafen, Einschüchterung und Terrorisierung.

**„Plünderungen sind untersagt. Vergeltungsmaßnahmen gegen geschützte Personen und ihr Eigentum sind untersagt."**

Nun berufen sich die Vertreiberstaaten Polen, Rußland, Tschecho-Slowakei und Ungarn mit ihrem schlechten Gewissen auch auf Anordnungen der Siegermächte in Potsdam 1945. Das ist in dieser Weise nicht richtig. Aber selbst wenn Anordnungen oder auch nur Zustimmungen erfolgt wären – von letzteren kann allerdings gesprochen werden –, so haben sie rechtlich keinen Bestand, denn Deutschland als betroffenes Land ist nicht gefragt worden. Nach geltendem Völkerrecht sind Verschiebungen von Völkern oder ganzen Volksteilen nur bei vertraglicher Vereinbarung derjenigen Staaten gestattet, die die Menschen abgeben und die sie aufnehmen wollen. Beispiele dafür sind die Rückführungen deutscher Menschen aus den Oststaaten während des Krieges. Aber nicht nur die Staaten, vor allem die Menschen müssen gefragt werden und in Mehrheit zustimmen, wenn eine Gebietsveränderung rechtsgültig sein soll.

Dabei kommt es nicht auf die Meinung der Gesamtbevölkerung eines Landes und erst recht nicht auf die derjenigen Menschen an, die in das betreffende Land verschickt wurden. Es ist also völlig unerheblich, daß Polen am 30. 6. 1946 eine Volksbefragung über die Oder/Neiße-Grenze durchführte, die selbstverständlich mit über 90 v. H. bejaht wurde. Entscheidend ist allein der Wille der betroffenen, also der im fraglichen Land ansässigen Bevölkerung. Es geht mit einem Wort um Selbstbestimmung.

## Selbstbestimmung und Völkerrecht

**Selbstbestimmung** ist eine alte Forderung von Philosophen, welche die Freiheit, die dem Menschen von der Schöpfung verliehen wurde, auch beachtet sehen wollten. Laut gefordert wird sie seit der Zeit der Aufklärung. (Rousseau: „Der Mensch ist frei geboren." Schiller: „Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei, und würd' er in Ketten geboren.") Dieser Gedanke ist eine richtige Grundlage des „Liberalismus", der später aber für andere Zwecke nutzbar gemacht worden ist.

Der philosophisch denkende König Friedrich II. von Preußen trug der Forderung nach Freiheit und Selbstbestimmung auf dem wichtigsten Gebiet des Menschen, dem des Glaubens, Rechnung: **„In meinem Staate kann jeder nach seiner Fasson selig werden."** (Heute ist auch in Deutschland diese Freiheit arg in Frage gestellt.)

Die Selbstbestimmung wurde 1776 politisch wirksam, als sich die Bewohner der amerikanischen Kolonien Großbritanniens von ihrem Mutterland lösten, eben mit der Begründung, als Menschen Entscheidungen auch gegen die Krone treffen zu dürfen. In der Folge brach sich das Recht auf Selbstbestimmung auch in Europa Bahn. Im 1. Weltkrieg bildete es bekanntlich eine Grundforderung des US-Präsidenten Wilson als Voraussetzung für Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen. Aber auch von sowjetrussischer Seite wurde das Selbstbestimmungsrecht wiederholt verkündet. So schrieb Lenin im Herbst 1916:

„Eine Annexion ist eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Nation, eine Festlegung der Staatsgrenzen gegen den Willen der Bevölkerung. – Gegen Annexionen sein heißt für das Selbstbestimmungsrecht sein."[77])

Selbstverständlich hatte Lenin dabei die bedrohte Lage Rußlands im Auge. Daran dachten auch die Sowjets, als sie 1917 das Selbstbestimmungsrecht in die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk einführten. Doch welche Hintergedanken auch immer im Spiel waren, dieses Recht, ja, diese Forderung hatte allgemeine Gültigkeit erreicht. Präsident Wilson folgte ihr, als er im Jahre 1918 für Polen Gebiete forderte, die von einer „unbestreitbar polnischen Bevölkerung bewohnt" seien.

An der Bedeutung und allgemeinen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts ändert sich auch nichts, wenn die oben genannte Bedingung Wilsons hier wie anderswo nicht eingehalten wurde. Jeder wußte schon damals, daß damit ein anerkanntes Grundrecht verletzt worden war. Deutschland konnte deshalb mit Recht darauf verweisen, daß die Abtrennung deutscher Gebiete wie Danzig, Westpreußen, Posen, Ostoberschlesien und Memel, um nur die im Osten zu nennen, widerrechtlich war. Was aber widerrechtlich ist, muß auch rückgängig gemacht werden, wenn Recht vor Macht gehen soll. Deutschland konnte und kann also mit Recht die Grenzen von 1918 beanspruchen.

Nach 1918 wurde das Selbstbestimmungsrecht auch den Deutschen in Böhmen verweigert, die sich an Österreich anschließen wollten. Es wurde den Österreichern verweigert, die eine Vereinigung mit dem deutschen Reich wollten. Und es wurde den Deutschen in Südtirol verweigert, die nicht zu Italien wollten. So wurden die Deutschen nach dem 1. Weltkrieg außerhalb geltenden Rechts gestellt. Mit den Gebietsveränderungen wurden absichtlich die Wege zu weiteren Unruhen und Verwicklungen geöffnet, denn der Krieg gegen Deutschland war ja noch nicht zu Ende.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde das Selbstbestimmungsrecht in noch furchtbarerer Weise für die Deutschen aufgehoben. Auch das wird zu entschuldigen versucht.

„Wenn ... der polnische Autor B. Wiewiora die Ablehnung des Selbstbestimmungsrechts nach dem 2. Weltkrieg damit zu erklären versucht, sie sei unerläßliche Voraussetzung für ein Funktionieren des nach diesem Kriege geschaffenen kollektiven Sicherheitssystems gewesen, so ist demgegenüber festzuhalten: Unerläßliche

77) Entnommen aus: Herbert Kraus: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, in: Das östliche Deutschland, a. a. O., S. 74.

Voraussetzung des Funktionierens dieser Kriegsverhütungsordnung ist nicht die Vornahme von Gewalttaten, vielmehr vor allem die Achtung ihrer strukturellen Grundlagen, wie Unverletzlichkeit des Staatsgebiets, der Menschenrechte, der Selbstbestimmung usw." (Kraus, a. a. O., S. 88.)

Da diese Grundlagen auch jetzt nicht beachtet worden sind, gehen auch die Auseinandersetzungen weiter.

Verletzungen eines Rechts im innerstaatlichen Leben, auch wenn sie noch so häufig vorkommen, beweisen nicht, daß diese Rechtsvorschrift ungültig ist und nicht befolgt zu werden braucht, sondern nur, daß einzelne Menschen nicht willens sind, ihr nachzukommen. So ist es auch im Zusammenleben der Völker, nur daß es hier noch keine übergeordnete Macht gibt, die das Völkerrecht durchsetzt. Dennoch besteht es. Es ist in den Satzungen der Vereinten Nationen enthalten und als Grundrecht auch in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen worden. **„Die Würde des Menschen ist unantastbar"**, lautet der erste Satz. Zur Würde gehört die Freiheit, gehört die Selbstbestimmung.

## Annexion und Völkerrecht

Zu den Verbrechen gegen das Völkerrecht, die mit der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten verbunden waren, kommt damit auch die Nichtbeachtung des Selbstbestimmungsrechts. Die Vertreibungsstaaten wollten das Land entleeren, um es mit eigenen Menschen zu besetzen. Dahinter stand die Absicht, es selbst in Besitz zu nehmen. Das war wiederum rechtlich nicht möglich, weil die Sieger das besiegte und besetzte Deutschland nicht als aufgelöst von der Landkarte strichen, sondern es als Staat bestehen ließen. Die Ostgebiete wurden deshalb Rußland und Polen „zur Verwaltung" übergeben. Während aber die Westmächte darin eine vorläufige Regelung bis zu einem Friedensvertrag sahen, stellten die Sowjetunion und Polen es als endgültig hin. Sie gliederten die Ostgebiete in ihre Staaten ein. Eine solche Maßnahme, mit Gewalt und gegen den Willen der Bewohner vorgenommen, wird als **Annexion** bezeichnet. Dieses Vorgehen ist auch im Ausland auf schwere Bedenken gestoßen.

„So hat z. B. H. A. Smith (Smith: Crisis in the Law of Nations [Krise im Völkerrecht], London, 1947) gerade im Hinblick auf die deutschen Gebietsverluste nach 1945 erklärt: ‚Im Gegensatz zu allen anerkannten Regeln erfolgten umfangreiche Gebietsannexionen, ohne daß man auf den Friedensvertrag wartet. Diese Annexionen wurden rücksichtslos durchgeführt mit Hilfe sofortiger Massenausweisungen – ihrerseits mit der größten Grausamkeit ausgeführt – von Millionen friedliebender Einwohner. Dieses Vorgehen kann selbst bei allem Scharfsinn nicht

mit dem Völkerrecht in Einklang gebracht werden, aber dieſes hat überhaupt aufgehört zu intereſſieren. Niemand hält es der Mühe wert, eine rechtliche Begründung für das, was geſchehen iſt, zu geben."[78])

Eine rechtliche Begründung kann auch gar nicht gegeben werden, weil ſie einfach nicht möglich iſt. Eine Annexion iſt nun einmal mit dem Völkerrecht nicht in Einklang zu bringen.

Das iſt im Urteil von Nürnberg beſtätigt und feſtgeſchrieben worden. Noch mehr! Dieſes Gericht, von den Siegern zu dem Zweck geſchaffen, Beſiegte zu verurteilen, hat ſich dazu – rechtlich ein erſtmaliger Vorgang in der neueren Geſchichte – auf das Völkerrecht geſtützt und Verſtöße gegen das Völkerrecht zu einer ſtrafbaren Handlung gemacht.

„1966 erklärte beiſpielsweiſe Robert M. W. Kempner" (der berühmt-berüchtigte Helfer der Anklage):

‚Neu war (1945) der Begriff des Angriffskrieges als ſtrafbare Handlung, wenn auch der Angriffskrieg bereits im Kellog-Briand-Pakt geächtet war."[79])

Man brauchte dieſen „Kriegsächtungspakt" vom 27. 8. 1928 dazu, um Deutſche, die an politiſch verantwortlicher Stelle ſtanden, wegen „Verbrechens gegen den Frieden" (Artikel 6 a des Nürnberger Statuts) anklagen und beſtrafen zu können. In Zuſammenhang damit wurden die Gebietserweiterungen Deutſchlands **nach** 1938 für rechtswidrig erklärt und rückgängig gemacht.

Das ganze Nürnberger Verfahren iſt als höchſt fragwürdig längſt in aller Welt bekannt. Nicht das ſteht hier zur Erörterung, ſondern die Auswirkung auf das Völkerrecht. Wichtig iſt, daß in Nürnberg neues Völkerrecht geſetzt wurde, das für alle Staaten verbindlich ſein ſollte."[80])

Menzel faßt zuſammen:

„Abſchließend kann alſo feſtgeſtellt werden: Das moderne Völkerrecht geht vom Kriegs- und Annexionsverbot aus. Dieſes Verbot gilt nicht partiell, ſondern allgemein, d. h. in gleicher Weiſe für Sieger und Beſiegte ſowie für Angreifer und Angegriffene. Gebietsveränderungen können alſo nicht mehr auf Grund rein militäriſcher Machtpoſitionen vollzogen werden, ſondern nur im vertraglichen Wege. **Als rechtliche Erwerbstitel können nicht mehr Eroberung und Annexion, ſondern nur noch Zeſſion (= vertragliche Regelung) und Adjudikation (= freiwillige Anerkennung) – letztere in der Form des Friedensvertrages – gelten.**" (Menzel, a. a. O., S. 38, Hervorhebung dort.)

Auch hinſichtlich der Einverleibung deutſcher Oſtgebiete haben einige Polen den Verſuch gemacht, ſie als rechtlich begründet hinzuſtellen. Sie verweiſen auf die

---

78) Eberhard Menzel: Das Annexionsverbot des modernen Völkerrechts, in: Das öſtliche Deutſchland, a. a. O., S. 25.

79) Aus: Werner Maſer: Nürnberg – Tribunal der Sieger, Econ-Verlag, Düſſeldorf – Wien, 1977, S. 522.

80) „Das Statut iſt keine willkürliche Ausübung der Macht ſeitens der ſiegreichen Nationen, ſondern iſt nach Anſicht des Gerichts, wie noch gezeigt werden wird, der Ausdruck des zur Zeit der Schaffung des Statuts beſtehenden Völkerrechts; und inſoweit iſt das Statut ſelbſt ein Beitrag zum Völkerrecht." (Nürnberger Urteil, Verlag L. Schwann, Düſſeldorf, 1946, S. 55). Damit können auch wir Deutſchen uns darauf berufen.

„historischen Grenzen" – von vor 800 Jahren (!!), auf die notwendige Entschädigung dafür, daß Polen im Osten Landstriche an die Sowjetunion abgeben mußte, auf die Wiedergutmachung für die Leiden, die Polen im Krieg durch die Deutschen erlitten hat, auf die notwendige Bestrafung Deutschlands für seine Verbrechen und darauf, daß die Oder/Neiße-Grenze den Frieden sichere. – Nichts davon hebt die oben angeführten allgemeinen Regeln des Völkerrechts auf. Ihre allgemeine Gültigkeit wird auch nicht davon berührt, daß sie seit 1945 von vielen Seiten einschließlich der in Nürnberg vertretenen Mächte gebrochen worden sind.

Damit ergibt sich: **Die Vertreibung der Deutschen, die Ansiedlung von Angehörigen fremder Staaten auf deutschem Gebiet, die Annexion deutschen Staatsgebiets, die Beschlagnahme und Enteignung öffentlichen und privaten Besitzes und die Behandlung der Deutschen war völkerrechtswidrig.**

Diese Tatsache gilt auch heute und sie wird auch in Zukunft gelten. Auch das ist völkerrechtlich festgelegt worden. In der **UNO-Konvention vom 27. November 1968** heißt es:

**„Artikel I.: Die folgenden Verbrechen verjähren nicht, unabhängig vom Zeitpunkt, an dem sie begangen sind:**

**a.) Kriegsverbrechen ...**

**b.) Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ob sie in Kriegs- oder in Friedenszeiten begangen worden sind ... Vertreibung durch bewaffneten Angriff oder Okkupation."**

Es sei denn, die Sieger des 2. Weltkrieges und die übrige Welt stimmen darin überein, die Deutschen und Deutschland für alle Zeit unter Sonderrecht zu stellen. Das sollte dann aber offen gesagt werden. Sie würden damit allerdings wieder gegen den Sinn des Völkerrechts handeln.

Denn das Völkerrecht ist dazu da, um zwischen den Staaten, allen Staaten, eine Ordnung zu schaffen, eben damit der Stärkere nicht schalten und walten kann, wie er will. Sonst fällt die Welt wieder in die Barbarei zurück. Erklärtes Ziel ist es ferner, die Menschen eines besetzten Landes oder Landesteils sowie Gefangene, Verwundete oder sonstige vom Krieg Betroffene vor Willkür und Unrecht zu schützen. Da darf es keine Ausnahmen geben. Das Völkerrecht muß für alle gelten.

„Wenn es überhaupt ein Völkerrecht gab", schreibt Laun über die Haager Landkriegsordnung, und das gilt auch für heute, „so band es auch den mächtigsten Staat und die mächtigste Staatenkoalition, denn sonst würde die Völkerrechtsgemeinschaft vom Staatsrecht dieser Staaten und nicht vom Völkerrecht beherrscht worden sein; wenn es überhaupt ein Völkerrecht gab, so konnte auch die Kapitulation eines Besiegten von diesem Recht nicht befreien, denn der Besiegte konnte das allgemeine Völkerrecht ebensowenig abschaffen wie der Sieger; wenn es überhaupt ein Völkerrecht gab, so konnte auch der Sieger, wenn er die Grenzen des ihm nach allgemeinem Völkerrecht zustehenden freien Ermessens in der Behandlung überschritt, im Sinne desjenigen, was oben ... über das détournement de pouvoir (= Gebrauch des freien Ermessens zu verbotenen Zwecken) aus-

geführt worden ist, zur Wiederherstellung und Wiedergutmachung verpflichtet sein." (Laun, a. a. O., S. 83/84.)

Die Rechtslage für die Ostgebiete ist somit klar. Wichtig ist außerdem, daß keine deutsche Teilregierung endgültige Abkommen über die Grenzen Deutschlands treffen darf. Das widerspricht dem Völkerrecht und den von den Siegern über Deutschland und mit Deutschland abgeschlossenen Verträgen. Allerdings wird dabei von den Grenzen Deutschlands in den Grenzen von 1937 ausgegangen. Das ist völkerrechtlich abwegig. Hier fügt man sich einfach dem Willen der Siegermächte nach deren Beschluß von 1945 in Potsdam, obwohl es sich nach geltendem Völkerrecht (Selbstbestimmungsrecht) beim Sudeten- und Memelland, bei Danzig und auch bei Österreich um eindeutig deutsches Land handelt. Und Danzig wie Posen, Westpreußen und Ostoberschlesien sind nach dem 1. Weltkrieg entgegen dem Selbstbestimmungsrecht vom deutschen Reich abgetrennt worden.

## Wege zur Lösung der deutschen Frage

Die Frage ist nun, wie das Recht der Deutschen auf Vereinigung und auf ihr Land in die politische Wirklichkeit umgesetzt werden kann. Hier muß von der bestehenden Lage ausgegangen und müssen die Möglichkeiten nüchtern geprüft werden. Zunächst geht es da um die Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der DDR, die Voraussetzung für weitere Schritte ist.

Wenn man eine Trennung überwinden will, muß man die Gründe kennen, die dazu geführt haben. Dann erst kann man sie ausräumen. Das gilt auch in diesem Fall. Dazu soll die Entwicklung kurz in Erinnerung gerufen werden:

## Die Schritte zur Teilung

Die Gebiete der jetzigen Bundesrepublik und DDR bildeten nach 1945 eine Einheit, die, in Besatzungszonen aufgeteilt, der gemeinsamen Regierungsgewalt der vier Siegermächte unterstand. Die Deutschen, zermürbt von ungeheurer Anstrengung, durcheinandergewürfelt, in Massen ohne Heimat, ja ohne Obdach, hungrig und arm, rangen um das Überleben. Sie wollten nichts als Ruhe. Völlig in ihrem Sinne waren daher die Worte Dr. Konrad Adenauers, Vorsitzenden der West-CDU – in der Ostzone gab es ebenfalls eine CDU –, mit denen er 1947 als Ziel seiner Politik verkündete:

„Wir sind einverstanden damit, daß wir völlig abgerüstet werden, daß unsere reine Kriegsindustrie zerstört wird und daß wir nach beiden Richtungen hin einer langen Kontrolle unterworfen werden. Ja, ich will noch weitergehen. Ich glaube, daß die Mehrheit des deutschen Volkes damit einverstanden sein würde, daß wir wie die Schweiz völkerrechtlich neutralisiert würden." („Der Spiegel" v. 20. 7. 1954.)

Am 23. August 1950 bot derselbe Dr. Adenauer, nunmehr Bundeskanzler, westdeutsche Soldaten als Beitrag der Bundesrepublik für die NATO an.

Was war inzwischen geschehen? – Die im Grundsätzlichen so unterschiedlichen Sieger standen sich schon lange, eigentlich bereits im Krieg, mißtrauisch gegenüber. Und das mit Recht! Bald hatte Winston Churchill festgestellt, daß die Westmächte „das falsche Schwein geschlachtet" hätten und zum Zusammenstehen gegen die Sowjetunion aufgerufen. Beide Seiten, West wie Ost, gingen aber immer noch von einem Gesamtdeutschland aus. Jeder versuchte, aus diesem Deutschland soviel wie möglich für sich herauszuholen und seinen Einfluß auszuweiten. Der „Kalte Krieg" begann. Auf der Konferenz der Ministerpräsidenten sämtlicher deutscher Länder in München am 6. und 7. Juni 1947 verboten die Militärregierungen der Westzonen „ihren" Regierungschefs, über eine deutsche Zentralverwaltung zu verhandeln, wie vom Osten vorgeschlagen worden war.

Die drei Westzonen wurden wirtschaftlich und politisch immer mehr zusammengezogen. Am 20. Juni 1948 führten die Westmächte in ihrem Drei-Zonen-Gebiet die Währungsreform (Umtausch des Geldes 10:1) durch. Das war die wirtschaftliche Trennung von der Ostzone. Am 1. Juli 1948 befahlen die Befehlshaber den Ministerpräsidenten, eine Verfassung für das Gesamtgebiet auszuarbeiten. Am 8. Mai 1949 (dem Tag der Kapitulation der deutschen Wehrmacht 1945) wurde diese Verfassung als Grundgesetz von einem Parlamentarischen Rat angenommen, am 12. 5. verkündet, am 24. 5. in Kraft gesetzt. Die westdeutsche Bevölkerung wurde nicht gefragt und blieb unbeteiligt.

Am 12. September 1949 erhielt Westdeutschland als Bundesrepublik Deutschland seine erste Regierung, geführt von Dr. Adenauer. Das war die politische Trennung. Der Osten folgte jeweils mit entsprechenden Maßnahmen.

Bundeskanzler Adenauer erklärte erneut, daß die Bundesrepublik entmilitarisiert bleiben würde (Petersberger Abkommen). Am 3. 12. 1949 jedoch klangen bereits andere Absichten auf, als er in einem Pressegespräch mit einer amerikanischen Zeitung den Gedanken anklingen ließ, „ein deutsches Truppenkontingent innerhalb einer europäischen Armee aufzustellen". Nach außen hin war die Ablehnung einhellig, im Hintergrund wurde bereits daran gearbeitet. Die Erschütterung der Welt durch den Koreakrieg Juni 1950 tat ein übriges. Die Aufstellung einer europäischen Armee wurde beschlossen. Und wie gesagt, am 23. Mai 1950 bot Dr. Adenauer, ohne Regierung, Parlament, geschweige denn das Volk zu fragen, deutsche Soldaten für diese Armee an. Nach einigem Hin und Her und nach Überwindung mancher Widerstände wurde die Bundesrepublik am 5. Mai 1955 Mitglied der NATO. Damit war die Teilung vollendet.

Am Rande sei erwähnt, daß die Gegner dieser Pläne von Adenauer und seinen Gefolgsleuten als „Neutralisten" – das war bereits ein Schimpfwort geworden – und als „Mitläufer Moskaus" verunglimpft wurden, und daß die SPD als „Totengräber des deutschen Volkes" bezeichnet wurde.

Jeder politisch denkende Mensch im In- und Ausland mußte wissen und wußte auch, daß der Weg zu einem Gesamtdeutschland Schritt für Schritt erschwert und verschüttet worden war. Auch Dr. Adenauer wußte es, auch wenn er in seinen Reden immer wieder betonte, daß seine „Politik der Stärke" die Wiedervereinigung bringen würde. Laut „Ostfriesischer Rundschau" vom 12. 8. 1954 berichtete der „Sunday Dispatch", ein Blatt mit rund vier Millionen Lesern, von einer Unterredung Dr. Adenauers mit dem französischen Hohen Kommissar Francois Poncet, bei der Dr. Adenauer gesagt habe:

„Vergessen Sie bitte nicht, daß ich der einzige deutsche Kanzler bin, der die Einheit Europas der Einheit seines eigenen Vaterlandes vorzieht."

Und nach „Der Spiegel" vom 15. 9. 1954 soll lt. dem US-Nachrichten-Magazin „News Week" vom 30. 8. 1954 Dr. Adenauer während der Brüsseler Konferenz (22. 8. 1954) zu Mendes-France (französischer Ministerpräsident) bemerkt haben:

„Sie verlieren nichts, wenn Sie die deutsche Einheit opfern, aber ich. Wir sind willens, es zu tun, wenn wir in ein starkes westliches Lager eintreten können."

Der Wille Dr. Adenauers, die Einheit Westeuropas einer Wiedervereinigung Deutschlands vorzuziehen, hatte sich schon 1952 gezeigt, als er den am 10. März 1952 von der Sowjetunion vorgelegten Entwurf eines Friedensvertrages für Gesamtdeutschland als „Bluff" bezeichnete und beiseite legte. Dort war Vereinigung, Neutralisierung und eigene Wehrmacht vorgeschlagen worden.

Die Grenze zwischen Ost und West verlief nun wie zu Zeiten Karls des Großen durch Mitteleuropa, jetzt mitten durch Deutschland. Auf dieses Reich wurde von christ-katholischer Seite auch Bezug genommen. Wie vor 1100 Jahren waren auch die Gefühle dieser Kräfte gegen den „heidnischen Osten". Hier finden wir bei dem stark römisch-katholisch gebundenen Dr. Adenauer die Triebfedern seines Handelns, das politisch nicht zu erklären ist. Die Kirche war es, die die Richtung bestimmt hatte.

So hatte der Kanonikus Cardijn auf dem Katholikentag 1949 gesagt: „Ihr steht in Deutschland (Bundesrepublik) an vorderster Front. Wenn Deutschland fällt, dann ist das Christentum in der ganzen Welt bedroht..."

Auf dem Katholikentag 1950 wurde Kardinal Frings noch deutlicher: „Nach den Gedanken des Heiligen Vaters ist also eine Kriegführung, die gegen das Unrecht gerichtet ist, nicht nur ein Recht, sondern sogar die Pflicht aller Staaten ... Der echte Friede kann nur auf der Gottesordnung beruhen. Wo immer diese angegriffen wird, müssen die Völker auch mit Waffengewalt die gestörte Ordnung wiederherstellen." (Neue Zeitung v. 24. 7. 1950.) Was Unrecht und was Gottesordnung ist, bestimmt hier die Kirche.

Damit war es wieder einmal der Glaube, der bestimmend, ja verhängnisvoll für das Schicksal des deutschen Volkes wurde. Der Wille dieser Kräfte sollte durch die Eingliederung westdeutscher Streitkräfte in die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft" (EVG) in die Tat umgesetzt werden. Hier griff die andere Seite ein. Ihre Vertreter, der US-Außenminister John Fuster Dulles und der britische Premierminister Winston Churchill, forderten zwar auch westdeutsche Soldaten, wollten aber die Führung nicht den „Kleineuropäern" überlassen. So wurde dafür gesorgt, daß der EVG-Vertrag von Frankreich abgelehnt wurde (31. 8. 1954). Wenige Monate später, am 5. 5. 1955, wurde die Bundesrepublik Deutschland als Mitglied und als Verbündeter in die NATO aufgenommen, die Bundeswehr unter den Befehl der USA gestellt. Dr. Adenauer und andere hatten ihr Ziel erreicht.

## Der Weg

Soweit der Weg zur Teilung und die Gründe für die Teilung. Aus ihnen ergeben sich einfach, ja zwangsläufig die Schritte, die allein zur Wiedervereinigung führen können:

**Die Deutschen müssen sich aus Ideologien lösen, die Macht über Menschen und Völker wollen.**

**Die Teile Deutschlands müssen aus den Blöcken herausgeholt werden.**

**Ein Gesamtdeutschland muß seine Neutralität erklären.**

Es wird schwer sein, diese Forderungen zu erfüllen, ja es erscheint heute unmöglich zu sein. Das weiß jeder, der die Lage nüchtern sieht. Zuviele fremde Kräfte sind es, die über Deutschland und über seine Menschen herrschen. Auch sie, die Deutschen, haben sich inzwischen geändert. Für viele ältere ist völkisches Denken und Handeln durch die Erfahrungen der Hitler-Zeit abgetan, wird es doch für seine Politik und deren Folgen verantwortlich gemacht. (Dabei ist das falsch.) Die Heranwachsenden lernten es ebenso. Seit Jahrzehnten sind sie von der deutschen Geschichte abgeschnitten worden, und wenn sie etwas davon hörten, waren es Fehler und Untaten. Von der DDR erfahren sie bis heute kaum etwas, von den deutschen Ostgebieten noch weniger. Das Ergebnis ist erschütternde Unwissenheit. Dafür werden ihnen seit Jahrzehnten unaufhörlich Verbrechen der Deutschen vor Augen geführt, und in wohl bemessenen Abständen werden sie durch Gerichtsverfahren daran erinnert. So sind in unwissenden und von Schuldgefühlen erfüllten Menschen Selbstachtung und Deutschtum verschüttet worden. Die christlichen, liberalistischen und sozialistischen Kräfte, die in Deutschland das Sagen haben, haben diese „Umerziehung" zugelassen, ja gefördert.

Gleichzeitig wurden die Westdeutschen nach der Formel behandelt, die Churchill schon 1941 (!!) als Nachkriegsziel aufgestellt hatte, Deutschland „fett, aber impotent" zu machen. Das heißt, in Wohlleben sollen Denken und Wollen für das Volk und gegen die Feinde erstickt werden. Bei vielen ist das gelungen.

# Vereinigung in Frieden

So kommt es, daß die Forderung nach Wiedervereinigung als wirklichkeitsfremder Wunsch belächelt wird. Rechtsansprüche auf die Ostgebiete werden von Deutschen sogar als Gefahr für den Frieden hingestellt, weil sie die Oststaaten beunruhigten. Das ist zwar der Fall, wie Rückäußerungen von dort zeigen, beweist aber nur deren schwache Stellung. Es ist auch grundsätzlich falsch. Rechtsansprüche sind kein Kriegsgeschrei und keine Kriegsdrohung. Im Gegenteil! Die Geschichte zeigt klar, daß es nicht das Recht ist, das zu Gewalt und Krieg führt, sondern die Macht, genauer gesagt, die Machtgier einzelner Gruppen von Menschen. Völker drängen nicht nach Machtausweitung. Es ist deshalb mißverständlich und sollte vermieden werden, zu sagen, ja selbst zu denken, die Deutschen, die Russen, die Polen, die Briten, die Amerikaner usw. haben Schuld, wenn irgendwo Machtgelüste auftreten. Wiedervereinigung kann und soll nur auf friedlichem Wege erfolgen.

Wenn aber Gewalt ausscheidet, können Änderungen der jetzigen Grenzen nur durch friedliche Vereinbarungen erreicht werden. Das gilt zunächst für die Wiedervereinigung der jetzigen deutschen Teilstaaten, die Voraussetzung für weitere Regelungen ist. Da „die Freunde und Verbündeten" der Bundesrepublik zwar gelegentlich von dieser Wiedervereinigung reden, sie aber bekanntlich ernsthaft gar nicht wollen, müssen die Deutschen selbst etwas tun. Und da große Teile Deutschlands unter der Oberherrschaft der Sowjetunion stehen, muß die Bundesrepublik das Gespräch mit ihr führen. „Wer miteinander spricht, schießt nicht aufeinander", heißt es mit Recht.

Deutsche Politiker in Ost und West beteuern ja, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen soll und darf. Niemandem soll der Wille dazu abgesprochen werden. Aber die Entscheidung darüber liegt zur Zeit doch gar nicht bei ihnen. Die deutschen Länder sind zwar keine Atomstaaten und haben auf atomare Massenvernichtungsmittel verzichtet. Was nützt das, wenn gerade sie wie kein anderes Land damit vollgestopft sind!! Über sie verfügen nicht Deutsche, sondern die Herren der USA und der SU. Und die Spannungen zwischen diesen steigen! Offen wird von der Möglichkeit eines Atomkrieges gesprochen, selbst eines gewinnbaren Atomkrieges. Auch Atomkrieg aus Versehen oder wegen einer technischen Panne wird nicht ausgeschlossen. Da sind Entschlüsse und Taten von Deutschen gefordert, wenn sie nicht ausgelöscht werden wollen, auch nur aus Versehen oder wegen einer Panne. Dann allerdings wäre das Thema Wiedervereinigung erledigt, denn sie ist doch wohl für Lebende gedacht. Dasselbe gilt für die Freiheit. Freiheit ist kein Begriff für einen luftleeren Raum, sondern er bezieht sich auf lebende Menschen.

Die Deutschen sollten sich an die Warnung vor einem Kriege erinnern, die Ludendorff im Jahre 1937 an Hitler richtete. Sie sollten an seine Schrift „Weltkrieg droht auf deutschem Boden" denken, den er für 1932 für

beabsichtigt hielt und dessen Folgen er den Deutschen vor Augen stellte. Er schrieb damals (1930):

„Oft sprach ich es aus und schrieb sinngemäß in meinen Kriegserinnerungen im Hinblick auf die gewaltige Leistung des Heeres und Volkes im Weltkriege gegenüber seinen äußeren Feinden:

**Ein Volk, das solches vollbracht, hat die Pflicht zu leben.**

Genügt es dieser Pflicht nicht, bringt es nicht den Lebenswillen auf, den verderbenbringenden Weltkrieg zu verhindern, und dabei einen Kampf zu kämpfen, der es frei macht von seinen Bedrückern und herausführt aus dem wehrlosen Sklavenleben, dann ist es reif für den Untergang."[81])

Weltkrieg droht auch heute, und die Vernichtung müßte furchtbarer werden, als sie damals auch nur gedacht werden konnte. Die Deutschen sollten sich daher weigern, den jetzigen überaus gefährlichen Weg weiterzugehen. Sie können einen Weltkrieg nicht verhindern, aber durch Nichtbeteiligung versuchen, ihn von deutschem Boden fernzuhalten. Auch dürfen sie keinen Anlaß und vor allem keine Möglichkeit zu einem Krieg auf deutschem Boden liefern. Der Weg dazu kann nur sein:

**Atomwaffenfreie Zone in Europa** – in Westdeutschland mit einer starken und bestausgerüsteten Truppe zur Abwehr von Angriffen oder Übergriffen,

**Verlassen der Machtblöcke** – ebenfalls mit bewaffnetem Schutz,

**Neutralität** für die zusammengeschlossenen BRD und DDR – mit einer deutschen Wehrmacht.

Es sind dies die gleichen Schritte, die oben für den Weg zur Wiedervereinigung genannt wurden. Ihre Bedeutung wird dadurch noch unterstrichen, daß sie auch für den Frieden notwendig sind. Erhaltung des Friedens ist Voraussetzung für die Wiedervereinigung, ja Voraussetzung für das Leben.

Gegen diejenigen, die heute eine atomwaffenfreie Zone, das Verlassen der Machtblöcke und Neutralität fordern, werden die gleichen Schimpfworte gebraucht, wie sie vor 30 Jahren zu hören waren: Pazifist, Neutralist, Helfer Moskaus, Kommunist oder auch Nationalist. Man sollte sich die Leute genau ansehen, die so daherreden. Bei vielen lohnt ein Gespräch nicht; sie sind festgelegt.

## Aufgaben für die Deutschen

Vor allem sollten die Deutschen es ablehnen, sich in Auseinandersetzungen über Zahl, Art, Reichweite und Wirkung der atomaren Massenmordmittel dieser oder jener Seite hineinziehen zu lassen. Sie führen, wie sich immer wieder zeigt, zu nichts; Schlußfolgerungen sind zur Glaubenssache geworden. Völlig sinnlos ist es auch, sich in einen Streit über das „atomare Gleichgewicht" einzulassen. Uns Deutschen kann es gleichgültig sein, ob die eine Seite den Erdball 10 mal, die andere 11 mal vernichten kann. Für unsere Vernichtung reichen einige wenige dieser

81) Erich Ludendorff: Weltkrieg droht ..., München, 1930, S. 92.

Mittel aus, gleichgültig von welcher Seite sie kommen. Einen Einfluß darauf haben wir im Falle eines Zusammenstoßes der Weltmächte sowieso nicht.

Wir Deutschen sollten endlich unser Schicksal in eigene Hände nehmen. Solange wir leben, besteht dazu die Möglichkeit. Wenn das Deutschtum auch weitgehend verschüttet worden ist, völlig abgetötet kann es naturgesetzlich nicht werden. Es hat sich auch in den letzten Jahrzehnten immer wieder gemeldet. Es wehrte sich gegen die Wiederbewaffnung und gegen die Einbindung in die Blöcke der Weltmächte. Die Menschen fühlten nicht nur, sie wußten, daß diese Entwicklung gefährlich war und daß sie die Trennung zwischen den Deutschen verschärfen mußte. Stärker wurde der Widerstand, als Ende der 50er Jahre Atomkampfmittel in Westdeutschland eingeführt werden sollten. Die Mehrheit der Bevölkerung war dagegen – die damalige Regierung und die damalige Mehrheit der „Volksvertreter" entschieden gegen sie.

Heute sind es wieder Regierung und Mehrheit im Bundestag aus gleicher politischer Richtung, die gegen die Mehrheit des Volkes die Aufstellung neuer gefährlicher Atomraketen auf deutschem Boden durchsetzen wollen. Das sollte zu denken geben! Die Volksbewegung, die dagegen ankämpft, kommt aus den verschiedensten Richtungen. Eins wollen sie alle gemeinsam: den Frieden.

Alle diejenigen, die sich für das Schicksal unseres Volkes verantwortlich fühlen, sollten diese Bewegung zu der ihren machen, damit sie nicht wieder von volksfremden Kräften mißbraucht und fehlgeleitet werden kann. Solche Kräfte sind ja wieder tätig. Sie sollten den Willen, der dahinter steht, bewußt machen und zur Förderung deutscher Belange nutzen. Auch der Wille ist eine geschichtliche Macht. Auf ihn kommt es an, wenn Rechtsansprüche durchgesetzt werden sollen.

Als ein solcher Anspruch steht die Wiedervereinigung an erster Stelle. In den Deutschen lebt der Wille zur Einheit des Volkes. Er kann nie ausgelöscht werden. Ihm mußte schon – gegen den Willen der Besatzungsmächte – bei der Fassung des Grundgesetzes Rechnung getragen werden. Damit ist als vordringlicher und bleibender Auftrag festgeschrieben:

**Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.**

Der Auftrag verpflichtet alle Deutschen. Aber sie müssen auch wissen:

**Nur Deutsche können Deutschland den Frieden retten, die Wiedervereinigung bringen und die Zukunft sichern.**

# Schrifttum


Aſchenbrenner, Viktor, Hrsg.: **Die Deutſchen und ihre öſtlichen Nachbarn,** Verlag Moritz Dieſterweg, Frankfurt am Main, Berlin, Bonn, München, 1967

Bernhard, Ludwig: **Die Polenfrage. Der Nationalitätenkampf der Polen in Preußen,** Duncker u. Humblot, München und Leipzig, 3. Auflage, 1920

Bierſchenk, Theodor: **Die deutſche Volksgruppe in Polen 1934–1939,** Holzner-Verlag, Kitzingen/Main, 1953

Bismarck, Otto von: **Gedanken und Erinnerungen,** Abſchnitt: Kulturkampf

Brackmann, Albert, Hrsg.: **Deutſchland und Polen,** Verlag R. Oldenbourg, München u. Berlin, 1933

Brueckner, Alekſander: **Polen und Deutſchland,** aus: **Die Geſchichte der deutſch-polniſchen Beziehungen im Lichte Alekſander Brueckners,** von Bolko Frhr. v. Richthofen, München, 1953

**Das öſtliche Deutſchland,** ein Handbuch, herausgegeben vom Göttinger Arbeitskreis, Holzner-Verlag, Würzburg, 1959

Diwald, Hellmut: **Geſchichte der Deutſchen,** Propyläen-Verlag, 1978

Franzel, Emil: **Die Sudetendeutſchen,** Eckartſchriften Nr. 25, Wien, 1968

Frei, Bohumil: **Tſchechoſlowakei,** Günter Olzog-Verlag, München–Wien, 1968

Freund, Michael, Hrsg.: **Geſchichte des zweiten Weltkrieges in Dokumenten,** II. Band, 2. Auflage, 1955, III. Band, 1956, Verlag Herder, Freiburg

Gauſe, Fritz: **Deutſch-ſlawiſche Schickſalsgemeinſchaft,** Holzner-Verlag, Kitzingen, 1952

Gebhardts **Handbuch der Deutſchen Geſchichte,** Ausgabe 1970

**Geſchichte der deutſchen Länder** (Territorien-Ploetz), Würzburg, 1964

Glaſer, Kurt: Die Tſchecho-Slowakei, Athenäum-Verlag, Frankfurt am Main, 1964

Haaſe, Felix: **Der deutſche Katholizismus und ſeine Beziehungen zu Polen,** aus Brackmann, ſ. oben

Hehn, Jürgen von: **Die baltiſchen Lande, Geſchichte und Schickſal der baltiſchen Deutſchen,** Göttinger Arbeitskreis, Heft 17, Holzner-Verlag, Kitzingen, ohne Jahr

Heike, Otto: **Das Deutſchtum in Polen 1918–1939,** Selbſtverlag, Bonn, 1955

Heimpel, Hermann: **Deutſchland im ſpäteren Mittelalter,** Akademiſche Verlagsanſtalt Athenaion, Konſtanz, 1957

Hellmann, Manfred: **Die Deutſchen in Litauen,** Göttinger Arbeitskreis, Heft 15, ſ. oben

Hoenſch, Jörg K.: **Die Geſchichte der tſchechoſlowakiſchen Republik, 1918 bis 1965,** Urban-Bücher, 1966

Hubatsch, Walther: **Quellen zur Geschichte des Deutschen Ordens,** Musterschmidt, Wissenschaftlicher Verlag, Göttingen, Frankfurt, Berlin, 1954
Ipsen, Gunther, Hrsg.: **Wir Ostpreußen,** Verlag Weidlich, Frankfurt/Main, 1980, Nachdruck von 1950
Irving, David: **Hitlers Weg zum Krieg,** Wilhelm Heiner Verlag, München, 1978
Jaksch, Wenzel: **Europas Weg nach Potsdam,** Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, 1958
Jaenecke, Heinrich: **Die deutsche Teilung. Von der Potsdamer Konferenz bis zum Grundvertrag,** Econ-Verlag, Düsseldorf, 1974, Taschenbuch (Ullstein-Bücher), 1979
Kasiske, Karl: **Beiträge zur Bevölkerungsgeschichte Pommerellens im Mittelalter,** und **Das deutsche Siedlungswerk des Mittelalters in Pommerellen,** in: Einzelschriften der Hist. Kommission für Ost- und Westpreußen, Königsberg, 1938 und 1942, und: **Das Wesen der ostdeutschen Kolonisation,** aus: Hist. Zeitschrift, Bd. 164, München und Berlin, 1941
Kerschhofer, Otto: **Der Deutsche Osten,** Eckartschriften Nr. 22, Wien, 1967
Koch, Hans: **Slawentum und Slawismus im polnischen Nationalbewußtsein, 1794–1848,** in: Das östliche Deutschland, s. oben
Kosiek, Rolf: **Deutsches Land in fremder Hand,** Deutsche Verlagsanstalt, Rosenheim, 1982
Krallert, Wilfried: **Atlas zur Geschichte der deutschen Ostsiedlung,** Velhagen u. Klasing, Bielefeld, Hannover, Berlin, 1958
Kraus, Herbert: **Das Selbstbestimmungsrecht der Völker,** in: Das östliche Deutschland, s. oben
Kuhn, Walter: **Die deutsche Ostsiedlung vom Mittelalter bis zum 18. Jahrhundert,** in: Das östliche Deutschland, s. oben
Laeuen, Harald: **Polnische Tragödie,** Steingrüben-Verlag, Stuttgart, 1955
Laubert, Manfred: **Die Verwaltung der Provinz Posen 1815–1847,** Priebatschs Verlag, Breslau, 1923
Laun, Rudolf: **Die Haager Landkriegsordnung,** Hermann Schroedel Verlag, Hannover, 1947, 5. Auflage, 1950
Lennhoff, Eugen/Posner, Oskar, Hrsg.: **Internationales Freimaurerlexikon,** Amalthea-Verlag, Zürich–Leipzig–Wien, 1932
Leonhardt, Wilhelm (Walter Löhde): **Kreml und Vatikan,** Pfeiffer-Verlag, Hannover, 1965
Lorentz, Friedrich: **Geschichte der Kaschuben,** Berlin, 1926
Lück, Kurt: **Der Mythos vom Deutschen in der polnischen Volksüberlieferung und Literatur,** Leipzig, 1938
Ludendorff, Erich: **Meine Lebenserinnerungen 1933–1937,** Verlag Hohe Warte, Pähl, 1955, und: **Weltkrieg droht auf deutschem Boden,** Ludendorffs Volkswarte-Verlag, München, 1930

Ludendorff, Mathilde: **Die Volksseele und ihre Machtgestalter,** eine Philosophie der Geschichte, Erstauflage 1933, Verlag Hohe Warte, Pähl, 1955, und: **Das Gottlied der Völker,** eine Philosophie der Kulturen, Erstauflage 1935, Verlag Hohe Warte, Pähl, 1956

Maser, Werner: **Nürnberg – Tribunal der Sieger,** Econ-Verlag, Düsseldorf–Wien, 1977

Marzian, Herbert G.: **Die Rolle Brandenburg-Preußens 1648 bis 1815,** in: Das östliche Deutschland, s. oben

Menzel, Eberhard: **Das Annexionsverbot des modernen Völkerrechts,** in: Das östliche Deutschland, s. oben

**Nürnberger Urteil,** Verlag L. Schwann, Düsseldorf, 1946

**Ostdeutschland und die deutschen Siedlungsgebiete in Ost- und Südosteuropa in Karte, Bild und Wort,** Südwest-Verlag, München, ohne Jahr (nach 1950)

Oncken, Hermann: **Preußen und Polen im 19. Jahrhundert,** in: Brackmann, s. oben

**Polen und Ostdeutschland,** ein geschichtlicher Überblick, Göttinger Arbeitskreis, Göttingen, 1948

Preidel, Helmut, Hrsg.: **Die Deutschen in Böhmen und Mähren,** Grafelfing bei München, 1950

Raschhofer, Hermann: **Massenvertreibung,** in: Das östliche Deutschland, s. oben

Rauschning, Hermann: **Die Entdeutschung Westpreußens und Posens, zehn Jahre polnischer Politik 1918–1929,** Verlag Reimer Hobbing, Berlin, 1930

Richthofen, Bolko Frhr. von: **Die Lage der deutsch-polnischen Beziehungen in der Gegenwart,** Arndt-Verlag, Vaterstetten, 1979

Rohde, Arthur: **Die evangelische Kirche Posens und Westpreußens,** in: **Wir von der Weichsel und Warthe,** s. unten

Rohde, Gotthold: **Kleine Geschichte Polens,** Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 1965, und: **England und das Thorner Blutgericht 1724,** aus: Einzelschriften der Hist. Komm., s. Kasiske

Roos, Hans: **Geschichte der Polnischen Nation 1918 bis 1978,** Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, 3. Auflage, 1979

Sasse, Heinz Günther: **Die Vorgeschichte von Austreibungen und der Oder-Neiße-Grenze 1939–1945,** in: Das östliche Deutschland, s. oben

Schleuning, Johannes: **Die Rußlanddeutschen,** in: **Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn,** s. Aschenbrenner, und: **Die deutschen Siedlungsgebiete in Rußland,** Göttinger Arbeitskreis, Heft 52/53, Holzner-Verlag, Würzburg, ohne Jahr

Schultz, Franz: **Geschichte der Kreise Putzig und Neustadt,** Druck der Allgemeinen Zeitung AG, Danzig, 1907

Schumacher, Bruno: **Geschichte Ost- und Westpreußens,** Holzner-Verlag, Würzburg, 1958

Starkbaum, Josef, und Reichenberger, Emanuel: **Heimat der Sudetendeutschen,** Widerlegung der tschechischen Kolonisationstheorie, Volkstum-Verlag, Wien, 1967

Steller, Walther: **Grundlagen der deutschen Geschichtsforschung,** I. Band, Volkstum-Verlag, Wien–München, 1973, und: **Der Grundlagen zweiter Teil,** Verlag Karl Werner, Wien, 1975

Straka, Manfred: **Das Südostdeutschtum als europäisches Aufbauelement,** Eckartschriften Nr. 15, Wien, 1964

Streisand, Joachim: **Deutsche Geschichte in einem Band,** VEB – Deutscher Verlag der Wissenschaften, 3. Auflage, Berlin, 1980

Suchenwirth, Richard: **Der Deutsche Osten,** Aufstieg und Tragödie, Türmer-Verlag, Berg/Starnberger See, 1978

Swart, Friedrich, und Breyer, Richard: **Die deutsche Volksgruppe im polnischen Staat,** in: Das östliche Deutschland, s. oben

Tansill, Charles Callan: **Die Hintertür zum Kriege, Das Drama der internationalen Diplomatie von Versailles bis Pearl Harbour,** Droste-Verlag, Düsseldorf, 4. Auflage, 1958

Taube, Arved Frhr. von: **Das baltische Deutschtum,** in: Aschenbrenner: **Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn,** s. oben

Waldmann, Dietger: **Die Deutschen in Rumänien von heute,** Eckartschriften Heft 34, Wien, 1970

Weidlein, Johann: **Hintergründe der Vertreibung der Deutschen aus Ungarn,** Selbstverlag, Schorndorf, 1953; **Deutsche Leistungen im Karpatenraum und der madjarische Nationalismus,** E. W. Leske-Verlag, Darmstadt, 1954; **Madjarisierung der Deutschen in Ungarn und in Deutschland,** Selbstverlag, Schorndorf, 1955; **Geschichte der Ungarndeutschen in Dokumenten 1930 bis 1950,** Schorndorf, Selbstverlag, 1958 und 1959; **Der madjarische Rassennationalismus,** Dokumente zur ungarischen Geistesgeschichte im 20. Jahrhundert, Selbstverlag, Schorndorf, 1961

**Wir Ostpreußen,** s. Ipsen

Wittek, Erhard, Hrsg.: **Wir von der Weichsel und Warthe,** Akademischer Gemeinschaftsverlag Salzburg, 1950

Zayas, Alfred de: **Zeugnisse der Vertreibung,** Sinus-Verlag, Krefeld, 1983

Zöllner, Erich: **Geschichte Österreichs,** Oldenbourg-Verlag, München, 6. Auflage, 1979

**und andere**

# Namensverzeichnis


Adenauer, Konrad, (1876–1967), von 1949 bis 1963 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, S. 141, 167, 168, 169, 170
Alexander I., 1801–1825 Zar von Rußland, S. 93, 96, 97, 150
Andreas II., 1205–1235 König von Ungarn, S. 20
Arnulf von Kärnten, 887–899 König u. röm.-fränk. Kaiser, S. 44
Attila, 445–453 Herrscher der Hunnen, S. 21, 28
Attlee, Clement, 1945–1951 brit. Premierminister, S. 137
August II., 1697–1733 König von Polen (als August I., der Starke, 1694 bis 1733 Kurfürst von Sachsen), S. 85, 87, 88
August III., 1733–1763 König von Polen (als August II. Kurfürst von Sachsen), S. 88, 89

Bakunin, Michail, (1814–1876), russ. Berufsrevolutionär, S. 101
Bandtke, Georg Samuel (1768–1835), poln.: Jerez Samiel Bandtkie, deutscher, auf die polnische Seite übergegangener Schriftsteller, S. 96
Basch, Franz, ab 1938 Führer des Volksbundes der Deutschen in Ungarn, S. 34
Bathory, Gabriel, 1606–1613 Fürst in Siebenbürgen, S. 24
Bayfen, Hans von, im 15. Jh. Wortführer des preuß. Städtebundes gegen den Deutschen Orden, S. 74
Beck, Josef, 1932–1939 poln. Außenminister, S. 121–127
Bela IV., 1235–1270 König von Ungarn, S. 21
Bela Kun, 1919 kommun. Diktator der ungar. Räterepublik, S. 32
Benesch, Eduard, (1884–1948), ab 1920 Ministerpräsident und Staatspräsident der Tschecho-Slowakei, S. 59, 61, 62
Bestuschew, russ. Politiker, 18. Jh., S. 88
Bethlen, Gabriel, 1613–1629 Fürst in Siebenbürgen, S. 24
Bethlen, Graf Stefan (1874–1947), 1921–1931 ungar. Ministerpräsident, S. 32, 33
Bismarck, Otto von, (1815–1898), 1871–1890 erster deutscher Reichskanzler, S. 94, 97, 101, 104–106, 108, 109, 142
Birger-Dahlerus, Schwede, Vermittler Görings vor dem 2. Weltkrieg, S. 127
Bleyer, Jakob, (1874–1933), bis 1933 Führer der deutschen Volksgruppe in Ungarn, S. 32, 33, 34
Boczkai, Stefan, 1604–1606 Fürst in Siebenbürgen, S. 24
Bode, Wilhelm, nach 1933 Leiter der Auslandsorganisation der NSDAP, S. 33
Bogedain, Josef B., nach 1863 deutscher Schulrat in Oberschlesien, S. 102
Bogeslav, 1181 Herzog von Pommern, S. 66

Boleſlav, 1257 Herzog von Krakau und Sandomir, S. 71
Boruth, im 8. Jh. Herzog von Karantanien, S. 19
Brenckenhoff, von, Beamter König Friedrichs II. von Preußen, S. 93

Cardijn, Kath. Kanonikus, Gegenwart, S. 169
Chamberlain, Neville, 1937–1940 brit. Premierminiſter, S. 122–126
Chippenwerger, deutſcher Dichter in Ungarn im 15. Jh., S. 22
Chlodwig, 481–511 König der ſaliſchen Franken, S. 51
Chriſtian von Anhalt, 1620 deutſcher Feldherr der Böhmen, S. 52
Chruſchtſchow, Nikita, 1953–1964 Generalſekretär der KPdSU und Leiter der Politik der Sowjetunion, S. 142, 153
Churchill, Winſton, (1874–1965), 1940–1945 und 1951–1955 brit. Premierminiſter, S. 133, 134, 137, 139, 142, 168, 170
Clemenceau, franz. Miniſterpräſident Ende des 1. Weltkrieges, S. 113
Cybulſki, Adalbert, (1808–1867), Vorkämpfer des Slawentums gegen das Deutſchtum, 1848 Führer der poln. Legion bei der Revolution in Berlin, 1860 Prof. in Breslau, S. 100, 101

Dago-Miſeco, Gründer des Miſeco-Reiches, ſpäter Polen, Herzog von 960 bis 992, S. 66
Demetrius, der erſte, falſche, 1603–1606, S. 83
Dmowſki, Roman, (1864–1939), poln. Politiker gegen Deutſchland, beſonders tätig im 1. Weltkrieg, S. 110, 111, 112, 113
Dobner, Gelaſius, Mitſchöpfer des Neutſchechentums, S. 55
Dobrovſki, Joſef, (1753–1829), Jeſuit und Schöpfer der Slawiſtik und der tſchech. Sprache, S. 55, 57
Dſchingis Khan, (1155 [1167?]–1227), Herrſcher der Mongolen, S. 28
Dulles, John Fuſter, ſeit 1953 US-Außenminiſter, S. 170
Dumouriez, franzöſiſcher Oberſt, Ende 18. Jh., S. 89
Dunin, Martin von, (1774–1842), in preuß. Zeit Erzbiſchof von Gneſen und Poſen, Vorkämpfer des Polentums, S. 96, 99
Durych, Fortunat, im 18. Jh. Vorkämpfer des Neutſchechentums, S. 55

Eden, Antony, von 1935–1938, 1940–1945, 1951–1955 brit. Außenminiſter, dann bis 1957 Premierminiſter, S. 134
Ehrenburg, Ilja, ſowj. Propagandiſt im 2. Weltkrieg, S. 135
Eſchenburg, deutſcher Profeſſor nach dem 2. Weltkrieg, S. 128
Eugen von Savoyen, (1663–1736), öſterr. Feldherr und Staatsmann, S. 24

Ferdinand I., ſeit 1526 König von Böhmen und Ungarn, ab 1556–1564 röm.-dt. Kaiſer, S. 23, 49
Ferdinand II., 1619–1637 röm.-dt. Kaiſer, S. 23, 51, 52, 80

Ferdinand I., 1835–1848 Kaiſer von Öſterreich, S. 28
Flottwell, Eduard von, 1830–1840 preuß. Oberpräſident der Provinz Poſen, S. 98, 99, 105
Franz I., 1804–1835 Kaiſer von Öſterreich (vorher als Franz II. röm.-dt. Kaiſer), S. 27
Franz-Joſeph I., 1848–1916 Kaiſer von Öſterreich-Ungarn, S. 28
Franz II. Rakoczy, 1704–1711 Fürſt in Siebenbürgen, S. 24
Friedrich I. Rotbart, 1152–1190, röm.-dt. Kaiſer, S. 45, 65. 66
Friedrich von der Pfalz, 1619/20 König („Winterkönig") von Böhmen, S. 51, 52
Friedrich Wilhelm I., 1713–1740 König von Preußen, S. 87
Friedrich II., 1740–1786 König von Preußen, S. 88, 89, 92, 162
Friedrich Wilhelm III., 1797–1840 König von Preußen, S. 94
Friedrich Wilhelm IV., 1840–1861 König von Preußen, S. 99
Frings, Kardinal, Gegenwart, S. 169

Georg von Podiebrad (Kuhnſtadt), 1458–1471 König von Böhmen, S. 49
Geyſa (Geza, Geiſa), 972–997 Fürſt der Madjaren, S. 20
Geyſa II., 1141–1161 König von Ungarn, S. 20
Giſela, bayr. Prinzeſſin, Gemahlin König Stefans von Ungarn, S. 20, 23
Glabinſki, poln. Miniſter nach dem 1. Weltkrieg, S. 117
Göring, Hermann, (1893–1946), Gehilfe Hitlers, S. 127, 130
Grabſki, Stanislaus, nach 1919 poln. Miniſter, S. 117
Grolmann, General von, (1777–1843), nach 1830 preuß. Befehlshaber in der Provinz Poſen, S. 105

Halifax, Edward, (1881–1959), 1938/40 brit. Außenminiſter, S. 122–126
Haller, Johannes, (1467–1525), deutſcher Buchdrucker in Krakau, S. 76
Haller, Joſef, öſterr. Offizier, ſpäter poln. General im 1. Weltkrieg, S. 112
Hanka, Wenzel (1791–1861), „Entdecker" der ſogenannten „Königinhofer Handſchrift, S. 56
Hedwig, „die Heilige", (1174–1243), Gemahlin Herzog Heinrichs I. von Schleſien, S. 66
Hedwig, (1374–1399), ſeit 1384 Gemahlin König Jagiellos von Litauen, Königin von Polen, S. 73
Heinrich I., 919–936 deutſcher König, S. 44, 65
Heinrich I., 1201—1234 Herzog von Schleſien, S. 66
Heinrich IV., 1270–1290 Herzog von Schleſien/Breslau, S. 66
Henderſon, Neville, (1882–1942), 1937–39 brit. Botſchafter in Berlin, S. 126, 127
Herder, Johann Gottfried von, (1744–1803), Theologe, Dichter und Schriftſteller, S. 57, 94, 95

Herkel, J., im 19. Jh. Mitbegründer des Panslawismus, S. 57
Heydrich, SS-Führer, im 2. Weltkrieg in Böhmen, S. 62
Himmler, Heinrich, (1900–1945), im NS-Reich Führer der SS, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums im Osten, S. 132
Hitler, Adolf, (1889–1945), seit 1933 dt. Reichskanzler und „Führer", S. 35, 39, 120–130, 170, 171
Hlond, nach dem 2. Weltkrieg Kardinal in Polen, S. 139
Hösen, Johannes von (Dantiscus), (1485–1548), Bischof von Ermland, S. 81
Hoefer, dt. General, 1921 Führer dt. Freikorps im Kampf um Oberschlesien, S. 116
Horthy, Nikolaus, (1868–1957), 1920–1944 „Reichsverweser" in Ungarn, S. 32, 37
Hosius, Stanislaus, (1504–1579) Bischof von Ermland, Vorkämpfer des poln. Katholizismus, S. 81, 82
House, „Oberst", im 1. Weltkrieg Berater des US-Präsidenten Wilson, S. 111
Hus (Huß), Johann, (1369–1415), Prediger und Reformator der Kirche, als Schriftsteller Verbreiter der tschechischen Sprache, S. 47, 48, 51, 76
Hussiten, Kampfscharen der ketzerischen Böhmen, S. 49

Ignatius von Loyola, (1491–1556), Gründer des Jesuitenordens, Heiliger der röm.-kath. Kirche, S. 82
Iwan IV., (1547–1584), Zar von Rußland, S. 149

Jagiello, Großfürst von Litauen, 1386–1434 als Wladislaw II. König von Polen, S. 73
Jesuiten, Orden der röm.-kath. Kirche, gegr. 1534, „Gesellschaft Jesu" (SJ), Träger der Gegenreformation, S. 23, 51, 81, 82
Johann II. Kasimir, Wasa, 1648–1668 König von Polen, S. 83, 84
Johannes Paul II., römisch-kath. Papst der Gegenwart, der „polnische Papst", als solcher Träger des poln. Nationalismus, S. 139, 143
Joseph II., 1765 (1780)–1790 röm.-deutscher Kaiser, S. 25, 26, 53, 55
Jungmann, Josef Jakob, (1773–1847), tschech. Sprachforscher, Mitschöpfer der neuen tschech. Sprache, S. 55

Kallay, ungar. Ministerpräsident unter Horthy, S. 32
Kantzow, Thomas, Verfasser einer Chronik von Pommern, 16. Jh., S. 13
Karl I., der Große, (742–814), seit 768 fränk. König und seit 800 röm.-fränk. Kaiser, S. 19, 169
Karl IV., 1355–1378 röm.-deutscher Kaiser, S. 47
Karl V., 1519–1556 röm.-deutscher Kaiser, S. 23, 49

Karl VI., 1711–1740 röm.-deutſcher Kaiſer, S. 25
Karl X., Guſtav, 1654–1660 König von Schweden, S. 83
Karolyi, Graf Mihaly, 1918/19 ungar. Miniſterpräſident, S. 32
Kaſimir III., der Große, 1333–1370 König von Polen, S. 68, 72, 73
Kaſimir IV., 1447–1492 König von Polen, S. 74
Katharina II., die Große, geb. Sophie von Anhalt-Zerbſt, 1762–1796 Zarin von Rußland, S. 89, 90, 149, 150
Keitel, deutſcher General unter Hitler, S. 128
Kerenſki, Alexander, 1917 ruſſ. Miniſterpräſident, S. 152
Konſtantin, im 9. Jh. chriſtl. Lehrer in Großmähren, S. 44
Korfanty, Wojciech, ſeit 1900 Polenführer gegen Deutſchland, S. 110, 113, 116
Koſziuſzko, Tadeuſz, poln. Heerführer beim Aufſtand gegen Rußland 1794, S. 90
Koſſuth, Ludwig, (1802–1894), ungar. Vorkämpfer gegen Öſterreich, Führer im ungar. Aufſtand 1848, S. 28

Ladislaus IV., 1272–1290 König von Ungarn, S. 21
Lanſing, im 1. Weltkrieg Berater des US-Präſidenten Wilſon, S. 111
Ledochowſki, Graf, (1822–1902), Jeſuit, Erzbiſchof von Gneſen/Poſen, kath.-poln. Führer in Preußen, S. 96
Leitgerber, Roman, „Bamberger", Beſitzer der polniſchen deutſchfeindlichen Zeitung in Poſen zu preuß. Zeit, S. 104
Lelewel, Joachim, (1780–1861), poln. Geſchichtsforſcher aus der preuß. Familie Löhöffel, S. 96
Lenin, eigentl. Wladimir Iljitſch Uljanow, (1870–1924), ſeit 1917 Diktator Rußlands, S. 152, 163
Leopold I., 1658–1705 röm.-deutſcher Kaiſer, S. 25
Leopold II., 1790–1792 röm.-deutſcher Kaiſer, S. 54, 55
Leſzczynſki, (1677–1766), als Stanislaus I. von 1704 bis 1709 König von Polen, S. 85
Libelt, Karl, im 19. Jh. Vorkämpfer für Polen, S. 101
Lipſki, 1939 poln. Botſchafter in Berlin, S. 126, 127
Lloyd George, 1916–1922 brit. Premierminiſter, S. 112, 113, 114, 143
Lokietek, als Wladislaw I. 1320–1333 König von Polen, S. 68
Lord, im 1. Weltkrieg Berater des US-Präſidenten Wilſon, S. 113
Ludendorff, Erich, (1865–1937), Feldherr des 1. Weltkrieges und Kulturkämpfer, S. 128, 129, 171
Lück, Kurt, Forſcher über das Deutſchtum in Polen, S. 77
Luther, Martin, (1483–1546), Reformator der chriſtl. Kirche S. 47, 51
Lwow, Fürſt, 1917 Leiter der bürgerl. ruſſ. Regierung, S. 112

Marbod, -7 bis 17 german. Fürſt in Böhmen, S. 43
Maria Thereſia, 1740-1780 röm.-deutſche Kaiſerin, S. 25, 53, 55
Marx, Karl, (1818-1883), Schriftſteller, Begründer des Kommunismus (Komm. Manifeſt 1848), S. 96
Maſaryk, Thomas, (1850-1937), tſchech. Vorkämpfer gegen das Deutſchtum, 1918-1935 Staatspräſident der Tſchecho-Slowakei, S. 59, 61, 62
Maſaryk, Jan (Sohn des Thomas M.), (1886-1948), 1945-1948 Außenminiſter der Tſchecho-Slowakei, S. 63
Matthias, 1612-1619 röm.-deutſcher Kaiſer, S. 51
Mendes-France, Pierre, 1954/55 franz. Miniſterpräſident, S. 169
Method, im 9. Jh. chriſtl. Lehrer in Großmähren, S. 44
Mickiewicz, Adam (1798-1855), poln. Dichter, Verfechter des poln. Meſſianismus (Sendungsbewußtſein), S. 95, 111
Miarka, Karl, deutſcher, zum Polentum übergegangener Lehrer, 1869 Herausgeber einer poln. Zeitung in Oberſchleſien, S. 102
Mieroſlawſki, Ludwig von, (1814-1878), Führer der poln. Aufſtände 1846 und 1848 in der Prov. Poſen, S. 100
Mindszenty, (Pehm), Joſef, (1892-1975), Kardinal und Erzbiſchof in Ungarn, Gegner der Deutſchen in Ungarn, S. 33, 34, 39
Muſſolini, Benito, (1883-1945), als Duce Diktator in Italien, S. 123

Nagy, Ferenc, nach 1945 kommuniſtiſcher Miniſterpräſident in Ungarn, 1957 hingerichtet, S. 39
Napoleon, (1769-1821), von 1804-1814 Kaiſer der Franzoſen, S. 90, 93

Odilo, 737-748 Herzog der Bayern, S. 19
Ogilvie-Forbes, 1939 Verbindungsmann des brit. Botſchafters Henderſon in Berlin, S. 127
Oſtermann, 1746 Kanzler des ruſſ. Zaren, S. 88
Otto I., 936-973 röm.-deutſcher Kaiſer, S. 19, 44
Otto III., 983-1002 röm.-deutſcher Kaiſer, S. 20
Ottokar II., 1253-1278 König von Böhmen, S. 46

Paderewſki, Ignaz, (1860-1941), Pianiſt und poln. Politiker, ab 1916 poln. Verbindungsmann zum US-Präſidenten Wilſon, 1919 Miniſterpräſident Polens, S. 111
Palacky, Franz (Frantiſek), (1798-1876), führender tſchech. Hiſtoriker und Politiker, Begründer einer tſchech. Geſchichte, S. 57
Pazmany, ungar. Profeſſor, 16. Jh., S. 23
Pehm, ſ. Mindszenty
Peltzel (Pelzel), Franz, (1734-1801), Deutſcher, Lehrer der tſchech. Sprache, S. 54, 55

Peter I., der Große, (1672–1725), ab 1689 Zar von Rußland, S. 86, 145, 149
Piast, sagenhafter Stammvater der Piasten, des ersten Herrschergeschlechts in Polen, S. 66
Pilsudski, Josef (1867–1935), Litauer, ab 1900 Führer des Polentums, 1914 bis 1916 als österr. Oberst Führer der poln. Legion gegen Rußland, 1918 bis 1922 Diktator, ab 1926 Staatschef, S. 110, 111, 120, 121
Pius XII., (Pacelli), (1876–1958), seit 1939 römischer Papst, S. 139
Podiebrad, s. Georg v. P.
Poniatowski, August, Fürst, Günstling Katharinas II., 1764–1795 als Stanislaus II. König von Polen, S. 89, 90
Premislaus, sagenhafter Stammvater des böhm. Herrschergeschlechts der Premisliden, S. 45
Pribina, im 9. Jh. Herzog in Pannonien, S. 19
Puchmeier, Antonin Jaroslav, kath. Priester, Mitschöpfer des Neutschechentums, S. 55

Radziwill, Fürst, Pole, 1815 preuß. Statthalter der Provinz Posen, S. 94, 105
Rakoczy I., Georg, 1629–1648 Fürst in Siebenbürgen, S. 24
Rakoczy II., Georg, 1648–1660, Fürst in Siebenbürgen, S. 24
Rastiz, 846–870 Fürst in Großmähren, S. 44
Ribbentrop, Joachim von, (1893–1946), erhängt in Nürnberg, 1938–1945 deutscher Außenminister, S. 122, 127
Richard von Cornwall, Engländer, 1257–1272 deutscher König, S. 46
Roosevelt, Franklin Delano, (1882–1945), 1933–1945 Präsident der USA, S. 122, 123, 129, 133
Rudolf II., 1576–1612 röm.-deutscher Kaiser, S. 51
Rydz-Smigly, Edward, (1886–1942), 1939 poln. Marschall, S. 121

Samo, im 7. Jh. Gründer eines „Slawenreiches" in Böhmen, S. 43, 44
Schaffranek, kath. Priester, poln. Abgeordneter im dt. Reichstag z. Zt. Bismarcks, S. 105
Seredi, Kardinal, Vorkämpfer für Madjarisierung in Ungarn, S. 33
Sigismund, 1410–1437 röm.-deutscher Kaiser, S. 48, 49
Sigismund II. August, 1548–1572 König von Polen, letzter Jagellone, S. 78, 79
Sigismund III., Wasa, 1586–1632 König von Polen, S. 82, 85
Sikorski, Wladislaw, poln. General und Politiker im 2. Weltkrieg, S. 133
Skarga, Peter, (1536–1612), Jesuit, Berater des Königs Sigismund III. von Polen, S. 82, 83
Skorzewska, poln. Gräfin z. Zt. Friedrichs II., S. 93

Sobieski, als Johann III. von 1674–1696 König von Polen, S. 24, 84, 85
Sosnowski, während des 1. Weltkriegs in den USA lebender Pole mit Verbindung zum US-Präsidenten Wilson, S. 112
Stalin, Josef (Dschugaschwili), (1879–1953), seit 1924 Diktator der Sowjetunion, S. 124 ff, 133 ff, 137, 142, 143, 153
Stalmach, Paul, Deutscher, zum Polentum übergegangen, S. 101
Stanislaus I., s. Leszczynski
Stanislaus II., s. Poniatowski
Stefan I., der Heilige, 997–1038 König von Ungarn, S. 20
Szechenyi, Graf Stefan, (1792–1860), ung. Staatsmann, S. 27

Teleki, Graf Sandor, ungar. Ministerpräsident unter Horthy, S. 32, 34
Thurn, Graf, deutsch-böhm. Feldherr zu Beginn des 30jähr. Krieges, S. 51
Truman, Harry, 1945–1953 Präsident der USA, S. 137

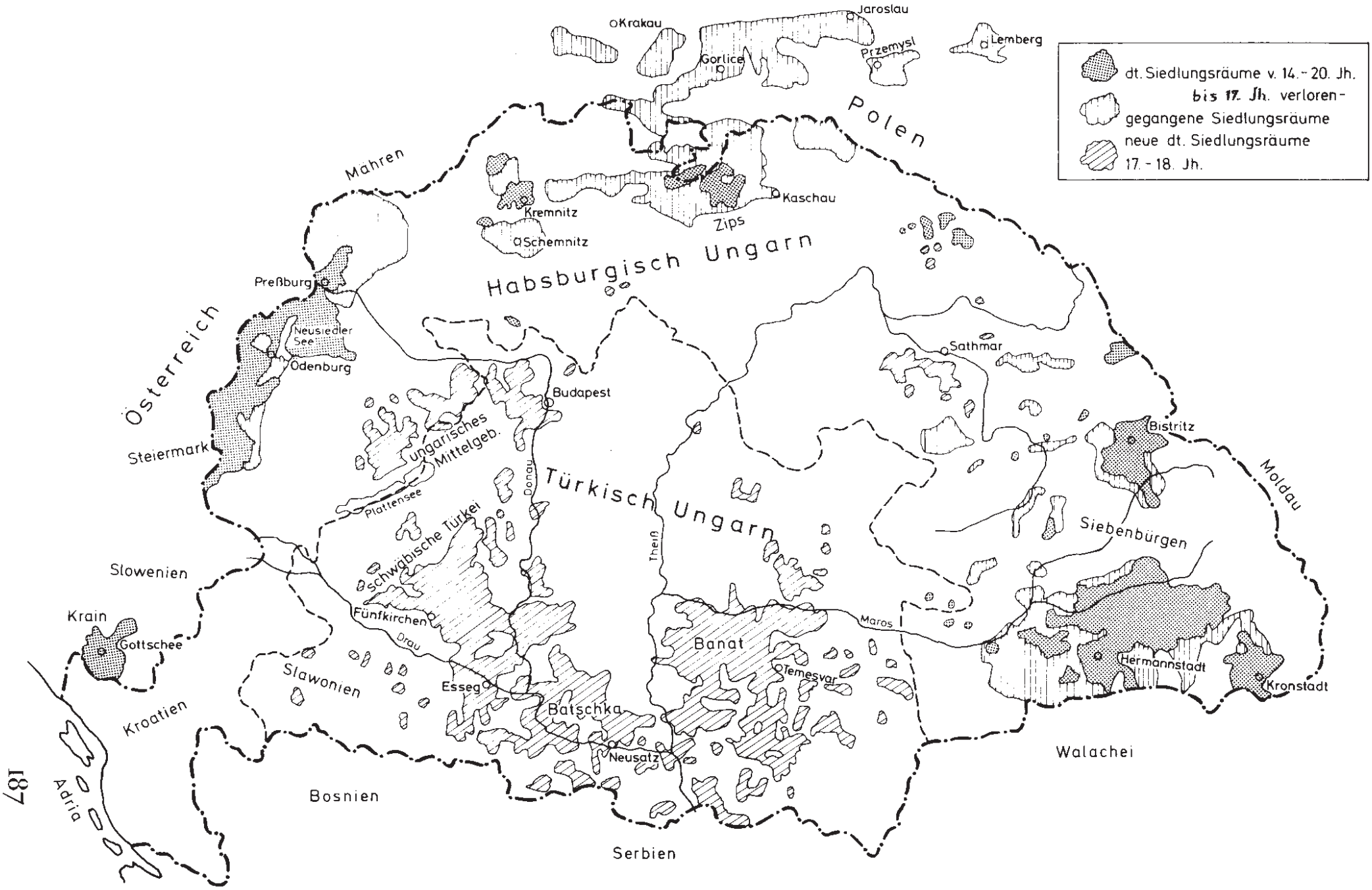
Vincke, Frhr. von, kath. Reichstagsabgeordneter z. Zt. Bismarcks, S. 102
Virchow, Rudolf, (1821–1902), liberaler Reichstagsabgeordneter z. Zt. Bismarcks, Schöpfer des Begriffs „Kulturkampf", S. 104
Volta, Jesuit, Berater des sächs.-poln. Königs August II., S. 87

Wajk, s. Stefan I.
Walesa, Führer der poln. Gewerkschaft Solidarnosz, Gegenwart, S. 143
Wallenstein (Waldstein), Albrecht von, (1583–1634), erst Protestant, ab 1606 Katholik, kaiserlicher Feldherr im 30jähr. Krieg, S. 51
Wenzel II., 1278–1305 böhm. und deutscher König, S. 47
Wiclif, John, (um 1320–1384), engl. Theologe und Kritiker der Zustände in der röm. Kirche, S. 47
Wilhelm, Habsburger, Verlobter der poln. Prinzessin und Thronfolgerin Hedwig (14. Jh.), S. 73
Wilhelm II., 1888–1918 deutscher Kaiser, S. 109
Wilson, Woodrow, 1913–1921 Präs. der USA, S. 59, 61, 111, 112, 113, 163
Wisnowieski, Michael, 1669–1673 König von Polen, S. 85
Wladislaw I., s. Lokietek
Wladislaw II., 1140–1173 Herzog und König von Böhmen, S. 45
Wladislaw V., Jagellone, 1471–1516 König von Böhmen, (als W. II. 1490–1516 König von Ungarn), S. 49
Wojtyla, Karol, s. Johannes Paul II.
Wyszynski, Stefan, Kardinal, seit 1948 Primas von Polen, Vertreter der poln. Politik, S. 139

Zapolya, Johann, 1526–1540 Gegenkönig in Ungarn, S. 23
Zwentibold (slaw.: Swatopluk), 870–894 Fürst in Großmähren, S. 44

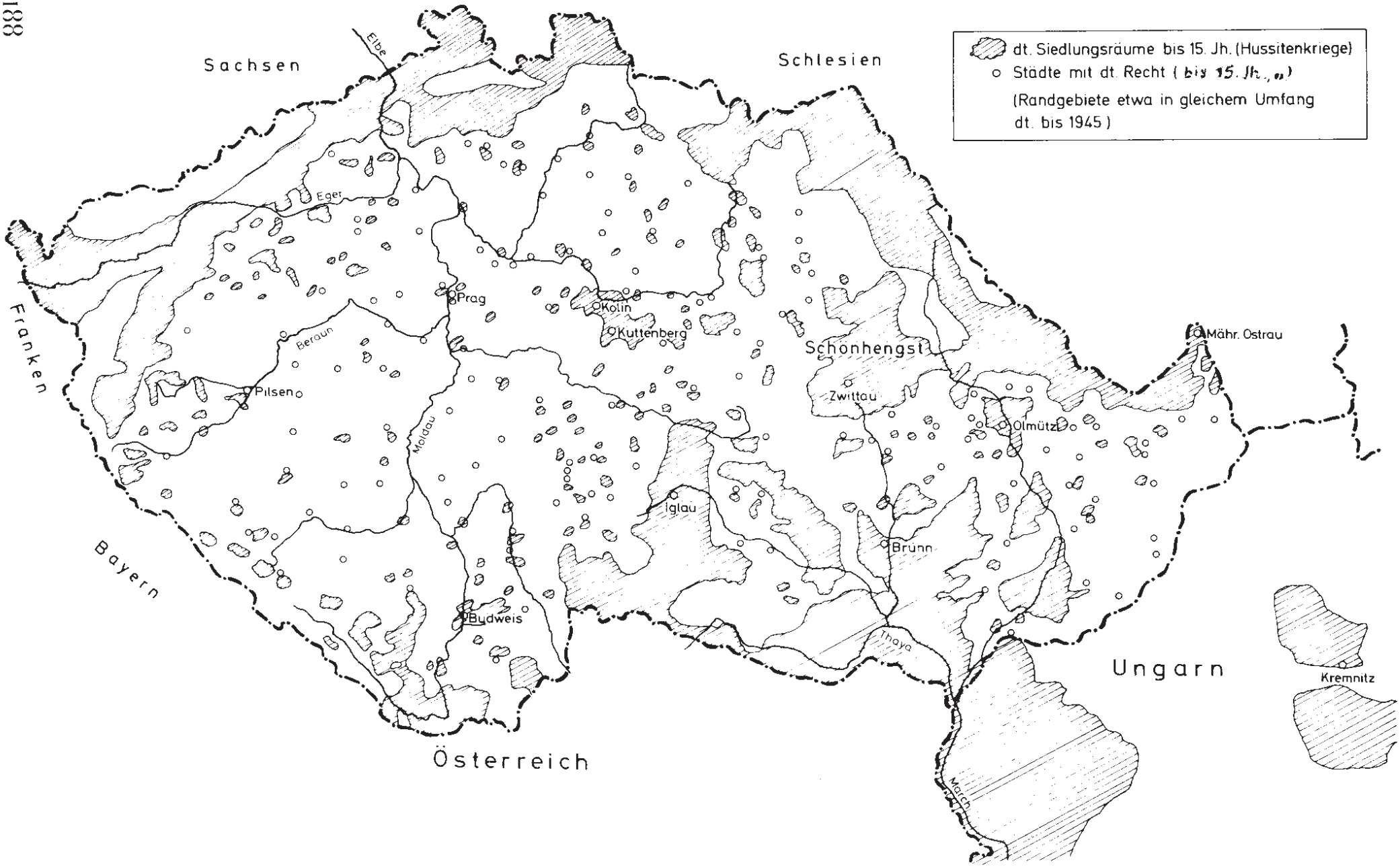
# Deutsche in Ungarn und im Donauraum





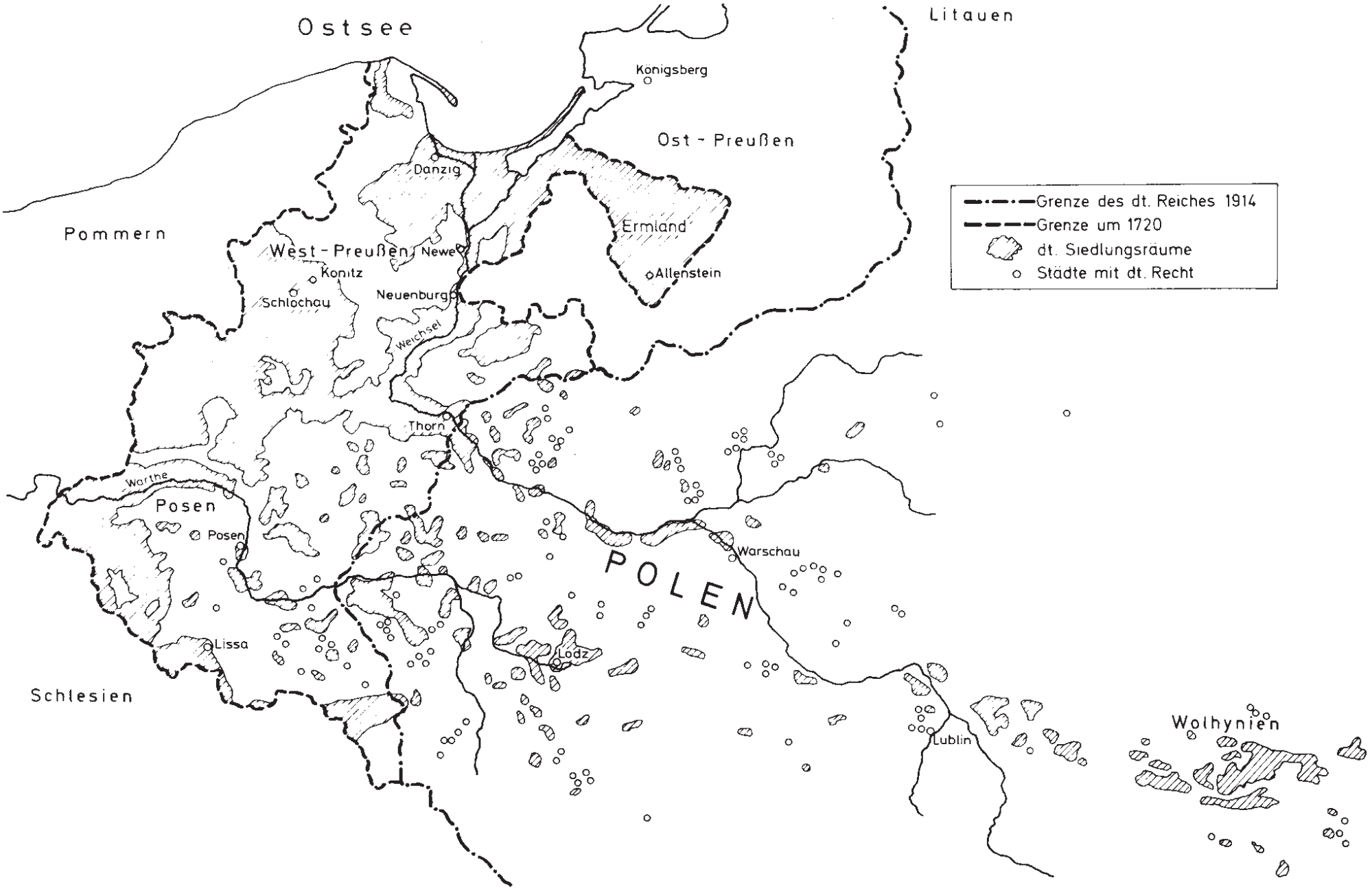
# Deutsche in Böhmen und Mähren





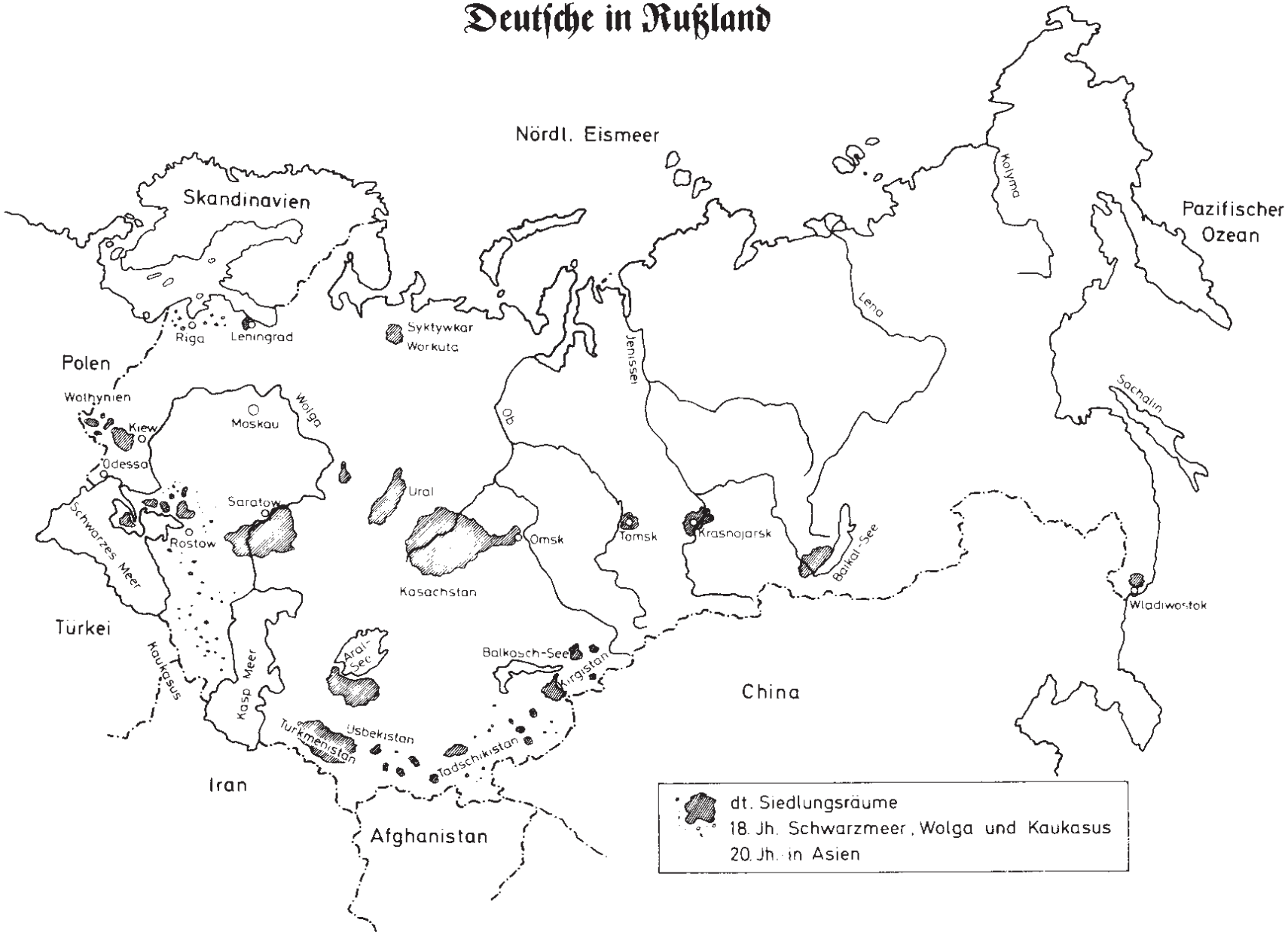
# Deutsche im Osten





# Deutsche in Rußland





# Verlag „Mein Standpunkt" · 2910 Westerstede

## Lieferbare Schriften und Bücher:

Kurt v. Zydowitz:
**Glaubensumbruch – ein Verhängnis**
– 700 Jahre germanisch-deutsche Geschichte –
**Teil I: 6. bis 9. Jahrhundert**
144 S., br., 12,– DM bzw. 75,– öS.
**Teil II: 10. bis 13. Jahrhundert**
298 S., br., 24,– DM bzw. 150,– öS.
**Teil III: „Geschichte der Deutschen im Osten"**
190 S., br., 24,60 DM bzw. 180,– öS.

Hermi-Kettler-Heidmann erzählt
**Grimmsche Märchen für Kinder**
56 Seiten, broschiert, 6,90 DM bzw. 45,– öS.

Dr. Werner Preisinger:
**„Ist Volkserhaltung noch zeitgemäß?"**
28 Seiten, 2,40 DM bzw. 15,– öS.

Dr. Werner Preisinger:
**„Die Evolutionstheorie in der Sicht der Naturwissenschaft, der Religion und der Philosophie"**
32 Seiten, 3,60 DM bzw. 22,50 öS.

Dr. Werner Preisinger:
**„Gibt es ein Fortleben nach dem Tode?"**
24 Seiten, 3,60 DM bzw. 22,50 öS.

Kurt v. Zydowitz:
**„Der Islam – Neue Weltmacht?"**
28 Seiten, 2,40 DM bzw. 15,– öS.

Kurt v. Zydowitz:
**Die Indianer in den USA – gestern – heute – morgen"**
48 Seiten, 4,20 DM bzw. 27,– öS.

Kurt v. Zydowitz:
**„Leben in Gefahr"**
16 Seiten, 2,40 DM bzw. 15,– öS.

Rolf Beckh:
**„Friedrich der große Mensch – Auszüge aus ‚Friedrich der Große, Gespräche mit Catt'"**
28 Seiten, 3,60 DM bzw. 22,50 öS.

Erich Limpach:
**„Vom Adel der Seele"**
80 Seiten, 7,80 bzw. 54,60 öS.

Dr. jur. Günther Thies:
**„Neuschöpfung des Rechts"**
76 Seiten, 7,20 DM bzw. 51,– öS.

---

**Bestellungen bitte nur an Frau H. Mudlagk, Oldenburger Straße 33, 2932 Zetel 1**

# 14 Vorträge von Dr. Werner Preisinger

Ursprünglich in den Jahren um 1980 auf Tonbandkassette gesprochen und jetzt digitalisiert als MP3-Dateien auf CD erhältlich. Die Inhalte einiger Vorträge sind auch in gedruckter Form im Verlag „Mein Standpunkt“, Westerstede erschienen.

1. **Ende des deutschen Volkes?**
2. **Der Morgenthauplan und seine heutige Durchführung** (2015 veraltet)
3. **Ist Volkserhaltung noch zeitgemäß?** (Auch als Heft im Verlag „Mein Standpunkt“ Westerstede erschienen)
4. **Tod und Unsterblichkeit – Eine Einführung in die Religionsphilosophie Dr. Mathilde Ludendorffs**
5. **Was hat Friedrich Ludwig Jahn uns heute noch zu sagen?**
6. **Die Evolutionstheorie in der Sicht der Naturwissenschaft, der Religion und der Philosophie** (Auch als Heft im Verlag „Mein Standpunkt“ Westerstede erschienen).
7. **Vom Sinn des Lebens und vom Sinn des Sterbens**
8. **Weihnachten – ein Fest der Hoffnung**
9. **Gibt es ein Fortleben nach dem Tode?** (Auch als Heft im Verlag „Mein Standpunkt“ Westerstede erschienen)
10. **Hat die Ludendorff-Bewegung eine Zukunft?**
11. **Ist das deutsche Volk noch zu retten?**
12. **Deutschland darf nicht untergehen!**
13. **Des deutschen Volkes drohender Untergang und Rettungsmöglichkeit in höchster Not**
14. **Ziel und Weg Erich Ludendorffs**

    2. Seite: Aus der Reihe E Nr. 6 (Die Reihe E hat 13 Kassetten)

Jede Vortrags-CD kostet 12,95 Euro. Ihre Nachfragen und Bestellungen richten Sie bitte an

**Nordfried Preisinger**
**Dorfstraße 22**
**23845 Bühnsdorf**

E-Post: mnpreisinger@t-online.de
Tel: 04550 555

Für Druckausgaben der Hefte von Dr. W. Preisinger siehe das Internet, z.B. www.eurobuch.com, www.booklooker.de, www.amazon.de, www.zvab.com o.a. Quellen.

# Lest die „Deutsche Wochenschau"

## Achtung freie Deutsche!

Die ständige Kampfwaffe Ludendorffs ist seine Wochenschrift:

# Deutsche Wochenschau

**Völkische Feldpost**

**Berlin SW 68, Zimmerstraße 7**

**Bezugspreis monatlich 1 Mark / Durch die Post zu beziehen**

Jede Woche erscheint in dieser Wochenschrift als Ergänzung der Schriften des Generals Ludendorff neue und weitere wichtigste Kampfaufklärung über die Verbrechen der überstaatlichen Mächte in Vergangenheit und Gegenwart, die zu verbreiten, vor allem für das Deutsche Volk, aber auch für alle Völker der Erde lebensnotwendig ist. Aber darüber hinaus wird in der Deutschen Wochenschau dem Deutschen Volke und allen Völkern der Erde der Weg zur Arterhaltung und Freiheit und die schöpferische Gestaltung einer lebendigen, wehrwilligen Volkseinheit und der sie und ihre politische, kulturelle und wirtschaftliche Selbständigkeit sichernden Staatsform gezeigt.

Durch die Aufsätze des großen Feldherrn und Befreiers von den überstaatlichen Mächten General Ludendorff und der großen Philosophin Dr. Mathilde Ludendorff (von Kemnitz) hat die Wochenschrift weltgeschichtliche Bedeutung und die verflossenen Jahrgänge sind heute schon gesuchte, hochbewertete Dokumente.

Die Schriftleitung der Deutschen Wochenschau.

## Jeder Deutsche liest die „Deutsche Wochenschau!"

Der Feldherr Erich Ludendorff und seine Frau Dr. Mathilde Ludendorff schrieben in den Jahren 1926 bis zum April 1929 Beiträge für die **„Deutsche Wochenschau"**. Ab Mai 1929 bis zum Verbot durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933 veröffentlichten beide ihre Beiträge in der Wochenschrift **„Ludendorffs Volkswarte"**. Ab 1933 bis 1939 schrieben beide in **„Am Heiligen Quell Deutscher Kraft – Ludendorffs Halbmonatsschrift"**. Digitalisiert als Leseproben jeweils im Internet unter www.archive.org, www.scribd.com oder anderer Quellen erhältlich. Ansonsten digitalisiert im PDF-Format zu beziehen beim Verlag Hohe Warte (www.hohewarte.de, E-mail: vertrieb@hohewarte.de) oder unter www.booklooker.de.

# Wichtige Dokumente aus dem digitalen Archiv

*für wissenschaftliche Zwecke, Bibliotheken und geschichtlich Interessierte*

**Werke von Erich Ludendorff**
Kriegs- und Lebenserinnerungen, „Sein Wesen und Schaffen“
viele Werke auf einer DVD — Euro 24,50

**Deutsche Wochenschau 1926–1929 (teilweise)**
mit vielen Beiträgen von Erich und Mathilde Ludendorff
historische Ausgaben auf einer DVD — Euro 24,50

**Ludendorffs Volkswarte 1929–1933**
alle großformatigen Ausgaben auf einer DVD — Euro 68,00

**Am Heiligen Quell deutscher Kraft**
**Ludendorffs Halbmonatszeitschrift 1929–1939**
fast 5000 Seiten auf einer DVD — Euro 29,50

**Tannenberg-Jahrweiser 1931–1941**
und die Nachfolgeausgaben: Tannenberg-Jahrbuch und Deutsche Rast
auf einer DVD — Euro 24,50

**Der Stenographische Bericht**
*über das Spruchkammerverfahren gegen Frau Dr. Mathilde Ludendorff*
über 1 500 Seiten auf einer DVD — Euro 24,50

**Der Rechtsstreit**
*vor den Verwaltungsgerichten über die Verbotsverfügung der Innenminister der deutschen Länder gegen Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) und Verlag Hohe Warte in Pähl/Oberbayern*
über 2 200 Seiten auf einer DVD — Euro 24,50

– jeweils mit Bonusmaterial und weiterführenden Informationen

Zu beziehen durch:

**Verlag Hohe Warte GmbH**

Tutzinger Str. 46 · D-82396 Pähl · Tel.: 08808 / 267
vertrieb@hohewarte.de · www.hohewarte.de

**Folgend einige Zusammenstellungen von Matthias Köpke als e-Bücher im Internet unter: www.archive.org, www.scribd.com oder anderen Quellen:**

1. **„Das wahre Gesicht von Jakob dem Betrüger“**, 2014.
2. **„Das Buch der Kriege Jahwehs“**, 2014.
3. **„Kampf für Wahlenthaltung** – Ein Mittel zur Vernichtung des Systems? Ein Mittel zur Deutschen Neugestaltung?“, 2013.
4. **„Kampfgift Alkohol“**, 2013.
5. **„Der Freiheitskampf des Hauses Ludendorff“**, 2014.
6. **„Der Papst, oberster Gerichtsherr der BR Deutschland“**, 2014.
7. **„Der jüdische Sinn von Beschneidung und Taufe“**, 2014.
8. **„Scheinwerfer-Leuchten“**, 2014.
9. **„Haus Ludendorff und Wort Gottes**“, 2014.
10. **„Jahweh, Esausegen und Jakobs Joch“**, 2014.
11. **„Es war vor einhundert Jahren“**, 2014.
12. **„Destruction of Freemasonry through Revelation of their Secrets“ von Erich Ludendorff;** Herausgegeben von Matthias Köpke, E-book, 2014.
13. **„Schrifttumsverzeichnis von Erich Ludendorff und Dr. Mathilde Ludendorff“** Eine Übersicht ihrer Veröffentlichungen, 2014.
14. **„Denkschrift: Mit brennender Sorge“**, Offener Brief, 2015.
15. **„Drei Irrtümer und ihre Folgen“,** Okkultismus, 2015.
16. **„Vom Wesen und Wirken des Bibelgottes Jahweh und seiner Kirche“,** 2015.
17. **„Warum sind meine Kinder nicht geimpft?“,** 2015.
18. **„Erich Ludendorff. Eine Antwort auf Verleumdungen des Toten“,** 2015

Besucht auch meinen Internetkanal bei Youtube:
www.youtube.com/user/Genesis2740Blessing
und schaut bei Videos und Playlists hinein!